Dez '90 / Jan. '91
Nr. 33 5,- DM

Atom Express & Atommüllzeitung

atom

Was tun mit Atommüll und Wismut-Altlasten?
Die PDS und die Linke · High Noon am Golf

Collection Laka Foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Krieg gegen die proletarischen Begierden

Drogenkrieg

Nationalismus, Rassismus

Spaltungen in der Klasse

Sowjetunion / Südafrika /

Golfkrise / Kurdistan

Aufruhr

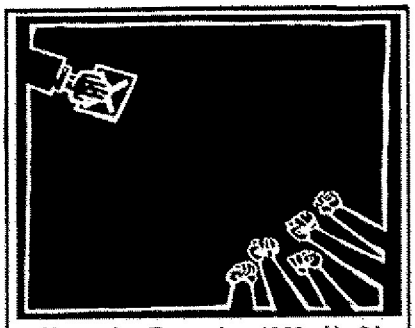
Lyon, Paris, Berlin / Antifa

Knackis auf den Dächern

Abo 20 Mark für 6 Hefte; Einzelheft 4 Mark (inkl. Porto) Bestellen durch Überweisen auf Sonderkonto Zeitung, H. Dietrich Postgiro Berlin, Nr. 315 02-109

(vergeßt eure Adresse nicht!)

Kontakt: Sisina, PF 360 527, 1000 BERLIN 36



November/Dezember 1990 - Nr. 84

Keine Wahl!

Tarifkampf gegen die ÖTV

IGM:

K.O. vor der letzten Runde

»DEBATTE«: Deutschland?

Kultur kontra Nation

Nach der Einheit:

Melancholie

Was treibt die CNT?

Nachrichten aus der UdSSR

Anarchisten in Chile

Die Mujeres Libres heute

Probeheft anfordern!

Anarchosyndikalistische Zeitung der Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union in der IAA

»da«, Lagerstraße 27, 2000 Hamburg 36

S O F O

Zeitschrift für sozialistische Theorie & Praxis

Entstanden aus der *Korrespondenz Erneuerung*, der Zeitschrift der aus der DKP entflohenen ErneuerInnen und Erneuerer, will das SOFO einen Beitrag zur sozialistischen Politikentwicklung leisten - über Organisationsgrenzen hinweg, als offenes Diskussionsforum.

SOFO 7/90

(November/Dezember)

Schwerpunkt "Feminisierung"

mit Beiträgen zu u.a.: Frauenbewußtsein und -bewegung in der (Ex-)DDR * Frauen und polit. Organisationen * Die PDS und die Frauenfrage. Außerdem: *Wahlspecial* mit Beiträgen zur Diskussion über GRÜNE, PDS/Linke Liste oder Wahlboykott

Einzelheft DM 4.- / Jahresabo DM 44.- (11 Ausgaben) / Förderabo DM 60.-

Bestellungen und Probeexemplare bei:

Sozialistisches Forum

Bobstr. 6-8, 5000 Köln 1

Forum **Recht**

Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!

Erscheint vierteljährlich

Einzelheft:

3 Mark + 1 Mark Porto

Jahres-Abo: 14,50 Mark

Schwerpunkthefte:

- **2/88:** § 218 und Beratungsgesetz
- **3/88:** Ausländerrecht
- **1/89:** Aussiedler/ Sicherheitsstaat/ Anwälte
- **2/89:** 40 Jahre Grundgesetz
- **3/89:** Zeitbombe §129a
- **4/89:** Umweltrecht
- **1/90:** JuristInnenausbildung
- **2/90:** „Deutschropa"
- **3/90:** Arbeitsrecht
- **4/90:** Schwerpunkt: Gen-Technologie

Probe-Abo (ohne Verlängerung): 2 Hefte für 5 Mark Schein oder Scheck an:

RECHT & BILLIG VERLAG
Falkstr. 13
4800 Bielefeld 1
Tel. (0521) 67696

Impressum

Die **atom** ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung.
Herausgeber: Atom Express und Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktionsadressen:

atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen

atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg
Tel.: 04131/38707 oder 37835 (tagsüber)

V.i.S.d.bgl.P.:

Enno Brand, Günter Garbers, Bernd Weidmann

Bestellbedingungen:

Diese Ausgabe kostet 5,– Mark, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 3,50 Mark. Ein Abo für fünf Ausgaben kostet 30,– Mark incl. Porto und Versand.
Förder-Abo: ab 50,– Mark
Konto: »atom«, G. Garbers
PSchA Hamburg, Nr. 378 14 - 206

Abo- und Bestellpost bitte nur an:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Spendenkonto:

Bernd Weidmann Sonderkonto
PSchA Hannover, Nr. 409898–304
Bitte keine Abo-Gelder aufs Spendenkonto!

Moderne Zeiten:

Wer für die atom Artikel schreibt, kann uns diese auch auf PC-Diskette abgespeichert zusenden (zusätzlich einen Ausdruck). Folgende Disketten können wir verarbeiten:
1.) 3,5 Zoll-Disketten für Apple/Macintosh oder MS-DOS
2.) 5 1/4 Zoll-Disketten für MS-DOS-Laufwerk. Diese Disketten müssen auf 360 Kilobyte und einseitig formatiert sein.
Die Artikel müssen als Word, Wordstar, Txt, Pagemaker oder Word-Perfekt Dokumente abgespeichert sein. Disketten und Ausdrukke bitte an die Lüneburger Redaktion.

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem/ der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches:

Dies ist die **atom** Nr. 33, Dez. '90/Jan. '91.
Nach der guten alten Zählweise, für Fans, SammlerInnen und NostalgikerInnen:
Atom Express Nr. 73
atommüllzeitung Nr. 61

Druck: Steidl, Göttingen
Foto Titelseite: Atommüll-Lager Gorleben, Käpt'n Nuß.

Redaktionsschluß für die nächste atom: Mitte Januar 1991

Inhalt

Schwerpunkt 1: »Entsorgung«

Atommüll, der nicht sicher gelagert werden kann, Altlasten aus dem Uranbergbau von Wismut: allerorten tickt die nukleare Zeitbombe. Ein „Entsorgungskonzept" ist nicht in Sicht.

Wendland: Blähfässer gestoppt 4
Schacht Konrad: Warten auf Rot-Grün 8
Morsleben: Ersatz für Konrad? 11
Wismut AG : Untaugliche Sanierungsversuche 16

Herbstkonferenz '90
Bericht aus Plenum und AG's 24

Standorte
Mühlheim-Kärlich, Euregio, Würgassen, THTR, Lingen, Hanau, Atomtransporte Süd 27
Atomenergie in der CSFR 36

Zur Diskusson
Ökohorror, Tauschwerte, Langeweile 38
Schwarzes Brett 43

Schwerpunkt 2: rosa - rot - grün

Zur Diskussion um Parlamente und Parteien: Was bringt rot-grün in Niedersachsen? Warum wählen Linke die PDS? bzw. warum nicht?

Rot + Grün = Blaß? 44
Offener Brief / Leserbrief 46
PDS: Alter Wein mit neuem Gysi 48
PDS / oder was? 51
Die PDS und die Atomenergie 53

Schwerpunkt 3: High-Noon am Golf?

Die Zeichen am Golf stehen auf Krieg. Die radikale Linke in der BRD schaut zu.

High Noon am Golf 56
Bundeswehr: Manöver in Kriegsstärke 57
Das »Tier von Bagdad« 59
Die Ölinteressen des Westens 60
Desertations-Aufruf der Grünen 63

Kriminalisierung
Startbahn-Prozeß 64
Isabel Jakobs 65

Neues aus dem Wendland

Kaum hatte der niedersächsische Wirtschaftsminister Fischer (SPD) Ende September 90 den Hauptbetriebsplan des Endlagers genehmigt, kam frischer Wind in die Auseinandersetzungen um Gorleben. Sein fataler Freibrief zum weiteren Abteufen im Salzstock sorgte allseits für politischen Wirbel. Wohl um den Flurschaden zu begrenzen und die Koalitionspartner von den Grünen zu besänftigen, erklärte Ministerpräsident Schröder die Endlagerfrage zur Chefsache und bekundete landauf, landab seinen *"festen Willen"* zum Ausstieg aus dem Projekt.
Die Antwort der Bundesregierung kam umgehend. Reaktorminister Töpfer nahm den Faden auf, indem er den mittlerweile wieder verhängten Baustop mit der Androhung eines Rechtsstreites zwischen Bonn und Hannover zu torpedieren versuchte.
Darüberhinaus zögerte der Bund nicht, die Gorleben-Gelder, eine Form der Subvention besonders belasteter Regionen in Höhe von 30 Millionen DM, einzufrieren, weil die Planungs- und Erkundungsarbeiten am Salzstock nicht vorankommen. Der Wink mit dem Brennstab war deutlich und wurde auch prompt in der Öffentlichkeit als plumpe Erpressung gebrandmarkt. H. Kempmann aus der Landtagsfraktion der Grünen erkannte in dem Stornieren der Gelder gleichzeitig ein indirektes Eingeständnis der Nichteignung des Salzstockes Gorleben als Endlager.
Die niedersächsische Koalitionsregierung fand starke Worte gegenüber den Attacken aus Bonn, doch auf Seiten der Anti-AKW-Bewegung ist der Glauben an ihren nachdrücklichen Ausstiegswillen schwach. Nach 100 Tagen rosa-grüner Regierungspolitik kann niemand aus dem Wendland-Widerstand überzeugende Indizien einer konsequenten Anti-Atompolitik in Hannover feststellen. Daran ändern auch die Beteuerungen von Griefahn, Kempmann und Co nicht viel, die Trägheit des Verwaltungsapparates lasse sich nur schwer überwinden. Auf zuvielen Ebenen (außer auf der verbalen) tue sich zuwenig, lautet das Fazit vieler AKW-GegnerInnen. Insofern verlassen sie sich weiterhin auf ihre, wenn auch begrenzte, Kraft und organisieren Blockaden, Demos und andere Protestaktionen.
Am 15. Oktober bspw. blockierten knapp 100 AktivistInnen unter dem Motto "Letzte Schicht am Schacht" die Tore des Endlagers, sodaß die Bauarbeiter bei Schichtwechsel nicht umhin kamen, sich mit ungewohnten Wegen auf das Gelände vertraut zu machen. Von der Höhe der "Sicherheits"anlagen aus mochten sie beim Überqueren derselben ganz neue Einsichten in die geringe Akzeptanz ihrer Tätigkeit im Wendland haben. Ihr Klagen auf einer emotionsgeladenen Informationsveranstaltung mit Schröder und Griefahn am Abend desselben Tages war jedenfalls nicht zu überhören.
Genaueres über die Dinge des Lebens im Wendland auf den folgenden Seiten.

Schlechte Aussichten für den Faßmüll

Am 25. September dieses Jahres war nach Auffassung einiger AKW-GegnerInnen mit einem Novum im Wendland zu rechnen. Erstmals sollte ein Teil der mittlerweile etwa 7000 Fässer mit schwach- und mittelaktivem Atommüll aus dem Zwischenlager Gorleben abtransportiert werden. Bestimmungsort der Behälter sollte die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) in Duisburg-Wanheim sein. Daß aus diesen Transporten schließlich doch nichts wurde, lag weniger am Widerstand blockadebereiter Anti-AKW-AktivistInnen, sondern ergab sich durch die Intervention aus einer ganz anderen Richtung. Das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Duisburg untersagte die Einlagerung von 27 Gebinden aus Gorleben bei der GNS und bescherte damit der Atomwirtschaft eine beachtliche Denkpause.

Die Partie der in Duisburg angekündigten Fässer ist Bestandteil eines Kontingents von 1290 Fässern in Gorleben, die nach offizieller Sprachregelung noch nicht bzw. unzureichend konditioniert sind, um beizeiten im geplanten Endlager Schacht Konrad eingelagert zu werden. Hinter diesem lapidar erscheinenden Sachverhalt verbirgt sich allerdings ein beträchtliches Problem der Atommüll"entsorgung".
Bekannt geworden ist ein Teil dieser Fässer als Blähfässer, denn sie stehen aus bislang ungeklärten Gründen unter einem starken

Foto: Käpt'n Nuß
Am 15. Oktober 90 wird die letzte Schicht zwar herausgelassen,.....

inneren Druck. Zwei weitere Fässer aus dem Hahn-Meitner-Institut (HMI) in Berlin weisen sogar Risse in den Behälterwandungen auf.
Von weitaus größerer Bedeutung sind zur Zeit aber die etwa 600 der 1290 Fässer, die aus dem AKW Stade stammen. Von diesen sind 302 Gebinde (nach derzeitigem Erkenntnisstand) im belgischen Atomzentrum Mol konditioniert, dann wieder nach Stade geliefert und schließlich in Gorleben eingelagert worden. Ihre Brisanz erhalten die Fässer dadurch, daß sie im Rahmen der unter dem Begriff "Transnuklearskandal" bekannt gewordenen Unregelmäßigkeiten falsch deklariert wurden. Sie enthalten eine unbekannte Menge verschiedener Kernbrennstoffe, vermutlich aus den Brennstäben unterschiedlicher Atomkraftwerke. Das bedeutet, daß sich möglicherweise in allen dieser Mol-Fässer hochradioaktive Alpha-Strahler wie z. B. Plutonium befinden.
Das leidige Problem der Atommafia besteht nun darin, daß nicht mehr eindeutig dokumentiert werden kann, welche der etwa 600 Fässer aus Stade in Mol konditioniert worden sind. Diese Tatsache nahm die Staatsanwaltschaft Lüneburg seinerzeit zum Anlaß, alle Fässer aus Stade zu beschlagnahmen, ohne daß allerdings jemals etwas von einer Ermittlungsgruppe zur Klärung des Sachverhalts bekannt geworden wäre. Ohne Ermittlungserfolg wurde die Beschlag-

nahme am 3. September dieses Jahres bis auf weiteres ausgesetzt.
Sollen die 129O Atommüllfässer nunmehr zur Nachkonditionierung nach Duisburg geschafft werden, kommt die Brennelemente-Lager-Gesellschaft (BLG) in Gorleben

nicht umhin, aus dem gesamten Kontingent der Stade Fässer die 3O2 Mol-Fässer herauszusuchen, da die GNS keine Genehmigung zum Umgang mit Kernbrennstoffen hat. Stattdessen müssen diese Behälter laut Anordnung des Niedersächsischen Umweltministeriums in den Kernforschungsanlagen Jülich oder Karlsruhe analysiert werden.
Die BLG versucht unter Beteiligung des TÜV Hannover, die Fässer aus Mol durch das sogenannte Gamma-Scanning zu identifizieren. Durch diese zerstörungsfreie Untersuchungsmethode soll der Gehalt der "Leitnukleide" Kobalt 6O und Cäsium 137 eines Gebindes bestimmt werden, um darüber auf das Vorhandensein von Kernbrennstoffen zu schließen. Die Berechnung des Verhältnisses von Cäsium zu Alphastrahlern (wie Plutonium) wird durch die Verwendung des KORIGEN-Codes, eines speziellen Auswertungsprogramms, versucht. Doch dieses Vorgehen ist nach Aussagen des Physikers Chr. Küppers vom Öko-Institut Darmstadt im vorliegenden Fall vollkommen untauglich.
"Das genannte Verfahren ist in keiner Weise geeignet, den Inhalt der Fässer mit in Mol behandelten Abfällen zu bestimmen. Der KORIGEN-Code ist auch nicht für solche Zwecke entwickelt worden. ... So besteht kein systematischer Zusammenhang zwischen der Freisetzung von Cäsium und Alphastrahlern aus Brennelementen und somit kein generell errechenbares Verhältnis in radioaktiven Abfällen aus dem Kraftwerksbetrieb. Betriebserfahrungen aus Reaktoren lassen sich nicht auf andere Reaktoren und insbesondere nicht auf andere Anlagentypen wie Brennelementfabriken und Wiederaufarbeitungsanlagen übertragen. ... Es ist daher nicht möglich, die Plutoniummengen anhand von Cäsiummessungen zu schätzen, wenn die Herkunft der Abfälle nicht bekannt ist. Das Problem der in Mol behandelten Abfälle ist aber gerade, daß sie mit den angelieferten Abfällen bei der Rückgabe in vielen Fällen nicht mehr identisch waren".
Diese klare Absage an die entsprechenden Pläne der Betreiber machte sich das Gewerbeaufsichtsamt in Duisburg zu eigen, indem es die Argumentation des Öko-Instituts übernahm. Da nicht hinreichend gewährleistet war, daß die angekündigte Charge kein Faß aus Mol beinhaltete, verbot es am 24. September 9O die Einlagerung von Fässern aus Gorleben solange, wie die besagten 3O2 Fässer nicht durch ein geeignetes Nachweisverfahren verläßlich identifiziert worden sind.
Mit diesem faktischen Auslagerungsstop steht die Atomindustrie vor der Alternative, entweder ein Meßverfahren zu finden, das im Zwischenlager Gorleben praktikabel ist (damit ist vorerst wohl nicht zu rechnen), oder alle 6OO Fässer aus Stade prophylaktisch in die KFA Jülich oder Karlsruhe zu transportieren. Das allerdings wäre die unwirtschaftlichste aller Möglichkeiten, denn Jülich bspw. berechnet die Kosten für die Untersuchung eines einzelnen Fasses mit 15OOOO.-DM.
Die unerwartete Entscheidung aus Duisburg bestätigt einmal mehr auch die Kritik der BI Lüchow-Dannenberg am TÜV Hannover. Seine Aktivitäten gaben in der Vergangenheit bereits mehrfach Anlaß zu den Vorwürfen der Inkompetenz bzw. der Befangenheit. Wie anders soll mensch in diesem Fall seine Beteiligung bewerten, wenn die Anwendung des Gamma-Scannings und des KORIGEN-Codes unter seiner Federführung erfolgt,

aber schon nach kurzer Zeit als unzulässig entlarvt wird?! - Wenn derartige Materialprüfungen notwendig werden, dann nur unter Beteiligung unabhängiger WissenschaftlerInnen.
Die aktuelle Auseinandersetzung um die Fässer wirft aber auch ein fragwürdiges Licht auf die Rolle des Niedersächsischen Umweltministeriums und seines grünen Staatssekretärs P. Bulle. Zwar verordnete er allen 3O2 Fässern aus Mol die Sonderbehandlung in Karlsruhe bzw. Jülich, doch welche konkreten Fässer in die KFAs müssen und welche nach Duisburg zur GNS hätten transportiert werden dürfen, war letzthin von den dubiosen Bestimmungsverfahren der Betreiber abhängig. Die grundsätzliche Auslagerungsgenehmigung entbehrte insofern einer wesentlichen Grundlage, durch die sie überhaupt erst verantwortbar gewesen wäre, Die Tatsache, daß die BIs im Wendland und in Duisburg bereits frühzeitig auf dieses Problem hingewiesen hatten, läßt

Foto: Käpt'n Nuß
.... aber die folgende braucht Polizeischutz

erneut Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Umweltministeriums aufkommen. Die Skepsis wird dadurch verstärkt, daß die Transportgenehmigungen bis auf den heutigen Tag grundsätzlich gültig sind.
Vorerst bleiben die Atommüllfässer also in Gorleben. Für die BI Duisburg, auf deren Initiative die Intervention des Gewerbeaufsichtsamtes Duisburg letztlich zurückgeht, ist dies ein Erfolg. Das gleiche gilt für diejenigen aus dem Wendland-Widerstand, die aus gesamtbewegungspolitischen Gründen die Auslagerung der Fässer ver-/behindern wollten. Gleichzeitig ist dieser Erfolg aber auch verbunden mit der Enttäuschung vieler WendländerInnen darüber, den unbekannten Atommüll weiterhin vor der Tür zu haben.
Das Dilemma der Atommafia, keine Lösung für den Verbleib der radioaktiven Abfälle zu haben, wird damit in gewissem Sinne zum Dilemma der Anti-AKW-Bewegung: Der Erfolg der einen Standort-BI geht zu Lasten einer anderen. Es ist daher unumgänglich, ein Konzept zu entwickeln, das auch diesem Problem Rechnung trägt. Wie aber können die entsprechenden Forderungen aussehen, die a) das Interesse aller BIs repräsentieren und b) die Atommafia in Zugzwang bringen, weil sie c) deren Verantwortlichkeit für den Atommüllnotstand in der Öffentlichkeit überzeugend benennt?
Eine Forderung lautet, mensch solle alle Fässer aus Stade, also alle Fässer, die Kernbrennstoffe beinhalten könnten, in die Kernforschungsanlagen bringen. Dieser zunächst sinnvoll erscheinende Vorschlag übersieht, daß eine Untersuchung in den KFAs nicht zerstörungsfrei erfolgt und daher mit der unvermeidlichen Freisetzung von Radioaktivität verbunden ist. Darüberhinaus stellt sich die Frage, was mit den analysierten Gebinden daraufhin geschieht. Der von uns kritisierte atomare Normalbetrieb würde erneut in Gang gesetzt: Fraktionierung, Konditionierung und diverse Transporte. Das kann nicht unser Interesse sein! Es führt kein Weg an der alten, immer noch aktuellen Forderung vorbei, den gesamten umstrittenen Atommüll zurückzutransportieren in das Ausgangs-
AKW, also nach Stade. Sicher hätte die Erfüllung dieser Forderung elementare Konsequenzen für das Kraftwerk, denn der "ordnungsgemäße" Weiterbetrieb wäre dadurch wohl ausgeschlossen. Das macht zwar deutlich, mit welchen Widerständen mensch bei der Umsetzung einer solchen Forderung zu rechnen hat, tut ihrer Richtigkeit aber keinen Abbruch. Die Tatsache, daß das AKW damit faktisch zum vorläufigen Zwischenlager avanciert, sollte vor dem Hintergrund seiner Stillegung verschmerzbar sein.
Wie aber ist ein Prozess in Gang zu bringen, an dessen Ende die Auslagerung der Atommüllfässer im obigen Sinne unumgänglich wird? - Die Entwicklung entsprechender Schritte könnte die aktuelle Situation für uns durchaus positiv beeinflussen. Vielleicht sollte bspw. das Gewerbeaufsichtsamt in Lüneburg darauf hingewiesen werden, daß für das Faßlager in Gorleben das gleiche gilt wie für die GNS in Duisburg: Beide verfügen über keinerlei Genehmigung zum Umgang mit Kernbrennstoffen.

Ausstieg aus dem Endlager ?

Am 10. November ist es in Gorleben erneut zu Protesten gekommen. Die unlösbare Atommüllproblematik ruft nun auch die deutsche IPPNW-Sektion mit auf den Plan. Gemeinsam mit der BI Lüchow-Dannenberg haben die nobelpreisgekürten Ärzte und Ärztinnen für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie demonstriert. Gemeinsames Motto "Rote Karte für die Atommafia!"

Nach 100 Tagen rot-grüner Koalition in Hannover, so der Vorwurf der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg am letzten Septemberwochenende auf einer Infoveranstaltung im Rahmen der samstäglichen Waldspaziergänge, habe sich in Niedersachsen in Sachen Ausstieg aus der Atomenergie nichts ereignet. Was niemand ahnte: tags zuvor - am 28. September - hatte Peter Fischer, der sozialdemokratische Wirtschaftsminister, einen Hauptbetriebsplan zum weiteren Abteufen der Endlagerschächte in den Salzstock hinein zugelassen. Bis in die Tiefe von 345 m sollten Förder- und Bewetterungsschacht von derzeit 270 m bzw. 170 m Tiefe weiter abgeteuft werden, dermaßen standsicher sollte das Projekt dann einem geordneten Ende - so das erklärte Ziel der Koalitionäre - entgegensehen. Die Hintergründe für diese, die Betreibergesellschaft DBE (Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern) begünstigende Entscheidung Fischers blieben nebulös. Steht der Innenausbau ersteinmal bis 345 m, so könnten die Schächte über Jahre hinweg offen gehalten werden. Getreu dem Motto: Regierungen kommen und gehen, aber die Option auf Gorleben bleibt bestehen.
Die DBE und das Töpfersche Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) konnten sich die Hände reiben. Helle Aufregung im Kabinett Schröder, als die Tragweite des Faux-Pas Peter Fischers endlich dämmerte und die BI energisch protestierte. 5 Anwohner aus Lüchow-Dannenberg legten beim Bergamt Celle Widerspruch gegen die Fischer-Entscheidung ein und bewirkten einen faktischen Baustopp. Glück im Unglück des Pechvogels, der hatte keinen Sofortvollzug angeordnet. Damit verschob sich der Konflikt auf die Achse Hannover - Bonn. Bundesumweltminister Töpfer klagt per BfS auf Sofortvollzug, Gerhard Schröder engagiert sich vor Ort im Wendland und macht sich stark für den "Ausstieg aus dem geplanten Endlager", BI-Aktivisten blockieren die Endlagertore - die politische Arithmetik scheint wieder stimmig. Ein jahrelanger juristischer Konflikt ist vorprogrammiert, das Ende völlig offen. Bisher sind rund 750 Millionen DM im sogenannten Erkundungsbergwerk verbaut worden. Bis zur Jahrtau-

Foto: Käpt'n Nuß
Orginellerweise wurde die Wanne durch das Tor gefahren, nachdem fast alle Arbeiter darüber hinweggeklettert waren.

sendwende wird für die untertägige Erschließung, den Strecken- und Stollenauftrieb in 900 bis 1000 m Tiefe über 3 Milliarden DM veranschlagt.
Die ausstiegswilligen Niedersachsen haben einige Trümpfe in der Hand. Um einer Öffentlichkeitsbeteiligung aus dem Wege zu gehen, wurde das Endlager bisher nicht nach Atom-, sondern nach Bergrecht gebaut. Ein Bumerang. Offensichtlich hat niemand ernsthaft an einen Regierungswechsel in Hannover gedacht. Denn Klaus Töpfer kann nun die niedersächsischen Landesbehörden nicht anweisen wie etwa beim Streit um den Schnellen Brüter in Kalkar. Das BfS muß die Zulassung der Betriebspläne vor den Verwaltungsgerichten erstreiten.
Überwuchert von strittigen Rechtsfragen geht es im Kern um das Fiasko der nuklearen Entsorgung. In Gorleben sollte wärmeentwickelnder, hochaktiver Müll im Salzgestein eingelagert werden. Schon 1984, nach einer Anhörung vor dem Innenausschuß des Bundestages, war klar, es gibt erhebliche Sicherheitsbedenken gegen Salz als Wirtsgestein allgemein und wegen der katastrophalen Tiefbohrergebnisse gegen den Standort Gorleben speziell. Allen Mahnungen zum Trotz hieß es in Bonn stereotyp, an der Eignungshöffigkeit des Gorlebener Salzstockes gebe es keinerlei Zweifel. Hinter vorgehaltener Hand hieß es allerdings, man könne doch nicht den gleichen politischen Ärger wie im Wendland und in Wackersdorf noch an anderen Standorten provozieren wollen. Hier im ehemaligen Zonenrandgebiet sollen zwei atomare Zwischenlager, die Pilot-Konditionierungsanlage und das Endlager konzentriert werden. Drei Viertel der betroffenen Menschen im 50 km Radius wußte von alledem nichts oder nur wenig und konnte sich nicht einmischen: sie lebten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR.
Derart geopolitische Erwägungen werden auch bei dem östlichen Pendant, dem Atommüllager in Morsleben, eine Rolle gespielt haben, das im einstigen Sperrgebiet in der Nähe von Helmstedt betrieben wird. Der Weiterbetrieb ist per Novelle des Atomgesetzes bis zum 30. Juni 2000 gesichert. Auch hier handelt es sich um Salz als Wirtsgestein. Seit 1978 werden schwach- und mittelaktive Abfälle aus dem Kernkraftkombinat Bruno Leuschner in Greifswald eingelagert. Die Mängelliste, die das Darmstädter Öko-Institut vor kurzem aktualisierte, ist lang: Gefahr des Wassereinbruchs, Absenkungen durch den Abbruch unterirdischer Hohlräume, unzureichende Sicherheitsbarrieren. Die besondere Spezialität: Flüssigabfälle (Verdampferkonzentrat) werden auf Braunkohleasche gesprüht, aber nicht vollständig abgebunden, sondern versickert. Die Deponie soll aus dem Kombinat Bruno Leuschner herausgenommen werden, die DBE wird das Endlager übernehmen. Ob und wie die DBE die Deponie künftig nutzen wird, hänge von einer Sicherheitsanalyse ab, die zur Zeit in Auftrag sei und vom BfS und der atomfreundlichen Gesellschaft für Reaktorsicherheit angefertigt wird, ließ die DBE verlauten. Schneller als vermutet, eröffnet sich die Atomlobby ein neues Schlupfloch. Morsleben wäre ein willkommener Ersatz für das ebenfalls politisch heftig

Foto: Käpt'n Nuß
"Grenzüberschreitende" Diskussionen

umstrittene Erzbergwerk Schacht Konrad bei Salzgitter, wo als Ergänzung zu Gorleben rund 90 % aller radioaktiven Abfälle versteckt werden sollten.
Schon am 2. Oktober hatten AtommüllgegnerInnen aus dem Wendland und Salzgitter gemeinsam in satirischer Form am Vorabend der Vereinigung von Ost- und Westatommüll mit einem Polterabend in Morsleben protestiert. Man werde sich auch in Zukunft nicht auf Richtersprüche oder den Schaukampf zwischen Töpfer und Schröder verlassen, sondern kräftig mitmischen, so der Grundtenor der Bürgerinitiativen. Die IPPNW hält in einer 9-Punkte-Erklärung zur Gorleben-Demo abschließend fest, worum es im Kern geht: " *Die psychische und körperliche Gesundheit der jetzt lebenden und zukünftiger Generationen ist durch eine Fortsetzung der Atomenergienutzung dauerhaft gefährdet, eine sichere Endlagerung ist in absehbarer Zeit nicht gegeben. Aus ärztlicher Sicht ist deswegen eine weitere Kernenergienutzung nicht verantwortbar.*"
Das finden wir natürlich auch!!

Wolfgang Ehmke

Blockaden am 6. jeden Monats

Seit dem Ende der Montagsblockaden in Gorleben, die über 3 Monate hinweg stattgefunden haben, war die Frage: wie geht es weiter?
Wir wußten, es gibt ein Potential von Leuten, die durch die Regelmäßigkeit der Blockaden angesprochen wurde, und die wir nicht einfach hängen lassen wollten. Außerdem hat sich die Situation in Gorleben leider nicht dahingehend entwickelt, daß wir sagen könnten, wir bräuchten eigentlich nicht mehr zu blockieren. Gerade in den ersten Oktoberwochen ging der Bau bzw. die Bauvorbereitungsmaßnahmen der Pilotkonditionierungsanlage rasant weiter. Kein Grund also, die Hände in den Schoß zu legen und Advent zu feiern.
Aus diesem Grund beschlossen wir, weiterhin regelmäßig Blockaden durchzuführen und zwar **am 6. jeden Monats**. Dieses Datum haben wir deswegen gewählt, weil an mehreren Standorten an diesem Tag Aktionen stattfinden. So z.B. seit einigen Jahren in Brokdorf, seit letztem Jahr auch in Hanau, Würgassen und Grafenrheinfeld. Dabei nehmen wir den Tag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima auch zum Anlaß, um erneut auf den Zusammenhang zwischen ziviler Forschung und Nutzung und Militärischer Nutzung aufmerksam zu machen. Wir wollen in der Tradition der Montagsblockaden bleiben und die Präsenz an den Toren phantasievoll gestalten, indem wir inhaltliche Schwerpunkte setzen.
Im Widerstandskonzept gilt für Gorleben wieder ab sofort: An jedem zweiten Samstag wird spaziergegangen (Waldspaziergang um die Atomanlagen), an jedem Sonntag gebetet (Gorlebener Gebet) und an jedem 6. blockiert.
Die nächste Blockade ist eine Nikolausblokkade und findet am Donnerstag, dem 6.12. ab 8.00 Uhr vor den Atomanlagen statt.
Hier werden alle Nikoläuse des Landkreises gegen die unverantwortliche Atompolitik protestieren und auch andere Läuse sind herzlichst aufgefordert, sich zu solidarisieren.

Katja/Wustrow

KONRAD als Streitpunkt der Koalitionsvereinbarungen

Zu einem der wenigen Streitpunkte bei den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und GRÜNEN wurden die unterschiedlichen Auffassungen über die Zukunft des geplanten Endlagers SCHACHT KONRAD. Der jetzige Ministerpräsident Schröder wollte von den GRÜNEN als Preis für den Verzicht auf Gorleben die Zustimmung zu KONRAD, wohlwissend, daß gerade die anderen SPD-Länderchefs auf KONRAD setzen. Wir haben mit unterschiedlichen Aktionen (in Hannover vor dem und im Landtag, einen Aktionstag in verschiedenen Städten, große Anzeige in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, etc.) öffentlichen Druck auf die Verhandlungen ausgeübt. Der jetzige stellvertretende Ministerpräsident, Innenminister Glogowski, bis vor kurzem Oberbürgermeister von Braunschweig und Mitglied der Verhandlungsrunde, stand in der Region im Wort, gegen KONRAD zu sein. An diesem Punkt machten dann auch die GRÜNEN nochmal Druck und erreichten, daß zumindest verbal eine Ablehnung von KONRAD festgeschrieben wurde: "Es sollen alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, daß Planfeststellungsverfahren zu KONRAD nicht weiter fortzuführen".

Von SPD und GRÜNEN wurden die Beschlüsse zur Atompolitik als "Frontal-Angriff auf die Atomwirtschaft" bezeichnet. Doch hinter dieser radikalen Bezeichnung fielen die konkreten Festlegungen, auf welche Weise und in welchen Fristen dieser angestrebte Ausstieg zu erreichen sei, weit zurück. Bezüglich KONRAD wurde unsere

Wie geht´s weiter mit Schacht Konrad

Foto: **Reinhard Hübener:**

AKW-Gegner beim Zerschlagen eines symbolischen Atomklos in Morsleben

Forderung nach sofortigem Abbruch des Planfeststellungsverfahrens nicht erfüllt. Auf einer Veranstaltung der AG SCHACHT KONRAD am 13. Juni '90 in Vechelde bezeichneten Monika Griefahn und Hannes Kempmann es als "besseren Weg", das Verfahren nicht gleich abzubrechen. Auf diese Weise würde man sich nur gleich eine Weisung von Töpfer einhandeln. Monika Griefahn versprach der AG SCHACHT KONRAD eine Zusammenarbeit und einen regelmäßigen Informationsfluß. Sie forderte die Initiativen auf, weiter öffentlich Druck in Richtung Ausstieg zu machen, denn sonst seien die Vorhaben der neuen Landesregierung nicht durchzusetzen.

Hoffnung auf Rotgrün

Unterstützt durch die Presseverlautbarungen ("Rotgrün beschließt den Ausstieg") setzten und setzen viele Engagierte ihre Hoffnungen auf Rotgrün und ließen sich erstmal in eine Abwartehaltung zurückfallen. Wir (und andere) müssen es einfach zur Kenntnis nehmen, daß diese Hoffnung bei Vielen vorhanden ist. Realität ist: Eine Randbedingung in der Auseinandersetzung um KONRAD hat sich gebessert: die Bun

desregierung hat eine Hürde mehr zu überwinden, um KONRAD durchzusetzen. Auf der anderen Seite wird die Auseinandersetzung für uns komplizierter, das "Feindbild" ist nicht mehr so eindeutig. Das Problem taucht immer generell dann auf, wenn eine "Gruppe" unsere Forderungen, für die Öffentlichkeit zumindest, übernimmt.

Die AG SCHACHT KONRAD verfolgt nach wie vor das Ziel, möglichst "nah am Ball zu bleiben", d.h. eine eigenständige Position, auch gegenüber der Landesregierung zu vertreten und diese öffentlich mit unseren Forderungen und ihren Ansprüchen zu konfrontieren. Das Schlimmste, was uns als Bewegung doch passieren kann und z.T. schon passiert, ist, daß wir öffentlich schlicht keine Rolle mehr spielen. D.h. die Auseinandersetzung um KONRAD (und andere Standorte) werden von Bundes- und Landesregierung, von den Parteien und von der Atomwirtschaft geführt. Wenn wir nicht eingreifen, wird es in der Öffentlichkeit (bis hinein in die Kreise der aktiven Gruppen) so aussehen, als ob die Argumente und Einschätzungen der Niedersächsischen Landesregierung die einzig möglichen im Kampf gegen die Atomenergie sind.

Öffentlichen Gegenpol bilden

Wenn wir stark genug wären, würde es ggfs. genügen, nur unsere Forderungen mit entsprechendem Nachdruck zu vertreten, um sie letztlich durchsetzen zu können. So ist es unsere erste Aufgabe, unsere Forderungen, innerhalb der aktiven Gruppen und in der Öffentlichkeit, gegenüber den Vorhaben der Landesregierung zu behaupten. Bei KONRAD heißt das, nach wie vor an der Forderung nach sofortigem Abbruch des Planfeststellungsverfahrens festzuhalten, auch wenn das von der Landesregierung als unrealistisch angesehen wird. Die zweite Aufgabe ist, die Landesregierung an ihren eigenen Ansprüchen öffentlich zu messen. Das soll und darf nicht dazu führen, daß wir uns in jeder Detailfrage
den Kopf der Landesregierung zerbrechen, wohl aber Maßnahmen benennen, die von der Landesregierung zum Erreichen des Ausstiegs durchgeführt werden können und öffentlich plausibel gemacht werden können.
Bei KONRAD (wie auch bei anderen Atom-Anlagen und -Projekten) fehlt z.B. ein konkreter Zeit- und Mittelplan, wie der Ausstieg umgesetzt werden soll. Das ist die Grundvoraussetzung, um die Vorhaben umzusetzen und um sich gegenüber der Öffentlichkeit kontrollierbar zu machen. Ein Mittel ist sicherlich die Umbesetzung wichtiger Positionen im alten Apparat des Umweltministeriums. Doch dieses Problem hat Monika Griefahn und auch die GRÜNEN offenbar unterschätzt. Viele der heutigen Probleme sind darauf zurückzuführen, daß es noch nicht einmal geschafft wurde, den "Kopf" der Atomabteilung, Horst zur Horst, auszutauschen. Dies wurde und wird von uns angeprangert, ohne daß wir detailliertere Personalvorschläge machen.

Wer definiert die Bruchstelle ?

Als konsequente Fortsetzung dieser Strategie ist es notwendig, daß wir die Bruchstelle der Koalitionsvereinbarung definieren. Ansonsten besteht die Gefahr, daß sich das, was die Landesregierung macht, als das öffentlich verfestigt, was auch möglich ist. Die Landesregierung und ggfs. auch die sie tragenden Parteien werden nicht von sich aus Maßnahmen im Atombereich als Koalitionsbruch bezeichnen, insbesondere wenn es ein "übergeordnetes Interesse" gibt.

Schwierig ist die Frage zu beantworten welche Maßnahme eine Fortführung des Verfahrens darstellt: Ist es bereits das Durchsehen der Unterlagen, die Anordnung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) oder die Vergabe von Gutachten. Auf jeden Fall stellt aber die Auslegung der Planunterlagen einen Bruch der Koalitionsvereinbarung dar: Was die alte CDU/FDP-Regierung in den letzten 6 Jahren nicht gewagt hat, darf die rotgrüne Regierung nicht ungestraft und das u.U. im ersten Amtsjahr tun. Da muß sich dann zeigen, ob wir imstande sind, diejenigen wieder zu mobilisieren, die heute noch der rotgrünen Landesregierung vertrauen.

Foto: **Reinhard Hübener**

Töpfer diktiert das Geschehen

Das Spekulieren, wie und wann Töpfer auf die Ankündigungen der niedersächsischen Landesregierung reagieren würde, hat ein schnelles Ende gefunden. Bei den Endlagerprojekten Gorleben und SCHACHT KONRAD diktiert Töpfer das Geschehen. Die Landesregierung kann nur reagieren und muß feststellen, daß sie zumindest in diesen beiden Fällen schlecht vorbereitet ist. Welche Gründe Töpfer zu diesem Vorgehen bewogen haben, ist unklar. Sicherlich ist der reale und akzeptanzmäßige Engpaß der Atomwirtschaft eine treibende Kraft. Durch die letzten Wahlergebnisse dürften sich die Konservativen im Aufwind glauben, um auch solche evt. unpopuläre Konflikte durchstehen zu können. Außerdem wird es auch Töpfer nicht entgangen sein, daß die Landesregierung schlecht vorbereitet ist und nach wie vor andere SPD-geführte Länder mehr oder minder stark den Druck auf die Durchsetzung gerade von KONRAD unterstützen. Auf der einen Seite ist das Eingreifen von Töpfer für uns gut, da es vielen hier bei uns abrupt deutlich gemacht hat, daß KONRAD noch längst nicht vom Tisch ist. Noch ein halbes Jahr länger (scheinbare) Ruhe um KONRAD und einige Initiativen wären gänzlich eingeschlafen.

Die Sache mit der Weisung

Töpfer hat am 21.11.90 zum zweiten Mal in einem "bundesaufsichtlichen Schreiben" die Landesregierung aufgefordert, die Planunterlagen zu KONRAD jetzt auszulegen. Andernfalls würde er "eine Weisung nach Artikel 85 Grundgesetz erteilen". Er verwarf die von Monika Griefahn auf den ersten Brief Töpfer's hin aufgeführten inhaltlichen Bedenken gegen eine Auslegung zum jetzigen Zeitpunkt. Die grundsätzliche Frage an dieser Stelle ist aber, ob Töpfer in dieser Sache überhaupt weisungsbefugt ist. Gerne wird hierbei auf das Kalkarurteil des Bundesverfassungsgerichts verwiesen, in dem die Kompetenzgefälle sicherlich zugunsten des Bundes und zuungunsten der Länder verschoben wurde. Doch bei KONRAD liegt der (andersgelagerte) Fall vor, daß der Bund gleichzeitig (über das Bundesamt für Strahlenschutz) Antragsteller ist; d.h. Töpfer will das Land anweisen, seinen eigenen Antrag als auslegungsreif zu betrachten. Dieser Fall ist so noch nie entschieden worden und es ist juristisch zumindest fragwürdig. Das Umweltministerium hat erst jetzt einen Rechtsanwalt mit der Prüfung dieser grundsätzlichen Frage beauftragt. Doch unabhängig vom Ausgang dieser Prüfung (die viel zu spät fertig wird) sollte für uns feststehen, daß wir eine Weisungsbefugnis von Töpfer "aus reinem Menschenverstand" ablehnen: "Es kann doch wohl nicht angehen, daß der Bund so einfach das erklärte Vorhaben einer Landesregierung umstürzen kann".

Und auch die Landesregierung muß aufgefordert werden, gemäß ihrer Koalitionsvereinbarung, "alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, das Verfahren nicht fortzusetzen". Auch wenn es einige uns nahestehende Juristen anders sehen: Die Erfahrung mit Gerichtsurteilen hat gezeigt, daß sich diese durchaus von der aktuellen öffentlichen Diskussion beeinflussen lassen. Und ob es darüber eine gibt, liegt wiederum an uns.

Weiteres Vorgehen der Landesregierung

Das erste Ziel, sich nicht gleich eine Weisung von Töpfer einzuhandeln, hat die Landesregierung verfehlt. Auch inhaltlich ist sie offenbar schlecht vorbereitet: Töpfer kann sich auf die immer noch im Amt befindliche alte Verwaltung berufen, die bereits kurz vor der Landtagswahl im Mai d.J. die Pläne als "auslegungsreif" bezeichnet hatte. Es gibt keine "neue Verwaltung", die das Gegenteil belegen könnte. Monika Griefahn hat es offenbar noch nicht einmalgeschafft, Mittel zu bekommen, um z.B. die Gruppe Ökologie zu beauftragen, die Änderungen an den Planunterlagen (der letzten drei Jahre) kritisch zu überprüfen. So ist die "inhaltliche Rückzugslinie" (es gibtungeklärte Probleme) (zu) wenig durch aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse abgesichert. Die UVP ist übrigens nach Töpfers Meinung bereits im letzten halben Jahr in die Pläne eingearbeitet worden. Aber auch hier gibt es natürlich einen Spielraum für Interpretationen, welche Prüfungen zu der (erstmals anzuwendenden) UVP dazugehören muß und was nicht.

Auslegung kann kommen

Viele Menschen schauen nach wie vor (leider) fast nur auf die Auslegung. So, als ob das die einzige Gelegenheit wäre, KONRAD zu kippen. Bei Menschen, die noch nicht so lange aktiv sind und einen bestimmten Glauben an den Staat (noch) haben, erscheint mir das stimmig. Unerklärlich ist es mir, wenn von angeblich radikaleren Kräften auf dieses staatskonforme Verfahren, das nur der Legitimation dienen soll, ständig hingewiesen und mobilisiert wird. Wenn die Auslegung wirklich kommt, wird die AG SCHACHT KONRAD - wie schon vor längerer Zeit geplant - eine bundesweite Einwendungs-Kampagne (u.a. mit dem Versand einer Sammeleinwendung) starten, zu der wir natürlich entsprechende Unterstützung von außerhalb begrüßen. Dabei bitten wir aber um Abstimmung mit uns. Solange die Auslegung noch nicht ansteht, dürfen wir m.E. aber nicht weitergehende Positionen kampflos aufgeben. Es wäre fatal, wenn sich der Eindruck manifestiert, die Landesregierung wollte zwar (den Ausstieg), es geht aber einfach nicht (im Rahmen des geltenden Rechts).
Selbst wenn Töpfer die Auslegung anweisen sollte, gibt es noch Randbedingungen, die für den Zeitpunkt eine Rolle spielen. So hatte Monika Griefahn's Vorgänger Werner Remmers (CDU) versprochen, eine Auslegung nicht "über Weihnachten" (und nicht über die Sommerferien) zu legen.

Schleppende Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium

Die zugesagte Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium gestaltet sich ausgesprochen schwierig. Auf eine Anfrage von uns nach einem Gespräch Ende August wurde wir von Monika Griefahn auf "Ende Oktober/Anfang November" verwiesen. Im September schrieb sie uns dann, daß sie den (ersten) Gesprächstermin mit uns erst am 10. Januar 1991 wahrnehmen könnte. Auf der anderen Seite ist die Auseinandersetzung um KONRAD schon im vollen Gange, ggfs. läuft im Januar bereits die Auslegung. Die Tatsache, daß Töpfer bereits vor den bundesaufsichtlichen Schreiben drei Briefe in Sachen KONRAD an das Umweltministerium geschrieben hat, haben wir nur über Umwege erfahren.

Ausstieg und Endlager

Als wichtigste Aufgabe betrachte ich es z.Zt., den Zusammenhang zwischen Endlagerverhinderung und Ausstieg herzustellen. Wer den Ausstieg will, darf jetzt der Atomlobby kein Schlupfloch lassen. Wer jetzt ein Endlager genehmigt, schreibt die Entsorgungsvariante für die nächsten Jahrzehnte fest. Wir müssen verhindern, daß es zu einem Vergleich der Endlagerstandorte kommt. Sonst kann es passieren, daß Morsleben "geopfert" wird und dann KONRAD mit dem Argument durchgesetzt werden soll, dieser Standort sei doch sicherer als Morsleben. Es gibt kein sicheres Endlager. Allein aus diesem Grund sind alle Atomanlagen sofort stillzulegen. U.a. zu dieser Argumentationskette sollten wir wieder zu mehr gemeinsamen Aktivitäten kommen.

Claus Schröder

AEG baut Elektrik bei KONRAD aus

Von einem Mitarbeiter von AEG Braunschweig erfuhren die AG SCHACHT KONRAD, daß AEG derzeit Arbeiten an der Elektrik und am Förderkorb bei KONRAD durchführt. Auf Anfrage der AG SCHACHT KONRAD hin antwortete das Umweltministerium, daß es sich hierbei um "vorlaufende Planungs- und Fertigungsarbeiten handelt, die in der Schachtanlage KONRAD erst realisiert werden dürften, wenn ein Planfeststellungsbeschluß sowie die bergrechtlichen Zulassungen hierfür vorlägen. Es handelt sich um Planungs- und Fertigungsarbeiten der DBE [Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern, Peine], die diese auf eigenes geschäftliches Risiko durchführen läßt".

Töpfer hat mit Morsleben eine Option mehr

Spätestens mit der neuen Möglichkeit für Bundesumweltminister Töpfer,nach dem Anschluß der DDR auch Morsleben als Endlager zu nutzen, ist die "Flaschenhals-Theorie" out. Schon mit dem Ausweichen der Atomwirtschaft von Wackersdorf nach La Hague wurde deutlich, daß sich die Atomwirtschaft mit der Europäisierung in allen Bereichen jeweils mehrere Optionen geschaffen hat. So ist es möglich, daß europaweit das (bzw. die) Endlager zum europäischen Zentral-Atommüllendlager werden, das sich am schnellsten durchsetzen läßt. Bis zu diesem Zeitpunkt werden alle Optionen so lange wie möglich aufrechterhalten. Es ist auch möglich, daß die zu lagernde Menge des Atommülls in noch mehr verschiedene Klassen aufgeteilt wird, um so zu versuchen, den Widerstand an den Standorten zu dämpfen (nach dem Motto: "Ihr bekommt ja nur noch einen kleinen Teil der ursprünglich geplanten Menge").
Insofern ist Morsleben nur ein weiterer Standort in der Reihe der Endlager(-Projekte) in den europäischen Ländern; nicht mehr und nicht weniger. Nach meiner Einschätzung ist es falsch, zu glauben, Töpfer (oder andere) wüßten heute schon, welches Endlagerkonzept mit welchen konkreten Standorten sie letztendlich durchsetzen wollen. Bei jeder Option gibt es für sie jeweils Vor- und Nachteile, bei denen der jeweilige Widerstand gegen das Projekt, bzw. die Anlage sicherlich eine entscheidende Rolle spielt. In den letzten Wochen hat Töpfer mit seinen Maßnahmen unterstrichen, daß er an allen derzeit aktuellen Endlager-Standorten (Gorleben, SCHACHT KONRAD und Morsleben) weiter festhält: Klage auf Sofortvollzug zum Weiterbau der Endlagerschächte in Gorleben; bundesaufsichtliches Schreiben mit der Drohung der Weisung zum Fortgang des Planfeststellungsverfahrens SCHACHT KONRAD und positives Zwischenergebnis für die Prüfung von Morsleben.

Morsleben als (Teil-)Ersatz für SCHACHT KONRAD ?

In Morsleben wurden von 1978 bis 1989 13.528 m³ feste und flüssige schwach- und mittelradioaktive Abfälle, sowie 5.824 umschlossene Strahlungsquellen endgelagert. Die Annahmebedingungen für Morsleben (laut alter DDR-Genehmigung) lassen, so Betriebsleiter Ebel in einer ersten Schätzung, allerdings "nur" eine Menge von ca. 60% der für KONRAD vorgesehenen Abfälle für die Endlagerung in Morsleben zu. Ausgenommen sind u.a. Abfälle aus der Wiederaufarbeitung, die bei denfür KONRAD vorgesehenen Abfällen allein ca. 30% ausmachen. Es gibt auch technische Hindernisse (z.B. Schachtdurchmesser), die eine Ausweitung dieser 60% (erstmal) begrenzen.

Die offene Frage ist, durch welche technischen und juristischen Maßnahmen dieser Anteil von 60% noch erhöht werden könnte. Es sollen außerdem, ähnlich wie in ASSE II, Versuche im Endlager Morsleben laufen, die eine Einlagerung von hochradioaktiven und wärmeentwickelnden Abfällen testen sollen. Das gesamte Hohlraumvolumen der Schachtanlage beträgt 5 Mio m³. Die erste Baustufe umfaßt Grubengebäude mit einem Volumen von ca. 300.000 m³, wovon zur Zeit ca. 75.000 m³ technologisch erschlossen sind. Diese möglichen Kapazitäten übertreffen die bei KONRAD beantragten (650.000 m³) bei weitem, wobei allerdings auch KONRAD laut PTB-Angaben "prinzipiell erweiterbar ist".

Transportrisiken

In Magdeburg kommen die Güterzüge, die den Atommüll nach Morsleben transportieren, an. Dort wird der Atommüll auf LKW's geladen und nach Morsleben gebracht. Aufgrund der bekannt schlechten Straßenverhältnisse ist das Transportrisiko eher höher als in der BRD. Magdeburg hat damit eine vergleichbare Funktion wie ihre Partnerstadt Braunschweig sie für SCHACHT KONRAD haben soll. Aber auch bei einer Endlagerung von bundesdeutschem Atommüll in Morsleben wäre Braunschweig letzter Umschlagplatz für Bundesbahntransporte; mithin wäre die Region Braunschweig / Salzgitter / Peine in beiden Fällen von den Transportrisiken bedroht. Ein Gutachten für die Gemeinde Vechelde kam zu dem Ergebnis, daß nach Bundesbahnstatistik alle 72 Jahre ein Unfall passiert, bei dem der Austritt von Radioaktivität nicht ausgeschlossen werden kann.

In Morsleben wird nach wie vor eingelagert

Auch nach dem 3.10.90 wird zumindest weiter "DDR-Atommüll" in Morsleben eingelagert. Nach Aussagen des jetzt auch für Morsleben zuständigem Bundesamtes für Strahlenschutz, werde "Anfang '91" - dann soll die Begutachtung der GRS fertig sein - entschieden, ob zusätzlich auch westdeutscher Atommüll in Morsleben endgelagert werden könne. Zwischenergebnisse lassen angeblich "kein sicherheitsrelevantes Risiko erkennen". Das Atomgesetz wurde bereits im September - mal wieder - den Wünschen der Atomlobby angepaßt. Der neueingefügte §57 a gibt u.a. dem Endlager Morsleben einen Bestandsschutz bis zum Jahr 2000, d.h. die Anlage wird in den Stand versetzt, als ob sie eine Genehmigung nach §9 AtG hätte. Es ist natürlich juristisch fraglich (und von daher auch dringend juristisch anzugreifen), ob diese Übergangsregelun-

Foto: Reinhard Hübener

gen verfassungsgemäß sind. Auf jeden Fall würde die Einlagerung von westdeutschem Atommüll in Morsleben, ggfs. bis zum Jahr 2000, der Atomwirtschaft erheblich Luft verschaffen (gerade auch für die Durchsetzung von KONRAD) und einen ganz erheblichen Gewöhnungseffekt auslösen. Dann gäbe es ein laufendes Endlager für "Gesamtdeutschland" und die ungelöste Entsorgung wäre scheinbar gelöst.

Nicht von den Parolen der Bundesregierung blenden lassen

Wie auch bei der Auseinandersetzung um andere Atomanlagen dürfen wir uns von den Parolen der Bundesregierungen nicht blenden lassen. So ist es zwar offenkundiges Ziel der jüngsten Änderung des Atomgesetzes gewesen, u.a. Morsleben weiter betreiben zu können. Doch erstens ist dieser "Bestandsschutz" juristisch umstritten (immerhin wird die sonst so hochgelobte Einspruchsmöglichkeit der BürgerInnen damit umgangen) und zweitens auch politisch leicht angreifbar (wir müssen es nur tun). Ein DDR-Bürger: *"Das ist ja wie unter der SED: früher wurde ich [zu Morsleben] nicht gefragt, unter der neuen Regierung soll ich auch nicht gefragt werden"*. Die konkrete wissenschaftliche Auseinandersetzung über die (Un-)Sicherheit des Endlagers ist zwar wichtig, aber wir haben doch aufgrund der Dreistigkeit der Bundesregierung argumentativ schon so die besten Karten: *"Alle Industrieanlagen in der DDR sollen marode sein, nur ausgerechnet das Atommüllendlager soll absolute Weltspitze darstellen? Was die BRD in 25 Jahren Forschung nicht realisieren konnte, soll die DDR bereits seit 12 Jahren besitzen ?!"*.

Ein Kriterium für Morsleben, das von der Bundesregierung positiv eingeschätzt wird, ist, daß sie darauf spekuliert, Morsleben ohne großen Widerstand durchsetzen zu können. Erstens mußten sich die AnwohnerInnen an die Anlage gewöhnen und zweitens haben gerade die DDR-BürgerInnen z.Zt. auch noch andere große Probleme. Doch aufgrund der Aktivitäten im letzten halben Jahr (und der neuen geplanten) ist die Möglichkeit nicht schlecht, daß diese Rechnung von Töpfer nicht aufgeht.

Die AG SCHACHT KONRAD als Standort-Initiative

Die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD begreift sich auch bezüglich Morsleben als "Standort-Initiative". Von Braunschweig nach Morsleben sind es mal gerade 45 km. Außerdem würden Transporte westdeutschen Atommülls nach Morsleben unsere Region ebenso belasten (s.o.) wie die zu KONRAD. Die inhaltliche Klammer zwischen KONRAD und Morsleben ist eben gerade die mögliche (teilweise) Austauschbarkeit. In unmittelbarer Umgebung um Morsleben (z.B. in Helmstedt) gab es im Sommer d.J. keine speziell gegen Morsleben aktive Gruppe. Auf der anderen Seite drängte aber die Zeit, da es sich ja um eine laufende Anlage handelt, deren Weiterbetrieb (und Ausbau) jetzt gesichert werden soll.
Von daher hat die AG SCHACHT KONRAD die Initiative ergriffen und am 1.7.90 erstmals zu einem Sonntagsspaziergang nach Morsleben und am 8.9.90 zu einer Standort-Konferenz nach Braunschweig eingeladen. Als eine Folge davon lud die BI Lüchow-Dannenberg für den 2.10.90 zu einem (gelungenen) Polterabend am Schachtgelände. Wir wollten natürlich erreichen, daß auch in der (noch) näheren Umgebung um Morsleben sich aktive Gruppen bilden. Für den 20.10.90 haben wir zu einer ersten "Morsleben-Konferenz" nach Helmstedt eingeladen, auf der sich die an Morsleben interessierten Gruppen (BI Lüchow-Dannenberg, Initiativen um SCHACHT KONRAD und ASSE II, GRÜNE aus Bund, Land und vor Ort, BUND, JUSOS, ...) berieten und die gleichzeitig dazu diente, interessierte Menschen erstmals zu informieren. Wie erhofft bildete sich auf dieser Konferenz der Grundstock für eine Initiative, die sich zu einem Gründungstreffen für den 3.11.90 in Haldensleben (DDR) verabredete.

Erste deutsch-deutsche Initiative gegen Morsleben

Die Gründungsmitglieder entschieden sich dafür, eine gemeinsame Initiative zu gründen, d.h. mit Menschen aus Helmstedt, Königslutter, Schöningen, Grasleben (BRD) und Haldensleben, Magdeburg, Stendal (DDR) und ihr den Namen zu geben "Initiative gegen das Atommüllendlager Morsleben". Es wurden verschiedenste Aktivitäten verabredet, u.a. eine Unterschriftensammlung und Informationsstände. Es ist dort richtig "Bewegung wie in alten Zeiten". Die Initiative versucht daran anzuknüpfen, daß im Rahmen der HTR-Kampagne auch in Helmstedt viele Menschen zu mobilisieren waren (was aber schnell wieder einschlief). Zu jedem Treffen kommen zusätzlich neue Leute und die Räume sind zu klein. Am ersten Infostand sollen die Menschen z.T. angestanden haben, um gegen Morsleben unterschreiben zu können.
Spontan entschlossen sich einige Menschen aus der ehemaligen DDR für den 16. und 18.11.90 zu einer "symbolischen Besetzung von Morsleben" aufzurufen (wie war das mit der angeblich "so erfahrenen Anti-AKW-Bewegung" im Westen?!). Am 16. waren es erst eine Handvoll Leute; am Sonntag, den 18.11.90 dann jedoch trotz strömenden Regens ca. 200 Menschen. Nach unserem Sprachgebrauch war das allerdings eher ein Sonntagsspaziergang mit Kundgebung. Nicht nur an solchen Begriffsunterschieden wird deutlich, daß BRD- und DDR-BürgerInnen eine ganz andere Geschichte mitgemacht haben, die sich natürlich auch in den politischen Vorstellungen ausdrückt. Umsospannender finde ich, daß sich die Initiative so zusammengefunden hat und eine Zusammenarbeit zu diesem Thema ausprobieren will.

Zusammenarbeit mit DDR-Gruppen

Selbst unter den Anti-AKW-Gruppen in der DDR ist Morsleben kaum bekannt. Die Aktivitäten konzentrierten sich mehr auf die AKW's. Von daher fehlt dort auch die Argumentation mit der grundsätzlichen Ablehnung von Endlagern nach dem Motto "Über den vorhandenen Atommüll reden wir erst, wenn alle Atomanlagen stillgelegt sind". Zu allen Treffen haben wir natürlich alle uns bekannten DDR-Gruppen (insbesondere aus Magdeburg) eingeladen. Außerdem versuchen wir, möglichst viele neue direkte Kontakte aufzubauen. So waren wir auf der Ökowoche in Dresden, bei der IPPNW-Gruppe in Halle und häufiger in Magdeburg (z.B. mit Infoständen im Zentrum). Wir sammeln Material zur (Atom-)Energiesituation in der DDR und bieten dies zum Selbstkostenpreis an. Wir bieten außerdem Hilfe und Zusammenarbeit an, um z.B. an (gebrauchte) Schreibmaschinen, Computer, etc. heranzukommen oder um eine Grundausstattung mit Infomaterial zusammenzustellen.

Wie weiter mit Morsleben ?

Die AG SCHACHT KONRAD ging von der Erfahrung aus, daß nur ein gut koordinierter Widerstand auf allen Ebenen (politisch, wissenschaftlich und juristisch) erfolgreich sein kann. Da nichts vorhanden war (keine Bewegung vor Ort, keine wissenschaftliche Kritik an der Anlage und keine KlägerInnen), versuchten wir, parallel alles anzuschieben. Das ist bis jetzt sehr gut gelungen. Die Struktur der AG SCHACHT KONRAD hat sich dabei als sehr hilfreich erwiesen: Die vorhandenen vielfältigen Kontakte zu Gruppen, Organisationen und zur Presse konnten gezielt genutzt werden. Beim Aufbau der Initiative konnten viele praktische Hilfen gegeben werden und es wurde von Anfang an versucht, die verschiedenen Aktivitäten aufeinander abzustimmen. Außerdem wurde so frühzeitig sichergestellt, daß es nicht zu einer (möglichen) Konkurrenz der Endlagerstandorte kommen kann.
Es entstand eine nicht vorauszusehende Eigendynamik, die innerhalb kürzester Zeit unheimlich viel in Gang gesetzt hat. Sowohl die örtliche als auch die überregionale Presse war bei Morsleben der Bewegung ein Stück voraus: Sie berichtet(e) ausführlich und begann selber zu recherchieren; in einem Umfang, wie wir es bei SCHACHT KONRAD in 10 Jahren noch nie erlebt haben. Sämtliche TV-Sender drehen z.Zt. Beiträge (Sendung in der ARD am 9.12. "Ökologieprobleme in der DDR", ZDF: Kennzeichen D, Datum unklar). Das hat dazu geführt, daß selbst die etablierten Parteien vor Ort schon aufpassen, daß sie hier nicht "einen Zug verpassen". Mitte September versicherte der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Köhler aus Wolfsburg in der örtlichen Presse, daß Morsleben sicher sei, schließlich stehe es jetzt unter bundesstaatlicher Aufsicht. Drei Wochen später wurde derselbe Köhler in derselben Zeitung mit den Worten zitiert: *"Die gesamte Atomwirtschaft der DDR, einschließlich des Endlagers*

Morsleben muß stillgelegt werden". Die FDP im Kreis Helmstedt schloß sich mittlerweile der Forderung nach einem sofortigen Einlagerungsstopp an. Auf der letzten Sitzung der Initiative waren auch je ein Vertreter von SPD und CDU anwesend. Insgesamt ist der Druck gegen Morsleben schon so groß geworden, daß es möglich, aber natürlich nicht zwingend ist, daß Morsleben in nächster Zeit (zumindest vorübergehend) stillgelegt wird.

Morsleben wird auf Schwachstellen untersucht

Die wissenschaftlichen Unterlagen zu Morsleben waren bis vor kurzem nicht einsehbar, so daß es bis heute kaum bis keine fundierte wissenschaftliche Kritik an der konkreten Anlage Morsleben gibt, so wie wir das von den bundesdeutschen Atomanlagen kennen. Gerd Schmidt vom Öko-Institut Darmstadt hat in einem 6-seitigen Papier die offiziellen Sicherheits-Kriterien überprüft. Insbesondere geologische Aspekte fehlen dabei aber. Die AG SCHACHT KONRAD hat darum jetzt, in Zusammenarbeit mit der Initiative gegen Morsleben, die Gruppe Ökologie Hannover beauftragt, eine "Studie zu sicherheitsrelevanten Aspekten des Endlagers Morsleben (Schwachstellenanalyse)" zu erarbeiten. Finanziert wird die Studie von verschiedenen Geldgebern (Greenpeace, Bundestagsabgeordnete der GRÜNEN, Kreisökofonds Helmstedt, BUND Kreis Helmstedt und Landesverband, DBV Landesverband u.a.). Die Studie, die alle verfügbaren Unterlagen zu Morsleben auswerten soll, wird im Januar '91 fertig sein und kann dann über die AG SCHACHT KONRAD bezogen werden.

Klägergruppe gebildet

Als ersten juristischen Schritt hat die Helmstedter Rechtsanwältin Claudia Fittkow Mitte Oktober einen Antrag auf einstweilige Verfügung zur sofortigen Stillegung von Morsleben beim Bezirksgericht Magdeburg eingereicht. Als Begründung wurden zahlreiche Gründe angeführt, u.a. bemängelte sie, daß völlig unklar wäre, wer der Betreiber der Anlage sei und wer folglich für mögliche Schäden haftet. Nachdem dieses Gericht 14 Tage keinerlei Reaktion zeigte, stellte sie einen im Kern ähnlichen Antrag beim Bundesverfassungsgericht, der mittlerweile wieder an das Bezirksgericht zurücküberwiesen wurde. Das Bundesamt für Strahlenschutz stellte in der Zwischenzeit klar, daß die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern (DBE, Sitz in Peine) Betreiberin von Morsleben sei (die Frage ist, ab wann?).
Für eine inhaltlich fundierte Klage, die auf die konkrete Gefährdung durch die Anlage abstellt, wurde der Grundstock für eine KlägerInnen-Gruppe gebildet, die aber noch Verstärkung sucht. Als eine der ersten Maßnahmen soll ein erfahrene JuristIn eingeschaltet werden, der(die) die Frage prüft, wo es überhaupt juristische Ansatzpunkte gibt, da ein Genehmigungsverfahren (vor dem Jahre 2000 zumindest) nicht vorgesehen ist.

Foto: **Reinhard Hübener**

Nächste Morsleben-Konferenz am 15.12.90

Die Einrichtung der "Morsleben-Konferenz" soll beibehalten werden, um eine Möglichkeit zu haben, daß sich Gruppen und Organisationen, die sich gegen Morsleben engagieren (wollen), aber dies als Schwerpunkt haben, gemeinsam austauschen und beraten können. In Abständen von ca. 6 bis 8 Wochen soll die Morsleben-Konferenz tagen; das nächste Mal am Samstag, 15.12.90 in Helmstedt (ca. 14 Uhr; Ort noch unklar; Einladungen werden noch verschickt). Dort soll auch der Vorschlag von der Herbst-Konferenz der Anti-AKW-Bewegung in Bremen eingebracht und beraten werden, Anfang '91 (Februar ?) eine größere Demonstration gegen Morsleben duchzuführen (nicht bundesweit, aber mehr als nur regional).
Voraussetzung ist natürlich, daß VertreterInnen von auswärtigen Gruppen persönlich auf dieser Konferenz anwesend sind.

Die AG SCHACHT KONRAD ruft zu Spenden auf

Um auch in Zukunft die Arbeit gegen Morsleben zu koordinieren, bundes- und DDR-weit Informationen zu sammeln und zu versenden und alle Aktivitäten, insbesondere die der Initiative gegen das Atommüllendlager Morsleben zu unterstützen, benötigen die Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD zusätzliche Spenden (Stichwort: "Morsleben"). Spenden an die AG SCHACHT KONRAD können steuerlich abgesetzt werden (bitte dafür Namen und Adresse leserlich angeben !):

Nr. 378752-308 PGiroA Hannover (BLZ 250 100 30)
Nr. 93 44 250 NORD/LB Wolfenbüttel (BLZ 270 500 00)

Kontakt:
Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD e.V., Büro Salzgitter:
Bleckenstedter Str. 24, 3320 Salzgitter-Bleckenstedt,
Tel.: 05341 / 67492 (Mo-Do 16-18 h)
Telefax: 0531 / 895610

Claus Schröder

Der Gau in Morsleben als Endlagerkonzept

(...)

Endlager mit ungewisser Endlagerung

Auch wenn es die nunmehr vereinigten deutschen Atomexperten nicht wahrhaben wollen: Das Endlager Morsleben wird als Experiment mit höchst ungewissen Ausgang betrieben: *"Der Verschluß des Schachtes und die Stillegung der Anlage ist nicht Bestandteil der Genehmigung"*, sagt Dr. Warnecke (Experte des Bundesamtes für Strahlenschutz für radioaktive Abfälle) später. Die Genehmigung, die Bundesumweltminister Töpfer nun noch zehn weitere Jahre nutzen will, erlaubt damit zwar die Einlagerung von Atommüll in Morsleben, läßt aber die für jedes Endlager entscheidende Frage offen: wie denn nach Ende des Betriebes, die *"Langzeitsicherheit"*, der dauernde Abschluß der Radionuklide von der Biosphäre, bewerkstelligt werden soll.
Allerdings hatte das "Staatliche Amt für Sicherheit und Strahlenschutz" (SASS) der DDR ein *"Verwahrkonzept"* für die Nachbetriebsphase von Morsleben entwickelt. Doch aus guten Gründen schweigt sich Dr. Warnecke darüber aus, inwieweit dieses Konzept überhaupt Eingang in die jetzt nur noch per Plan-Feststellungsverfahren änderbare Genehmigung gefunden hat. *"Das bisherige Verwahrkonzept sieht nach Ende der Einlagerung die Füllung des Endlagers mit gesättigter Magnesiumchloorid-Lösung vor"*, sagt der Endlager-Fachmann des Bundesamtes.Durch Ausbreitungsrechnungen habe man festgestellt, daß selbst bei einem Auspressen der Lösung die Grenzwerte eingehalten würden.
Mit diesem *"Verwahrkonzept"* wird zum Nachweis der Langzeitsicherheit, was nach der landläufigen bundesdeutschen Endlagerphilosophie bisher als GAU als *"Größter anzunehmender Unfall"* galt: Das Absaufen des Endlagerschachtes.

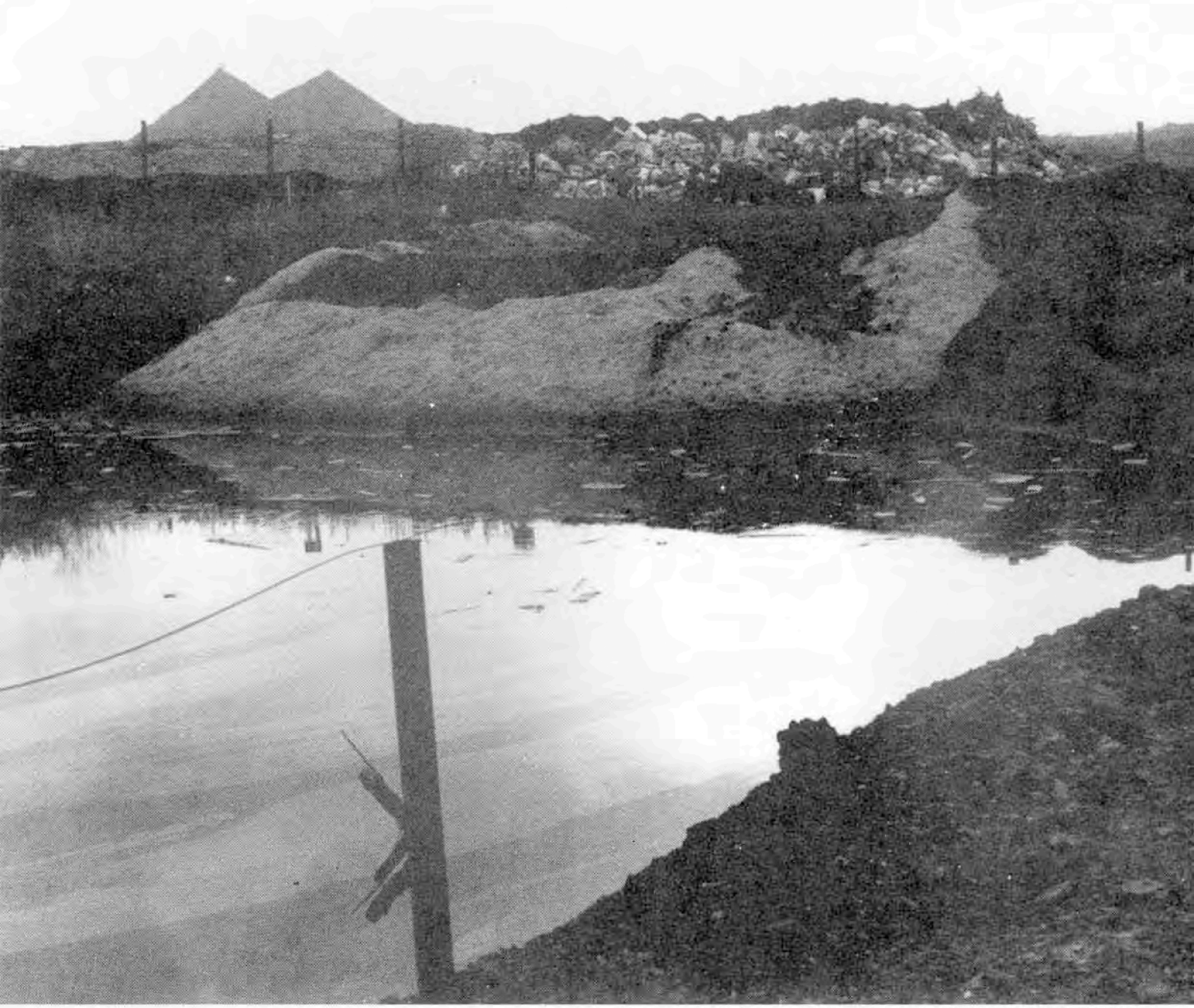
Der geplante GAU als Endlagerkonzept

Technisch funktioniert das so: Im Endlagerbergwerk zurückbleibende Flüssigkeiten sind immer ein Transportmedium für das radioaktive Inventar. In den Flüssigkeiten lösen sich die eingelagerten Radionuklide und sie werden im Laufe der Zeit, durch den Druck der hier 500 Meter dicken Gesteinschichten, nach oben oder außen gepreßt. Davon geht das *"Verwahrkonzept"* für Morsleben aus. *"Etwa 50 Jahre nach der Flutung beginnt die Freisetzung"*, erläutert Dr. Warnecke. *"Spuren der eingelagerten Radionuklide gelangen dann nach außen."* Doch das Endlager liege im grundwasserreichen Urstromtal der Aller. Nach der Ausbreitungsrechnung, die dem Verwahrkonzept zugrunde liegt, wird dadurch die austretende kontaminierte Lösung so verdünnt, daß die Grenzwerte nicht mehr überschritten werden, wenn die radioaktiven Abfallstoffe schließlich die Erdoberfläche erreichen.
Doch die Ausbreitungsrechnung, so stellt sich auf Nachfragen heraus, wurde allein für radioaktives Cäsium 137 durchgeführt. Dieses Radionuklid kommt zwar in dem Morslebener Abfall am häufigsten vor, hat aber mit nur 30 Jahren eine kurze Halbwertzeit und ist damit unter dem Gesichtspunkt der Lnagzeitsicherheit keineswegs der gefährlichste Bestandteil des atomaren Abfalls.
Das Bundesamt für Strahlenschutz hat noch nicht entschieden, ob es an dem *"Verwahrkonzept"*, diesem Konzept der Sicherung des Endlagers durch den kontrollierten GAU, festhalten will. Als Alternative will man die Möglichkeiten prüfen, das Bergwerk oder zumindest die Teile, die als Endlager dienen, nach Abschluß des Betriebes mit festem Material zu verfüllen. Allerdings haben die DDR-Experten, die das Verwahrkonzept entwickelten, sich nicht von ungefähr für die kontrollierte Flutung des Bergwerkes entschieden. Bei der Stillegung eines Endlagers im Salz müssen möglichst alle Hohlräume gefüllt werden, sonst senkt sich der Salzstock ab, das an sich plastische Salz kann reißen, es entstehen Wege für das Grundwasser, der Schacht säuft ab. *"Das könnte die Folge haben, daß das eintretende Süßwasser Teile des Salzstocks auflöst und anschließend, wie bei alten Salzbergwerken schon oft geschehen, das Grubengebäude einstürzt"*, erläutert in der Runde der Sprecher des Bundesamtes für Strahlenschutz Dr. Eckhart Viehl. Diesen unkontrollierten Zutritt von Süßwasser will das *"Verwahrkonzept"* durch die Flutung des Endlagers mit schon gesättigter Magnesiumclorid-Lösung vermeiden, die die Stützen des Grubengebäudes nicht mehr angreift.
Etliche Probleme stehen dagegen in Morsleben einer Sicherung nach bundesdeutschen Konzept entgegen, nach dem das Endlager trockenzuhalten wäre und die Hohlräume mit Gestein gefüllt werden müßten, um Bewegungen des Salzstockes nach Betriebsende gering zu halten. Schon jetzt sind durch die in Morsleben angewandte Einlagerungstechnik große nicht mehr zugängliche Hohlräume entstanden.
"Die neue Betreiberin, die DBE, kann keine Angaben über die bisher eingelagerten Stoffe machen. Die Langzeitsicherheit des Endlagers wir halbherzig behauptet, aber ist nicht im entferntesten nachgewiesen" faßt der Grünen-Landtagsabgeordnete Kempmann die Ergebnisse des Besuchs in Morsleben zusammen. Es sei kein Sicherheitsnachweis, sondern der blanke Zynismus, wenn man damit rechne, daß irgendwann aus Morsleben radioaktiv verseuchtes Wasser in die Aller abließe und dadurch verdünnt werde.

(obiger Artikel wurde - gekürzt - der TAZ vom 13.11.90 entnommen)

Was hier nicht steht, steht in der taz.

taz, die tageszeitung.



PAN-Foto: **Günter Zint**

"Wo soviel Dreck liegt, kommt es sowieso nicht mehr darauf an."

Uranabbau der WISMUT in der "DDR"

Sanierungsversuche des Uranbergbaugebietes WISMUT AG

Zur Zeit geht eine Wanderausstellung durch Deutschland, die den Titel trägt:Bombensicher. 15 Fotografinnen und Fotografen aus aller Welt zeigen darin Fotos um die Atomproblematik. Ein in der Anti-AKW Bewegung seit jeher unterschätzter Teil der Atomproblematik, die Urangewinnung, ist auch in dieser Ausstellung "unterbelichtet". Aus diesem Grunde habe ich mich in den letzten drei Monaten ausschließlich mit diesem Thema befaßt, um dieses Defizit, zumindest in Bezug auf die Ausstellung, aufzuarbeiten. Eine derartige Aufarbeitung ist in Deutschland ja auch erst seit einem Jahr möglich. Die sowjetisch/deutsche Bergbaugesellschaft WISMUT hat über 40 Jahre lang im Süden der ehemaligen DDR Uran für Atombomben und Kraftwerke gefördert. Dabei wurde ein hoher Aufwand für die Sicherheit betrieben, der sich aber fast nur auf Maßnahmen zur "Staatssicherheit" beschränkte. Das gesamte Uranbergbaugebiet war eine besondere Sicherheitszone mit eigener STASI, eigenem Gesundheitswesen und eigener Polizei. Der betriebene Werkschutz beschränkte sich auf Kontrolle der Mitarbeiter, Bespitzelung und Ausschaltung unbequemer Personen.

Im Sommer 1990 fand erstmals ein Treffen von Experten statt, das sich mit der Gefährdung der Region durch die Strahlenbelastung auseinandersetzte. Organisiert wurde diese Tagung von dem kirchlichen Umweltkreis in Ronneburg. Erstmals setzten sich dort die WISMUT Direktoren mit den Umweltschützern an einen Tisch und lernten so Personen kennen, deren Stasi-Dossiers bereits seit langem auf ihren Schreibtischen landeten. Sehr viel Lernfähigkeit beweisen sie dabei allerdings nicht, wie mir die Ereignisse in den Wochen nach der Tagung zeigten. Von Bürgern aus Ronneburg erfuhr ich, daß auf den Abraumhalden des Uranbergbaues Sondermülldeponien eingerichtet worden sind. In diesen Deponien landet jede Sorte von Fest- oder Flüssigmüll.

Nach dem Motto: "Wo soviel Dreck liegt, kommts ja sowieso nicht mehr darauf an" wurde alles dort hingeschafft, was man sonst nirgends mehr loswurde. Ich habe diese Deponie einige Tage lang beobachtet und dann Strafanzeige gegen die WISMUT Direktion wegen umweltgefährdender Müllbeseitigung und diverser anderer Delikte erstattet. Reaktion der WISMUT: Hausverbot und Gegenanzeige wegen Hausfriedensbruch gegen meine vor Ort wohnenden Informanten. Als Umweltminister Töpfer im Oktober WISMUT besuchte, startete Robin Wood zum gleichen Zeitpunkt eine Aktion. Sie fuhren einen LKW mit Giftmüllfässern vor den Augen des Ministers auf die Deponie und luden die Fässer dort ab. "Bedauerlicher Einzelfall" ließ sich die Werksleitung vernehmen. Aber es ist leider Tatsache, daß die WISMUT schon seit jeher die größten Sicherheitssysteme in den Bereich der Informationsverhinderung eingebaut hat.

WISMUT Arbeiterinnen und Arbeiter bekamen jahrzehntelang ihre eigenen Krankenakten des betriebseigenen "Gesundheitswesens" nicht zu sehen. Ich habe zum Beispiel mit einer Frau gesprochen, deren Mutter während der Schwangerschaft in der Uranerzwäsche gearbeitet hat. Diese Frau ist ohne linken Unterarm geboren und hat den gleichen Fehler auf ihren Sohn vererbt. Sie versuchen nun über einen Rechtsanwalt Einsicht in ihre eigenen Akten zu bekommen. Die Akten sollen aber nach der nun erfolgten Wiedervereinigung ins Bergamt nach Dortmund überstellt werden, dem die WISMUT untersteht.

Personen, die wegen Strahlenerkrankungen anerkannte Rentenfälle wurden, bekamen Redeverbot über ihre Krankheit. Diese Politik wird bis heute weiterbetrieben. Familien, die unter genetischen Schäden wie Verkrüppelung leiden, können ihre Gutachten bis heute nicht einsehen. Umweltminister Töpfer hat wenig Interesse gezeigt, sich mit den Betroffenen, den Opfern und den Umweltaktivisten auseinanderzusetzen. Bei einem Informationsbesuch sprach er ausschließlich mit den Stalinisten der alten WISMUT Direktion. Die Staatsanwaltschaft Gera hat nun endlich, nachdem Greenpeace sich meiner Anzeige angeschlossen hat, Ermittlungen aufgenommen. Eine sofort verfügte Schließung der Deponie wurde nach einem sowieso arbeitsfreien Wochenende wieder aufgehoben. Die Giftlaster rollen wieder. Nach Aussagen der Fahrer, müssen pro angelieferter Tonne Giftmüll DM 150,- bezahlt werden. Ein Sonderangebot, wenn man die Preise in der ehemaligen BRD vergleicht, auf das viele Betriebe dankbar zurückgreifen. In einem Interview gab die ermittelnde Staatsanwältin zu erkennen, daß sie mit derartigen Ermittlungen Neuland betritt und auch nicht wisse, wie man die angelieferten Giftstoffe analysieren könne. Mit Hilfe des neugegründeten BUND Thüringen fuhr ich daraufhin nochmals nach Ronneburg, um der Staatsanwältin zu helfen. Wir nahmen nach fachmännischer Anleitung Proben aus den Giftmüllteichen, um diese in einem Speziallabor untersuchen zu lassen. Bei drei Laboratorien wurden die Proben jedoch schon nach einer äußerlichen Messung nach Strahlung abgewiesen. Große Probleme tauchten auf als mir ein Labor mitteilte, daß diese Proben nicht mit einer normalen Spedition transportiert werden dürften, da es sich um einen genehmigungspflichtigen Sondermülltransport handelt. Wie ich diesen "Spezialtransport" schließlich durchgeführt habe, möchte ich hier nicht preisgeben (nicht nur die WISMUT hat Geheimnisse). Das Hamburger NATEC-Institut, das auch auf Dioxine untersuchen kann, hat die Proben schließlich angenommen und sich nun zu einer Bearbeitung bereiterklärt. Wichtig sind die Resultate auch hinsichtlich einer Beurteilung, was überhaupt passieren kann, wenn sich der strahlenverseuchte Uranabfall mit dem toxischen Müll vermischt. Das ist von großer Bedeutung, da die Halden in den nächsten Jahren komplett umgesetzt und abgedichtet werden müssen. Auf einer Podidumsdiskussion in der Ronneburger Kirche hatte ich Gelegenheit den WISMUT Direktor Prokop persönlich zu dem unverantwortlichen Umgang mit dem Giftmüll zu befragen. Er war sichtlich nervös und sagte: Das sind doch alles genehmigte Stoffe und außerdem wisse man ja sonst nicht wohin damit. Auch seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Strahlenmeßdienstes der ehemaligen DDR, die bei der Veranstaltung zugegen waren, wurden unruhig und tuschelten aufgeregt miteinander. Sie alle haben offensichtlich Angst, wegen der gemachten schweren Fehler von der Sanierung der Halden ausgeschlossen zu werden. Ihre Anreise zu der Tagung konnten die ehemaligen und jetztigen Herren der WISMUT mit nagelneuen Westautos nobler Marken bewältigen. Sie würden viel verlieren, wenn von den auf 40 Milliarden geschätzten Sanierungskosten, nicht für sie abfällt.

Günter Zint

PAN-Foto: **Günter Zint**

Strahlendes Erbe

Wismut-Sanierung: Aktuelle Stunde im Bundestag

Die Sanierung der strahlenverseuchten Uran-Bergbaugebiete im Süden der DDR wird laut Aussagen der Regierungskoalition weit mehr als zehn Jahre erfordern und Milliarden DM kosten.
In einer aktuellen Stunde auf Antrag der Grünen/Bündnis 90 beschäftigte sich der Bundestag am 31. Oktober 1990 mit dem Thema:"Die Folgen des Uranabbaus aus dem Gebiet der ehemaligen DDR".
Die Grünen forderten eine sofortige Stillegung des Grubenbetriebes und der Uran-Verarbeitung sowie eine Soforthilfe von 4 Mrd. DM aus dem EG-Strukturhilfe-Fonds für erste Sanierungsmaßnahmen.
Der Parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Klaus Beckmann (FDP), bestätigte, daß der Uranbergbau zum Jahreswechsel eingestellt werde. Derzeit erfolge eine umfassende Bestandsaufnahme, die das Ausmaß der Verseuchung klären soll.
Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus der obigen Bundestags-Debatte:

Dr. Dörfler (Grüne/Bündnis 90):
(...) Bundesumweltminister Töpfer - ich sehe ihn momentan nicht - stattete den ostthüringischen Betrieben der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft Wismut in der vergangenen Woche einen Besuch ab. Laut dpa soll er erklärt haben, daß er sich dessen bewußt sei, daß an der Beseitigung einer gewaltigen Erblast gearbeitet werden müsse.
Gemeint waren offensichtlich neben Uraltlasten vergangener Jahrhunderte die Hinterlassenschaften des jahrzehntelangen Uranabbaus und der Uranverarbeitung in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt über eine Gesamtfläche von 100 mal 100 km. Gemeint waren die Tagebaue, die Abraumhalden - nach offiziellen Angaben 3.000 an der Zahl - sowie die Schlammabsetzanlagen, von denen eine permanente radioaktive Gefahr ausgeht und im wahrsten Sinne des Wortes verbreitet wird. Durch Wind und Wasser werden radioaktive und giftige Stoffe, darunter Uran, Radon und Arsen, ungehindert durch die Landschaft transportiert, die dann den Boden, das Grundwasser, die Nahrungskette und nicht zuletzt die dort lebenden Menschen dauerhaft belasten.
Auf dem Gebiet der früheren DDR lagerten die größten Uranerzvorkommen Europas, die für den Bau von Atombomben und Reaktorbrennstoff hemmungslos ausgebeutet wurden. (Gerstein (CDU/CSU): Von wem?) Auf mindestens 66.000 t Uranerz werden die noch vorhandenen Vorräte geschätzt. Auch wenn sich die weitere Ausbeutung, gemessen an den Weltmarktpreisen, wirtschaftlich nicht rechnet, so könnten diese Ressourcen für Deutschland zivil wie militärisch irgendwann einmal interessant werden. Wir wollen nicht den Teufel an die Wand malen. Doch was ist davon zu halten, daß die Bundesregierung allseits die Einstellung des Abbaus und der Verarbeitung von Uran zum 1. Januar 1991 verkündet und demgegenüber die SDAG Wismut nur von einem schrittweisen Herunterfahren der Produktion spricht? (Gerstein (CDU/CSU): Das ist technisch überhaupt nicht anders möglich!) Wie lauten die konkreten Vereinbarungen, die die BRD mit der UdSSR bezüglich der bis zum Jahre 2.000 laufenden Wismut-Verträge getroffen hat? Herr Bundesminister, hier erwarten wir eindeutige Antworten. Wir möchten an dieser Stelle klipp und klar betonen, daß die Fraktion Grüne/Bündnis 90 für eine sofortige Stillegung des Abbaus und der Verarbeitung von Uran auf dem Gebiet der ehemaligen DDR eintritt. (Beifall bei den Grünen/Bündnis 90 und der Gruppe der PDS - Frau Teubner(Grüne/Bündnis 90): Und anderswo!)
Die Kosten aller Altlasten im Uranbergbau der Wismut schätzte die Bezirksverwaltung Gera bereits auf 40 bis 50 Milliarden DM. Wir behaupten, daß diese Kosten noch um ein Vielfaches überschritten werden. Die entstandenen Lasten für Mensch und Umwelt sind also immens groß und dürfen keinen Tag länger anwachsen.
Die Bundesregierung weiß mindestens seit Ende 1989, seit der großen Uranfrage durch die Fraktion Die Grünen, näheres über **Strahlentote im Uranbergbau der DDR.** Bereits seit Anfang 1990 gibt es Direktkontakte bundesdeutscher Behörden mit der Wismut. Spätestens seit dieser Zeit ist der Bundesregierung bekannt, daß **in der Wismut eine große Anzahl von Lungenkrebsfällen als Berufskrankheit anerkannt werden mußten. Heute wissen wir, daß es sich um 5.132 Menschenschicksale handelt. Dennoch ist vermutlich dieses nur die Spitze der Erkrankungen und Todesfälle.**
Angesichts dieser nicht erst durch den Töpfer-Besuch bekanntgewordenen Tatsachen ist es Beweis einer unglaublichen Menschenverachtung, wenn laut Einigungsvertrag die altstalinistischen Genehmigungen zum Uranbergbau für weitere zehn Jahre fortgelten sollen. Es zeugt weiter von **unerhörter Ignoranz, wenn mit der deutschen Einheit die Strahlenschutzgrenzwerte der Bundesrepublik in den ostdeutschen Ländern keine Gültigkeit haben sollen. Statt dessen muten die Einheitspolitiker den Menschen in den Uranabbaugebieten östlich der Elbe eine 17fach höhere Strahlenbelastung zu.**
Es kommt aber noch schlimmer: **Die Organdosiswerte, also die Organbelastungen, dürfen im niederen Osten sogar um das 55fache höher liegen als im Westen** des einheitlichen Deutschlands. Hier besteht eminenter Klärungsbedarf durch die Regierung, wenn sich die Bewohner von Thüringen und Sachsen nicht als lebendes Experimentiermaterial begreifen sollen.
Für den Fall, daß heute keine Erklärung dazu gegeben werden sollte, will ich vorgreifen. **Die Einführung bundesdeutscher Strahlengrenzwerte zum 3. Oktober 1990 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR hätte wohl per Gesetz zur sofortigen Schließung des Uranbergbaus samt Verarbeitung und Transport führen müssen. Darüber hinaus wären Sofortmaßnahmen zur Eindämmung der Gefahren für Mensch und Umwelt bis hin zu Evakuierungen notwendig geworden. Zu diesem radiologischen Notstandgebiet hat man sich wohl nicht bekennen wollen. Statt dessen werden schaumige Versprechungen und Vertröstungen abgegeben, mit denen die immer noch gutgläubige Bevölkerung Sachsens und Thüringens hingehalten wird.**

Vizepräsident Westphal: Herr Abgeordneter, ich muß Sie unterbrechen. Die Redezeit ist überschritten.

Dr. Dörfner: (Grüne/Bündnis 90): Der letzte Satz. Das Unglaubliche an dieser Geschich-

te ist: Statt den betroffenen Menschen schnellstens zu helfen, wird die hochbelastete Region noch fortlaufend mit Giftmüll beliefert. (Beifall bei den Grünen/Bündnis 90, der SPD und der Gruppe der PDS)

(...)

Frau Ganseforth (SPD):
(...) Die zweite zeigt, daß die zerstörerische Wirkung der Atomindustrie bereits bei der Urangewinnung beginnt und wahrscheinlich nicht nur dort zu solchen und ähnlichen Problemen führt. Das, was wir an Altlasten in den Uranfördergebieten Sachsens und Thüringens vorfinden, ist unvorstellbar. Je näher ich mich damit beschäftigt habe, um so entsetzter war ich. Ich glaube, es ist noch sehr viel mehr zu befürchten, als wir heute ahnen. **Beispielhaft sei die Radonbelastung erwähnt; dabei handelt es sich um ein natürliches radioaktives Edelgas, das sich in Baumaterialien, z.B. in Häusern, konzentriert. Der Mittelwert der Radonbelstung liegt bei Gebäuden normalerweise bei 50 Becquerel pro Kubikmeter. Die Grenze der Normalbelastung liegt bei 250 Becquerel pro Kubikmeter. Die Spitzenwerte, die jetzt in den Uranabbaugebieten gemessen worden sind, liegen bei 15.000 Becquerel pro Kubikmeter. Das heißt, im Vergleich zum Grenzwert 60mal so stark.** So viel zu den Häusern. (...)

(...)

Köhler (CDU/CSU):
(...) Die Folge sind Schadstoffimmissionen in einer Höhe, wie wir sie uns kaum vorstellen können. (...) Zwischen 1952 und 1989 wurden 6.800 Uranbergleute mit Lungen- oder Bronchialkrebs registriert. In 5.132 Fällen wurde diese Erkrankung als Berufskrankheit anerkannt. Es liegen aber nur unvollständige Daten vor. Denn im Verschleiern der Tatsachen war selbst die SED immer groß. Alarmierend sind deshalb auch erste Meßergebnisse, die eine Radonbelastung der Wohnhäuser in der Umgebung des Bergwerks von bis zu 100.000 Bq/m³ ans Licht brachten. Doch nicht nur ökologisch katastrophale Zustände mit Krankheiten als Folge sind festzustellen, sondern auch in allen anderen Bereichen manifestiert sich die Vermutung, daß es der SED jahrelang nur darum ging, ihre eigenen Vorteile zu verwirklichen. (...) Die Kosten, die jetzt durch die Sanierung verursacht werden, sind immens. Niemand kann und wird erwarten, daß sich die Zustände von heute auf morgen ändern und aus einer Kraterlandschaft der Garten Eden wird. Es wird ein schwieriger, für viele auch schmerzlicher Prozeß, die Wismut AG sozial, ökonomisch und ökologisch so umzubauen, daß sie fit wird für die Soziale Marktwirtschaft. Immerhin geht es um ca. 30.000 Arbeitsplätze für Menschen aus den Ländern Thüringen und Sachsen.
Für viele dieser Beschäftigten wird es allein deshalb besonders schwierig, weil sie bisher einen sozialen Standard hatten, der über dem Durchschnitt in der ehemaligen DDR lag. Es ist durchaus zu erwarten, daß die Kollegen von links wieder gewaltig über die sozialen Nöte einerseits und über die Nichtfinanzierbarkeit der Kosten andererseits lamentieren. (...)

Robin Wood lieferte "Giftmüll bei der Wismut AG an. Eine Kontrolle fand nicht statt,Umweltminister Töpfer wurde Zeuge der Aktion.
PAN-Foto: **Uwe Kraft**

Familie Garn mit Gen-Schäden PAN-Foto: **Günter Zint**

Atomare Teilhabe oder Atomwaffenverzicht

Im folgenden drucken wir einen Beitrag von Inge Lindemann, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Grünen im Bundestag zum Thema: Uranabbau der Wismut in der DDR, auf dem Hearing: Atomare Teilhabe oder Atomwaffenverzicht? - Die BRD und Atomwaffen am 15./16. September 1990 in Bonn, ab. Wir veröffentlichen hier auszugsweise ihr Manuskript:

Unter der Fragestellung: BRD vor der Vereinigung - ein "Atomwaffenstaat auf Abruf"? scheint es nicht einleuchtend, doch naheliegend sich mit dem Uranerzbergbau in der DDR zu beschäftigen.

Die größten Uranvorkommen Europas lagen auf dem heutigen Gebiet der DDR und wurden für das Atomrüstungsprogramm der Sowjetunion ausgebeutet. Die Bundesregierung hat im Rahmen der Verhandlungen zum sogenannten Einheitsvertrag die Stillegung des Bergbaus in der DDR zum 1.1.1991 angekündigt. Das Erz sei zu arm, die Produktionskosten zu hoch und der Weltmarktpreis für Uran liege im Keller. Das letzte Wort scheint aber offensichtlich noch nicht gesprochen.

Ob die Bundesrepublik gegebenenfalls sogar ein militärisch-strategisches Interesse an dem Uranerz der DDR und/oder dem Gesamtbetrieb der Firma Wismut inklusive der deutsch/sowjetischen Verbindungen auf dem nuklearen Sektor hat, ist mitzube-

rücksichtigen.
Über 40.000 Menschen arbeiten heute noch bei der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft Wismut, die somit mehr Arbeiter in ihrem Atomunternehmen beschäftigt, als die Atomwirtschaft in der BRD Beschäftigte hat. Die Wismut galt in den letzten Jahrzehnten als exterritoriales Gebiet, militärisch abgeschirmt und wurde demzufolge ohne Genehmigungen nach Berg- und Atomrecht betrieben. Unfälle der Wismut Beschäftigten waren Sache des Staatssicherheitsdienstes und des sowjetischen Geheimdienstes. Aufgrund der bilateralen Verhandlungen zwischen der DDR Regierung und der Regierung der UdSSR über die vertraglich vereinbarten Uranlieferungen und über die Fortführung der Verpflichtungen der DDR gegenüber der Sowjetunion, hatte die UdSSR angekündigt, das Uran der Wismut für den Weltmarkt freizugeben und sich aus der SDAG Wismut zurückziehen zu wollen. Die sowjetischen Verhandlungen mit der DDR Seite sind beendet. Die Verhandlungen der UdSSR mit der BRD sollen noch in Gange sein, wobei die Wismut Thema einer eigenständigen Arbeitsgruppe sein soll.
Die SDAG Wismut hat in Spitzenzeiten ca. 8.000 t/Jahr gefördert. Nicht auszuschließen ist, daß das in der DDR geförderte Uran welches zur Anreicherung in die UdSSR ging, von der UdSSR als angereichertes Uran wiederum in die BRD geliefert wurde. Unterlagen darüber müßten in Moskau, Berlin und Bonn liegen.
Zur Zeit soll die Fördermenge der Wismut bei 3.000 t/Jahr liegen. Nach Angaben aus dem DDR Außenministerium ist mit einem Ende der Uranproduktion zu rechnen. Doch nähere Erkenntnisse liegen nicht vor. Die Wismut selber rechnet mit einem Auslaufen des Uranabbaus binnen 10 bis 30 Jahren. Wieviel Uran noch im Boden liegt, ist unbekannt. Für eine strategisch-militärische Verfügung könne die Reserve in jedem Falle von Bedeutung sein. Die gegenwärtige Aufbereitungskapazität beträgt nach Angaben der Bundesregierung etwa 3 Mio. t "Erz" pro Jahr. (vgl. BT Drucksache 11/7511 vom 27.6.1990).
Eigene Aufbereitungskapazität für Uranerz steht der Bundesrepublik derzeit nur eingeschränkt zur Verfügung. Die bisherige "yellow cake" Produktion in der Urananlage Ellweiler mußte wegen deren jahrelangen illegalen Betriebes und der Überschreitung der zulässigen Strahlenbelastung für die Bevölkerung und strahlenexponierte Arbeiter im letzten Jahr geschlossen werden. Das letzte, noch bis Ende dieses Jahres in Menzenschwand geförderte Uran wird zur Aufbereitung in die CSFR verbracht. Soweit zur Lage in der BRD.
Die Selbstdarstellung der SDAG Wismut liest sich in ihrer ersten und bisher einzigen Veröffentlichung, die als Entgegnung auf die Pechblende Studie von Michael Beleites verstanden werden muß, folgendermaßen: *"Heute stellt die SDAG Wismut ein komplexes Montanunternehmen mit sechs Bergbaubetrieben, einem Aufbereitungsbetrieb zur Konzentraterzeugung, eigenen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, Erkundungs-, Projektierungs-, Bau-, Montage- und Transportbetrieben sowie einem entwickelten Maschinen und Anlagenbau dar."* (Uranerzbergbau contra Umwelt, Karl-Marx-Stadt 1990)
Die Verantwortlichen des Firmenkonsortiums meinen durch "diese Vielseitigkeit" des Unternehmens auch unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten vielversprechende Ansatzpunkte zur Profilierung der Firma Wismut bieten zu können. Die Zukunft der Wismut ist ungewiß, dennoch hat Interuran bereits ein memorandum of understanding über die Uranvermarktung und die geologisch/technische Kooperation mit der Wismut abgeschlossen. Auch die STEAG steht in Verhandlungen mit der Wismut.

Die Altlast des Wismut

Doch ein Hauptproblem der Wismut, und nach der Vereinnahmung der DDR auch ein Hauptproblem der Bundesregierung, sind die durch jahrzehntelangen Uranabbau und Erzaufbereitung verursachte radiologisch/chemische Verseuchungen und die großflächige Zerstörung eines Gebietes von über 1.200 Quadratkilometern. Es ist nicht auszuschließen, daß es aufgrund der hohen Strahlenbelastungen zu Evakuierungen der Bevölkerung kommen muß. (...) Eines scheint jedoch klar, daß es bei einer konsequenten Anwendung des bundesdeutschen Atomrechtes und der bundesdeutschen Strahlenschutzverordnung auf dem Gebiet der DDR zur sofortigen Schließung des Wismut Betriebes kommen müßte. Umgehende Maßnahmen zur Haldensanierung müssen eingeleitet werden, um so eine weitere Gefährdung von Mensch und Umwelt so weit wie möglich einzudämmen. (...) Allein die Sanierung der Halden wird mehr als 50 Milliarden Mark kosten. (...)

Der sogenannte Einheitsvertrag

Was sich dennoch abzeichnet, ist ein Skandal ersten Grades. Im sogen. Einheitsvertrag vom 31.8., der am 20.9.91 geltendes Recht werden wird, hat die Bundesregierung mit vorgesehenen Überleitungsregelungen die bundesdeutsche Strahlenschutzverordnung für den Uranbergbau und die Folgen auf dem Gebiet der DDR außer Kraft gesetzt. (...)
(Siehe hierzu Artikel aus dem atom Nr. 32, Stromvertrag: Sonderregelungen für die Wismut, S. 28, Anm.: atom)

Zur Geschichte des Uranbergbaus in der DDR:

Uranerzvorkommen in der DDR wurden erstmalig im 18. Jahrhundert nachgewiesen. Doch erst die Entdeckung der militärischen Nutzung der Atomkernspaltung ließ die Uranerzvorkommen in Deutschland an Bedeutung gewinnen. In St. Jochimstal wurde Anfang des 20. Jahrhunderts das erste Uranerzbergwerk Europas aufgebaut , daß bis 1939 auch das einzige bleiben sollte. Im Rahmen des Aufrüstungsprogramms des Dritten Reiches wurden ab 1933 Uranerz gefördert und entsprechend der staatlichen Auflagen zu Forschungszwekken an die Berliner Universität geliefert. Hitler ließ mit diesem Uran an der deutschen Atombombe basteln. Im Frühjahr 1949 übernahmen die Sowjets den Betrieb der Wismut und begannen das Uranerz in großem Maßstab abzubauen, zu verarbeiten und zur Anreicherung in die UdSSR abzutransportieren. Zur Tilgung eines Teils der sowjetischen Reperationsansprüche wurde die Wismut 1947 in das Eigentum der UdSSR überführt und zur Sowjetsch-Deutschen Aktiengesellschaft SDAG Wismut erklärt. Weit über hunderttausend Menschen wurden bereits im sowjetisch/deutschen Uranabbau und der Verarbeitung ausgebeutet.

Stand der sowjetisch-deutschen Entwicklungen

In den letzten Monaten wurde spekuliert, die Sowjetunion hätte sich aus der SDAG Wismut herausgezogen, das ihr zustehende Uran für den Weltmarkt freigegeben und somit die deutsch-sowjetischen Liefervereinbarungen gelöst, als auch sich der sozialen, ökologischen und ökonomischen vertraglich geregelten Vereinbarungen entzogen. Der Stand der deutsch-sowjetischen Vertragsverhandlungen bezogen auf die Wismut ist noch unklar.

Als Fazit ist zu sehen:

Der sogen. Einheitsvertrag sieht gesetzliche Ausnahmeregelungen vor. Dazu zählt die Außerkraftsetzung der Strahlenschutzverordnung für den Uranbergbau und Uranverarbeitung auf dem Gebiet der DDR. Das bedeutet unter anderem den möglichen Weiterbetrieb des Förder- und Verarbeitungsbetriebes und eine um Jahre und Jahrzehnte verzögerte Sanierung der Halden und tailings. Scheut die Bundesregierung die öffentliche Diskussion um die Machenschaften der sowjetisch-deutschen Aktiengesellschaft SDAG Wismut nur wegen des finanziellen Desasters, das sie auf sich zukommen sieht, und im Zuge der Kostenermittlung im Rahmes des sogen. Einheitsvertrages verschweigen will? Oder gibt es andere Gründe, die sich aus der sowjetisch militärischen Vergangenheit der Wismut ergeben und für die Bundesrepublik in Zukunft von vitalem Interesse sein können? Ich möchte anregen, diese Fragen zu untersuchen und somit den Schleier des Vergessens auch in der Bundesrepublik ein bißchen anzuheben. Die politische Forderung muß lauten, die bundesdeutsche Gesetzgebung auf das Gebiet der DDR voll anzuwenden, so unzureichend sie auch ist, und aus den sich ergebenden Konsequenzen der Evakuierungen und Umsiedlungen, den Stillegungen und Sanierungsanforderungen zumindest ein Mindestmaß zum Schutz der Menschen und der Umwelt vor den schädigenden Auswirkungen der radioaktiven Strahlen in der DDR zu unternehmen.

Inge Lindemann

Im Nachfolgenden geben wir die zweite Hälfte eines Papieres der "Bürgerinitiative Radon" aus der DDR wieder:

(...)

1. Historischer Überblick

Anfang der fünfziger Jahre begann in der Region Ronneburg in Ostthüringen der Uranerz-Bergbau, zuerst in Form von Übertagebauen; die Erzaufbereitung erfolgte in westsächsischen Aufbereitungsanlagen. Ende der fünfziger Jahre wurde der AB 102, die Erzwäsche Seelingstädt, errichtet und Anfang des Jahres 1960 in Betrieb genommen. Dieses Werk nutzte als industrielle Absetzanlage den ehemaligen Tagebau Trünzing.
Wegen des hohen Geheimhaltungsgrades ist es jetzt auch noch schwer, alle Vorgänge um die Absetzunsanlagen aufzuklären: Das hier radioaktiv kontaminiertes Material abgelagert wurde und in welchem Umfang, darüber wird noch zu forschen sein.
Die Absetzanlage Trünzing wurde bis 1967 genutzt. Dann erfolgte das Stillegen des Becken A, während das Becken B noch heute, 1990, als Abwasserstapelbecken genutzt wird. Zeitgleich mit der Stillegung erfolgte die Betriebsaufnahme der industriellen Absetzanlage Culmitzsch, ebenfalls in einem ehemaligen Tagebau, der nur ca. 700 m nordwestlich des ehemaligen Tagebaues Trünzing liegt! Diese Absetzanlage wird bis heute genutzt.
Mit der Betriebsaufnahme der Erzaufarbeitung Seelingstädt wurden schrittweise alle anderen Aufbereitungsbetriebe aufgelassen, so daß die gesamte Uranerzaufarbeitung der südlichen ehemaligen DDR in diesem Werk erfolgte. Diesem Umstand ist es mit zu schulden, daß der Betrieb Seelingstädt zu einem ernsten Problem werden mußte. Es geht hier um Größenordnungen, die zumindestens in Europa ungewöhnlich sind.

2. Zur räumlichen Größe der industriellen Absetzanlage Trünzing und Culmitzsch

Die Absetzanlagen, ohne Haldenflächen der ausgeerzten Tagebaue (auf denen ebenfalls mit radiologischen Belastungen zu rechnen ist), haben folgende Größen:

IAA Trünzing	Becken A
(Silikatbecken)	0,865 qkm
	Becken B
(Carbonatbecken)	0,550 qkm
	Gesamt ohne
Außenbermen	1,415 qkm
IAA Culmittzsch	Becken A
(Silikatbecken)	1,500 qkm
	Becken B
(Carbonatbecken)	1,050 qkm
	Gesamt ohne
Außenbermen	2,550 qkm

Rechnet man alle Flächen zusammen, auf denen mit radioaktiver Kontamination mit hoher Warscheinlichkeit zu rechen ist, so nehmen die Halden der ehemaligen Tagebaue, die Absetzanlagen und das Aufbereitungsbecken eine Fläche von rund 9,3 qkm ein, nicht mitgerechnet die Trassen der Verkehrswege, auf denen der Erztransport erfolgte. In mindestens einem Fall ist uns bekannt, daß durch einen Bahnunfall Erz verstreut worden ist.

3. Zum Gefährdungspotential durch die Absetzanlagen Trünzing und Culmitzsch

3.1. Möglicher äolischer Transport trockengefallener Beckensedimente:

Diese Belastung ist uns dokumentarisch durch Fotos belegbar, denn beim Betreiben der Anlage ließ es die Wismut zu, daß Spülstrände nicht feucht gehalten wurden, so daß es besonders bei längeren Trockenperioden zu einer erheblichen Belastung der Umwelt kam. Erst seit dem Januar 1990 hat die Wismut mit dem Abdecken der Spülstrände begonnen.

3.2. Radonauswurf aus den Flächen der industriellen Absetzanlage:

Nach Wismut-eigenen Angaben ist über nichtabgedeckten Flächen mit einem Radonauswurf von rund 20 Bq/qm/a zu rechnen, wobei nach kanadischen Erfahrungen bis zu 70 Bq/qm/a auftreten können.

3.3 Belastung des Grundwassers und der natürlichen Vorfluter:

Dieser Belastung wurde in der Vergangenheit längst nicht der Stellenwert zugeordnet, der ihr zusteht. Zwar hat die Wismut im Umfeld der IAA Culmitzsch Sickerwasserfassungen und Tiefbrunnen in Betrieb, doch um die IAA Trünzing ist über Jahrzehnte nichts geschehen. Nach einer durch die Wismut in Auftrag gegebene Studie beträgt die natürliche Niederschlagsmenge N=630 mm im Jahr, die Verdunstungsleistung V=470 mm/a, daraus folgt 630 mm N - 470 mm V = 160 mm Abfluß pro Quadratmeter! Allein auf der Fläche des Beckens A in Trünzing verschwinden so rund 140 000 kbm pro Jahr über die oberen Aquifer in das Grundwasser des Ostthüringer Gebietes.
Dazu kommt noch, daß auf der IAA Trünzing von 1981 bis zu unserem Protest 1989 eine Sondermülldeponie für "dünnflüssige Schadstoffe" betrieben worden ist; laut uns bekannten Unterlagen wurden hier von schwermetallhaltigen Klärschlämmen bis hin zu Pflanzenschutzmitteln und Schädlingsbekämpfungsmitteln alle möglichen Sondermüllarten "entsorgt". Wie weit heute bereits die Schadstoffahne reicht, ist weitgehend noch unbekannt. Ebenso die chemischen Wechselwirkungen mit den Beckeninhaltsstoffen sind noch nicht aufgeklärt.

4. Allgemeine Aussagen zu unserer Bürgerinitiative

Wenn wir über unsere Arbeit sprechen, gehört ein Dank all den Einrichtungen und Institutionen, die uns unterstützen. Nennen möchten wir:
- BUND Naturschutz Bayern, Umweltlabor Bamberg, Herr Dr. Trautmann-Popp
- Strahlenbiologisches Institut der Maximilian-Universität München, Prof. Dr. Langfelder
- Unabhängige Meßstelle Gamma
- Strahlentelex Berlin (Bernd Lehmann)
- Kirchlicher Umweltkreis Ronneburg

Durch die genannten Einrichtungen hatten wir gegenüber den eigentlichen Gegnern, ehemalige DDR-Behörden, die SDAG Wismut, das Staatliche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz der ehemaligen DDR, immer die nötige Rückendeckung in Sachfragen.

Bürgerinitiative Radon

Robin Wood lieferten Giftmüll bei der Wismut AG ab PAN-Foto: **Uwe Kraft**

Kurioser Begleiteffekt

Die DDR-Atomanlagen werden verstaatlicht. Die Novelle des Atomgesetzes garantiert deren Weiterbetrieb für die nächsten 5 bis 10 Jahre.

Vorschnelle Kommentatoren interpretieren Klaus Töpfers Äusserungen auf der Bonner Pressekonferenz vom 11. September bereits als das endgültige Aus für die Atommeiler auf dem Gebiet der DDR. Der Bundesumweltminister hatte angedeutet, daß die drei bereits stillgelegten 440-Megawatt-Druckreaktoren in Greifswald nicht wieder ans Netz gehen sollen. Block I soll nur noch die Fernwärmeversorgung in der Region bis zur Fertigstellung eines Heizkraftwerkes im November sicherstellen. "Im Grundsatz" sei aber auch bei allen vier weiteren Kraftwerksblöcken in Greifswald - drei davon sind im Bau, Block V ist wegen eines Störfalls im Probebetrieb vom Netz genommen worden - und auch bei den 1 000 MW-Klötzen, die in Stendal/Elbe derzeit im Bau sind, mit "erheblichen technischen Nachrüstungen" zu rechnen.

Der Stromvertrag zwischen Treuhand/DDR und den drei westdeutschen Stromriesen RWE, Bayerwerke und PreußenElektra hatte Alt- und Neureaktoren in der DDR ausdrücklich ausgenommen. Das Stromtrio zeigte völliges Desinteresse an der Übernahme der Altreaktoren in Greifswald bzw. dem Minireaktor Rheinsberg (70 MW). Bei den Neubauten sind die Unternehmen nur dann bereit einzusteigen, wenn diese eine rechtssichere Dauerbetriebsgenehmigung hätten. Dieses, so Klaus Töpfer weiter, sei in Zukunft Sache des Bundes. Allerdings! Mit dem 3. Oktober geht das von Treuhand verwaltete Eigentum ehemals volkseigener Betriebe, für das sich kein privater Investor gefunden hat, in den Besitz des Bundes über - nachzulesen im Artikel 25 des Einigungsvertrages. Damit ist die Zukunft der maroden DDR-Reaktoren in der Tat "Sache des Bundes", denn sie gehören der BRD. Die Treuhand als Anstalt öffentlichen Rechts unterliegt ab 3. Oktober der Kontrolle des Finanzministers. Dieses Kuriosum kommt die Steuerzahler in jedem Fall teuer zu stehen: entweder zahlen sie die Kosten in Milliardenhöhe für die Nachrüstungen, dann steigen die Konzerne wieder ein ins Atomkarrussel. Oder sie zahlen die Kosten für den "sicheren Einschluß" bei Stillegung. Für Rheinsberg ist das absehbar, für die Blöcke I bis IV in Greifswald wahrscheinlich. Außerdem drohen dem neuen Staatsbetrieb happige Konventionalstrafen - gemunkelt wird von 7 Mrd. DM. Die DDR hatte schließlich langfristige Lieferverträge für den Brennstoff in Greifswald mit der UDSSR vereinbart. Etwaige Stillegungen oder der Abriß seien, so Klaus Töpfer lapidar, "nicht aus der Portokasse zu zahlen".

Das öffentliche Räsonieren Töpfers über die zweifelhafte Zukunft der DDR-Atomkraft wird jedoch durch die fieberhaften Aktivitäten der Rechtsspezialisten seines Hauses konterkariert. Eine wesentliche Bedingung der Stromwirtschaft, die rechtssicheren Dauerbetriebsgenehmigungen, wird schon jetzt bis zum 3 Oktober erfüllt sein. Der umfangreiche Anhang des Einigungsvertrages garantiert die Betriebserlaubnis der jetzigen DDR-Atommeiler bis zum 30.6.95. Genehmigungen für den Transport des Atommülls gelten bis zum 30.6.1992 fort, und der Betrieb des Endlagers Morsleben wird sogar für weitere 10 Jahre bis zum 30.6.2000 sichergestellt. Völlig unbemerkt von dem gegenwärtigen Tohuwabohu im Einigungstaumel basteln die Justitiare an den Novelle des Atomgesetzes. Diese zweifelhafte Genehmigungspraxis, die die DDR-Atomanlagen vor dem westdeutschen Atomrecht schützen sollen, wird als § 57a in das Atomrecht übernommen. Am 5. September 1990 fand bereits die erste Lesung statt. Für Heinz Laing, den Atomexperten der Bonner GRÜNEN, ist das ein glatter Rechtsbruch: "Damit gibt es zweierlei Atomrecht im künftigen Deutschland". Würde das strengere Atomrecht auf die DDR-Atomanlagen angewandt, stünden diese tatsächlich vor dem Aus. Das ist offensichtlich nicht gewollt.

Wolfgang Ehmke

Literaturliste zur Energiesituation in der DDR:

(1) "Die Entsorgung von radioaktiven Abprodukten aus der Anwendung der Atomenergie der DDR" (1990) vom Staatlichen Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz, Report SAAS 381, ca. S., 10,- DM.

(2) Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Wollny und der Fraktion DIE GRÜNEN - Drucksache 11/7547 - "Lagerung radioaktiver Abfälle der DDR und Konsequenzen aus den atomrechtlichen Bestimmungen des Umweltrahmengesetzes" und Antwort der Bundesregierung vom 16.08.90.

(3) "Gorleben und Bartensleben sollen leben!", Buch von Jens Scheer u.a.; ca. 150 S., 3,- DM.

(4) "Honeckers Gorleben heißt Bartensleben - Dokumente zur Atommülllagerung in der DDR - mit einem Kommentar von Prof. Jens Scheer", Broschüre, 30 S., 1,50 DM.

(5) "Energie und Umwelt - Für die Berücksichtigung von Gerechtigkeit und Schöpfungsverantwortung bei der Lösung von Energieproblemen in der DDR; 1988; erarbeitet vom Unterausschuß "Energie "des Ausschusses "Kirche und Gesellschaft" im Auftrag der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR; ca. 250 S.; 20,- DM.

(6) "Zur Energiesituation in der DDR - Darstellung, Kritik und Perspektiven der Elektrizitätsversorgung". Gutachten im Auftrag der Partei DIE GRÜNEN, Fraktion DIE GRÜNEN im Bundestag und Fraktion der Alternativen Liste Berlin. Zu beziehen über BAG-Energie, c/o Wolfgang Kühr, Colmantstr. 36, 5300 Bonn 1, Tel.: 0221 / 228666

(7) "Alternative Energiepolitik in der DDR und in West-Berlin - Möglichkeiten einer exemplarischen Kooperation in Mitteleuropa".
Gutachten im Auftrag der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz - Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin; vorgelegt im April 1987; Neuauflage: 1988.

(8) "INFO-Mappe Morsleben"; Grundlegende Informationen, zusammengestellt von der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD; 3,50 DM.

Bei den angegeben Preisen handelt es sich um Selbstkostenpreis (ggfs. zzgl. Porto). Zu beziehen über: Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD e.V., Büro SZ: Bleckenstedter Str. 24, 3320 Salzgitter-Bleckenstedt, Tel.: 05341 / 67492 (Mo-Do 16-18 h) Telefax: 0531 / 895610

Herbstkonferenz '90:

Vor Monaten konnte Mensch noch den Eindruck gewinnen, die Anti-AKW-Bewegung geht ihrem Ende entgegen.
Umso überraschender war die Herbstkonferenz vom 16. - 18.11. in Bremen. Ca. 150 TeilnehmerInnen, darunter etliche aus der ehemaligen DDR, diskutierten über die Situation und die Perspektiven des Widerstands gegen das Atomprogramm.
Nicht zuletzt der guten Vorbereitung und Organisation durch die BremerInnen (Lob,Lob,Lob...) ist es zu verdanken, daß das Treffen in einer konstruktiven Atmosphäre verlief und die Konferenz auch zu handfesten Ergebissen führte.
Im Verlauf des Wochenendes haben nachstehende Arbeitsgruppen stattgefunden:

1. **Niedersächsisches Standortetreffen**
2. **Atomtransporte**
3. **Atomanlagen in den neuen Bundesländern - neue Kampagne für 1991 (Greifswald, Morsleben, Stendal ect.)**
4. **Biologische Dosimetrie**
5. **Auswirkungen nach Tschernobyl/ Ukraine nach Tschernobyl**
6. **Bedeutung von Forschungsreaktoren**
7. **Uranabbau**
8. **Zu den neuen Reichstagswahlen**
9. **Während der Konferenz gab es ein Treffen der linksradikalen Anti-AKW-GegnerInnen. Arbeitsergebnisse und Kontakt: über AKU-Wiesbaden**

Im folgenden werden wir einen Bericht über die Eröffnungsveranstaltung am Freitagabend, das Plenum zu der Rot-Grün und Ost-West Diskussion, sowie die beschlossenen Resolutionen, Empfehlungen ect. dokumentieren.
Die Protokolle der einzelnen Arbeitsgruppen könnt ihr in der nächsten Ausgabe der aaa (anti-atom-aktuell, Scharnhorststr. 57, 4400 Münster) nachlesen.

Auftaktveranstaltung

Im Rahmen der Herbstkonferenz in Bremen fand am Freitag eine Auftaktdiskussion unter dem Titel: "Warum wir weiterhin an einer außerparlamentarischen Anti-AKW-Bewegung festhalten, statt. Wir, die BBA, hatten mit der Diskussion zum Ziel, uns endlich zusammen mit unterschiedlichen Bremer Gruppen, unseren eigenen Strukturen zuzuwenden. Bei der Suche nach dem Auftaktthema haben wir lange nach dem Thema gesucht. Aber in der Vielzahl von Tatsachen, die die Atomindustrie gegenüber uns schafft, fällt es schwer, Prioritäten zu setzen. Es gibt soviele Einzelbereiche, an denen gearbeitet werden sollte.
Uns wurde klar, daß es falsch ist, wieder ein neues Steckenpferd zu suchen und zum zentralen Angriffspunkt hochzustilisieren, den wir dann wieder, mit immer weniger Leuten, inhaltlich oder aktionistisch angehen. Das brennendste Thema für uns z.Zt. waren die eigenen Strukturen.
Einschätzungen, die wir für die Diskussion in den Raum stellten, waren:
- es wird immer schwieriger, Menschen für politische Themen zu interessieren,
- Mensch lehnt sich beruhigt zurück, da er/ sie sich durch z.B. Greenpeace und Grüne vertreten wähnt,
- das Anti-AKW-Thema ist innerhalb der linken Bewegung "out",
- starke Fraktionierung zwischen den unterschiedlichen Gruppen nimmt zu,
- Kommunikationsstrukturen reißen ab,
- Gruppen unterschiedlicher Fraktionen setzen sich immer seltener an einen Tisch,
- weil die einen "zu radikal" und die anderen "zu wenig radikal" sind,
- Gruppen wenden sich nur noch ihrem Thema zu,
- Austausch und gegenseitige Beteiligung an unterschiedlichen Schwerpunkten findet selten statt (nicht über den eigenen Tellerrand/Horizont schauen).

Von den eingeladenen 20 Bremer Gruppen/ Einzelpersonen waren ca. 10 anwesend; 6 GruppenvertreterInnen beteiligten sich an der Diskussion. Insgesamt waren ca. 140 Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet zur Auftaktveranstaltung angereist. Darunter mehrere VertreterInnen aus den neuen Bundesländern. Der Einstieg wurde von Bremer Gruppen mit einem Situations-, Stimmungs- und Lagebericht eröffnet. Nach anfänglich schleppender Diskussion wurde bald rege, bundesweit und quer durchs politische Spektrum der Anti-AKW-Bewegung diskutiert. Trotz unterschiedlicher politischer Herkunft, Zielsetzung und Widerstandsvorstellung konnten alle beteiligten Gruppen ihre Positionen in einer angenehmen, sich gegenseitig zuhörenden Atmosphäre, vorstellen. Offen wurden Stimmungsberichte aus den unterschiedlichen Gruppen vorgetragen, ohne in rigide "Durchhalteparolen" oder Selbstmitleid zu verfallen.
Am erstauntesten waren die VertreterInnen aus den neuen Bundesländern, für die die "alte"-Anti-AKW-Bewegung bis dato eine homogene Gruppe war und Orientierungslinie für starken außerparlamentarischen Widerstand, sich nun aber als breitfächriges Spektrum darstellte. Obgleich durch die Redeliste, viele Beiträge sich aufeinander bezogen, zeichnete sich ein realistisches Bild über den Zustand der Bewegung ab.
Trotz vieler Beiträge, die sich an den Grünen abarbeiteten, anstelle von Entwicklung eigener Positionen, wurden einige strukturelle und inhaltliche Lösungsvorstellungen angeführt (z.B. Zusammenarbeit über den Tellerrand hinaus, regionale Vernetzung). Bei allen Unterschieden, die zu Tage traten, wurde nicht versucht, diese zu vereinheitlichen, sondern in ihrer Verschiedenheit im Raum stehen zu lassen. Gegen Harmonisierung und Einheitsbrei, für das Bestehen der Unterschiede.
Für die VeranstalterInnen war es überraschend, daß für ein solch unangenehmes Thema bundesweit soviele Gruppen schon freitags erschienen sind.
Für den Bremer Raum konnte die Zielsetzung der VeranstalterInnen nicht erreicht werden, aber der Verlauf hat uns ermuntert, an diesem Punkt weiter initiativ zu werden. Perspektivische Handlungsansätze und konkrete Aktionsvorschläge sind das Ziel weiterer gemeinsamer Diskussionen.

Käpt'n Nuß

Plenum zu rot-grün und der Situation in den neuen Bundesländern

In der Diskussion wurden viele Themenbereiche angerissen, wir werden nachfolgend versuchen, die wichtigsten Ansätze festzuhalten.

- Aus Schleswig-Holstein wurde berichtet, daß die SPD zwar irgendwann vom Ausstieg geredet hat, konkret aber hinter keinem wie auch immer gearteten Ausstieg aus der Atomwirtschaft steht. Öffentlichkeitsarbeit betreibt sie lediglich zum Thema Energiesparen.
- Auch für Niedersachsen war die Einschätzung, daß sich in Atomfragen nichts verändert hat. So wurden die Genehmigungen für Faßtransporte, Brennelementefertigung in Lingen nach rot-grün erteilt.
- Es wurde betont, daß rot-grün eigentlich uninteressant und nicht unser Thema ist, sondern unser Thema sein muß, was wir dagegen halten können und wie wir unsere Ideen um- bzw. durchsetzen können.

Im übrigen können die Grünen nur die Politik machen, die ihnen die Bewegung überläßt.

- Kritisiert wurde, daß wir schon zuviel Kraft und Zeit verschwendet haben, uns an Parteien und Regierungskoalitionen abzuarbeiten, anstatt uns darauf zu konzentrieren, unsere Vorstellungen weiter zu entwickeln und durchzusetzen.
- Als Gründe, daß wir soviel Zeit an rot-grün verschwenden, wurde genannt, daß die Anti-AKW-Bewegung momentan nicht so stark ist und ihr eine eigene Perspektive fehlt, sowie die Kraft, eine außerparlamentarische Opposition aufzubauen, bzw. fortzuführen.
- Für die Zukunft soll versucht werden, nicht weiter wie jetzt nur zu reagieren, sondern wieder zu agieren.
- Hervorzuheben ist hier noch die Position der Initiativen aus den neuen Bundesländern. Hier gibt es (noch) keine Widersprüche und widerstreitenden Auffassungen zwischen den Parteien (bzw. zu den parteipolitischen Streben und Vorhaben) und den außerparlamentarischen Gruppen und Bewegungen. Für sie war und ist jede Initiative/Partei, die gegen Atompolitik vorgeht, eine/ein Bündnispartnerin.
- Solange es uns nicht gelingt, das Atomprogramm in den neuen Bundesländern (mit seinen maroden Anlagen/unsere sind auch nicht besser) zu verhindern, werden wir in den alten Bundesländern schwierig Boden unter die Füße bekommen.
- Festzuhalten blieb, daß die Bewegung immer unterschiedlich war und ist, die Unterschiede brauchen auch nicht ausgeglichen oder zugeschüttet werden, sondern können nebeneinander stehen bleiben.

Schließlich war die Vielfalt immer eine Stärke der Bewegung.

Beschlüsse, Empfehlungen und Absprachen

1. Für 1991 ist eine bundesweite Kampagne mit einer zentralen, zusammenfassenden Großveranstaltung in Morsleben gewünscht, die mit den ansässigen Initiativen noch abgestimmt werden muß.
Die inhaltliche Ausrichtung der Kampagne soll gewährleisten, daß bestehende, laufende und geplante Anlagen in den neuen und alten Bundesländern nicht vergessen werden, aus diesem Grunde sollen verschiedene, regional verankerte und ausgerichtete Aktivitäten stattfinden. Eine Vorbereitungsgruppe wurde angeregt. (Weitere Beratungen dazu auf der 2. Morsleben-Konferenz, Tagungsort Helmstedt).
Der Atomenergiewirtschaft soll ein Bein gestellt werden, die gerade nach dem kalten Anschluß der DDR versucht, wieder in die Offensive zu kommen.
Mit Morsleben steht erstmals in der Bundesrepublik ein sofort beziehbares Endlager zur Verfügung. Im Greifswald soll durch das Zusammenflicken dieses Schrottreaktors ein Präzedenzfall geschaffen werden, der Folgeaufträge an 23 baugleichen Anlagen in Osteuropa nach sich ziehen kann.
Hiermit soll ein Tor für neue Absatzmärkte geöffnet werden und zugleich durch die "Nachgebesserten" "AKWs mit Umweltengel" die Akzeptanz für laufende Anlagen erhöht werden. Wir werden mit der Kampagne und der Großaktion versuchen, das Tor zuzuschlagen, die weitere Nutzung des Endlagers zu verhindern und die laufenden Anlagen wieder zum Thema zu machen.
2. Empfohlen wird weiterhin die Wiederinbetriebnahme von Mühlheim-Kärlich nicht hinzunehmen.
3. Der 1990 fertiggestellte Sorgenbericht wurde einstimmig begrüßt und die Arbeit gewürdigt. Die Inhalte sollten weitere Verbreitung finden.
4. Für das niedersächsische Umweltministerium sind drei Stellen zu besetzen. Dort

Käpt'n Nuß

sollen für den Bereich Rückbau der Atomanlagen drei neue Planstellen geschaffen werden. Für diese Stellen ist niemand geeigneter als wir.
Für diese Aktion ist eine breit angelegte "Stellenbesetzung" geplant.
5. Der Jahrestag von Tschernobyl soll dazu genutzt werden, in den einzelnen Standorten und Regionen weiter gegen das laufende Atomprogramm zu mobilisieren. Eine zentrale Tschernobyl-Veranstaltung soll 1991 nicht stattfinden.
Aus dem Plenum: "Wie sollen zukünftige Konferenzen aussehen" - wurde folgendes angeregt:
gewünscht wurden für zukünftige Konferenzen kleine Arbeitsgruppen, lange Plena, die inhaltlich vorbereitet sind,
- mehrere Arbeitsgruppen zum gleichen Thema, um bessere Inhalte und breitere Mitsprache zu ermöglichen,
- Arbeitsgruppen, die auch für uns eine Form von Fortbildung oder Qualifizierung darstellen.
Die meisten konfusen Diskussionen auf Konferenzen treten unter Zeitdruck auf. Erinnert sei hierbei, daß Konferenzen von Freitagabend bis Sonntag - spät Nachmittag - gehen. Bringt bitte ausreichend Zeit mit.
In Zukunft soll als erster Tagesordnungspunkt auf Konferenzen festgelegt werden, welche Gruppe oder Stadt die nächste Konferenz vorbereitet.
Wenn bei den jeweiligen Treffen die AusrichterInnen fürs übernächste Mal festgelegt werden, wären wir das leidige Problem: "Wer macht die nächste Konferenz" auch los.
Aus Dresden wurde die Bereitschaft signalisiert, die Herbstkonferenz 1991 auszurichten.
Also fehlt nur noch eine Gruppe, die die Frühjahrskonferenz 1991 ausrichtet. Wäre schön, wenn sich relativ früh eine Gruppe finden würde, die sie ausrichtet.
Für Gruppen, die die nächste Konferenz vorbereiten wollen und dazu noch Informationen brauchen, stehen die BremerInnen zur Verfügung.
Für die Zeit zwischen zwei Konferenzen wäre es sinnig, wenn eine Gruppe als Anlaufstelle für bundesweite Informationen eingerichtet werden könnte.

Käpt'n Nuß

Was sich konkret hinter dieser Anlaufstelle verbirgt, als Überbrückung zwischen den Konferenzen ist noch nicht klar. Auf jeden Fall soll kein Ersatz für Münster, AAA oder Atom herauskommen. Das ganze ist eher als Infobörse gedacht. Die BBA-Bremen will sich daran probieren. Was diese Stelle leisten kann oder soll, werden die BremerInnen ausprobieren und selbst festlegen.
Empfehlung:
Cheesy aus OS, mit 30.000 DM Verfahrenskosten, entstanden bei Aktionen gegen Atomtransporte, nicht im Regen stehen lassen, Solidarität und Spenden sind angesagt. Konto 1 552 482 520, Osnabrücker Volksbank.
Verabschiedet wurde eine Solidaritätserklärung zu geräumten Häusern (liegt vollständig bei).
Breite Unterstützung fand auch ein Antrag an die brasilianische Regierung, durch Tschernobyl verstrahltes EG-Rindfleisch nicht zum Verzehr in Brasilien zuzulassen.
Darüberhinaus erhielt die Anti-AKW-Bewegung eine Einladung zum 3. internationalen Anti-AKW-Kongreß in Santiago de Chile.
Vorgeschlagen wurde: bei der nächsten Konferenz eine AG Kultur und Widerstand einzurichten, ein Plenum zum Thema Parlamentarismus einzurichten und Tuttis Theaterstück fürs Kulturprogramm der nächsten Konferenz zu engagieren.

Käpt'n Nuß

Resolution zu Hausbesetzungen

Der Kampf der Hausbesetzerinnen und Hausbesetzer in Berlin und anderswo ist genauso unser Kampf. Derselbe Staat, der mit Brachialgewalt für die Durchsetzung der Pläne der Atommafia sorgt; derselbe Staat, der mit allen Mitteln der Repression unseren Widerstand gegen Atomanlagen zu brechen versucht, zeigte mit den Aktionen gegen die HausbesetzerInnen in Berlin wieder einmal deutlich, wozu er fähig ist, wenn er am Nerv getroffen wird. Und den Nerv treffen wir, ob wird nun den Atomstaat oder die Wohnungspolitik angreifen und diese Konflikte nicht den Politikern überlassen. Die Anti-AKW-Bewegung war noch nie und ist auch jetzt keine Ein-Punkt-Bewegung. Wir sehen den Zusammenhang der sogenannten "Mißstände" unserer Gesellschaft und wissen, daß sie einen gemeinsamen Ausgangspunkt haben. Wir haben in jahrelangem politischen Widerstand die Erfahrung gemacht, daß die Atommafia nicht im luftleeren Raum steht, sondern verankert ist in den Strukturen des Systems. Deshalb wissen wir auch, daß die Gewalt in Auseinandersetzungen immer vom Staat ausgeht. Ob in Wyhl, Brokdorf, Gorleben, Wackersdorf oder eben jetzt in Berlin. Wir stehen zu dem Konsens der Anti-AKW-Bewegung: Wir dürfen uns an der Frage der Aktionsformen nicht spalten lassen, denn eine Spaltung des Widerstandes kommt nur denen zugute, die ihren Machterhalt durch brutale Polizeieinsätze zu sichern versuchen.
Wir erklären uns mit mit den Besetzerinnen und Besetzern in Berlin und anderswo solidarisch und fordern:
- sofortige Freilassung der Inhaftierten und Einstellung aller Verfahren
- bedingungslose Rehabilitation und Entschädigung der Opfer der Polizeieinsätze
- Rückgabe aller inzwischen geräumten Häuser an die ehemaligen BesetzerInnen in Selbstverwaltung ohne staatliche Kontrolle
- ernsthafte Vertragsverhandlungen mit dem Ziel: Gleiche Verträge für alle besetzten Häuser.

Gegen staatliche Repression, gegen den Polizeistaat!
Grüße an alle besetzten Häuser, Solidarität mit den Geräumten!

99 (+ 11) Luftballons ...

Mit Überraschung endete die Luftballonaktion, die der Gronauer Arbeitskreis Umwelt am 2.September an der Gronauer Atomfabrik UAA (Urananreicherungsanlage) durchgeführt hatte.
Anläßlich des 5.Jahrestages der Inbetriebnahme der UAA wurden ca. 110 Luftballons aufgelassen. Sie sollten die radioaktive Niedrigstrahlung symbolisieren, die bereits im sogenannten Normalbetrieb der Atomfabrik freigesetzt wird. Obwohl die AKU-Mitglieder erwartet hatten, daß die Ballons nur wenige Kilometer fliegen würden, kamen erstaunliche Rückmeldungen: zwei Ballons wurden in Emsdetten (Kreis Steinfurt) gefunden, einer bei Bielefeld, zwei aus dem Sauerland und sogar einer aus Hessen. Damit wurde deutlich, daß bei einem Unfall in der Urananreicherungsanlage nicht nur die Gronauer Bevölkerung betroffen wäre; Uranpartikelchen können in weit entfernte Regionen geweht werden. Nur die sofortige Stillegung der UAA kann einen Unfall verhindern. Wir sagen niemals Ja zur UAA!

Werner Neumann, Pressesprecher Lufballonaktion!

Atomkraftwerke abschalten: Stade zuerst!

Die AG AKWs abschalten/Stade zuerst (Im Vorstand sind u.a. Anny Ahrend, Herbert Brückner und Jens Scheer) bittet um finanzielle und personelle Unterstützung zur Weiterführung ihrer Arbeit. Die AG trifft sich jeden 1.Donnerstag im Monat und plant Veranstaltungen und Aktionen. Satzung, Info-Blatt und alles weitere über:
Kontakt: AG AKWs abschalten:
Stade zuerst
c/o Uwe Voigt, Kohlhökerstr.67
2800 Bremen 1 Tel.0421/75562

Greenpeace stoppt Zug mit Atommüll

ap **Bremen.** Die Umweltschutzorganisation Greenpeace hat nach eigenen Angaben am Montag abend einen Zug gestoppt, der Atommüll aus dem Kernkraftwerk Unterweser geladen hat. Sie will damit gegen Atommüllexporte zur Wiederaufarbeitungsanlage im britischen Sellafield protestieren. 16 Aktivisten stellten sich nach dem Bericht zunächst auf den Gleisen etwa 60 Kilometer vor dem Atomkraftwerk quer. Als der Zug hielt, hätten sich Greenpeace-Mitglieder an der Vorder- und Rückseite angekettet. Der Atommüll soll nach Darstellung von Greenpeace über Bremen, Köln, Tier und Dünkirchen zunächst per Bahn und dann per Schiff nach Sellafield gebracht werden.

Wendlandrückspiegel am Ende?

Meine lieben LeserInnen, seit Jahren ist mir das Schreiben eines Briefes nicht so schwer gefallen! Ich sitze vor der Schreibmaschine und versuche zu erklären, daß ich ... warum ich ... ab 1.Januar 1991 nicht mehr für Sie (für Euch) lesen, schnibbeln, kleben werde.
Der Hauptgrund ist der, daß nach 8 Jahren täglicher, sehr gleichförmiger Arbeit mein Geist nach Abwechslung schreit. Ich muß etwas anderes tun. Grund 2: Das Interesse vieler Leser hat nachgelassen. Grund 3: Ich bin es auch leid, immer wieder Extra-Korrespondenzen wegen ausbleibender Zahlungen zu führen.
Wer übernimmt – wer führt weiter? Selbstverständlich übergebe ich mein Material und weise ein.
Zum Abschluß möchte ich Ihnen allen danken für Ihre Treue, für Ihr Verständnis für meine Fehler, Versehen und Ungenauigkeiten. Ganz besonders hervorheben möchte ich auch die Tatsache, daß das Erscheinen des Wendland-Rückspiegels nicht möglich gewesen wäre, wenn Ihr lieben Freunde mir nicht die Zeitungsausschnitte Eurer Regionen zugeschickt hättet, wenn mein Sohn Axel mir nicht bei der Bedienung des vertrackten Computers hilfreich gewesen wäre, wenn Summa Summarum Druck nicht „für'n Appel und'n Ei" aus Engagement für die gemeinsame Sache gearbeitet hätte.
Mit dem Dezember-Heft (Mitte Januar) werde ich mich also von Ihnen verabschieden. Für Anfragen stehe ich natürlich immer zur Verfügung.

Ihre Gisela Greiner
3139 Laase Nr.16
Tel. 05882/297

Achtung! Infos gesucht!

Anti-AKW-Initiative sucht Informationen über das AKW Stendal und das Endlager Morsleben. Außerdem suchen wir Kontakt zu Leuten, die auch zu diesen Anlagen arbeiten.
Kontaktadresse: die Hillbillies
c/o H.Schröder
Kalkwerk
3302 Gremlingen 5

Aus für Mühl.-Kärlich!

Daß sich bei der großen Mehrheit der Bevölkerung längst Unmut über die drohende Wiederinbetriebnahme des AKW Mühlheim-Kärlich breit gemacht hat, ist schon bei vergangenen Aktionen deutlich geworden. Trotzdem überraschte die positive Resonanz auf den Aufruf der Neuwieder Initiative gegen Atomanlagen und der Grünen Neuwied zu einer Demonstration durch die Innenstadt, zu der sich immerhin annähernd 300 BürgerInnen am 20.Oktober formierten. Angeführt von der Neuwieder Samba-Gruppe verlangten die TeilnehmerInnen lautstark die endgültige Stillegung des Schrottreaktors und appellierten mit Plakaten und Transparenten an die Stadt, eigene Wege in der Energiepolitik zu suchen, sich nicht durch neuerliche Konzenssionsverträge an die RWE-Tochter Kraftversorgung zu binden. Besonderen Anklang fand dabei die Einführungsrede von BI-Mitglied Markus Beinhauer, der einen vehementen Appell an alle Umstehenden richtete, aus dem „täglichen Sonntagsschlaf" aufzuwachen und sich aktiv gegen eine unmenschliche Energiepolitik zu engagieren. „Noch können wir etwas tun" versprach er und Rolf Trennhäuser aus Bendorf veriet auch gleich eine Möglichkeit wie: „Wir stehen in den Startlöchern, um zu klagen" faßte er die Initiative der umliegenden Städte und einiger Privatpersonen zusammen, die im Falle eines Sofortvollzuges auf gerichtlichem Wege gegen die Mißachtung der zivilen Sicherheitsinteressen vorzugehen planen. Der Landesregierung warf er eine enge Verflechtung mit der Atomindustrie vor, was Gerdi Horn von den Grünen nur bestätigen konnte. Sie kritisierte insbesondere die Ignoranz gegenüber den Anliegen der BürgerInnen und erklärte die Vorgehensweise der Politiker in diesem speziellen Fall zum „Paradebeispiel" für das Verhältnis zwischen Staat und Volk.

... Eine direkte Aufforderung an die Anwesenden richtete schließlich Klaus Fischer vom Kölner Anti-AKW-Plenum, der dazu aufrief, auch in Zukunft „die Taktik der kleinen Nadelstiche fortzusetzen". Der Atomlobby versprach er, daß es bis zur endgültigen Stillegung nicht mehr ruhig für sie werden sollte ...

Ein gelungenes Objekt zur Integration der zahlreichen BesucherInnen stellte ein überdimensionales Bettuch dar, daß von den Anwesenden massiv mit Pinsel und Farbe bearbeitet werden durfte. Das beeindruckende Resultat dieser künstlerischen Betätigung reflektiert noch einmal die Sorgen der AKW-GegnerInnen aller Altersstufen und wurde schließlich in inoffizieller Transaktion am Rathaus gehißt und entsprechend gewürdigt.

Zur Erinnerung: am 2.Juli 1990 hatte Reaktorminister Beth (Rheinland-Pfalz) die erste Teilgenehmigung zur Wiederinbetriebnahme des AKW Mühlheim-Kärlich erteilt und bastelt bislang an einer wahltaktischen Formulierung für den Sofortvollzug. Unter Mißachtung objektiver Tatsachen, wie dem denkbar ungünstigen Standort des Reaktors auf einer Erdbebenverwerfungslinie oder der Baugleichheit mit dem US-Unglücksreaktor Harrisburg, stempelt die Regierung hier die BewohnerInnen eines extrem dicht besiedelten Gebietes zu Versuchskanninchen, konfrontiert sie mit einem Reaktor, der bislang ein Prototyp geblieben ist. Mehr noch ist das Material des Druckbehälters heute nicht mehr tüv-genehmigungsfähig.

Solche „Nebensächlichkeiten" spielen für Wirtschaftsminister Brüderle (FDP) und Beth (CDU) gegenüber den Profitinteresse der RWE nur eine untergeordnete Rolle. Seit der Aufhebung der ersten Teilgenehmigung vom Oberverwaltungsgericht Berlin im September 1988 zielt das Engagement der offiziellen Stellen eindeutig auf eine neuerliche Betriebsgenehmigung. Darüber konnten auch zwei skandalöse pseudodemokratische Erörterungstermine und eine nicht minder inszenierte Expertenanhörung nicht hinwegtäuschen.

Kontakt: Markus Beinhauer, Industrieweg 2 in 5450 Neuwied 11

Die Neuwieder Initiative gegen Atomanlagen trifft sich jeden Montag um 20 Uhr im Eirene-Haus, Engerserstr.74b in Neuwied.

Bilder von der Demo in Neuwied, 20.10.1990 (Jörg Vogel)

North by Northwest

Protokoll der deutsch-niederländischen »Konferenz gegen Atomanlagen in der Euregio und im Münsterland« vom 22.9.90 in Steinfurt-Burgsteinfurt

TeilnehmerInnen:BI gegen Atomkraft Rheine, AKW Gronau, Anti-Atom-Büro Dortmund, Greenpeace Neunkirchen, BI Emsland gegen Atomanlagen (BEgA), BI „Kein Atommüll in Ahaus", BI BorkenerInnen gegen Atomanlagen, Die Grünen-OV Steinfurt und Altenberge, ein Mitglied der SPD Steinfurt, Anti-AKW-Plenum Köln.

Schwerpunktthema: Atommülldeponie „BEZ" Ahaus:

Bei dem Erörterungstermin Anfang August in Ahaus bezüglich der Einlagerung abgebrannter Kugelbrennelemente aus dem THTR Hamm Uentrop berichtete der Vertreter der Landesregierung NRW, daß die Landesregierung keine Bedenken gegen die Einlagerung hat, obwohl es kein Endlager gibt. Begründung: um den THTR „entsorgen" zu können, müssen die Brennelemente aus dem Reaktor raus; eine Alternative zu Ahaus gibt es nicht. Somit gilt das „Junktim" der Landesrgierung (Einlagerung in Ahaus nur, wenn es ein Endlager gibt) nicht mehr. Makabererweise hatte die Landesregierung Ahaus als „Entsorgungsnachweis" für den THTR bezeichnet, als sie Mitte der 80er Jahre dessen Betriebsgenehmigung erteilt hatte ... So werden die Sachzwänge geschaffen. Ohne uns!!!

Wenige Tage vor der Euregiokonferenz berichteten die Medien breit über den Gesinnungswandel der Landesregierung, vom Endlager Ahaus war die Rede; davor, daß das BEZ zum Endlager werden kann, warnt die Bewegung seit Jahren.

Aktuell sieht es in Ahaus so aus, daß die Einlagerung von abgebrannten Brennelementen aus Leichtwasserreaktoren genehmigt ist, dagegen wird geklagt; eine Genehmigung zur Einlagerung der THTR-Brennelemente gibt es noch nicht, mit ihr ist jedoch bald zu rechnen. Genehmigungsbehörde ist das Bundesamt für Strahlenschutz, Braunschweig (ehemals PTB). In Hamm haben die Betreiber des THTR beim neuen Wirtschaftsminister von NRW, Einert, einen Antrag auf Entnahme der Brennelemente gestellt. Insgesamt handelt es sich in Hamm um ca. 620.000 abgebrannte Kugelelemente. U.a. verhindern auch noch technische Probleme die Entnahme der Kugeln aus dem Reaktor; der THTR kann nur stillgelegt werden, wenn der Reaktorkern völlig entleert wird. Die abgebrannten Brennelemente benötigen keine Lagerung in einem Abklingbecken.

Position der BI Ahaus: 1.Die Argumentation des Landes (THTR kann nur stillgelegt werden, wenn in Ahaus „zwischengelagert" werden kann), wird nicht akzeptiert. Die Einlagerung der THTR-Brennelemente wäre der Einstieg auch für die spätere Zustimmung des Landes zur Einlagerung von Leichtwasserbrennelementen (Stade/Würgassen könnten nur stillgelegt werden, wenn Ahaus als „Zwischenlager" bereit steht ...).

2. Das Dilemma mit der Entsorgung von Hamm wurde vom Land geschaffen. Die BI Ahaus spricht sich gegen jegliche Einlagerung in Ahaus aus.

Unklar ist, ob sich die Landesregierung einstimmig für die Inbetriebnahme von Ahaus einsetzt; angeblich soll Gesundheitsminister Heinemann dagegen sein.

Vorschlag der BI Ahaus: möglichst viele SPD-Gremien auf Orts- und Kreisbasis, kontakten, damit sich diese klar gegen das BEZ aussprechen. Aktionsvorschläge der BI:

a. an einem noch festzulegenden Termin sollen möglichst viele Leute mit Castoratrappen, Flugblättern, Presse etc. mit Personenzügen die Bahnroute Hamm – Münster – Gronau – Ahaus öffentlichkeitswirksam begleiten.

b. Menschenkette (genauer Menschen- und Argumentationskette) rund um das BEZ nach dem ersten Castortransport nach Ahaus. Die KonferenzteilnehmerInnen sprachen sich für die Vorschläge aus. Zur Arbeitsteilung wurde vereinbart, daß die BI die Menschenkette vorbereitet, während andere Leute die Bahnbegleitung vorbereiten wollten.

Ein weiterer Vorschlag des Vertreters der Steinfurter Grünen orientierte sich an Erfahrungen der BI Westmünsterland gegen Tiefflugiärm. Zentral sollte ein BürgerInnenantrag gegen das BEZ gestellt werden, an möglichst viele Initiativen in der Region verschickt werden, damit sich möglichst viele Städte und Gemeinden gegen das BEZ aussprechen. Der Vorschlag blieb (leider) im Raum stehen, da sich offenbar niemand für die Realisierung einsetzte. Ein weiterer Vorschlag aus der gleichen Richtung wurde strikt abgelehnt: direkte Endlagerung in DDR-Uranminen. Offenbar war dem Vertreter der Grünen die Forderung der Anti-AKW-Bewegung unbekannt, daß frühestens über Endlagermöglichkeiten gesprochen werden kann, wenn alle Atomanlagen stillgelegt sind. Die Diskussion um diesen Punkt macht deutlich: wenn selbst in den Reihen der Grünen die Forderungen der Bewegung unbekannt sind, muß noch viel mehr Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden, um die gesamte Bevölkerung, die sich noch weniger mit dem Problem befaßt, mit den Positionen der Bewegung vertraut zu machen. Abschließend wurde zum BEZ festgehalten, daß die Positionen der EuKo mit einer Pressemitteilung verbreitet werden sollen.

Rot-Grün in Niedersachsen:

Die IG Unrast (Würgassen) sammelt UnterstützerInnen für einen Brief an Monika Griefhahn, Umweltministerin in Niedersachsen Thema : Koalitionsvereinbarungen zum Ausstieg aus der Atomenergie. Kontakt und Infos: IG Unrast, Traute Kirsch, Zum Buchholz 6, 3472 Beverungen.

Lingen:

Die Zahl der Atomtransporte durch Lingen hat erheblich zugenommen. Im Jahre 1989 gab es knapp 100 davon durch Lingen. In der ersten Jahreshälfte 1990 dagegen schon 144 Transporte. 18 Transporte von Großbritannien über Rotterdam, Nordhorn nach Lingen, 24 Transporte aus den USA nach Lingen, davon 15 über Bremerhaven und 9 über Frankfurt. Zwischen Lingen und Hanau gab es etliche Transporte, vor allem mit Urandioxid und unbestrahlten Brennelementen. Weitere Transportziele waren Frankreich (AKW), die Atomkraftwerke Unterweser, Biblis und Gundremmingen.

Kontakt: Euko c/o AKU Gronau
Siedlerweg 7, 4432 Gronau
bzw. BI Rheine: 05971/7686
u. BI Borken: 02861/4193

Würgassen würgt wieder

Demonstration gegen die Wieder-Inbetriebnahme des AKW Würgassen in Beverungen

Anfang Oktober hob das Düsseldorfer Wirtschaftsministerium den vorläufigen Betriebsstopp für das AKW Würgassen wieder auf. Als Begründung teilte das Ministerium mit, die Betreibergesellschaft Preussen Elektra AG habe die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen an der 640-Megawatt-Anlage vorgenommen. Gutachter und Fachbehörde hätten bescheinigt, daß alle Vorkehrungen für einen besseren Brandschutz „ordnungsgemäß abgeschlossen" seien. Dem Betriebsstopp vorausgegangen war ein Gutachten des Elektrowatt-Ingenieur-Unternehmens EWI, in dem festgestellt worden war, daß die Abweichungen vom heutigen Sicherheitsstandard im AKW Würgassen weitreichend seien, zugleich aber auch eine Gefährdung der Beschäftigten und der Bevölkerung nicht gegeben sei, wenn bestimmte Brandschutzmaßnahmen durchgeführt werden könnten. Die SPD-Regierung nutzte das Gutachten, um sich vor den Landtagswahlen im Mai diesen Jahres als atomkritische Partei herausputzen zu können. Nun sind die Wahlen vorbei, und das AKW wieder am Netz.

Gegen die Wieder-Inbetriebnahme gab es eine Reihe von Widerstandsaktionen, so eine Demonstration am 18. Oktober in Höxter, zu der die Initiativgruppe „Unser Recht auf Stillegung" (UNRAST) aufgerufen hatte, sowie am 21. Oktober eine Blockade der Eingangstore des AKW's durch die Gewaltfreie Aktion Göttingen. Wir dokumentieren im folgenden zwei Erklärungen dieser Gruppen zu ihren Aktionen.

Erklärung zur Blockade

Etwa 150 Menschen blockierten am Sonntag, 21.10.90, 2 1/2 Stunden lang beide Tore des AKW Würgassen. Die Polizei räumte zweimal und nahm bei zehn Personen die Personalien auf. Diese zehn müssen jetzt mit Ermittlungen wegen angeblich begangener „Nötigung" (§ 240 StGB) rechnen.
Das AKW Würgassen war nach einem 10-monatigen Betriebs-Stop am 12.10. wieder ans Netz gegangen.
Die RednerInnen auf der Veranstaltung rügten die Rücknahme der Stillegungsverfügung durch das nordrheinwestfälische Wirtschaftsministerium. Dies sei „grenzenloser Zynismus", so die Sprecherin der veranstaltenden Kampagne Ziviler Ungehorsam Bis Zur Stillegung aller AKW's, Frau Sabine Morgenroth. Wenn das AKW trotz aller Mängel und Gefahren der Atomenergie erneut ans Netz gegangen sei, „können wir dies nur als klare Machtdemonstration von Seiten der Betreiber und der mit ihr liierten Atomaufsicht sehen. Das bedeutet für uns, daß wir eine ungeheure Gegenmacht entfalten müssen, um unserem Ziel, dem Ausstieg aus dem Atomprogramm, näherzukommen."
Besonders erzürnte die Mitglieder der Kampagne, daß Ministerpräsident Rau die rotgrüne Koalition in Hannover unter Druck setze, Schröder solle „seine besondere Verantwortung für die Entsorgung wahrnehmen" (Göttinger Tageblatt, 19.19.). Zugleich gehe Würgassen nun unter seiner Verantwortung ans Netz und produziere weiteren Müll – nun zugegebenermaßen ohne ein gesichertes Entsorgungskonzept.
Die Blockaden werden fortgesetzt: jeden dritten Samstag im Monat.

Kontakt: c/o Gewaltfreie Aktion, Postfach 2022, 3400 Göttingen, Tel. Mo und Mi 17 - 19 Uhr, 0551/7702945

Lange lebt der THTR

Pressemitteilung zur Wieder-Inbetriebnahme

Die Aussage, das Atomkraftwerk Würgassen könne mit ausreichender Sicherheit betrieben werden, wird von der IG Unrast – Initiativgruppe Unser Recht auf Stillegung – als Irreführung der Öffentlichkeit bezeichnet. Dieser Irreführung entgegenzutreten, ist ihr ein äußerst wichtiges Anliegen.
Die Unrast trifft dazau die folgende Feststellung: Beim Atomkraftwerk Würgassen besteht weiterhin die Möglichkeit des Eintritts einer Atomkatastrophe; es gibt keine Maßnahmen, mit denen dieses Risiko beseitigt werden kann.
So habe denn auch der für die atomrechtliche Behörde in Nordrhein-Westfalen verantwortliche Wirtschaftsminister, Günter Einert die Erlaubnis zum Wiederanfahren u.a. nur begründet mit Verbesserungen beim Brandschutz. „Doch", so Traute Kirsch, Sprecherin der Initiativgruppe, „ein verbesserter Brandschutz kann das Risiko der Atomkatastrophe nicht beseitigen. Mit dem verbesserten Brandschutz hat man die notwendige Sicherheit – verstanden als Ausschluß des Risikos der Atomkatastrophe – nicht erreicht. Auch sonstige Maßnahmen können diese notwendige Sicherheit nicht bewirken. Es ist deshalb eine Irreführung der Bevölkerung zu behaupten, die erforderliche Vorsorge sei getroffen worden.
Die IG Unrast ist im Besitz eines an das Oberverwaltungsgericht in Münster gerichteten Schreibens, in dem der zuständige Sachbearbeiter der atomrechtlichen Behörde in Düsseldorf, Bauschke, Ausführungen macht zu Maßnahmen, die für den Fall der Atomkatastrophe im Atomkraftwerk Würgassen durchgeführt werden sollen. Das heißt, die atomrechtliche Behörde erlaubt den Betrieb des Atomkraftwerkes Würgassen in Kenntnis und Akzeptanz des nicht beseitigbaren Risikos der Atomkatastrophe.
Damit wird der Preußen Elektra der Rechtsanspruch zugebilligt, das unvermeidbare Risiko der Atomkatastrophe eingehen zu dürfen.
Bei der Unrast vertritt man jedoch den Standpunkt, daß eine Rechtsauffassung, die die Bevölkerung schutzlos unbeherrschbaren Risiken aussetzt, mit den Menschenrechten und damit auch mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist. Nach dem Grundgesetz, in dem die Menschenrechte ihren Niederschlag gefunden haben, hat die Bevölkerung einen Anspruch auf eine menschenwürdige Existenz und auf Schutz von Leben, Gesundheit, Eigentum und Lebensraum.

Kontakt: Initiativgruppe „Unser Recht auf Stillegung" – Unrast
c/o Traute Kirsch, Zum Buchholz 6,
3472 Beverungen

„Der Beerdigungskuchen ist bei uns für den THTR 300 gegessen", dies erklärte D. Ivar Kalinowski (HKG) am 17.September 1990 in einem Gespräch mit Vertretern der Initiative „THTR Stillegen" und der BIU Hamm. Vor 4 Wochen habe man alle Abschaltstäbe auf volle Tiefe in den Kugelhaufen eingefahren und damit sei das Aus für den Uentroper Reaktor endgültig. Umso erstaunter waren wir über die Äußerungen von Dr.Dietrich (VEW) – der ebenfalls am Gespräch teilnahm -, daß ein Wiederanfahren des Reaktors erst nach der Herstellung eines sicheren Einschusses ausgeschlossen sei (Westfälischer Anzeiger 25.9.90). Mit diesem Argument versucht die HKG, in Hamm und Umgebung die Angst vor einer Wiederinbetriebnahme zu schüren und erwartet dann politische Unterstützung für die Genehmigung zur Zwischenlagerung der THTR-Brennelemente in Ahaus.
Verwundert sind wir auch über den von Dr.Dietrich genannten Zeitpunkt für den Beginn der Arbeiten zur Herstellung eines sicheren Einschlusses, die jetzt erst im Jahre 1993 begonnen werden sollen. Beim Erörterungstermin in Ahaus und am 17.9.90 war noch erklärt worden, daß, falls das Zwischenlager jetzt in Ahaus genehmigt werde, mit der Herstellung des sicheren Einschlusses wie geplant Anfang 1992 begonnen werde. Auch dadurch soll Druck auf die Bevölkerung ausgeübt werden, die Genehmigung des Zwischenlagers in Ahaus zu akzepztieren.
Ein weiteres Gesprächsergebnis ist, daß beim Abzug der Brennelement-Kugeln technische und sicherheitstechnische Probleme zu erwarten sind. Beim Abzug der Kugeln aus dem Reaktorkern werden die Kanen, in die Kugeln gefüllt werden, mit radioaktiven Graphitstaub kontaminiert. Dieser Graphitstaub gelangt dann auch in und auf die Castorbehälter. Schließlich bestehen auch noch Zweifel, ob bei der technischen Anfälligkeit der Ausschleusungsanlage und der hohen Kugelbruchrate eine vollständige Entleerung des THTR überhaupt gelingt. Das zur Zeit Fehlinformationen über die Stillegung an die Medien gegeben werden, wird auch an der Pressemeldung der Betreiber und der Schweizer Firma Colenco deutlich, nach der es diese Firma abgelehnt hat, ein Angebot für den sicheren Einschluß und den Abriß einzureichen. Colenco hatte behauptet, auf einen Auftrag von 287 Millionen DM zu verzichten, weil sie so einen fortschrittlichen Reaktor nicht abreißen wollten. Wie nun bei dem Gespräch bekannt geworden ist, hat es bisher überhaupt keine Ausschreibung für Einschluß und Abriß gegeben, sondern es sind lediglich die Planungsarbeiten, also Detailberechnungen und Detailzeichnungen für den Einschluß ausgeschrieben worden. Dieser Auftrag ist auch vergeben worden.

... Angesichts dieser ungelösten Probleme als auch aus sicherheitstechnischen Gründen lehnen wir eine Genehmigung für die Einlagerung von THTR-Brennelementen in Ahaus ab. Wir befürchten weiter, daß dann auch Brennelemente aus anderen Atomkraftwerken in Ahaus eingelagert werden können und dadurch der Weiterbetrieb dieser AKWs ermöglicht wird.
Eine sichere Endlagermöglichkeit für den Atommüll ist nicht in Sicht. Die Bedenken gegen den Standort Gorleben wachsen immer mehr. Wir fordern deshalb, endlich mit dem Ausstieg aus der gefährlichen und menschenfeindlichen Atomenergie zu beginnen.
Es ist zu befürchten, daß die Betreiber wieder mal die billigste Lösung suchen, da für sie die Sicherheit der Bevölkerung zweitrangig ist. Wichtig ist deshalb, daß dieses Problem der THTR-Stillegung öffentlich diskutiert wird. Wir fordern deshalb, daß dazu von der Genehmigungsbehörde ein öffentliches Genehmigungsverfahren durchgeführt wird, an dem auch unabhängige Wissenschaftler beteiligt werden. Nur so kann unserer Meinung nach die risikoärmste Lösung gefunden werden.

Harald Haun und Claus Mayr für die BIU Hamm und die INI THTR.
Kontakt: BIU Hamm e.V.
Postfach 1242
4700 Hamm 1

Atom - Industrie

Trockenkonversions-Anlage in Lingen vorerst gestoppt

Die Planungen der "Advanced Nuclear Fuels" (ANF) im emsländischen Lingen, noch in diesem Jahr mit dem Bau einer Trockenkonversions-Anlage für die Umwandlung von Uranhexafluorid (UF_6) in Urandioxid zu beginnen, sind vorerst auf Eis gelegt.

Am Standort Lingen betreibt die ANF, Tochtergesellschaft einer US-amerikanischen Siemens-Holding, eine Brennelemente-Fabrik. Rund 400 Brennelemente pro Jahr werden von den rund 250 Mitarbeitern des Unternehmens jährlich hergestellt. Die Lieferungen gehen an Atomkraftwerke in Schweden, Frankreich und der Bundesrepublik.
Die Produktion der Brennelemente beginnt bei der ANF mit der Herstellung der Pallets (Brenntabletten). Dazu wird Urandioxidpulver in einem Ofen erhitzt und in Tablettenform gepreßt. Darüber hinaus erhält die ANF

Foto: **Dirk Seifert**

fertige Pallets aus ihrem Mutterwerk in den USA. Am 11. Mai kam es hier zu einem Zwischenfall. Zwei Behälter, in denen sich insgesamt 129,5 Kilogramm leicht angereicherter Brennstabtabletten befanden, wurden irrtümlich - und ohne daß es im Werk der ANF bemerkt wurde - als Leerbehälter deklariert über den Flughafen Luxemburg in die USA zurückgeflogen. Erst dort wurden die beiden noch verplombten Behälter bemerkt und die Internationale Atomenergie-Behörde unterrichtet.
Anfang August reagierte die Euratom auf diesen Zwischenfall, indem sie die ANF unter eine viermonatige Verwaltungskontrolle stellte. Bis zum Ende dieses Jahres sollen nun von der Euratom und den zuständigen bundesdeutschen Behörden bestimmte Personen die ANF überwachen. Nach Angaben des ANF-Geschäftsführers Reinhard Faulhaber hatte ein Mitarbeiter des Unternehmens die noch vollen Behälter in unmittelbarer Nähe des Leerbehälterlagers abgestellt. Hier waren sie von einem zweiten Arbeiter als Leergut für den Abtransport in die USA bereitgestellt worden.

Umweltministerium setzt Genehmigung aus

Durch diesen Vorfall hat nun die zuständige Genehmigungsbehörde für die Trockenkonversions-Anlage, das niedersächsische Umweltministerium, das Genehmigungsverfahren bis zum Abschlußbericht über die Kontrolle der Euratom ausgesetzt. Anfang nächsten Jahres wird mit der Fertigstellung dieses Berichts gerechnet. Außerdem hat das Umweltministerium ein Gutachten beim TÜV in Auftrag gegeben, mit dessen Hilfe der Vorfall bei der ANF untersucht werden soll. Nach Angaben der Pressesprecherin im Umweltministerium, Barbara Mussack, wird der TÜV-Bericht noch im Oktober vorliegen. Das Genehmigungsverfahren für die UF_6-Konversion ist jedoch weitgehend abgeschlossen. Das Erörterungsverfahren, welches nach dem Atomgesetz bei einer "wesentlichen Veränderung" der Anlage durchzuführen ist, fand bereits im Herbst letzten Jahres statt und wurden noch von der CDU-Landesregierung durchgeführt. Inwieweit die neue rot-grüne Regierung in Hannover weitere Prüfungen durchführen wird und zu welchen Schlußfolgerungen das Umweltministerium kommt, ist offen.
Reinhard Faulhaber begründet die Notwendigkeit der Konversions-Anlage unter anderem damit, daß die aufwendigen Zwischentransporte von UF_6 in den USA dann entfielen. Derzeit wird das UF_6 nach der Anreicherung in einer westeuropäischen Anlage in die USA nach Richland verschifft, dort in Urandioxid umgewandelt, anschließend zu Pallets gepreßt und schließlich wieder nach Lingen transportiert. Außerdem verweist Faulhaber darauf, daß das geplante Trokkenkonversions-Verfahren gegenüber herkömmlichen Umwandlungsverfahren erheblich weniger Abfälle produziere. Die bei der Umwandlung entstehende Flußsäure (HF) und der Flußspat (CaF_2), so Faulhaber, könnten der Industrie als Wirtschaftsgut zur Verfügung gestellt werden. In der Flußsäure-Rückgewinnungsanlage können 95 Prozent auskondensiert werden. Der Rest gehe über die Abgasanlage in die Umwelt - aus der Sicht Faulhabers eine völlig ungefährliche Menge.

Ökologen: Erhebliches Gefährdungspotential

Anders beurteilt dies die Gruppe Ökologie (GÖK) aus Hannover. Die GÖK hatte im Herbst als Sachverständige der Anti-Atom-Initiativen aus dem Raum Emsland an dem Erörterungsverfahren teilgenommen.
GÖK-Mitarbeiter Wolfgang Neumann kritisiert vor allem, daß die Erfahrungsberichte aus den USA, wo die Pilotanlage für das in Lingen geplante Trockenkonversions-Verfahren betrieben wurde, nicht im Rahmen des Genehmigungsverfahrens der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Dieser Bericht wäre jedoch erforderlich gewesen, um die Auswirkungen des relativ neuen Konversionsverfahrens auf die Umwelt beurteilen zu können. Außerdem sagte Neumann gegenüber den Arbeit & Ökologie-Briefen, daß die Störfallbetrachtungen der ANF zweifelhaft seien. Selbst der TÜV habe bei vergleichbaren Anlagen erheblich höhere HF-Konzentrationen unterstellt, als die ANF angibt. Außerdem steige das Gefahrenpotential der Gesamtanlage durch die UF_6-Verarbeitung erheblich. So werde sich die Zahl der Atomtransporte mit UF_6 deutlich erhöhen. Damit steige auch das Unfallrisiko.
Möglicherweise wird nach dem Abschlußbericht der Euratom die neue Landesregierung in Niedersachsen, die mit dem Ziel des Ausstiegs aus der Atomenergie angetreten war, der ANF die Genehmigung erteilen. Eine entsprechende Weisung von Umweltminister Klaus Töpfer aus Bonn liegt bereits auf dem Tisch.

Dirk Seifert

(Artikel entnommen aus: Verlag der ökologischen Briefe/Arbeit & Ökologie-Briefe Nr. 22, 1990)

AKW-Esensham

„Sie werden ihre strenge Auffassung über die Sicherheitserfordernisse auch für die anderen Atomkraftwerke in Niedersachsen ausdehnen" ... (Aus Koalitionsvertrag SPD/ Die Grünen vom 12.6.1990 Hannover).
Soll das etwa alles zum Ausstieg für das Atomkraftwerk Esensham gewesen sein? Es reicht nicht, die Belange der Anti-AKW-Bewegung an die Landesregierung zu delegieren. Wenn wir das AKW Esensham (u.a.) stillegen wollen, müssen wir begreifen, daß es ohne unser entscheidendes Dazutun hierzu nicht kommt!
Kurzhinweis: seit Mitte 9/90 ist das AKW Esensham wieder angelaufen. Abgebrannte Brennelemente wurden zuletzt zumeist montags (2.Montag im Monat) über Castor S1 und Bahntransport über Hude, Bremen, Osnabrück, Köln-Gremberg, Dünkirchen, Sellafield abtransportiert. Bei einem Jubelperser-Besuch der Kreistagsfraktion der CDU im AKW Esensham im September verkündete die Preussen-Elektra, daß sie nicht bereit seien, das AKW Esensham vor dem Jahre 2018 stillzulegen. Dies macht deutlich, daß die Atommafia nicht freiwillig das Feld räumen wird.

Kontakt: Arbeitskreis Wesermarsch
Regionalskonferenz der Bls Umweltschutz
c/o Hans-Otto Meyer-Ott
Hammelwarder Außendeich 8
2880 Brake Tel.04401/3813
(an dieser Stelle liebe Grüße von Bernd an Hans-Otto, dem Ex-Göttinger)

Kettenreaktion Hanau

Sicher werden sich viele von Euch in den letzten Wochen gefragt haben, wie es denn mit dem Brennelementwerk Hanau weitergeht. Kürzlich ist die vorletzte Teilerrichtungsgenehmigung durch das hessische Umweltministerium erteilt worden, die Firma Siemens plant umfassende Rationalisierungen und wo bleibt die Kettenreaktion? Da die Firma, die wir zur Konversion bewegen wollen, ja mit voller Kraft weiterarbeitet, gibt es täglich viel mehr zu tun, als 8 Kettenreaktionsmitglieder schaffen können. Daher ist die zahlreiche Unterstützung vieler FreundeInnen bei unseren Aktionen jedesmal sehr ermutigend. ...

Kurz eine Bilanz der vergangenen Wochen und Monate. Im Sommer: Vorbereitung unserer 2.gewaltfreien Blockade am 6.9. unter dem Thema „Wir öffnen den Blick auf die Opfer der Katastrophe von Tschernobyl". Zum Intensiv-Vorbereitungswochenende am 1./2.9. kamen Menschen aus der näheren und weiteren Umgebung bis aus Wuppertal, Lübeck, Stendal (damals noch DDR). Zwei Tage sind für viele Menschen nicht leicht aus dem normalen Alltag abzuknapsen, aber sie erwiesen sich als notwendig und haben sich für alle, wie die Auswertungsrunde ergab, rundum gelohnt. Denn dadurch konnten wir inhaltlich arbeiten (uns gedanklich und mit unseren Gefühlen auf die Lage der Opfer der Tschernobyl-Katastrophe einlassen), uns gegenseitig besser kennenlernen, Vertrauen entwickeln und praktische Fragen der Durchführung der Blockade durchsprechen. Als sehr anregend erlebten wir das Arbeiten und Rollenspielen in Kleingruppen. Aber als überaus schwierig erfuhren wir die innere und inhaltliche Spannung: einerseits erlebten wir die gemeinsame Zeit und unseren Austausch als sehr schön und stärkend – obwohl doch gerade unserer Thema – der Blick auf die Opfer – unbeschreibbar bedrückend ist; und über unser Singen, Sprechen, Kochen, Essen hinweg donnerten mit Geheul immer wieder die schwarzen Galaxy-Kriegstransportmaschinen.
... Jetzt wollen sicher einige von Euch schon längst fragen, wann denn die nächste Blokkadeaktion stattfindet. Die Blockade am 6.9. (von 6.30 bis 12.30 Uhr) am Siemens-Haupttor und am Nordtor (solange dies nötig war) war vom inhaltlichen Aspekt her gesehen erfolgreich – durch mehrere Transparente, unsere Beschäftigten-Flugblätter, Berichte von FreundInnen über Ihre jüngsten Reisen in die verstrahlten Gebiete, eine Meditation, Bildwände, Kartenvergleiche und eine umfassende Darstellung der medizinischen Folgen konnten wir uns die Lage der Opfer besser vorstellen. Als sehr unbefriedigend empfanden wir daher das überaus magere Presse-Ecko. Vom Aspekt der Funktion unserer Aktion erlebten wir unterschiedlich stark eine Enttäuschung, da der Polizei die großräumige Umleitung des Verkehrs zum benachbarten Degussa-Tor noch besser gelang, als bei der Lebenslaute-Blockade im Juni. Dadurch wurde die Brennelemente-Produktion nicht tatsächlich behindert und wir haben nicht wirklich zivilen Ungehorsam geleistet, obwohl wir doch alle die Bereitschaft und den Willen dazu mitgebracht hatten. Unsere nächste gewaltfreie Blockade soll daher einen anderen Charakter bekommen; daran überlegen wir aber noch intensiv, und daher noch keine Einladung für ein konkretes Datum; aber wir hoffen auch Euch im Frühjahr ...
Seit Sommer haben wir uns außerdem intensiv in einer anderen Arbeitsrichtung mit Tschernobyl beschäftigt. Die Tatsache, daß die Stadt Hanau jahrzehntelang durch die Atombetriebe riesige Summen an Gewerbesteuermitteln eingenommen hat, sehen wir als Grund dafür an, daß die Stadt – und damit auch die BürgerInnen – in eine Verantwortung und Schuld gegenüber denjenigen Menschen stehen, die durch die erste große Atomkatastrophe massiv zu Schaden gekommen sind. Wir wollten mit dieser Erkenntnis eine ganz breite Bewegung in Gang setzten, damit die Anerkenntnis dieser Verantwortung im Hanauer Stadtparlament diskutiert und durch einen finanziellen Beschluß in Handeln umgesetzt werden kann. So breit, wie wir es uns vorgestellt hatten, ist diese Diskussion jetzt noch nicht geworden; auch hat sich herausgestellt, daß ein „Schuldanerkenntnis" in dem obenbeschriebenen Sinn in Hanau kaum akzeptiert wird und auch von anderen Anti-AKW-Initiativen anders betrachtet wird, als von uns. Bei einer Arbeitskonferenz zu diesem Thema „Hanau-Tschernobyl" konnten wir uns dennoch auf ein gemeinsames Vorgehen einigen: Wir haben einen Antrag an das Stadtparlament formuliert, der Tschernobyl-Hilfe jährlich 100.000 DM zur Verfügung zu stellen. Außerdem bereiten die Hanauer Aktionsgruppen eine umfangreiche Sammlung von Spendengeldern für die Tschernobyl-Opfer vor.
Wir hoffen, daß auch an anderen Atomstandorten die Frage der Gewerbesteuereinnahmen aus unverantwortlicher Produktion in einer ähnlichen Weise gestellt wird. Inzwischen ist die Vernetzung mit anderen gewaltfrei arbeitenden Gruppen auch vorangekommen; ein vierteljährlicher Info-Dienst erscheint mit Schriften aus Gorleben, Mühlheim-Kärlich, Brokdorf, Hanau, Mutlangen u.a. Zu beziehen bei
Ingo Laubenthal, Obermainanlage 27, 6000 Fankfurt 1 Tel.069/498437

für die Kettenreaktion Hanau: Gisa Lein

Rundbrief: Atomtransporte Süd

Atommüll-Transport bei Trier Foto: Wolfgang Bartels

Die folgenden Beiträge zu Atomtransporten aus dem Süddeutschen haben wir dem Rundbrief November 1990 "Atomtransporte Süd" entnommen:

Info Atomtransporte Süd

Liebe Freundinnen und Freunde,

endlich schaffen wir es, mal etwas von uns hören zu lassen. Für alle, die es noch nicht wissen oder aufgrund der langen Zeit vergessen haben: Wir, die Initiative gegen den Atomtod MA/LU haben auf der "Süddeutschen Konferenz gegen Atomtransporte" im Januar 1990 (!) die Aufgabe übernommen, für den süddeutschen Raum eine Infosammelstelle zum Thema Transporte einzurichten und regelmäßig einen Rundbrief mit den neuesten Informationen zu verschicken.
Wir haben es dann gerade mal geschafft, unser Büro hier in Mannheim halbwegs arbeitsfähig zu machen und im Frühjahr einen Rundbrief mit den Konferenzprotokollen zu verschicken. Seither war Funkstille. Wir sahen uns jetzt in der Situation, entscheiden zu müssen, ob wir einen letzten Anlauf unternehmen oder öffentlich machen, daß wir es einfach nicht schaffen. Wir haben uns für den Anlauf entschieden.
Die Gelder, die einzelne Initiativen schon für den Rundbrief überwiesen haben, wurden von uns bisher nicht angetastet. Falls also auch dieser letzte Anlauf scheitert, gibt es das Geld selbstverständlich zurück.
Aber eigentlich müßte es jetzt endlich mal funktionieren. Nachdem wir den Sommer über mit einem Problem befaßt waren, das sehr viele Anti-AKW-Gruppen haben, nämlich ganz einfach "wenig Leute", haben wir uns nun gesagt: **"Es ist verdammt wichtig, daß die Wenigen, die es noch an vielen Orten gibt, etwas voneinander hören."**
In diesem Sinne also dieser Rundbrief. Wir verschicken ihn noch einmal an einen recht großen Verteiler. Wer uns eine Chance geben will, sollte jetzt 20 DM auf unser Konto überweisen und bleibt damit im Verteiler.
(...)
Es kann nur besser werden. Dazu könnt Ihr wesentlich beitragen, indem Ihr uns für den Rundbrief Sachen schickt: Rechercheergebnisse, Presseartikel, Flugblätter, kurze Berichte von Aktionen oder ähnlichem, Fotos, Broschüren, Daten usw.
Auch wenn unsere "Leistungsfähigkeit" in den letzten Monaten einiges zu wünschen übrig ließ: Unseren langen Atem haben wir noch lange nicht verloren. Die Atommafia wird weiter mit uns rechnen müssen...

In diesem Sinne, mit atomfeindlichen Grüßen

Initiative gegen den Atomtod
Mannheim/Ludwigshafen
c/o Anti-Atom-Büro
C 3, 19
68000 Mannheim 1

Mannheim, den 20.10.90

Abo: 20,- DM überweisen auf unser Konto (für Rundbrief-Bestellungen bitte Zweck und unbedingt Lieferadresse angeben):
Konto: G. Pfendtner Sonderkonto 52 46 74-106, Postgiroamt Berlin BLZ 100 100 10.

Nachrichten und Material

Neckarwestheim Obrigheim

Über alle wesentlichen Dinge, die sich dieses Jahr bei den Atomtransporten vom AKW Neckarwestheim zur WAA La Hague zugetragen haben, gibt es eine vorzügliche und ausführliche Materialsammlung. "Ausführlich" ist deshalb wichtig, weil dieses Jahr in Neckarwestheim wieder eine ganze Menge los war. Wir gehen davon aus, daß sich einiges davon inzwischen herumgesprochen hat, es war ja auch ein Artikel in der atom. Wer jetzt also Hintergrundinfos will, über Pannenserie, den Brückenprozeß, die Aktionen, die Gemeinderatsbeschlüsse, die verschiedenen Klagen, den Entzug der Transportgenehmigung, die neue Transportroute usw., kann die Materialien bestellen bei Klaus Stark, Münzgasse 9, 7400 Tübingen.
Da gibt es für ca. 8,- DM einen dicken Stapel Fotokopien, das ist die kurze Fassung. Ob Klaus auch die lange Fassung (zwei dicke Schnellhefter voll) noch verschickt und zu welchem Preis, müßt ihr mit ihm selbst ausmachen.
In der Materialsammlung ist auch alles Wesentliche zu den in diesem Jahr erstmals genau recherchierten Obrigheim-Transporten enthalten.
Die Leute von "Strom ohne Atom" haben zur diesjährigen Transporte-Kampagne auch zwei sehr schöne Plakate gedruckt - eines zum Straßen- und eines zum Bahntransport. Falls davon noch welche vorhanden sind, müßten sie auch über Klaus zu bestellen sein. Genauso gibt es dort die inzwischen in zweiter Auflage vorliegende Bro-

schüre "Atomtransporte - Neckarwestheim 1989", die - immer noch aktuell - sehr viel Basiswissen zur Thematik liefert und 6,- DM pro Stück kostet.
Die Transporte und die Aktionen dagegen wurden auch fotografisch festgehalten. Wer Interesse hat, sich einmal anhand von Dias über die Atomtransporte zu informieren, wende sich an obige Adresse.
Den weiteren Verlauf der Atommüllzüge durch das Neckartal haben die Leute von Anti-AKW-Büro, Schillerstr. 28, 6900 Heidelberg, Tel. 0 62 21/1 28 61 dokumentiert. Sie haben in einer wirklichen Fleißarbeit einige wunderschöne Stellwände zum Thema gestaltet.
Auch die Argumente der Gegenseite sind interessant. Beim GKN - Abt. Information, Postfach, 7129 Neckarwestheim gibt es ein sechsseitiges Hochglanzfaltblatt, das sich ausführlich mit den Aktionen der Atomkraftgegnerlnnen zu den Transporten befaßt.

Biblis

Auch in Biblis ist es dieses Jahr gelungen, den genauen Ablauf der Transporte nach La Hague zu recherchieren und zu dokumentieren. Die Öffentlichkeitsarbeit und die Blockadeaktionen der örtlichen Anti-AKW-Gruppen zwangen die Kraftwerksbetreiber zu drastischen Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit. (...). Auch zu Biblis ist für Interessierte einiges Material vorhanden. Eine Zusammenstellung von Fotokopien (Presse, Flugblätter) ist über unser Mannheimer Büro zu beziehen. In Biblis wurde auch erstmals der gesamte Verladevorgang detailliert auf Diafilm festgehalten. Einen Diavortrag hat Ralf Peters, Grundstr. 25, 6100 Darmstadt zusammengestellt. Bei Ralf sind auch Stellwände zu den Biblis-Transporten auszuleihen. Zu den diversen Diavorträgen läßt sich noch nachtragen, daß es recht sinnvoll erscheint, nicht einfach Dias auszuleihen, sondern gleich eine kompetente Person, die einem etwas dazu erzählen kann, mitanzufordern. Aber vielleicht wollt Ihr ja nur ein paar aussagekräftige Abzüge für Eure Öffentlichkeitsarbeit. Wendet Euch an die angegebenen Adressen.

Ohu

Auch ein Standort, wo dieses Jahr zum ersten Mal ein genauerer Einblick in die Transportabläufe möglich war. So gesehen scheint die Konferenz in Mannheim im Januar doch ein recht "erfolgreiches" Jahr nach sich gezogen zu haben. Die Stadt München überlegt sich übrigens, ob sie gegen die Geheimhaltung der Atomtransporte klagt. Näheres darüber und über genaue Transportabläufe, öffentliche Resonanz usw. gibt es beim Landshuter Bürgerforum gg. AKWs, c/o Thomas v. Taeuffenbach, Dammstr. 13, 8300 Landshut.
Die Landshuter haben auch ein sehr gutes Flugblatt zum Thema erstellt, welches u.o. Adresse bestellt werden kann.

Baden-Württemberg

Erste Informationen über die Ohu-Strecke (Landshut - München - Augsburg - Ulm - Stuttgart - Heilbronn (alternativ Mühlacker) - Heidelberg - Mannheim - Saarbrücken...) gab es bereits im Frühjahr auf einem Hearing der Grünen im Landtag von BaWü zu Atomtransporten. Ob es von diesem Hearing auch ein Protokoll gibt, ist nicht so ganz klar, aber versuchen kann mensch es bei den Grünen im Landtag, Christine Muscheler-Frohne, 7000 Stuttgart 1.
Dort gibt es auch eine Zusammenstellung des dieses Jahr von der baden-württembergischen Landesregierung umfangreich zur Verfügung gestellten "Daten über Atomtransporte durchs Ländle". Betrifft: Ohu, Grundremmingen, Neckarwestheim, Obrigheim und Philippsburg.

Abgebrannte Brennelemente

Weiteres Material zum Thema, ohne größere Systematik aufgelistet:
An erster Stelle natürlich der Streckenatlas. Die ultimative Broschüre mit Daten, Fakten und Hintergründen zu den Transporten abgebrannter Brennelemente jetzt in dritter erweiterter Auflage für 4,- DM zu bestellen beim AKU, Herderstr. 35, 6200 Wiesbaden. In der neuen Auflage steht einiges zu Transporten vom AKW Unterweser über Trier und Dünnkirchen nach Sellafield.
Der Streckenatlas ist erstmals im März erschienen. Im August schob Greenpeace eine farbig und mit mehr Geld gemachte Kopie hinterher. Diesmal natürlich alles vom Umweltmulti selbst recherchiert. Empfehlenswert ist das "Greenpeace-Sonderheft: Atommüll auf Reisen" trotzdem. Die Fotos sind gut und die Ergebnisse des Streckenatlasses auf einer farbigen Karte sehen auch ganz nett aus. Zu bestellen für eine Mark bei Greenpeace/Hamburg.
Die Leute vom Arbeitskreis gegen Atomtransporte Rhein/Ruhr/Ems haben ein vorzügliches Flugblatt für Bahnarbeiter erstellt, das bei ihnen bestellt werden kann: Anti-Atom-Büro, Am Oelpfad 25, 4600 Dortmund. Dort kann mensch auch Plakate gegen Atomtransporte bestellen. Abgebildet: Die verschiedenen Transportwaggons und eine Streckenkarte.
A propos Bahnarbeiter: Die Bundestagsdrucksache 11/7334, zu beziehen vom Bundestag, 5300 Bonn, gibt Auskunft über die Ergebnisse von stichprobenartigen Messungen bei Bahnarbeitern, die mit Atomtransporten befaßt sind. Die Bundesbahn weigert sich weiterhin, die Leute mit Dosimetern auszurüsten. Dies war die Forderung der Gewerkschaft der Eisenbahner.
Einiges Material zum Bereich Gewerkschaften und Atomtransporte hat das Bürgerforum Landshut (Adresse weiter vorne) zusammengetragen. Darunter ein sehr interessanter Artikel aus einer Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei.
Eine weitere Broschüre, diesmal über Atomtransporte durch Hamburg gibt es bei der BBU-Transportegruppe, Hohenesch 63, 2000 Hamburg 50.
Bei der London Nuclear Information Unit, 141 Euston Road, London NW1 2LL kann ein ausführliches Flugblatt zum Thema "Nuclear waste transport through London" (nach Sellafield) bestellt werden.

Die Castor-Transporte nach Gorleben haben ja glücklicherweise wieder einmal nicht stattgefunden. Möglich sind sie allerdings weiterhin jeden Tag. Über den Aktionstag gegen Castor wurde bereits in der atom berichtet, weitere Informationen gibt es bei der BI Lüchow-Dannenberg, Drawehnerstr. 3, 3130 Lüchow, Tel. 0 58 41/46 84.
Es gilt wachsam zu bleiben. Z.B., wie in BaWü und Hessen geschehen, im Landtag anfragen lassen, ob eine Transportgenehmigung nach Gorleben beantragt ist.
Noch kein Material gibt es zum Vergleich der Sicherheitsmaßnahmen beim Transport von Giftgas von Clausen nach Nordenham und nicht minder gefährlichen Atomtransporten. Das wäre aber doch ein Thema, dem mensch sich mal annehmen könnte....

Foto: Klaus Stark

Andere Atomtransporte

Bei den Grünen in Stuttgart gibt es die Kopie eines Artikels aus den "Verkehrsnachrichten": Transport radioaktiver Stoffe - neue Vorschriften 1990. Eine gute Zusammenstellung der rechtlichen Seite.
Bei den Grünen im bayer. Landtag, München gibt es eine Broschüre der bayer. Landesregierung zum Thema "Entsorgung bayer. kerntechnischer Anlagen". Nicht mehr ganz aktuell (WAA), aber mit vielen Zahlen und Details zu Atomtransporten.
Zu den Transporten, die in Zukunft nach Schacht Konrad rollen könnten, gab es im Frühjahr eine "Kommunalpolitische Arbeitstagung". Deren Ergebnisse und verschiedene Studien zu den Konrad-Transporten verschickt die AG Schacht Konrad, Bleckenstedterstr. 24, 3320 Salzgitter-Bl.stedt.
Die Transporte von US-Atommüll über Karlsruhe zur Asse finden vorerst noch nicht statt, sind aber nicht abgesagt. Eine Broschüre der "Aktion atommüllfreie Asse" gibt es bei der AG Schacht Konrad.

(...)

Atomenergie in der CSFR

Kühltürme des Atomkraftwerks Bohunice: „Niemand weiß, ob uns das Zeug um die Ohren fliegt"

Bericht einer Reise einer Delegation der GRÜNEN im Bundestag zu Atomstandorten in der CSFR

Im Sommer reiste eine Delegation der Bundestagsfraktion der Grünen zusammen mit kritischen WissenschaftlerInnen in die CSFR, um dort Informationen über die Energieversorgung und den Zustand einiger Atomanlagen von zentraler Bedeutung zu erhalten. Dabei sollte auch das Gespräch mit politisch Verantwortlichen sowie Umweltschutz- und Anti-AKW-Gruppen gesucht werden.

AKW Temelin

Nach Wegfall der Visapflicht herrscht in die CSFR reger Grenzverkehr auch am bayerischen Grenzübergang Philipsreuth. Kaum jemanden ist wohl bewußt, daß sich hier in 40 km Luftlinie von der bayerischen Grenze entfernt eine AKW-Baustelle befindet, die noch dazu frei zugänglich ist. Ursprünglich sollten hier in der Nähe des Dorfes Temelin 4 x 1000 Mega-Watt-Blöcke des sowjetischen Reaktortyps WWER 1000 errichtet werden. 1982 wurde mit dem Bau der Druckwasserreaktoren begonnen. Der erste Block ist nun zu 70% bauseitig fertiggestellt und soll 1994 ans Netz gehen, der zweite Block ist zu 30% fertig. An den Blöcken 3 und 4 ruhen die Arbeiten derzeit - das verfügte die neue CSFR-Regierung; aber nicht wegen der Nähe zu einer Erdbebenbruchlinie, sondern wegen des chronischen Finanzmangels (derzeit laufen aber bereits Verhandlungen mit der französischen EDF). Aufklärung über AKW-Standorte im Nachbarland CSFR und ihre Risiken tut not! Das ist ein Grund dafür, daß sich die Delegation der Bundestagsfraktion der Grünen am Beginn der Parlamentsferien zu einem einwöchigen Informationsbesuch in der CSFR aufhielt. Dabei waren auch interessierte WissenschaftlerInnen aus der Ökoszene sowie bayerische und europäische Vertreter der Grünen, um Informationen über die Energieversorgung in der CSFR zu enthalten.

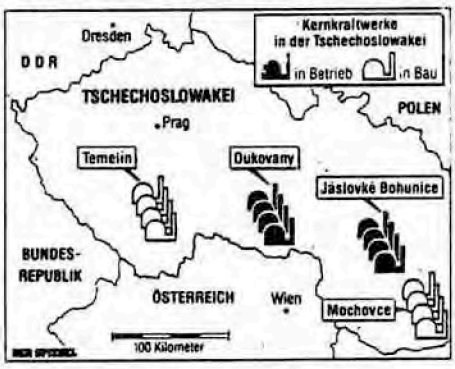
Auf dem Programm standen neben Besuchen im tschechischen und slowakischen Umweltministerium Besichtigungen der Baustelle des AKW Temelin, der Uranerzaufbereitungsanlage in Mydlovary sowie der in Betrieb befindlichen AKWs in Dukovany und Bohunice.

Von Prag aus fuhren wir Richtung Budweis. Schon aus 20 km Entfernung sieht man die vier 120 m hohen Kühltürme, die auf einem Bergrücken in 507 m Höhe das Bild beherrschen. Laut Kraftwerksdirektion sollen über diese Türme 1,5 2 cbm Wasser pro Sekunde verdampft werden. Nach Schätzung des Öko-Institutes werden die Werte allerdings bei 2 - 4 cbm Wasser pro Sekunde liegen. Das bedeutet: Die ganze Region von Budweis bis zum Bayerischen Wald wird (Hauptwindrichtung Ost!) um ca. 2 Grad Celsius erwärmt! Das Wasser dafür soll der Moldau entnommen werden. Die Regulierung soll mit der Errichtung von 3 Stauseen mit insgesamt 300 Mill. cbm Wasser erfolgen. Bei der Suche nach dem Eingang der Anlage mußten wir feststellen, daß es verschieden eZugänge zur 300 ha großen Baustelle gibt, die nicht (!) bewacht waren. Das Ausmaß dieser Baustelle (im Vergleich dazu:WAA 220 ha) läßt sich nur erahnen. 2 Mill cbm Beton wurden für 7 Mrd. Kronen bereits verbaut. Die endgültige Fertigstellung soll mit neuer westlicher Sicherheitstechnik 80 Mrd. Kronen kosten, wobei noch zusätzlich 13 Mrd. Kronen für die Erstellung der Infrastruktur anfallen.

Der stellvertretende Direktor, Ladislav Stasek, wollte in erster Linie die Vorzüge der Anlage vermitteln. Gegenüber dem Regierungsbeschluß, die Blöcke 3 und 4 zu stoppen, zeigte er Unverständnis. Alle Fragen bezüglich Erdbebensicherheit, Schutz vor Flugzeugabstürzen sowie der ungelösten Endlagerung wurden von ihm abgetan. Daß eine riesige Erdgaspipeline ein paar hundert Meter von der Baustelle entfernt vorbeiführt, hielt er ebenfalls für unproblematisch. Wie wird das Problem Endlagerung gelöst? Falls die stornierten Verträge mit der russischen Republik für die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente nicht fortgeführt werden sollten, werde man mit der Cogema in La Hague verhandeln.

Doch auch aus Frankreich kommt der Atommüll wieder zurück. diesem Problem begeg-

nete man mit dem Hinweis auf Untersuchungen über die Errichtung eines atomaren Endlagers in Granit auf der böhmisch-märkischen Hochebene unweit der bayerischen Grenze. Voruntersuchungen in diesem Gebiet wurden uns auch im Prager Umweltministerium bestätigt.
Der von der Regierung verfügte Baustopp der Blöcke 3 und 4 ist noch nicht endgültig! Die Franzosen wollen die beiden Blöcke offensichtlich weiterbauen und haben 25 Wissenschaftler aus der CSFR-Atomindustrie ins französische "Atomparadies" eingeladen.
Wie sieht der Widerstand vor Ort aus?
Die Spitze des tschechoslowakischen Umweltministeriums wird von den Mitgliedern des Bürgerforums (OF) gestellt. Sie wollen den Ausstieg aus der Atomindustrie. Die alten Strukturen und Köpfe sind aber noch längst nicht beseitigt. So berichtete uns ausgerechnet der alteingesessene Leiter der Abteilung "Ökologische Konzepte" in aller Ernsthaftigkeit von der geplanten Ausweitung der Braunkohle- und Atom-Strom-Nutzung - bei gleichzeitigem Ausbau der Elektroheizungen!
Die endgültige Entscheidung trifft das neu geschaffene föderale Wirtschaftsministerium. Wir hatten glücklicherweise die Gelegenheit den Bürgermeister von Budweis, Herrn Dr. Prokop, der ein informierter Gegner der Anlage ist, kennenzulernen. In der unmittelbaren Umgebung der Baustelle soll die Ablehnung der Bevölkerung sehr groß sein. Ca. 30 % der Budweiser - die Stadt liegt in ca. 15 km Entfernung - haben eine ablehnende Haltung.
Sollten wir uns hier einmischen?
Ich meine, ja!
Bei einem Kernschmelzunfall, der in Temelin nicht ausgeschlossen werden kann, wären große Teile Bayerns direkt betroffen. Auch unsere österreichischen Freunde, die wir später in Bratislava trafen, leisten zum Teil schon seit Jahren Widerstand. So kam die Idee auf, Ende des Jahres in Budweis eine internationale Aktion zu veranstalten. (Termin: 17.11.90/Kontakt: Anti-Atom-Büro Schwandorf, Tel.: 09433/6137). Zwar dürfen die AKW-GegnerInnen die existierenden AKWs in Deutschland oder Frankreich



nicht aus den Augen lassen, aber ein gebündelter Widerstand gegen den Weiterbau von Temelin - bis heute sind erst 10 % der vorgesehenen Investitionsmittel verbaut - könnte auf die neue Regierung Eindruck machen, zumal dieses Projekt bei den Kommunalwahlen am 24. November eine zentrale Rolle spielen wird.

Mydlovary - Aufarbeitung deutschen Urans unter skandalösen Arbeitsbedingungen

Mit dem eigenen Strahlenmeßgerät konnten hohe Strahlenbelastungen festgestellt werden. Auf dem Gelände, innerhalb der Uranerzaufbereitungsanlage MAPE und auf den nicht abgesicherten Schlemmfeldern, auf denen 15 Mill. Tonnen radioaktiver Abfälle abgelagert wurden, wurden von uns Dosen ermittelt, die bis zu 1000 fach höher waren als in der Umgebung. Der Aufenthalt in der Anlage war also selbst für uns nicht unriskant! Die versammelten Verantwortlichen bestritten allerdings jegliches Vorkommen von Krebsfällen bei den Arbeitern sowie eine Strahlenverseuchung des Grundwassers, wie sie Anfang des Jahres von Greenpeace behauptet wurden. Aus ökonomischen Gründen soll MAPE - ca. 20 km nordöstlich von Budweis gelegen - 1994 stillgelegt werden. Für die Arbeiter sind Umschulungen vorgesehen. Nach der Besichtigung sind wir einhellig der Meinung, daß die Anlage **sofort** stillgelegt werden müßte, um eine weitere Strahlenverseuchung der Arbeiter zu verhindern.

AKW Bohunice - Kein Zutritt

Obwohl hier der alte 150-Megawatt-Reaktor A1 im Jahre 1976 nach einem schweren Störfall stillgelegt wurde, geht die Verseuchung immer weiter, denn: Die alten Brennelemente im Druckbehälter lösen sich auf. Die beiden Blöcke 1 und 2 - zwischen Brno und Bratislava gelegen - sind baugleich mit dem Reaktor von Greifswald. Hier fehlt ein Notversorgungssystem, eine Erdbebengefährdung ist mittlerweile offiziell zugegeben worden und die Materialermüdung stellt die Sicherheit des Reaktors immer mehr in Frage: Dies sind Gründe für eine dringende und rasche Stillegung! Ein offizieller Besuch wurde uns verwehrt - wohl aufgrund der aktuellen Diskussion um die Reaktorsicherheit.

AKW Dokovany - das "Vorzeigekraftwerk"

30 km westlich von Brno stehen die 4 Blöcke des AKW´s der zweiten Generation der WWER 440er Serie. Dort erhielten wir zu unserer Überraschung relativ ausführliche Informationen. Neben der allgemeinen Kritik an dieser Reaktorlinie liegen die Schwächen in der Funktionsuntüchtigkeit des Meß- und Regelsystems, also in der sogenannten Leittechnik. Damit im Zusammenhang standen in letzter Zeit mehrere Störfälle.
Kurz nach unserer Rückkehr war zu erfahren, daß die Fa. Siemens KWU in Pilsen einen Hochtemperaturreaktor mit Fernwärmenutzung plant, eine Reaktorlinie, deren Bau bisher in der Bundesrepublik erfolgreich verhindert werden konnte.

Atomkraftwerk Dukovany in der ČSFR

Resumee:

Der Offensive der eigentlich am Tropf hängenden westlichen Atomindustrie muß ein gemeinsamer internationaler Widerstand entgegengesetzt werden. Der intensive Wissensaustausch mit Ökologen in der CSFR ist dafür die Voraussetzung. Alle, die sich in der Vergangenheit gegen die Atomenergie in der BRD oder die WAA in Wakkersdorf engagierten, sollten dazu mit ihren erworbenen Kenntnissen beitragen.
Vaclav Havels Traum von einer Republik, "einer selbständigen demokratischen Republik, einer menschlichen Republik, die der Menschheit dient, von einer Republik allseitig gebildeter Menschen, weil ohne sie keines der gesellschaftlichen Probleme gelöst werden kann", schließt sicherlich die offene Auseinandersetzung mit der sozial unverträglichen und das Leben gefährdenden Atomenergie mit ein.

Dr. Wolfgang Daniels,
(Energiepolitischer Sprecher der GRÜNEN/Bündnis 90 im Bundestag)

ÖKOHORROR TAUSCHWE

"Die Herrschaft der Wirklichkeit über den Menschen, der Wirklichkeit, die sich seiner Herrschaft entzog, also einer nicht-menschlichen Wirklichkeit, beraubt ihn seiner Menschheit, setzt der Entwicklung seiner Persönlichkeit eine Grenze, macht aus dem Menschen eine Zugabe zur Welt der Dinge: der Maschine, des bürokratischen Staatsapparates und so weiter. Auf diese Weise ist die Entfremdung zugleich Selbstentfremdung des Menschen - des Schöpfers der Welt der Dinge, verloren in der unpersönlichen, nicht menschlichen Welt, die ihn sich untergeordnet hat. Nicht nur Produkte des Menschen werden dem Menschen fremd, (...) auch er selbst entfremdet sich, wird sich selbst fremd wie ein Gegenstand: der Mensch beginnt sich selbst als Gegenstand in der ihn umgebenden Welt der Gegenstände zu fühlen, beginnt sich selbst durch das Medium dieser Gegenstände zu fühlen."
A. Schaff in "Marxismus und das menschliche Individuum", 1970

Es gehört zum guten guten Ton, die derzeitige Ökologiesituation mit Attributen wie z.B. "dramatisch" oder "katastrophal" zu umschreiben. Große Illustriertengazetten, Tageszeitungen aller Coleur, Fernsehmagazine, Nachrichtensendungen usw. wetteifern um das Aufdecken des nächsten Umweltskandals. Wohin man und frau auch schaut: Seitdem das Umweltthema vor ca. 20 Jahren von der 'Öffentlichkeit' entdeckt worden ist, geht's mit ihr eigentlich immer nur bergab. Die Stichworte aus den letzten Jahren akkumulieren sich zu einer unendlichen Liste: Waldsterben, Amazonasraubbau, Ozonlöcher, Treibhauseffekte, Antarktisplünderung Bodenerosion, Atom-Gau's, Robbensterben, Chemieunfälle, Landschaftsverbrauch, Klimakatastrophen, Verkehrskollapse, Aussterben von Tierarten, Ölteppiche ... Über alle Partei- und Klassengrenzen hinweg herrscht Einigkeit in der Feststellung, daß die Ökologiesituation von besonderer Wichtigkeit sei, die geradezu ein "neues Denken" zur Lösung der anstehenden Probleme erfordere. Linke und Alternative stimmen in diesen Chor zustimmend mit ein, nicht ohne - die wenig schwer zu fällende - Prognose zu wagen, daß sich die Umweltkrise in naher Zukunft weiter verschärfen werde, wenn nicht "rasch und umfassend" gehandelt werde. Doch je dringlicher das Anliegen auf der politischen Ebene in den letzten Jahren in der BRD als auch auf internationalen Umweltschutzkonferenzen proklamiert wird, desto einfallsloser und pragmatischer werden alle diesbezüglichen sogenannten Lösungsvorschläge: Wer empfindet es eigentlich noch als Widerspruch, wenn in wortgewaltigen Resolutionen die Ökologiefrage zu der Zukunftsfrage der 'Gattung Mensch' im 21. Jahrhundert schlechthin erklärt wird, um damit (!) die Notwendigkeit weiterer Konferenzen zu diesem Thema zu betonen. Schließlich habe man sich noch nicht über die Reduzierung irgendeines Schadstoffes um vielleicht 5% in den nächsten 20 Jahren einigen können. Sich links empfindende TAZ-Journalisten kommentieren derartige Farcen mit fulminanten Kritiken, wie z.B. daß die behandelten Lösungsvorschläge "unzureichend" seien oder daß sich die Umweltminister mit ihrer Politik mal wieder "völlig unglaubwürdig" gemacht hätten. Realpolitisch orientierte grüne Reformdemokraten haben mittlerweile in Analysen zur Begründung ihrer Politik eine meisterhafte Kunst darin entwickelt die Umweltkatastrophen in den düstersten Farben auszuschmücken, um daran ausgerechnet umwälzende Forderungen wie z.B. 'Tempo 30' in den Städten, das Inkrafttreten irgend einer neuen Gesetzesnovelle oder die Einführung dieses oder jenen neuen Abgasfiltersystems anzuschließen. Und je realistischer und ausgearbeiteter alle 'Alternativkonzepte' für die kapitalismusimmanente Beseitigung von Müllbergen, Chemiegefahren, der Atomindustrie und des koallabiernden Individualverkehrs in den Städten werden, desto politisch wirkungsloser scheinen sie zu sein. Die Ökologieprobleme sind mittlerweile so allgegenwärtig im Alltag und scheinen doch so wenig veränderbar geworden zu sein, daß in diesen Betrachtungsweisen eigentlich alle immer nur betroffen sein können. Das dabei 'Gegner' völlig verschwimmen, versteht sich von selbst. Der fortwährende Apell von 'Ökologen' an die herrschenden und beherrschten Klassen einen nicht ganz so unsinnigen, verschwenderischen und umweltgefährenden Umgang mit endlichen Naturreserven zu forcieren, wird von diesen mit einem freundlichen Kopfnicken für das ehrenwerte Anliegen und einem etwas hilflosen Achselzukken quittiert: Wer kann schon morgens um 7 Uhr auf dem Weg zur Arbeit aus seinem im Stau steckenden Auto steigen? Dabei ist allen bewußt, daß in der Tat ökonomischere Formen des Ressourcenmanagements in einer post-modernen Industriegesellschaft denkbar sind. Die darin enthaltene Unter-

stellung, daß es sich bei der Natur um ein "knappes Gut" handele, ist ja auch deshalb so gnadenlos plausibel, weil sich jeder dabei an die herrschenden Marktmechanismen erinnert fühlt: Dort läßt ein über das Spiel von Angebot und Nachfrage sich verknappendes Gut nur den (Tausch-) Wert desselben steigen. Das mag mit ein Grund für die große Symphatie für die Forderungen der konventionellen Naturschutzverbände sein, immer mal wieder ganze Gebiete, für die aktuell kein anderweitiges Nutzungsinteresse geltend gemacht wird, als Naturschutzreservate auszuweisen. Warum sollte es in einer Gesellschaft, die ihren Naturgrundlagen als freies Gut bislang noch keinen Preis zumessen und damit keinen besonderen Stellenwert einräumen konnte, nicht bestimmte Gebiete als "Naturschutzmuseen" geben, von denen Menschen zunächst einmal ausgesperrt sind. Dadurch erhalten diese Gebiete endlich einen Wert, z.B. als touristische Sehenswürdigkeiten, die gegen die Entrichtung eines Preises betrachtet werden können. Die Subsummierung von ehemals freien Gütern unter das Wertverhältnis regt im übrigen zumeist die menschliche Phantasie ungemein an: Wie oft habe ich mir schon gewünscht mit einem PS-starken Cross-Motorrad durch ein `unberührtes' Naturreservat heizen zu können. Allerdings verstößt das vermutlich gegen die mit der Ideologie der knappen Güter korrespondierenden gewissenhaft lustfeindlich-puritanischen Moral der Umweltschützer. Der Imperativ Umweltschutz gebietet es den Ökospießern geradezu, derartigen Phantasien unter dem Motto: "Das gehört sich nicht!" eine drastische Abfuhr zu erteilen. Und wer das nicht hören mag, wird unter dem Beifall der Öffentlichkeit, wenn notwendig mit der ganzen Strenge juristisch-adminstrativer Maßnahmen für sein erklärtermaßen ökologiefeindliches Verhalten bestraft.

Die Ökoalternativ- und Naturmuseumsvorschläge haben sich, indem sie sich in die kapitalkonforme Verwertungslogik wohl- und gutgemeint hineingedacht haben, von einer möglichen politischen Kraft die versuchen würde eine grundlegende Änderung des Mensch-Natur-Verhältnisses zu erkämpfen, längst entkoppelt. Die zumeist akademisch geschulten Ökologen wollen da lieber nix aus dem Ruder laufen lassen. Und so proklamieren sie 'Gewaltfreiheit' der für sie eine andere Umschreibung für Gesetzesgehorsam ist. Dieser dient ihnen dann dazu, sich mit der herrschenden Macht über die "Ökologieprobleme" in den dafür vorgesehenen Formen zu verständigen. Da jedoch der Ökohorror weder mit moralischen Maßhalteappellen noch mit juristischen Fußangeln ausgetrickst werden kann, folgt aus der allseits anerkannten, weil unbestritten plausiblen Erkenntnis, daß z.B. die Müll- oder Individualverkehrssituation gesamtgesellschaftlich eigentlich irrational ist, auf der faktischen Ebene lediglich, daß es alles so weiter geht wie zuvor auch. Warum sollte sich auch etwas ändern, wenn niemand da ist, der versucht diese Änderung zu erzwingen? Und so führt diese Situation zu dem Paradoxon, daß alle mehr oder weniger um die "dramatische Umweltsituation" wissen, sich (vielleicht) klammheimlich ein ganz anderes Verhältnis zur Natur wünschen und ansonsten sich mehr oder weniger bewußt oder gezwungen weiter am Va-Banque Spiel mit den natürlichen Lebensgrundlagen beteiligen müssen.

Warum es nach Tschernobyl keine Atomkatastrophe eines AKW mehr geben wird

Der GAU des AKW in Tschernobyl faßte mit seinen Folgewirkungen in der BRD mehrere Tendenzen zusammen. Einerseits bestätigte er alle bereits in den 70er Jahren aufgestellten Prognosen über die Unsicherheit und Verantwortungslosigeit des Betriebs von Atomanlagen. Seit Tschernobyl wissen alle, die Bevölkerung, Atomkraftgegner wie Befürworter, daß ein AKW nicht nur irgendwann theoretisch in 10000 Jahren vielleicht einmal durchgehen könnte, sondern schon heute oder morgen durchgehen wird. Diese Behauptung steht seit Tschernobyl nicht mehr unter Beweispflicht, da sie zur offenkundigen Tatsache geworden ist. Damit ist auch eine naturwissenschaftliche Beweisführung über die Gefahren der Atomenergienutzung überflüssig geworden, weil sie keinen Gegenstand mehr hat, an dem sie sich abarbeiten könnte. Da spätestens nach Tschernobyl alle um die realen Gefahren eines Betriebs einer Atomanlage wissen, müssen sie auch nicht mehr davon überzeugt werden. Das hat wiederherum zur logischen Folge, daß es in den Protesthandlungen eigentlich nur noch um die Entwicklung von Gegenmacht zur praktischen Stillegung dieser Anlagen gehen kann. In der BRD wurden diese Ansätze zur Gegenmacht im Sommer 86 jedoch kurzerhand von den Bullen zusammen geschlagen. Tschernobyl hat auf der Ebene der Fortführung des Atomenergiesektors weder in der Welt noch in der BRD, mit einer relativ starken Anti-AKW Bewegung einen nennenswerten Einbruch bewirken können. Bundesdeutsche AKW's werden trotz Tschernobyl Tag für Tag weiterbetrieben, obwohl alle um die damit verbundenen nicht irgendwie mehr hypothetischen sondern faktischen Gefahrenpotenzen wissen und obwohl es sehr leicht möglich wäre sie durch andere Energieversorgungsformen zu ersetzen. Was soll damit gesagt werden?

Niemand dürfte sich eigentlich sonderlich über die nächsten größten AKW-Unfall mit vergleichbaren Folgen wie in Tschernobyl . und Umgebung - der ohne Zweifel kommen wird - überrascht und empört zeigen. Niemand kann mehr nach Tschernobyl die Behauptung wagen, daß ein derartiges Ereignis für ihn "unvorstellbar" sei. Das der Widerstand gegen die Atomenergienutzung in der BRD nicht so stark ist um diese Anlagen abzuschalten, hat nichts mit mangelnden Wissen um die Gefahren, als vielmehr mit einer mehr oder weniger gelungenen Verdrängung über dieses über den eigenen Kopf hängende Damoklesschwert zu tun. `Katastrophe' als Begriff macht jedoch nur einen Sinn, wenn durch ein unvorhergesehenes Ereignis etwas überraschendes und unerwartetes geschieht; etwas was den eigenen Alltag über den Haufen wirft. Die Katastrophe, die erwartet und damit kalkuliert werden kann ist jedoch keine. Insofern wäre das zu erwartende durchschmelzen des nächsten AKW's zwar durchaus als schlimm, jedoch nicht als "Katastrophe" zu beurteilen. Sofern man der Ansicht ist, daß bereits der jetzige Zustand im Grunde genommen "eine einzige Katastrophe" sei, so würde daraus ja nur zu folgern sein, daß man allenfalls mittendrin leben würde. Und dieses mittendrin leben heißt auch immer: banaler Alltag und Verdrängung: Und im Kontext dieser Verdrängung fängt auch der Schreiber dieser Zeilen an, nüchtern darüber zu kalkulieren, was er machen würde, wenn z.B. in der BRD einfach ein AKW durchgehen würde.

Das Beispiel Tschernobyl beweist immerhin auch, daß die Annahme, daß nach einem Atom-GAU einfach nichts mehr ginge, schlicht falsch ist. Tschernobyl ist auch ein Beispiel dafür, daß es offenbar nicht unmöglich erscheint eine bestimmte - sicherlich immer unzulänglich

RTE

LANGEWEILE

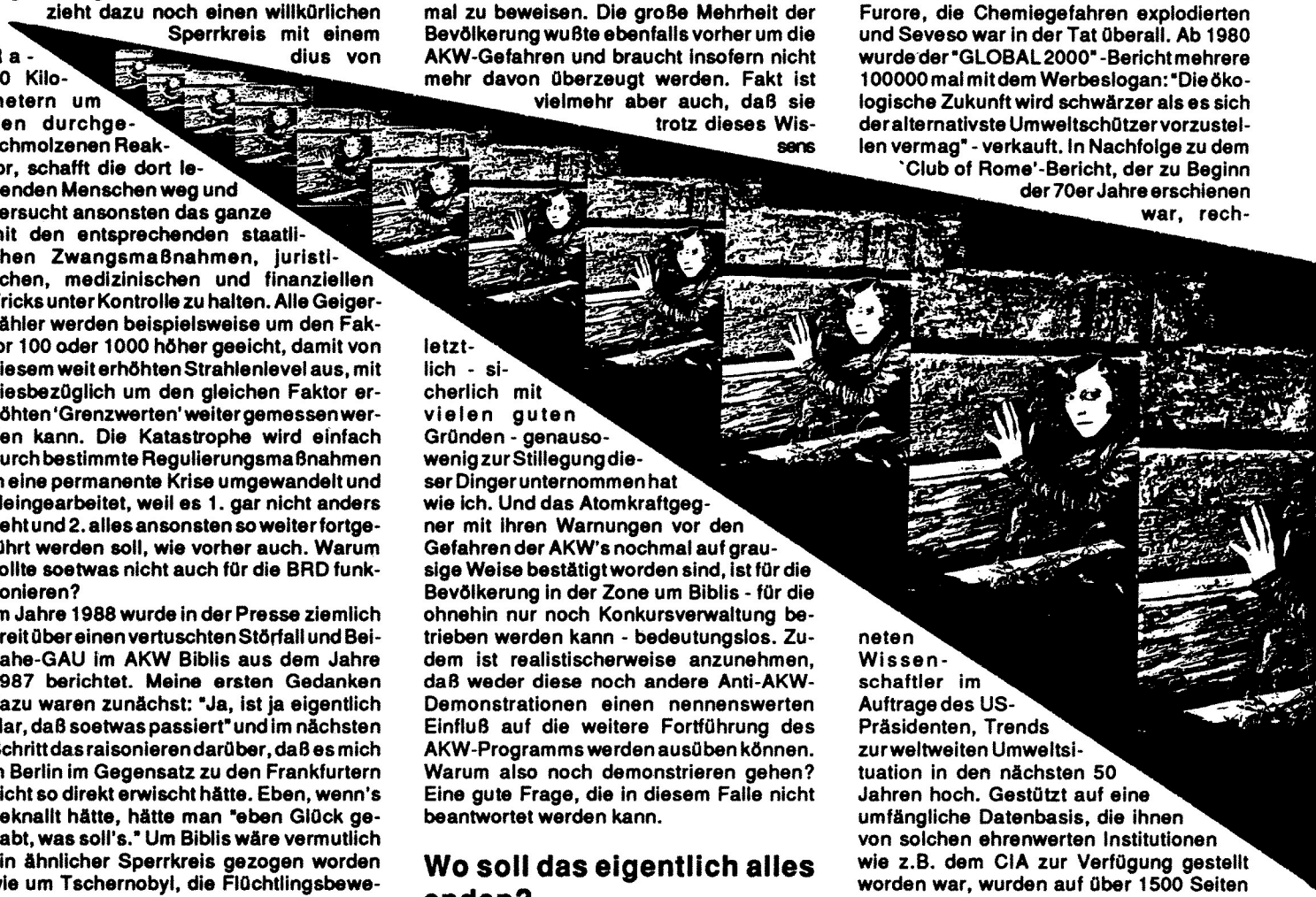
bleibende und natürlich in jeder Hinsicht brutale und menschenfeindliche - Regulierung der eingetretenen Katastrophe mit relativen Erfolg zu betreiben. Zur Beruhigung einiger Emotionen schüttet man einfach irgend ein paar Materialen auf den offen liegenden glühenden Reaktorkern; man zieht dazu noch einen willkürlichen Sperrkreis mit einem Radius von 30 Kilometern um den durchgeschmolzenen Reaktor, schafft die dort lebenden Menschen weg und versucht ansonsten das ganze mit den entsprechenden staatlichen Zwangsmaßnahmen, juristischen, medizinischen und finanziellen Tricks unter Kontrolle zu halten. Alle Geigerzähler werden beispielsweise um den Faktor 100 oder 1000 höher geeicht, damit von diesem weit erhöhten Strahlenlevel aus, mit diesbezüglich um den gleichen Faktor erhöhten 'Grenzwerten' weiter gemessen werden kann. Die Katastrophe wird einfach durch bestimmte Regulierungsmaßnahmen in eine permanente Krise umgewandelt und kleingearbeitet, weil es 1. gar nicht anders geht und 2. alles ansonsten so weiter fortgeführt werden soll, wie vorher auch. Warum sollte soetwas nicht auch für die BRD funktionieren?

Im Jahre 1988 wurde in der Presse ziemlich breit über einen vertuschten Störfall und Beinahe-GAU im AKW Biblis aus dem Jahre 1987 berichtet. Meine ersten Gedanken dazu waren zunächst: "Ja, ist ja eigentlich klar, daß soetwas passiert" und im nächsten Schritt das raisonieren darüber, daß es mich in Berlin im Gegensatz zu den Frankfurtern nicht so direkt erwischt hätte. Eben, wenn's geknallt hätte, hätte man "eben Glück gehabt, was soll's." Um Biblis wäre vermutlich ein ähnlicher Sperrkreis gezogen worden wie um Tschernobyl, die Flüchtlingsbewegungen hätten sich nach einer bestimmten Zeit beruhigt und wären in verschiedene Lager verteilt worden, der Bundespräsident hätte vor Fernsehkameras ein paar 'mutigen Helfern' für ihre großartigen Entseuchungseinsätze die Hand geschüttelt; die Bundestagspräsidentin würde in einer Live über alle Rundfunksender übertragenen Rede von der Totenfeier in irgend einer festlich geschmückten Turnhalle mit stokkender Stimme allen Hinterbliebenen ein "herzliches Beileid" übermitteln. Und während die Bundesregierung noch einmal eine Sichherheitsüberprüfung aller ohnehin schon sicheren BRD-AKW's zur Fortführung ihres weiteren Betriebes angeordnet hätte, würden sich sozialdemokratische und grüne Politiker für "gerechte Entschädigungen aller Betroffenen" einsetzen. Was auch sonst? Ohne Zweifel ist dieses Szenario inhuman, brutal und gemein, ist es aber damit auch unrealistisch?

Vermutlich würde ich nach einem Reaktorunfall in Biblis, der sich in seinen Folgen vielleicht in etwa mit dem in Tschernobyl vergleichen ließe in Berlin - sofern es mir mein Terminzettel mit anderweitigen Verpflichtungen gerade erlauben würde - auf eine polizeilich angemeldete und erlaubte Großdemonstration gegen die weitere Nutzung der Atomenergie gehen. Allerdings würde ich mich fragen, was eigentlich mit dieser Demonstration ausgedrückt werden soll: Das ich eigentlich schon immer gegen AKW's war, brauche ich mir nicht noch einmal zu beweisen. Die große Mehrheit der Bevölkerung wußte ebenfalls vorher um die AKW-Gefahren und braucht insofern nicht mehr davon überzeugt werden. Fakt ist vielmehr aber auch, daß sie trotz dieses Wissens letztlich - sicherlich mit vielen guten Gründen - genausowenig zur Stillegung dieser Dinger unternommen hat wie ich. Und das Atomkraftgegner mit ihren Warnungen vor den Gefahren der AKW's nochmal auf grausige Weise bestätigt worden sind, ist für die Bevölkerung in der Zone um Biblis - für die ohnehin nur noch Konkursverwaltung betrieben werden kann - bedeutungslos. Zudem ist realistischerweise anzunehmen, daß weder diese noch andere Anti-AKW-Demonstrationen einen nennenswerten Einfluß auf die weitere Fortführung des AKW-Programms werden ausüben können. Warum also noch demonstrieren gehen? Eine gute Frage, die in diesem Falle nicht beantwortet werden kann.

Wo soll das eigentlich alles enden?

Mein Umgang mit der Ökologiefrage hat verblüffende Wandlungen durch gemacht: Ende der 70er Jahre habe ich mich daran in dem Sinne politisiert, als daß ich den herrschenden Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen als zutiefst inhuman, aggressiv und verbrecherisch empfunden habe. Es schien mir es mehr als notwendig zu sein, sich dagegen politisch organisiert zur Wehr zu setzen. Der Kampf gegen AKW's wurde zu einem Sinnbild dafür, einen anderen gesellschaftlichen Umgang mit der Natur gegen mächtige Interessen und Gegner durchzusetzen. In der Öffentlichkeit redete man sich den Mund über die Frage fusselig, wie wahrscheinlich es ist, daß ein AKW durchschmilzt. Die Befürworter stritten alles ab, während Atomkraftgegner alles in Zweifel zogen und das Schlimmste prognostizierten. Es existierte zu der Zeit eine relativ klare politische Polarisierung in die Front der Linken, Alternativen und Umweltschützer auf der einen und die kapitalistischen Wachstumsfanatiker auf der anderen Seite. Von der Thematisierung der AKW-Gefahren war es nur ein kleiner Schritt, um bereits lange existierende Umweltprobleme in anderen Lebensbereichen wahrzunehmen. Sie schienen sich auch zu Beginn der 80er Jahre an allen Ecken und Enden zuzuspitzen: Alles drohte ins Rutschen zu geraten, der Wald starb immer schneller, Schadstoffe der Woche machten in den Lebensmitteln Furore, die Chemiegefahren explodierten und Seveso war in der Tat überall. Ab 1980 wurde der "GLOBAL 2000" - Bericht mehrere 100000 mal mit dem Werbeslogan: "Die ökologische Zukunft wird schwärzer als es sich der alternativste Umweltschützer vorzustellen vermag" - verkauft. In Nachfolge zu dem 'Club of Rome'-Bericht, der zu Beginn der 70er Jahre erschienen war, rechneten Wissenschaftler im Auftrage des US-Präsidenten, Trends zur weltweiten Umweltsituation in den nächsten 50 Jahren hoch. Gestützt auf eine umfängliche Datenbasis, die ihnen von solchen ehrenwerten Institutionen wie z.B. dem CIA zur Verfügung gestellt worden war, wurden auf über 1500 Seiten minutiös aktuell laufende Entwicklungen der Umweltverwüstung zu der grausigen Prognose verdichtet, daß das Tempo des Ökohorrors in den nächsten Jahrzehnten kaum umzukehren sei. Immerhin spricht es für den Realismus imperialistischer Yankee-Wissenschaftler, daß sie aus ihren Analysen keineswegs fatalistische Schlüsse zogen, sondern sie unter dem Gesichtspunkt diskutierten, wie die "führende Rolle der USA in der Welt" auch in Zukunft unter den sich dramatisch verändernden Bedingungen aufrecht erhalten werden kann. Nichts desto trotz verstärkten derartige Berichte insgesamt in der Öffentlichkeit eine apokalyptische Grundstimmung. Und vor dem kurz bevorstehenden Untergang der Menschheit wurden auf einmal alle Katzen grau, wer ist in diesen Szenarien eigentlich noch der Gegner? Schon damals gab's zeitweise in der Wahrnehmung so`ne Mischung aus stiller Verzweiflung, obgrund der Hoffnungslosigkeit dem Ökohorror noch entkommen zu können und banaler Verdrängung. Sonst wäre ja ein notwendiger Alltag nicht mehr auszuhalten und zu organisieren gewesen. Überhaupt Verdrängung: Sie ist eigentlich ein ganz passables Medium, um unter ziem-

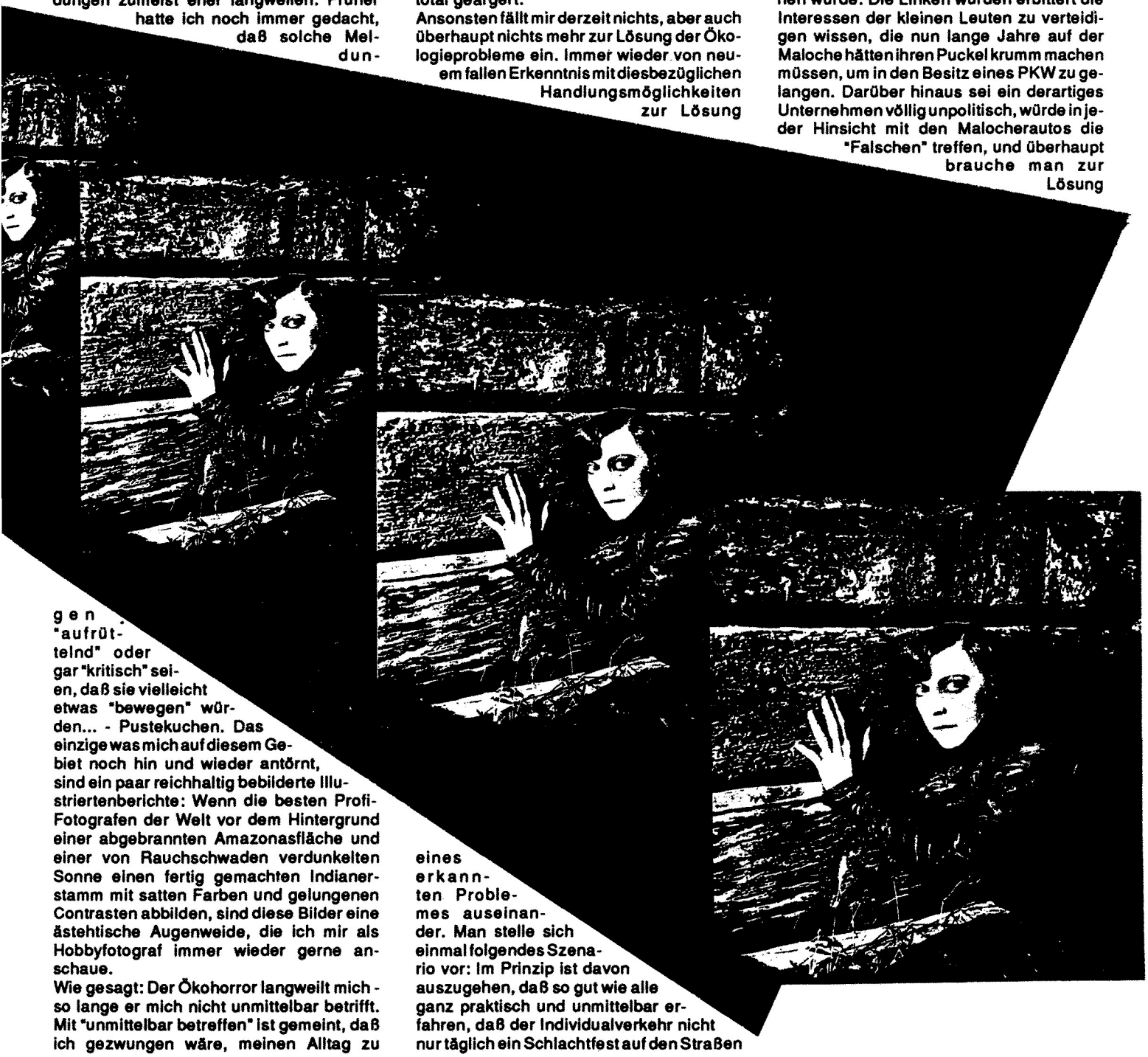


lich beschissenen Bedingungen sich irgendwie nicht völlig unangenehm durchwursteln zu müssen. Daß permanente Vergegenwärtigen einer im Prinzip kaum veränderbaren apokalyptischen Grundsituation ist für die eigene Stimmung nicht gerade förderlich und macht letztendlich handlungsunfähig. Und wenn ich mir den weiteren Verlauf der 80er Jahre hinsichtlich des Ökohorrors betrachte, dann kann ich feststellen, daß 1. das Ausmaß dieser Verdrängung - von kleinen Ausnahmen wie z.B. Tschernobyl abgesehen - ständig zugenommen hat und ich 2. eigentlich damit in meinem Psycho-Haushalt relativ gut gefahren bin. Was bleibt, ist eine fatalistische Egal-Haltung.

Damit hängt vermutlich auch zusammen, daß mich seit geraumer Zeit Ökohorrormeldungen zumeist eher langweilen. Früher hatte ich noch immer gedacht, daß solche Meldungen "aufrüttelnd" oder gar "kritisch" seien, daß sie vielleicht etwas "bewegen" würden... - Pustekuchen. Das einzige was mich auf diesem Gebiet noch hin und wieder antörnt, sind ein paar reichhaltig bebilderte Illustriertenberichte: Wenn die besten Profi-Fotografen der Welt vor dem Hintergrund einer abgebrannten Amazonasfläche und einer von Rauchschwaden verdunkelten Sonne einen fertig gemachten Indianerstamm mit satten Farben und gelungenen Contrasten abbilden, sind diese Bilder eine ästehtische Augenweide, die ich mir als Hobbyfotograf immer wieder gerne anschaue.

Wie gesagt: Der Ökohorror langweilt mich - so lange er mich nicht unmittelbar betrifft. Mit "unmittelbar betreffen" ist gemeint, daß ich gezwungen wäre, meinen Alltag zu ändern. Aber dieses "Alltag ändern" ist auch leichter gesagt als getan: Im dem Falle, wo es darum geht, unmittelbare Konsequenzen aus dem Ökohorror ziehen zu sollen, stürzt mich das zumeist in eine große Konfusion. So wollte ich z.B. einmal an einem schönen himmelblauen Sonntag mit dem Fahrrad an einen See fahren. Kurz bevor ich mich auf den Weg machen wollte, wurde über Radio durchgegeben, daß man aufgrund der außerordentlich hohen Ozonbelastung in der Luft nach Möglichkeit zu Hause bleiben bezw. größere körperliche Anstrengungen im Freien meiden solle. In meiner Irritation hab 'ich mich dann davon abhalten lassen los zu fahren, was vermutlich genauso verkehrt war, als wenn ich mich doch auf den Weg gemacht hätte. Jedenfalls hab 'ich mich total geärgert.

Ansonsten fällt mir derzeit nichts, aber auch überhaupt nichts mehr zur Lösung der Ökologieprobleme ein. Immer wieder von neuem fallen Erkenntnis mit diesbezüglichen Handlungsmöglichkeiten zur Lösung eines erkannten Problemes auseinander. Man stelle sich einmal folgendes Szenario vor: Im Prinzip ist davon auszugehen, daß so gut wie alle ganz praktisch und unmittelbar erfahren, daß der Individualverkehr nicht nur täglich ein Schlachtfest auf den Straßen mit tausenden von Toten und Verletzten anrichtet, Menschen mit dem Lärmterror in die Verzweiflung treibt und uns in den Städten sprichwörtlich die Kehle zuschnürt. Um dieses erkannte Problem zu lösen, würden Gruppen damit beginnen systematisch ein unterschiedsloses Abfackeln von Autos zu organisieren. Es gehört nicht viel dazu, um sich den Orkan der Entrüstung in der Stadt Berlin vorzustellen, der nicht nur allein von den deformierten "Ick gloob ick spinne" - Berlinern getragen würde sondern auch Ökologen und Linke umfassen würde. Die Ökologen würden empört darauf hinweisen, daß schon allein das unkontrollierte abbrennen von Autoreifen die Umweltbelastung durch das Freiwerden, z.B. von Chlordibenzufulsuranen in unzumutbarer Weise erhöhen würde. Die Linken würden erbittert die Interessen der kleinen Leuten zu verteidigen wissen, die nun lange Jahre auf der Maloche hätten ihren Puckel krumm machen müssen, um in den Besitz eines PKW zu gelangen. Darüber hinaus sei ein derartiges Unternehmen völlig unpolitisch, würde in jeder Hinsicht mit den Malocherautos die "Falschen" treffen, und überhaupt brauche man zur Lösung



dieses Problemes ganz andere, am besten "umwälzende Strategien.", die "Produktion" setze noch allemal den Konsumenten und nicht umgekehrt. Recht haben sie, die Linken und davon abgesehen, würde der Verfasser dieser Zeilen sein eigenes Motorrad auch nicht abfackeln. Und so bleibt alles unverändert, vertraut und unzumutbar wie es jetzt schon ist. Ein Teufelskreislauf also, an dem eigentlich alle mit guten Argumenten und wohlbegründeten egoistischen und selbstzerstörischen Interessen mitdrehen. Und so kommt es, daß ich mit einem diffusen Fortschrittsoptimismus ausgestattet, zustimmend irgendwelche gesamtgesellschaftlich plausiblen Alternativgutachten über die umweltfreundliche Verkehrssituation im Jahre 2050 konsumiere, nachdem ich mal wieder mit meinem Motorrad voller Genuß mit Tempo 150 KmH über die Landstraßen - wenn auch irritiert durch die vielen Straßenbäume - und durch die Dörfer der Mark Brandenburg gerast bin.

In meiner Wohngemeinschaft wird sorgsam auf getrenntes Müllsammeln geachtet, obwohl wir alle wissen, daß es genauso witzlos ist, wie der Appell an die "Konsumenten" endlich anzufangen, umweltbewußt zu konsumieren, obwohl bei denen eigentlich schon alles aufhört. Die überhöhten Preise in irgendwelchen makrobiotischen Müsliläden gehen mit schon lange auf den Zeiger. Über die Grünen Reformdemokraten mit ihren Vorschlägen aus der Gartenzwergperspektive kann ich nur lachen. Einzig und allein der Öko-Multi Greenpeace nötigt mir einigen Respekt ab. Der hat's mit einem technisch ausgefeilten, zentralisierten und effektiv arbeitenden Aktionsmanagement geschafft, aus dem Ökohorror ein profitables Unterhaltungsgeschäft aufzubauen. Wenn man sich das Spendenaufkommen von Greenpeace in den letzten Jahren anguckt, dann kommt man nicht umhin festzustellen, daß dieser Laden eine einzige Goldgrube ist - der Ökohorror läßt bei Greenpeace die Kassen klingeln. Greenpeace weiß, wie man mit geschickten Werbestrategien Kohle aquierieren kann: Z.B. damit, indem man durchgestylte Transparente mit dem eingetragenen Warenzeichen der Organisation von hohen Schornsteinen flattern läßt. Es ist eine geradezu geniale Idee, noch nicht erschlossene graue Schornsteine als Werbeflächen für Unterhaltungsreportagen in Illustrierten zu erschließen. Bei Greenpeace gibt's auf der Managerebene dufte bezahlte Job's mit dem Hauch von Nervenkitzel und Medienabenteuer. Wer träumt nicht auch mal davon, einen tollen Ausblick von einem Schornstein zu genießen, auf den er sich sonst niemals 'raufgetraut hätte oder auf tollen Schiffen mittendrin zwischen aussterbenden Walen, abgeschlachteten Robben und der Antarktis herumzutouren.

Wir leben in einer Zeit in der die Ökologiefrage selbstverständlichstes Anliegen aller herrschenden Institutionen und Charaktermasken geworden ist. Kurz bevor Alfred Herrhausen in seinem katalysatorbetriebenen Daimler von der RAF in die ewigen monetären Weltmärkte geschickt worden ist, setzte er sich noch in einem Interview ganz verhemment für den Schutz der Umwelt ein. Auf die Frage seines stichwortgebenden Interviewpartners was das für ihn konkret heiße, meinte er, daß er sich schon ein paar Tricks ausgedacht habe, um die Brasilianer daran zu hindern, weiter unseren Amazonasurwald kaputt zu machen. Alfred hat dieses Thema so eloquent 'runtergelabert, das mir ganz warm ums Herz wurde, zumal ich weiß, daß solche Typen im Gegensatz zu den Linken nicht nur reden sondern auch handeln. Ohne Zweifel ist das Ökologiethema den Linken in den letzten Jahren enteignet worden. Verbal integrieren, tot- und breitquatschen ist auch eine Methode unbequemen Themen den rebellischen Stachel zu ziehen und den Leuten die Köpfe zu waschen. Aber abgesehen einmal davon, daß es immer richtig ist, denen da oben nichts zu glauben bezw. ihnen das Schlimmste zu unterstellen, lockt das an dieser Frage auch keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor.

Bleibt hinsichtlich der Ökoprobleme allenfalls noch das Prinzip Hoffnung, mit dem man sich als Linker immer noch versucht an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zu ziehen. Immerhin erklären nach allen Umfragen aus den letzten 10 Jahren große Bevölkerungsmehrheiten die Ökologiefrage zu einer der wichtigsten Fragen überhaupt, obwohl sie vermutlich damit in ihrem Alltag genausowenig anfangen können wie ich. Das Problem das aber psychisch ausgehalten werden muß, besteht jedoch darin, daß die faktische Ökosituation für irgendwelche Hoffnungen weder jetzt noch in der Zukunft genausowenig etwas her gibt, wie bislang alle politischen Strategien zur Lösung dieses Problems. Und trotzdem gibt's immer noch Leute, die glauben sich über eine revolutionäre Veränderungen aller Beziehungen der Menschen untereinander aus dem Ökotrouble in eine bessere und humane Gesellschaft katapultieren zu können. Es fällt mir schwer davon überzeugt zu sein.

Michaele Schr.

Schwarzes Brett

Restrisiko: Der Film

„Restrisiko oder die Arroganz der Macht" heißt ein Film von Bertram Verhaag und Claus Strigel (bekannt geworden durch „Spaltprozesse"). Der Film dokumentiert das Anhörungsverfahren zur 2. atomrechtlichen Teilgenehmigung der geplanten WAA Wackersdorf. Auch wenn die WAA nicht mehr gebaut wird, ist der Film doch ein gutes Dokument für den Umgang mit Macht durch Behörden und Betreiber gegenüber der betroffenen Bevölkerung.
Verleih: Verleihgenossenschaft der Filmemacher e.G., Nymphenburgerstr. 118, 8000 München 19, Tel. 089/181097

Stellenangebot (echt!)

Umweltprojekt in Hamburg sucht ABM-berechtigte Frau, die Lust hat, unterwegs zu sein und mit Leuten zu Umweltthemen zu arbeiten.
Tel.: Heidrun 040/89 29 12
oder Like 040/439 72 85
(Anmerkung an Pitt: Kost nix)

Das Uran und die Hüter der Erde

Seit 1988 führen der BUND und die Gesellschaft für bedrohte Völker in Zusammenarbeit mit Angehörigen vom Uranabbau betroffener Urvölker die Aktion „Atomwirtschaft kontra Umwelt udn Menschenrechte – das Uran muß in der Erde bleiben" durch. Die im Rahmen dieser Aktion gewonnenen Daten und Fakten über die ökologischen Folgen von Uranbergbau und Atomwaffentests, die damit einhergehende Mißachtung von Menschenrechten indigener Völker wurden jetzt in Form eines Buches vorgestellt, das vom BUND und der GfbV gemeinsam herausgegeben wurden. Erschienen im Quell-Verlag Stuttgart:
Das Uran und die Hüter der Erde. Atomwirtschaft, Umwelt, Menschenrechte. Ca. 200 Seiten, DM 19,80.

Prima Klima

Unter dem Titel „Klima-Aktionsbuch" hat Robin Wood ein Buch zusammengestellt, das sich mit den Auswirkungen der drohenden Klimakatastrophe und den Möglichkeiten einer alternativen Umweltpolitik dagegen beschäftigt. Das Buch beschäftigt sich mit den Problembereichen Energie (dabei auch mit der Frage Atomenergie und Klima), Verkehr, tropische Regenwälder und FCKW's. Für 18,– DM erhältlich im Buchhandel, bei Robin Wood oder im Verlag Die Werkstatt, Lotzestr. 24a, 3400 Göttingen.
Speziell zum Thema „Prima Klima durch Atomkraft?" gibt's auch ein Infoblatt der Grünen, der auf vier A4-Seiten die wichtigsten Argumente zusammenstellt. Erhältlich bei den Grünen im Bundestag, Arbeitskreis Umwelt, Bundeshaus, 53 Bonn 1.

Umweltzentrum Deister

Das Energie- und Umweltzentrum am Deister e.V. hat sein Seminar-Programm für das nächste halbe Jahr vorgelegt: Gen-, natürliche Energiegewinnung und andere Ökothemen. Katalog anfordern bei: Energie- und Umweltzentrum Deister, 3257 Springe/Eldagsen, Tel. 05044/1880

AKW's immer noch schlecht

Gegen die neue Offensive der Atomindustrie wendet sich eine Materialmappe, die im Publik-Forum erschienen ist. Beiträge u.a. vom Öko-Institut und vom BUND wenden sich dagegen, daß Atomkraft als Retter vor der Klimakatastrophe oder als Heilsbringer für die DDR-Ökonomie herhalten soll. Außerdem neue Studien zu Ausstiegsmöglichkeiten.
Für 10 DM (ab 5/10 Ex.: 8,50/7,–) erhältlich bei der Publik-Forum Verlagsgesellschaft Postfach 2010, 6370 Oberursel.

Aufkleber und so

Im Verlag Die Werkstatt ist ein neuer Katalog erschienen, in dem die wichtigsten Aufkleber, Postkarten und Plaketten zu den Themen Anti-AKW, Ökologie, Nationalismus, Neo-Faschismus und Kriegstreiberei zusammengestellt sind.
Kostenlos anfordern bei: Verlag Die Werkstatt, Lotzestr. 24a, 3400 Göttingen

Buch zur Friedensbewegung

Thomas Leif untersucht, wie sich die Entscheidungsstrukturen in der westdeutschen Friedensbewegung in den achtziger Jahren entwickelt haben. Am Beispiel des Koordinationsausschusses der Bewegung wird die Abschottung der zentralen Gremien von der Basis detailliert nachgezeichnet. Das programmatische Defizit der Friedensbewegung beschleunigte ihren Niedergang.
Thomas Leif: Die strategische (Ohn-)Macht der Friedensbewegung. Westdeutscher Verlag, 355 S., 58 DM

AG Selbstorganisation

„Gerade jetzt, wo Alternativen zum Kapitalismus, Patriotismus und Wahldemokratrie kaum mehr vorstellbar zu sein scheinen", hat die AG Selbstorganisation als ein „kleiner, aber radikaler Buchvertrieb" ein neues Vertriebsverzeichnis vorgelegt, in dem sich Publikationen finden zu den Themen Sicherheits- und Asylgesetze, Ausländerhaß, Kriegstreiberei, „3.-Welt"-Problematik, FÜR eine selbstbestimmte, ausbeutungsfreie Zukunft.
AG Selbstorganisation, Otto-Heise-Str. 2, 3163 Sehnde-Ilten.

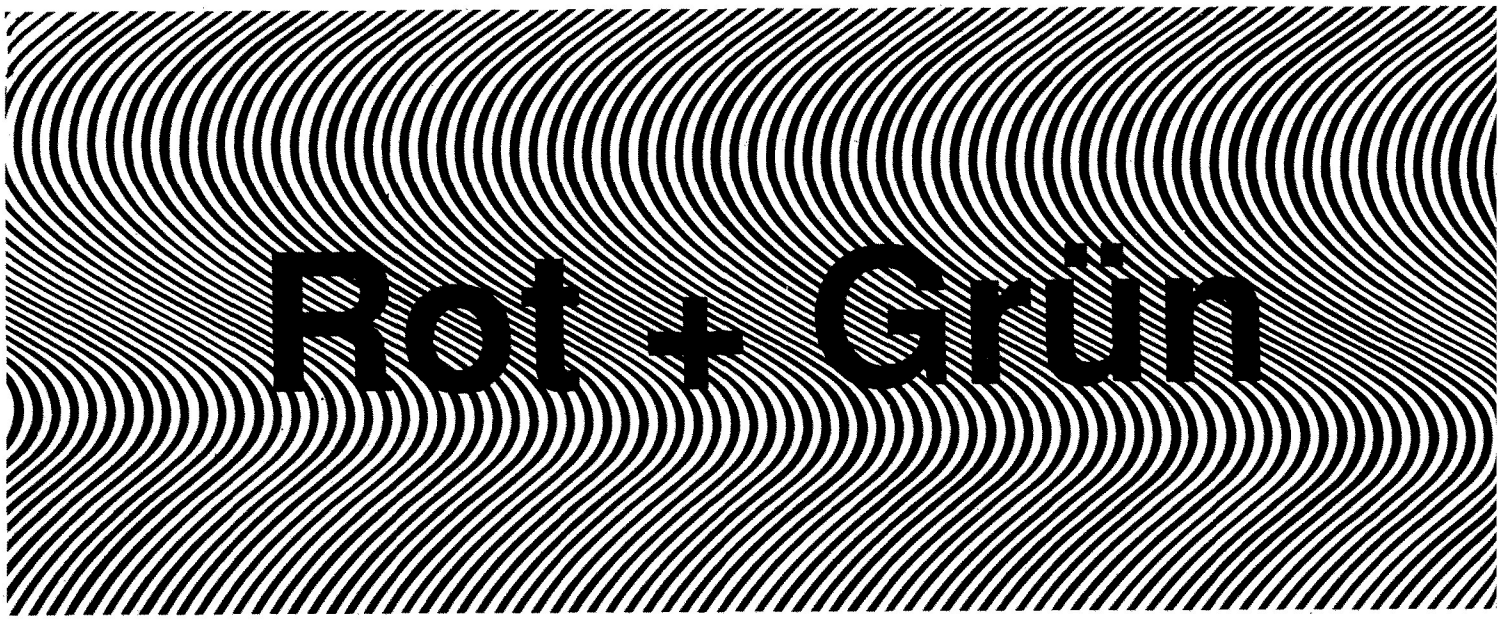
Unter dieser Fragestellung hatten wir zur Zwischenbilanz nach 100 Tagen rot-grüner Landesregierung in Hannover Hannes Kempmann (Grüne) und Wolfgang Jüttner (SPD, umweltpolitischer Sprecher) eingeladen. Treffpunkt war der Ort, an dem die Schutzhütte am Tag zuvor, nämlich am 28.9.90 vom Ordnungsamt des Landkreises abgerissen wurde. Niemand konnte ahnen, daß just an diesem schwarzen Freitag der niedersächsische Wirtschaftsminister Peter Fischer den Hauptbetriebsplan zum weiteren Abteufen der **Endlagerschächte** gebilligt hatte. Dessen Fehlentscheidung hatte eine wahre Lawine des Protests und hektischer Aktivitäten in Hannover bzw. Bonn zur Folge. Gestoppt jedoch wurde das weitere Abteufen zunächst durch eine Klage der Gorleben-Kläger gegen den Hauptbetriebsplan, denn Peter Fischer hatte die Genehmigung nicht mit Sofortvollzug ausgestattet, deshalb hatte die Klage aufschiebende Wirkung. Seitdem gilt: Im Schacht II ist "Hängen" (Baustopp) angesagt, im Schacht I wird auf der Grundlage von Sonderbetriebsplänen noch herumgewurstelt. Im Kabinett Schröder flogen nach Aussagen von Ohren- und Augenzeugen die Fetzen. Besonders durch das Engagement von Hannes Kempmann konnte der Schaden noch ein wenig begrenzt werden. Um die Glaubwürdigkeit der Ausstiegspolitik unter Beweis zu stellen - und das Endlager Gorleben ist dafür nach unserer Einschätzung das Vorzeigeprojekt -, mußte Gerhard Schröder persönlich den Gang nach Gorleben antreten und auf einer öffentlichen Veranstaltung dem Mißtrauen entgegenargumentieren. Eine unserer Forderungen wurde zuvor erfüllt: Fischer wurde die Gorlebenkompetenz entzogen, sie liegt jetzt allein beim Umweltministerium. Ob das allerdings eine Gewähr ist, bleibt dennoch fraglich, denn die Rekonstruktion des Falles ergibt, daß - bevor der Faux-pas öffentlich bekannt wurde - der grüne Staatssekretär Peter Bulle den Bescheid des Wirtschaftsministers gegengezeichnet hatte, ohne Alarm zu schlagen.

Am Tag des Schröder-Besuchs am 15. Oktober hatten wir die Zufahrten zur Endlagerbaustelle blockiert mit der Forderung, der Hauptbetriebsplan, auf dessen Zulassung per Sofortvollzug Klaus Töpfer Klage eingereicht hatte, sollte zurückgezogen werden. Jetzt, nach Wochen, hat das Umweltministerium tatsächlich die Absicht erklärt, dieses zu tun. Die Lage vor Gericht wird damit diffiziler als zuvor, was muß Töpfer jetzt beklagen? Aber Rot-Grün gewinnt Zeit... Es fragt sich wofür? Am Ende des "ersten Kraftakts" stehen wir wieder dort, wo's losging. Das ist eine schlichtweg ernüchternde Bilanz. Ein blitzschnelles Ende des Endlagerprojekts haben wir natürlich auch nicht erwartet, aber Ideen, Ansätze mit der Zielrichtung, das Vereisen des Untergrunds einzustellen und die Verfüllung der Schächte vorzunehmen, sollten im Vordergrund rot-grüner Politik stehen. Wir haben nicht im Traum daran gedacht, daß Rot-Grün sich dermaßen unvorbereitet auf die Auseinandersetzung mit dem Bundesamt für Strahlenschutz bzw. Bonn selbst ins Schlamassel manövrieren würde. Wir haben geglaubt, daß bei gezielter Planung des Ausstiegs ab sofort Gespräche mit dem Betriebsrat der DBE (Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern) über dessen soziale Abfederung (Umschulungsmaßnahmen, Ersatzarbeitsplätze) geführt werden. Zermürben der Betriebsleitung, demoralisieren der Atommafia, aber nicht auf Kosten der dort Beschäftigten ist unsere Devise.

Aber was trat real nach dem Herbststurm ein? Flaute. Keine Traute? Währenddessen wiederholt die Umweltministerin Monika Griefahn in Interviews unermüdlich den schwer erträglichen Satz: ein Endlager müsse her, nur das in Gorleben sei Mist. Politisch kontraproduktiver geht's nimmer und das läßt nicht gerade auf den richtigen Biss schließen. Warum nur, warum sagt sie nicht den Satz: es wird niemals ein verantwortbares Endlager geben, in Gorleben nicht und auch nicht anderswo! Wer das Dilemma um die Zeitbombe Atommüll, ja gerade auch um den, der bereits angefallen ist, wirklich begriffen hat, kann nicht suggerieren, an anderer Stelle als in Gorleben gebe es möglicherweise ein akzeptables Endlager.

In der Auseinandersetzung um die Auslagerung der Bläh- und Rissfässer aus dem **Faßlager Gorleben** hat sich Rot-Grün bisher auch nicht mit Ruhm bekleckert. Wenige Tage im Amt unterschrieb Peter Bulle die Auslagerungsgenehmigung der inkriminierten Fässer, u.a. der Mol-Fässer, die via Stade ins Faßlager verfrachtet wurden. Sie sollten zur GNS nach Duisburg. Das war Ende Juni. BI-Recherchen erbrachten: das Auslagerungskonzept, speziell die Meßmethoden, mit denen kernbrennstoffhaltige Abfälle aussortiert werden sollten, waren zweifelhaft (in Duisburg gibt es dafür keine Umgangsgenehmigung und deshalb sollten ursprünglich rund 30 Fässer der insgesamt 1.290 Fässer nach Jülich oder Karlsruhe gebracht werden). Worauf das Umweltministerium das Vertrauen in die beteiligten Firmen, nämlich BLG (Brennelementlagergesellschaft Gorleben) und GNS (nach der Pleite der DWK jetzt nach Fusion Muttergesellschaft der BLG), stützte, ist völlig schleierhaft. Nach der Strafanzeige der BI gegen die BLG wegen illegalen Anlagenbetriebs hatten wir uns wenigstens versprochen, daß die GNS als Adresse für die Fässer völlig ausscheidet. Welchen Sinn es machen soll, die Fässer am Ende des Trocknungsverfahrens in Duisburg dann in sog. "konradgängige Container" zu stecken und wieder nach Gorleben zu karren, um auf einen "Schacht Konrad", der doch den Betrieb erklärtermaßen gar nicht erst aufnehmen soll, zu warten, hat uns noch niemand vermitteln können. Durch unsere Intervention und Öffentlichkeitsarbeit ist der Abtransport vorläufig gestoppt worden. Und zwar nicht durch Hannover, sondern durch die Gewerbeaufsicht Duisburg, die unsere Argumente aufgegriffen hat!

Wir wissen, das Lager ist in Betrieb und die BLG hat einen Rechtsanspruch auf Fortsetzung des Einlagerungsbetriebs, aber aus der kurzen, skandalträchtigen Betriebserfahrung können wir schließen, daß die Zwischenlagerung von Atommüll ein gewalti-



ges Experiment ist - wenn's schief geht auf Kosten der Anwohner im Umkreis von Gorleben bzw. derer entlängs der Transportestrecken. Wir wissen ehrlich gesagt keine befriedigende Lösung, was mit dem bereits angefallenen Müll geschehen könnte. Aber eines zumindest wissen wir, was zu machen ist: gerade von diesem konkreten Fall ausgehend die zweifelhaften Praktiken der Betreiber anprangern, aufzeigen, daß auch sie keine akzeptablen Vorschläge zur Verwahrung dieser sog. "Altlasten" haben, in der Öffentlichkeitsarbeit diesen Fall als Präzedenzfall nutzen, um für den sofortigen Ausstieg, gegen weiter anfallenden Atommüll zu plädieren. Ich kann nicht erkennen, daß das Umweltministerium das nicht in gleicher Weise könnte, z.B. per Inserat in Tageszeitungen oder in ihren Statements. Was Peter Bulle außerdem machen könnte - was wir leider nicht können: die Unterschrift unter die Auslagerungspläne gut begründet zurückzuziehen! Nicht Rot-Grün säße in der Patsche, sondern die BLG plus GNS.

Um das **Castor-Zwischenlager** ist es ruhig geworden. Mag sein, daß die Atommafia von sich aus auf Beruhigung des Landkreises, Verschieben der Einlagerung und Einlullen setzt. Wir haben Ende April, Anfang Mai den Probelauf für das Reaktivieren des Blockadekonzepts "Wir stellen uns quer!" bestanden. Uneingeschränkt waren die bald 700 Menschen, die die massenhafte gewaltfreie Blockade als Protest gegen einen Castortransport unterstützten, weiterhin in den Startlöchern. Von Rot-Grün massive Unterstützung gegen ein atomares Zwischenlager zu erwarten, wo doch die Zwischenlagerung akzeptierter Baustein sozialdemokratischer Entsorgungspolitik ist, wäre vermessen. Und was sagt unsere Umweltministerin Monika Griefahn im Oktober auf jener Veranstaltung in Gorleben auf Anfrage? Frage: "Wird es im Sicherheitskonzept des Castor-Lagers Nachbesserungen geben?" Antwort: "Ja, selbstverständlich"... und dann sinngemäß, aber sie wisse noch nicht, welche, sie habe sich mit dieser Frage noch nicht abschließend befaßt. Also doch: Castor-Lager mit Umweltengel!

Unsere Bemühungen, die Baufortschritte der **Pilot-Konditionierungsanlage** zu unterminieren, sind bisher gescheitert. Ob überhaupt die 1. Teilerrichtungsgenehmigung, die zurückgenommen werden sollte, weiterhin im Visier von Rot-Grün ist, können wir derzeit nicht beurteilen. Immerhin hatte Hannes Kempmann noch in der Wahlnacht vollmundig behauptet, die Bauarbeiter der PKA könnten den Hammer schon mal aus der Hand legen. Fakt ist: auf der PKA-Baustelle herrscht emsiger Betrieb. Die Gruppe Ökologie hat nun eine umfangreiche Expertise zur PKA vorgelegt, die etliche Ansatzpunkte böte, die erste TEG anzugreifen. Die GÖK weist nach, daß bei einem Verzicht auf die Wiederaufarbeitung im Ausland rund 40% der beschriebenen Verfahrensabläufe überflüssig werden, denn in Gorleben sollen atomare Abfälle umkonditioniert werden, die aus Cap de La Hague kommen. Die PKA hat minimale Zwischenlagerkapazitäten, Anträge, etwa das Castorlager nach Konditionierung zu nutzen, liegen nicht vor. Ein Endlager für hochaktive Abfälle steht nicht zur Verfügung, m.a.W. die Entsorgung der Entsorgungsanlage ist nicht gesichert. Abwasserrechtliche Fragen sind nicht geklärt! Störfallanalysen sind lückenhaft! Die Spaltflußkontrolle nicht gesichert! Und und und...Wir vermuten, daß einem neuerlichen Streit mit Töpfer an dieser Stelle ausgewichen werden soll. Dabei macht die Auseinandersetzung um Gorleben nur dann Sinn, wenn Endlager und PKA gleichzeitig in Frage gestellt werden. Wir fordern einen regelrechten "Doppellutz", einen Sprung nach vorn plus Zangenbewegung! Die PKA macht mit ihrer geplanten Zerstückelung der Brennelemente nur "Sinn" in Verbindung mit dem Endlager Gorleben. Dabei geht es um die realistische Vermutung der Betreiber, daß am Ende im Salzstock keine ausreichend mächtigen Steinsalzpartien ohne Carnalliteinschluß vorhanden sind. Dabei ist offensichtlich, daß eine spezielle Anlage zur Konditionierung atomare Abfälle außerhalb des Kraftwerksbereiches sogar schlicht überflüssig ist. Das belegt die GÖK in ihrer Expertise. Das muß in diesem Falle vor allem der SPD gesagt werden, die sich auf die Formel festgelegt hat: eine PKA nur an einem prospektiven Endlagerstandort. Und da Gorleben das nicht sein solle, opponiert sie lediglich gegen die PKA an jenem Ort. Das nennen wir "lavieren".

Übrigens gilt auch bei der PKA: warum wurden nicht längst Gespräche mit den Beschäftigten geführt? Es soll allerdings Gespräche mit der PreussenElektra als einer der Anteilseignerinnen der GNS wg. Gorleben gegeben haben. Das Ergebnis derartiger Gespräche ist unbekannt. Transparenzprobleme? Kompetenzprobleme? Waran also liegt es, daß es nicht vorangeht? War es zunächst der fehlende Nachtragshaushalt für die Mittel zur Einsetzung der sog. Ausstiegskommission? Ist es nun der atomfreundliche Mittelbau im Umweltministerium mit Horst zur Horst als Speerspitze, der alles obstruiert? Ist es der Mangel an Konfliktbereitschaft mit Bonn bzw. den Stromkonzernen? Liegt nicht in einer nur juristischen bzw. hauptsächlich juristischen Auseinandersetzung um die Atomanlagen die Tücke vorprogrammierter Niederlagen? Gibt es gar eine doppeltes Spiel - wie halte ich die Atomkraftgegnerinnen *und* die Mafia hin, ohne das Gesicht weder gegenüber den einen noch den anderen zu verlieren?

Permanente Regierungsschelte, das ständige Schielen auf Rot-Grün unsererseits kann andererseits leicht dazu führen, eigene fehlende Aktivitäten zu ersetzen. Unser Problem ist, daß viele Menschen in den eigenen Reihen, so sie nicht intensiv die rotgrüne Politik verfolgen, den Absichtserklärungen in Hannover aufsitzen und sitzen und sitzen, anstatt sich zu regen und bewegen. Bewegung braucht Bewegung. Wer in Hannover sich positiv darauf bezieht, muß froh sein, daß es uns gibt. Aber daß es uns gibt, daß mit uns zu rechnen ist, müssen wir schon selbst unter Beweis stellen. Und damit keiner pennt - permanent! (That's the problem!)

Wolfgang Ehmke

Offener Brief

An die für die atomrechtliche Behörde in Niedersachsen zuständige Umweltministerin Frau Monika Griefahn.

Betr.: Koalitionsvereinbarungen zum Ausstieg aus der Atomenergie; insbesondere die Punkte 7 und 8.

Sehr geehrte Frau Ministerin Griefahn,
die Unterzeichnerinnen haben mit Freude zur Kenntnis genommen, daß in Niedersachsen Sozialdemokraten und Grüne die Nutzung der Atomenergie als nicht mehr verantwortbar bezeichnen und sich zum Ausstieg aus dieser Technologie bekennen.

Die getroffenen Vereinbarungen, mit denen der Ausstieg erreicht werden soll, scheinen uns jedoch eher geeignet zu sein, die Position der Atomindustrie zu festigen.
Wir möchten dies, wie folgt, begründen:
Unter Punkt 7. der Koalitionsvereinbarungen ist zu lesen, daß die Koalitionsparteien das politische Mandat nutzen und im Rahmen des geltenden Rechts alle Möglichkeiten ausschöpfen werden, um den Ausstieg aus der Atomenergie zu erreichen.
Sozialdemokraten und Grüne machen damit den Ausstieg aus der Atomenergie abhängig vom geltenden Recht.
Wir sind der Meinung, daß die zivile Nutzung der Atomenergie, die "sich spätestens nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl mit seinen katastrophalen Folgen als unverantwortliches Risiko erwiesen hat", (Zitat aus Punkt 7. der Koalitionsvereinbarung) nicht dem geltenden Recht entsprechen kann. Insofern scheint die von Sozialdemokraten und Grünen abgegebene Erklärung, im Rahmen des geltenden Rechtes alle Möglichkeiten ausschöpfen zu wollen, um den Ausstieg zu erreichen, ganz in unserem Sinne zu sein.
Jedoch besteht offenbar nicht die geringste Übereinstimmung in den Vorstellungen von dem, was als geltendes Recht anzusehen ist.
So haben Sie und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im niedersächsischen Landtag, Hannes Kempmann auf einer Veranstaltung in Buxtehude am 16.6. dieses Jahres keinen Hehl daraus gemacht, daß Sie aus rechtlichen Gründen den Ausstieg aus der Atomenergie nicht für möglich halten. Und Dr. Marion Schole, MdL, Die Grünen, hat auf einer Pressekonferenz in Holzminden zu Grohnde Stellung bezogen und erklärt, "daß hier in den nächsten vier Jahren nichts geschehen wird; die rechtlichen Voraussetzungen stehen dagegen."
Hier stellt sich für uns die erste Frage, um deren Beantwortung wir bitten.

Wieso haben Sozialdemokraten und Grüne vereinbart, im Rahmen des geltenden Rechtes alle Möglichkeiten zum Ausstieg auszuschöpfen, wenn sie doch das geltende Recht so auslegen, daß es einen Ausstieg nicht zuläßt?
Nach den bekannt gewordenen Äußerungen, müssen wir - die Unterzeichnerinnen - davon ausgehen, daß Sozialdemokraten und Grüne den Standpunkt vertreten, daß den Betreibern des Atomkraftwerkes Grohnde der Rechtsanspruch auf Betrieb ihres Reaktors in Grohnde in voller Kenntnis und Akzeptanz des Risikos der Atomkatastrophe zugestanden werden muß.
Wenn Sie aber einen Rechtsanspruch auf den Betrieb eines Atomkraftwerkes Grohnde anerkennen, dann verweigern Sie damit den betroffenen Bürgerinnen - also auch uns, den Unterzeichnern - den Rechtsanspruch, aufgrund des Risikos Schutz vor den Schadensfolgen der möglichen Atomkatastrophe durch Widerruf der Betriebsgenehmigung zu verlangen.
Die Unterzeichner vertreten jedoch die Meinung, daß eine Rechtsauffassung, die die Bevölkerung schutzlos unbeherrschbaren Risiken aussetzt, mit den Menschenrechten und damit auch mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist.
Nach dem Grundgesetz, in dem die Menschenrechte ihren Niederschlag gefunden haben, hat die Bevölkerung in der Bundesrepublik einen Anspruch auf eine menschenwürdige Existenz und auf Schutz von Leben, Gesundheit, Eigentum und Lebensraum.
Die vollziehende Gewalt - also die Ihnen unterstellte atomrechtliche Behörde - ist an diese Rechtsansprüche als unmittelbar geltendes Recht gebunden.
GG Art. 1 (Schutz der Menschenwürde)
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtssprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Eine Rechtsprechung, die diese Grundrechte nicht berücksichtigt, kann daher für die Ihnen unterstellte atomrechtliche Behörde nicht bindend sein.
Für uns ergibt sich daher folgende zweite Frage:
Warum nutzen Sie zur Durchsetzung des Ausstiegs aus der Atomenergie nicht die Möglichkeiten des Grundgesetzes, das doch unmittelbar geltendes Recht darstellt?
Vortragen möchten wir Ihnen auch noch, daß uns die Ausführungen unter Punkt 8. der Koalitionsvereinbarungen Verständnisschwierigkeiten bereiten.
Dort ist u.a. zu lesen, daß die Stillegung des Reaktors in Stade im Rahmen des geltenden Rechtes durchgesetzt werden soll, sofern die bestehenden Sicherheitsbedenken nicht ausräumbar sind.
Die Koalitionsparteien haben in den Vereinbarungen erklärt, daß sich die Nutzung der Atomenergie als unverantwortbares Risiko erwiesen hat. Dieses Risiko ist doch deshalb unverantwortbar, weil es sicherheitstechnisch nicht beherrschbar ist. Infolgedessen lassen sich bei keinem Atomkraftwerk die Sicherheitsbedenken - also auch nicht bei Stade - ausräumen.
Wir möchten Sie deshalb bitten, ausdrücklich zu erklären, daß auch ergänzende und erneute Überprüfungen des Atomkraftwerkes Stade nicht zu dem Ergebnis führen können, daß für das AKW Stade der Eintritt einer Atomkatastrophe auszuschließen ist.
Wir hoffen auf eine baldige beantwortende Stellungnahme und sehen ihr mit großem Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen
gez. : Renate Blume, Jutta Dehn, Irmelar Erckenbrecht, Gisela Güffens, Werner Herrmann, Roland Kennerknecht, Traute Kirsch, Dieter Meimbresse, Klaus Schröder, Irmgard Westerwelle,
im Auftrag der Gruppen.

Die Grünen Kreisverband Northeim, Irmela Erckenbrecht, Bachstr. 16, 3412 Nörten-Hagenberg
Energiewende Springe, Renate Blume, Hindenburgstr. 20, 3257 Springe
Rintelner Frauen und Mütter gegen Atomkraft, Gisela Güffens, Ostcontrescarpe 22, 3260 Rinteln
Rintelner Friedensinitiative, Werner Herrmann, Bäderstr. 21, 3260 Rinteln
Gruppe für Frieden, Umwelt und Ökumene der ev. luth. St. Lukas-Kirchengemeinde, Dieter Meimbresse, Kirchenstr. 3, 3255 Lauenau
AG Schacht Konrad e.V., Klaus Schröder, Bleckenstädter Str. 24, 3320 Salzgitter-Beckenstädt
UNRAST Unser Recht auf Stillegung, Traute Kirsch, Zum Buchholz 3, 3472 Beverungen
Mütter gegen Atom Bielefeld, Irmgard Westerwelle, Ditfurthstr. 39 b, 4800 Bielefeld
BI Rheine gegen Atomanlagen, Jutta Dehn, Wielandstr. 4, 4400 Rheine
Pastor Roland Kennerknecht, Umweltbeauftragter des ev. luth. Kirchenkreises Bodenwerder, Mitglied der AG der Umweltbeauftragten der ev. luth. Landeskirche Hannover, Amtsstr. 188, 3251 Ottenstein.

LeserInnen-Brief

Hallo "atom"!
Ich möchte auch meinen Senf zu "Deutschland", der Frankfurt-Demo und dem Radikalen-Linken-Kongreß geben (Sommernr. der atom).
"Damals" habe ich mich sehr gefreut, daß es überhaupt eine Demo "gegen Deutschland" gibt, war aber hier im Wendland sehr beschäftigt und konnte nicht hin.
Die letzten drei Absätze der Rede von Trampert haben mich aber befremdet.
In den abgedruckten Reden sind kaum konstruktive Vorschläge gemacht, wie ein "Deutschland" denn aussehen könnte, und in den letzten Absätzen wird es deutlich: es ist nur Ablehnung da, "ganz und gar destruktiv" Sand ins Getriebe streuen ist angesagt. Da mache ich nicht mit... ich möchte zwar Sand im Getriebe sein, aber auch FÜR etwas anderes eintreten.
Wie kann mensch "Deutschland" an sich ablehnen? Ich kann die politischen und wirtschaftlichen Strukturen, die auf deutschem Boden herrschen, ich kann deren Weiterverbreitung ablehnen, ich kann das Dritte Reich verabscheuen und diese Vergangenheit ins Bewußtsein rufen, ich kann deutschen Nationalismus ablehnen, ich kann die Wiedervereinigung ablehnen in der Art und Weise, WIE sie gemacht wurde. Aber "Deutschland" ist für mich zunächst mal ein Stück Land, auf dem Menschen leben, und die "Wiedervereinigung" ist wahrscheinlich weder zu verhindern noch rückgängig zu machen.
Und was soll es heißen, "dieses deutsche Monstrum von innen zu schwächen"? Wer, was soll geschwächt werden?
Bei mir bleibt das Gefühl zurück, die DemonstrantInnen haben u.a. gegen sich selbst demonstriert, weil es "so gut wie keine Differenzierungen gab. "Deutsch = schlecht" war das Motto, so bleibt es bei mir hängen: am besten alles ausrotten, "Deutschland" ersatzlos streichen.
Das atom-Streitgespräch fand ich besser, differenzierter, weniger emotional.
Aber was viele gegen das "Mitgestalten" haben!
Solange ich nicht auswandere, in ein Ökodorf abtauche oder eine erfolgreiche separatistische Aktion mache, gestalte ich mit, weil ich hier lebe (und wenn ich politisch was mache, erst recht).
Eine erfolgreiche separatistische Aktion - damit meine ich die Abspaltung eines Teils von Deutschland - diesen Traum habe ich mal geträumt. Abgesehen davon, daß er utopisch ist, hat er noch einen entscheidenden Nachteil: Wenn ich mich abspalte, wird mir legitimerweise jegliches Mitspracherecht (was jetzt schon mehr als dürftig ist) abgesprochen. Aber mir geht es ja darum, "mitzusprechen". Wir "sprechen mit", indem wir unsere Meinungen, unseren Willen, kundtun und denken doch auch, einiges davon müßte in die Tat umgesetzt werden (z.B. AKWs abschalten).
Wahrscheinlich meint Ihr mit dem Mitgestalten, was die Grünen machen. Aber auch wir gestalten mit, nur auf eine andere Weise. Auf eine Weise, die viel zu wenig Gewicht im gesellschaftlichen Leben hat (das außerparlamentarische, das parteienlose...). Diesen Punkt sollten wir uns mal näher anschauen....
Den 5-Punkte-Vorschlag der Radikalen Linken finde ich allerdings sehr gut. "Projekt einer Koordination verschiedenster Strömungen, die sich radikal links begreifen".
Das ist genau, was ich auch für nötig halte, nur frage ich mich, wieviel Leute vielleicht von dem Wörtchen "radikal" abgeschreckt werden, womit von vornherein ziemlich enge Grenzen gezogen werden, wer dort mitmacht.
Alles in allem bleibt bei mir ein ungutes Gefühl zurück, nachdem ich die Beiträge von der Frankfurt-Demo und vom Radikalen-Linken-Kongreß gelesen habe.

25.9.90

Sonja Wallenborn, Prezelle

Der Wahlkampf ist vorbei, die Wahlen sind gelaufen, aber die Redaktion kennt das unwesentliche Ergebnis noch nicht (gewählt wurde zum Zeitpunkt des Drucks). Sicher ist in jedem Fall: Eine nicht unbedeutende Zahl westdeutscher Linker hat PDS gewählt. Grund genug, uns mit dieser Partei auseinanderzusetzen. Zwei eher grundsätzliche Stellungnahmen aus der Redaktion spiegeln sicherlich auch die gespaltene Seele der alten BRD-Linken wider. Dazu noch ein Beitrag, der ausführlich das Verhältnis der PDS zur „zivilen Nutzung" der Atomenergie untersucht und dabei nicht viel Gutes findet.

PDS

pro & contra

Alter Wein mit neuem Gysi

Es ist schon eine merkwürdige Angelegenheit: Da hat eine Partei, die sich sozialistisch nannte, den Sozialismus erst zur Tragödie, und dann zur Farce werden lassen. Sie hat einen Repressionsapparat aufgebaut, dessen Schrecken sich allein durch den Vergleich mit dem Faschismus relativierte. Sie hat das geistige Leben des Landes auf ein stupides Apologetentum reduziert und die kreativsten Geister außer Landes gejagt. Sie hat ökonomische und ökologische Verhältnisse hinterlassen, die die Zustände in vergleichbaren kapitalistischen Ländern als nahezu paradiesisch erscheinen lassen. Und diese Partei – die SED – soll für Linke relevant, wählbar, ein Hoffnungsträger sein? Ist sie natürlich nicht. Niemand hat schließlich die SED gewählt. Sondern die PDS.

Die wundersame Wandlung der Betonstarren SED zur „links-ist-lebendig"-PDS vollzog sich auf zwei unterschiedlichen Ebenen: Zum einen auf der Basis des realen Machtentzugs, zum anderen in der Wahrnehmung der (oder besser: einiger) westdeutschen Linken. Beides sagt noch nichts darüber aus, inwieweit die programmatische Neuorientierung der PDS etwas mit linker, alternativer, radikaler Politik zu tun hat, oder ob sie nur eine marktgerechte Anpassung des alten Parteiladens an die neuen Verhältnisse bedeutet. Meines Erachtens spricht fast alles für die zweite These.

Die Neuorientierung der PDS vollzog sich...

Die SED/PDS hat die Macht nicht, als es an der Zeit gewesen wäre, freiwillig aus der Hand gegeben. Sie hat sich – länger als alle anderen osteuropäischen KP's (Rumänien ausgenommen) – gegen demokratische Tendenzen gewehrt. Sie hat sich erst dann für Reformen geöffnet, als diese Öffnung als letztes Mittel zum Machterhalt erschien. Sie hat keine Panzer gegen das Volk eingesetzt wie eine Militärdiktatur, soviel sei ihr zugestanden (obwohl sie offenbar mit dem

»Als die PDS noch SED hieß, war sie eine zutiefst militaristische, ausländerfeindliche, Menschen und Umwelt zerstörende Partei. Nun wird sie dadurch, daß sie – um diese Vergangenheit zu verdrängen – in den Wendemantel schlüpft, noch lange nicht links.
Denn auch die PDS bleibt in ihrer Kontinuität. Sie legt, indem sie kalt die Inhalte ihrer Opfer besetzt, einen Zynismus an den Tag, zu dem wohl nur Deutsche fähig sind – oder gibt es eine solche funktionierende Lüge wie die PDS in Osteuropa ein zweites Mal?

Freya Klier

Gedanken gespielt hat). Aber sie hat sich durch ihr An-die-Macht-Klammern die Legitimation selbst entzogen und hat die DDR sturmreif gemacht für das westdeutsche Kapital. Die Raubritter können nach Osten reiten, weil den Menschen dort dieser Raubzug leichter zu erdulden schien als das bisherige Leben in der Burg.

Damit – und zusammenhängend mit den übrigen Veränderungen in Osteuropa – endet tatsächlich eine Epoche – die des realsozialistischen Experiments. Das ist nicht nur in einzelnen Erscheinungsformen gescheitert. Gescheitert ist der Versuch, Politik und Wirtschaft nach den Interessen der Bevölkerung planvoller zu gestalten, indem über den demokratischen Zentralismus der mehrheitliche Wille festgestellt und über zentrale Planungsinstanzen exekutiert wird. Gleichgültig in welchem realsozialistischen Land, zu welcher Zeit und zu welcher realsozialistischen Tagesform: Erkennbar hat weder das eine noch das andere funktioniert, wurde aufs Ganze gesehen weder der demokratische Mehrheitswille festgestellt noch überhaupt irgendwas – und sei es nur der Wille der zentralen Planungsinstanzen – wirklich planvoll exekutiert. Was blieb, war der verzweifelte Versuch, die Defizite an Demokratie und wirtschaftlicher Effektivität durch vermehrte Bürokratie und politische Kontrolle auszugleichen.
Mit der zentralen Wirtschaftsplanung und dem demokratischen Zentralismus haben sich zugleich aber auch die wichtigsten Bruchlinien zur Sozialdemokratie erledigt. Wer heute nach Alternativen zum kapitalistischen System sucht, muß sich auf die mühevolle Suche nach neuen Utopien machen, oder er landet im Lager der linken Sozialdemokratie, die im Ernstfall (oft genug bewiesen) keine linke mehr ist, sondern eben nur noch Sozialdemokratie.

Das ist denn wohl der Strang, an dem die PDS heute zieht. Die Rasanz ihrer Wende ließ für kaum etwas anderes Platz. Sie hätte sich diesen Raum schaffen können. Am ehrlichsten durch die eigene Auflösung. Was sie tat, war das genaue Gegenteil: Sicherung des eigenen Parteiladens unten den neuen realpolitischen Prämissen. Das zusammengeklaubte Parteivermögen wurde gehortet oder über GmbHs an alte Seilschaften verteilt, solange es irgend ging. Als Wahlprogramm zauberte sie eine Mixtur hervor, die stark an die synthetischen Programmsuppen des DGB erinnert. Versetzt mit grünen Zugeständnissen an den Zeitgeist im Westen sowie mit deutschtümelnden Zugeständnissen an den Zeitgeist im Osten. Popuäre Formeln übernahm sie, so Jutta Ditfurth, „bis hart an die Grenze des Copyright-Bruches".
Vermarktet wurde das Ganze mit unsäglich leeren Waschmittel-Wahlkampf-Parolen,

die vor allem zum Ziel haben, den Begriff „links" für die PDS zu reklamieren: „Links ist lebendig", „Links tut gut", „Links ist unbequem", „Links ist unabhängig".
Unpopuläre Sachthemen, die gerade den Linken eine besondere Verantwortung abverlangten, spielten im Wahlkampf der PDS keine Rolle und wurden offenbar bewußt im Hintergrund gehalten. In einer zentralen Wahlkampfschrift, offenbar eine Kurzform des Wahlprogramms, findet sich beispielsweise die klotzige Überschrift: „Unser Ziel: Ein demokratisches und soziales Deutschland". Zur Ausbeutung der 3. Welt oder zur Behandlung der Asylantenfrage in eben diesem Deutschland findet sich im folgenden Text kein einziges Wort.
Das gleiche gilt für Themen, die mit der traditionellen technologischen Fortschrittsgläubigkeit der SED/PDS kollidieren: das Atomprogramm, die Gentechnologie, der ausufernde Autoverkehr – alles keine Wahlthemen. Der Begriff „links", den die Partei so vehement für sich reklamiert, erfuhr durch sie gerade im Wahlkampf eine sinnentleerende Reduzierung.
Als Oberverkäufer und wichtigster Verkaufsschlager zugleich fungiert Gregor Gysi. Nichts kennzeichnet besser den jämmerlichen Zustand der PDS als seine Begründung, warum er nach dem Bekanntwerden des hornochsigen Millionen-Transfers nicht zurücktreten wollte: Sein Rücktritt hätte das Ende der PDS bedeutet. Zugegeben war die Sache selbst seinen Rücktritt nicht wert. Aber was für eine politische Kultur beherrscht die PDS, wenn ihr Wohl und Wehe von einem einzigen Leithammel abhängt?

»PDS-Vertreter haben das Loblied der „Modernität" und des „hohen technischen Niveaus" des Kapitalismus gesungen. „Modern" heißt gar nichts außer „neu". Das ist kein Wert als solcher. Das „hohe technische Niveau" baut auf hemmungsloser Plünderung der ökologischen und menschlichen Ressourcen in der sogenannten Dritten Welt auf und hinterläßt seine Opfer auch in der reichen Bundesrepublik. Die Illusion, man könne Technik und Wissenschaft aus den konkreten kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnissen herausschneiden, war immer der SED, der KPdSU und der SPD gemein.«

Jutta Ditfurth

Eine autokratische Parteistruktur, ein auf vordergründige Wählerwirkung bedachtes Wahlprogramm, ein inhaltsleerer, aber professionell inszenierter Wahlkampf: die PDS verrät ihre Herkunft. Mag sie in der zitierten Wahlkampfschrift auch behaupten: „Wir bringen die demokratischen Erfahrungen des 41. Jahres der DDR ein: runde Tische, direkte Demokratie, Bürgerkomitees..." – sie machte diese Erfahrungen als Inhaber der bröckelnden Macht. Die PDS ist nicht als oppositionelle Strömung entstanden, sie kennt nicht den rebellischen Geist, der die unorthodoxe Linke im Westen gegen alle Widrigkeiten am Leben hielt. Der PDS ist jene politische Kultur fremd, die für oppositionelle Basisbewegungen kennzeichnend ist: Mißtrauen gegen parteiinterne Machtballung, gegen Obergurus, gegen Parteiladenpolitik, gegen das Einseifen der WählerInnen. Restbestände einer solchen Kultur sind immer noch bei den Grünen sichtbar. Die PDS kennt sie nicht und wollte sie – über den Weg der Selbstauflösung und einer Neukonstituierung von unten – auch nicht kennenlernen. Die SED war eine Partei zur Verwaltung der Staatsmacht, die PDS ist eine Partei zur Verwaltung der restlichen Macht. Sie wird das recht und schlecht tun, bis ihr bei den nächsten Bundestagswahlen die (undemokratische) 5%-Hürde den Garaus bereitet und ihr eine Existenz zuweisen wird, die sich wenig von der der DKP der 70er Jahre unterscheiden wird.

... in der Wahrnehmung einiger westdeutscher Linker

Die DKP war innerhalb der westdeutschen Linken kein sonderlich geschätzter Faktor. Mit der PDS ist das zumindest bei Teilen der Linken anders. Die Frage ist, warum. Warum lassen dieselben Linken, die bei den Grünen jede Abweichung von radikalen Positionen inquisitorisch geißelten, dieselben oder weitgehendere Abweichungen augenzwinkernd durchgehen? Die Atomenergie, das Gewaltmonopol des Staates, der neue Nationalismus – zentrale Problembereiche, bei denen das Wahlprogramm der PDS keineswegs klarer und radikaler wäre als das der Grünen, eher schlimmer. Mechanismen gegen parteiinterne Machtstrukturen – wie etwa Unvereinbarkeit von Parlamentsmandat und Vorstandsposten oder Rotationsprinzip – sind bei der PDS kein Thema. Da hängen sie hinter den Grünen her.

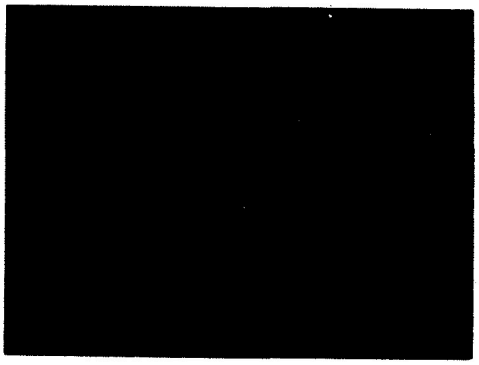
Was also macht für Linke den Reiz der Partei aus? Daß Gysi den Hetztiraden im Bundestag rhetorisch gewachsen ist? Daß nach fast 40 Jahren endlich mal wieder Kommunisten oder zumindest doch Sozialisten im Bundestag sitzen? Daß die PDS dort Interessenswahrer des Ausplünderungsobjektes Ex-DDR sein könnte?
Unterstellen wir einmal nicht derartige vordergründige Emotionalität. Unterstellen wir das Gefühl, daß mit der Wahl pro PDS der verbreiteten Hetze gegen alles Linke und Oppositionelle entgegengetreten werden soll. Die SED, als staatstragende, reaktionäre Partei, war den meisten Linke zu Recht keine sonderlichen Sympathien wert. Die PDS, als entmachtete, aber (in der DDR) noch politisch relevante Partei besitzt dagegen diese Sympathien. Ausschlaggebend ist nicht der völlige Bankrott der realsozialistischen Programmatik und die hilflose, konservative Reaktion der PDS darauf. Ausschlaggebend ist ihre Situation als Objekt von Hohn und Haß der westdeutschen Bourgeoisie. Da wird verdrängt, was nicht verdrängt werden dürfte, um zu retten, was nicht mehr zu retten ist.

»Die Frage für uns ist: Wenn wir als Linke nun auch noch auf den Parlamentarismus setzen, von wem wollen wir dann noch außerparlamentarischen Widerstand erwarten? Wir haben die Befürchtung, daß die Linke Liste/PDS sehr schnell zu einem endgültigen Begräbnis systemoppositioneller Politik wird. Die Bereitschaft vieler radikaler Linker, PDS zu wählen, ist weniger in politischen Inhalten begründet, als in der zweifelhaften Hoffnung, diesen Staat noch einmal richtig zu ärgern. Der Einzug der Linken Liste / PDS ins Parlament dürfte von den Rechten jedoch längst einkalkuliert sein.«

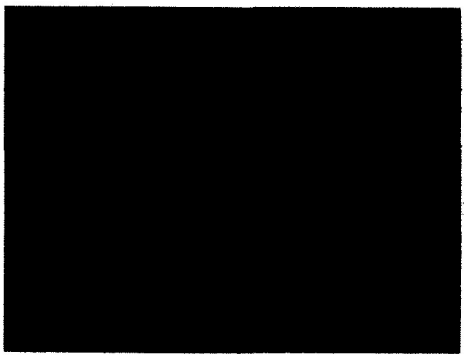
Aktion gegen Atomanlagen
Kamen / Bergkamen

Sicher gebührt der PDS, soweit sie linke Positionen vertritt, auch linke Solidarität und eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Sie aber darüber zum Hoffnungsträger für die marode westdeutsche Linke zu erheben, heißt, die politischen Erfahrungen dieser Linken in den letzten 20 Jahren zu negieren. Die alternativ-grüne Bewegung in der BRD war auch ein Produkt des Scheiterns traditioneller sozialistischer Politik der westdeutschen Linken. Mit Recht erwies sich diese Bewegung daher als resistent gegen die Versuche von sozialistischen Gruppen à la DKP, Demokratische Sozialisten (DS) oder K-Gruppen, die diversen Basisaktivitäten in traditionelle Strategie-Strickmuster zu pressen. Auch die Grünen wehrten sich dagegen, wenn auch zumeist unter Verzicht auf radikale Positionen überhaupt. Doch linke Kritik an den Grünen, soweit sie diese Erfahrungen berücksichtigt, kann unmöglich zur PDS hinführen. Sie müßte führen zur Stärkung von oppositionellen Strukturen außerhalb der Parteiläden, zur Verbreitung von Skepsis in die Gestaltungsmöglichkeiten der Parlamente, zur Bewahrung radikaler Forderungen gegenüber kapitalistischer Sachzwanglogik, und sie muß führen zum Weiterdenken gesellschaftlicher Utopien, die sich am Scheitern traditioneller sozialistischer Gesellschaftsentwürfe nicht vorbeilügen.

Bernd B.



PDS / oder was?



Die PDS, kein Zweifel, hat für Furore gesorgt. Wie der Teufel ist sie unter die versprengten Reste der weitgehend orientierungs- und perspektivelosen Linken gefahren, hat deren Gemüter in Wallung versetzt und die ohnehin nicht allzu ausgeprägten Strukturen und Zusammenhänge der Szene gehörig durcheinander gewirbelt.
Der Kommunistische Bund (KB), die letzte der noch verbliebenen K-Gruppen aus den 70er Jahren, scheint wegen unüberbrückbarer interner Widersprüche in der „PDS-Frage" kurz vor seinem Ende zu stehen. Seit Monaten befehden sich auf den Seiten der DB-Zeitung „Arbeiterkampf", aber auch auf anderen publizistischen und politischen Bühnen, eine Mehrheit (die mit der PDS sympathisiert) und eine Minderheit der Organisation (welche die PDS scharf kritisiert) aufs allerheftigste. Während führende GenossInnen der KB-Mehrheit mit an vorderster Front den PDS-Wahlkampf etwa in Hamburg, Mecklenburg oder Nordrhein-Westfalen organisierten, mobilisierte die Minderheit die „außerparlamentarische Opposition gegen Deutschland" zu einer Wahlboykott-Konferenz nach Hamburg. Zentrale Mottos der Veranstaltung: Keine Stimme für Deutschland! Reichstagswahlen – Ohne uns!
Der Radikalen Linken (RL) erging es ähnlich. Vor gut anderthalb Jahren von versprengten Linken fast aller Coleur – Ex-Grüne wie Rainer Trampert und Thomas Ebermann, Noch-Grüne wie Jutta Ditfurth und Manfred Zieran, DKP-Reformer wie Georg Fülberth und ehemalige „Arbeiterkampf"-Redakteure wie Detlev zum Winkel, Autonome wie die Frankfurter „Lupus"-Gruppe und Anarchisten wie Michael Wilk – als lokkerer Diskussionszirkel ins Leben gerufen und mit der „Nie wieder Deutschland"-Demo (Frankfurt, 12.5.) sowie dem „Kongreß Radikale Linke" (Köln, Anfang Juni – die atom berichtete über beide Veranstaltungen) gut gestartet, entzweite sich (fast) ob der Frage einer Wahlbeteiligung, resp. eines Aufrufes zugunsten der PDS. Eine Mehrheit der RL unterstützte schließlich die o.g. Hamburger Boykottkonferenz samt deren inhaltlicher Losung; eine Minderheit fand zwar die Veranstaltung als solche sinnvoll, präferierte aber, so wörtlich, „andere Optionen zur Reichstagswahl".

Schließlich hat die PDS auch in der Göttinger atom-Redaktion eine vergleichsweise lebhafte Debatte ausgelöst. Vergleichsweise lebhaft deshalb, weil, anders als bei Diskussionen und Einschätzungen etwa über Strategien der Atom-Mafia und Widerstandsaktionen der Anti-AKW-Bewegung, endlich einmal unterschiedliche Positionen – die des Nichtwählers, des Grünen-Wählers und des PDS-Wählers nämlich – artikuliert wurden und aufeinanderprallten.
Keiner von uns, auch der Autor dieses Beitrages nicht, begreift die PDS derzeit als einen, geschweige denn **den** Hoffnungsträger der deutschen Linken. Keiner von uns ist in die PDS eingetreten oder beabsichtigt dies in absehbarer Zeit zu tun, keiner von uns arbeit in Ortsgruppen oder anderen Gremien dieser Partei mit. Bei **unserem** Streit ging und geht es ausschließlich um die Frage, ob es Gründe gab/gibt, die PDS am 2. Dezember oder auch bei späteren Anlässen zu wählen – oder eben nicht.
In vielen grundsätzlichen Kritikpunkten – die wesentlichen hat Bernd B. in seinem Artikel benannt – waren wir uns sogar einig. Die PDS ist eine hierarchisch aufgebaute Partei. Die übergroße Mehrheit ihrer Mitglieder besteht aus alten SED-Kadern; nach dem Zusammenbruch der DDR – und der Umbenennung der Partei in PDS – hat es nur wenige tausend Neueintritte gegeben. Die PDS geiert nach „Bündnisfähigkeit" und Anerkennung durch die SPD, bzw. ist ihrem Selbstverständnis und ihrer politischen Praxis nach selber eine (links-)sozialdemokratische, reformistische Partei. Das Programm der PDS ist teilweise diffus. Die Partei steht nicht für einen konsequenten Ausstieg aus der Atomenergie. Und so weiter.

»Die Preisgabe der prinzipiellen Parlamentarismus-Kritik, die sogar die Grünen in den ersten Jahren ihrer Gründung auszeichnete und die sie im nachhinein als geradezu radikales Projekt erscheinen läßt, ist ein Indiz für den systemkonformen Charakter des neuen Wahlprojekts PDS/Linke Liste, dessen Initiatoren sich zwar gerne auf Rosa Luxemburg berufen, den von ihr immer wieder formulierten Unterschied zwischen „parlamentarischem Kretinismus" und demokratischer Politik aber lieber nicht reflektieren. Nun ist die PDS Nachfolgeorganisation einer Staatspartei, die sich zu keiner Zeit durch revolutionären Elan oder durch besonderes Interesse an spontanen Massenaktionen ausgezeichnet hat. Daß ihre Mitglieder jetzt das bloß formale Verständnis von sozialistischer Demokratie plötzlich durch die Begeisterung für die Rituale der ebenfalls bloß formalen bürgerlichen Demokratie ersetzen, kann also ernstlich niemanden erstaunen.«

Oliver Tolmein (Konkret)

Unterschiede gab und gibt es allerdings in der Bewertung dieser Kritikpunkte. Noch einmal: Die PDS kann für uns aus den genannten und anderen Gründen auf absehbare Zeit nicht die Organisation sein, die unseren Traum von einer besseren, gerechteren Welt verkörpert, nicht **die** Partei sein, die wir uns schon immer gewünscht haben. Die PDS bietet außerparlamentarisch überhaupt keine attraktiven Alternativen zur Organisation in Bürgerinitiativen, autonomen Gruppen usw. Die PDS ist eine Partei, die am 2. Dezember zu den Bundestagswahlen angetreten ist und allenfalls in diesem Zusammenhang der Wahlen eine Alternative oder das „Kleinste Übel" darstellt.
Ganz neu war, daß den Wahlen auch von vielen nicht-reformistischen Linken mit einem Mal eine gewaltige Bedeutung beigemessen wurde. Die Boykotteure (nicht nur) der KB-Minderheit, die den politischen Stellenwert von Wahlen zu bürgerlichen Parlamenten für die Linke in der Vergangenheit zu Recht nicht allzu hoch eingeschätzt hatten, schrieben: „Die Wahl des 2. Dezember ist keine wie jede andere. Schon ihre Festsetzung als Reichstagswahl war ein Bestand-

teil der ökonomischen und diplomatischen Blitzkrieg-Strategie für den Griff zur Weltmacht. Mit ihrer Durchführung soll und wird die Bevölkerung die Auslieferung der DDR an Alt-Nazis, Spätgeburtler, NATO-Stäbe und die Deutsche Bank nachträglich legitimieren." Schön formuliert, aber doch ein wenig überhöht und überinterpretiert das Ganze, meine ich.

Auf der anderen Seite gibt es diejenigen, die es bei den Wahlen lieber mit den Grünen halten. Von ihnen wird das Programm der PDS zerpflückt, zerfetzt und zerrissen, daß es eine wahre Pracht ist. Da wird triumphierend aufgedeckt, daß es in der PDS unterschiedliche Vorstellungen über den Zeitpunkt des Ausstiegs aus der Atomenergie gibt – und daß diese Unterschiede sogar öffentlich zugegeben werden. Da wird moniert, daß die PDS gar nicht oder nur unzureichend Stellung zur Gentechnologie, zum Ausbau des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs und anderen Themen bezieht. Alles richtig, denke ich, aber **so** wichtig ist ein Wahlprogramm doch wieder auch nicht. Wer von Euch hätte und hat denn die Latte ähnlich hoch bei den Grünen angelegt? Wer von Euch hat denn das Wahlprogramm der Grünen auch nur mit annäherndem Aufwand studiert und Haare in der ideologischen Suppe gesucht? Wer von Euch wüßte denn nicht, daß es bei den Grünen – was z.B. den Ausstieg aus der Atomenergie betrifft – vielleicht programmatische Reinheit gibt, in der politischen Praxis jedoch verflucht trübe aussieht? Was nützen denn die tollsten Ausstiegsbeschlüsse, wenn es in der „rot-grünen" Koalition in Hessen die Grünen waren, die wirksame Ausstiegsschritte geradezu verhinderten, die selbst in ihren Forderungen noch hinter Positionen der linken Sozialdemokratie zurückfielen? Wenn in Niedersachsen von der Stillegung auch nur eines Atomkraftwerkes aus grünen Regierungsmündern nicht mehr die Rede ist? Ich halte es für in hohem Maße unaufrichtig, der PDS **in Abgrenzung zu den Grünen** programmatische Unklarheit und „Rechtsabweichlerei" vorzuwerfen, und für unzutreffend, die Grünen als fortschrittliche Alternative zur PDS darzustellen. Die Grünen, die immerhin Leute in ihrer Partei dulden und ungerügt lassen, die sich – wie Ober-Realo Udo Knapp – unverhohlen für ein aktives militärisches Engagement der BRD am Golf einsetzen.

Die PDS hätte sich, um ihre Läuterung und ihre Abkehr von der SED glaubhaft zu demonstrieren, auflösen und neu konstituieren müssen, lautet ein weiterer von Linken wie bürgerlichen Parteien unisono erhobener Vorwurf. Wirklich? Wäre eine Auflösung und Neugründung, womöglich unter anderem Namen, wirklich „glaubhafter" gewesen? Ein besserer „Beweis" für Läuterung, Wende, Neubeginn, Abkehr und tausendmalige Abkehr von der SED? Die PDS, und das ist in Anbetracht der Verhältnisse (s.u.) legitim, wollte natürlich arbeitsfähig bleiben, wollte einen Teil ihrer Strukturen, ihrer Organisation und ihres Geldes retten und hat deshalb den politisch eher waghalsigen Weg beschritten, den des Weitermachens.

Warum PDS wählen? Zeit des kurzen Bestehens der Partei haben der bürgerliche Staat, seine Parteien und seine Medien so gut wie nichts unversucht gelassen, der PDS Knüppel zwischen die Beine zu werfen, sie zu behindern, zu kriminalisieren, zu diffamieren und zu zerschlagen. Das fing an mit dem von den Altparteien einmütig durchgepaukten, später vom Bundesverfassungsgericht revidierten Wahlgesetz. Das setzte sich fort über die Ankündigung, die PDS auf ihre „Verfassungstreue" überprüfen und von den Geheimdiensten bespitzeln zu lassen, über Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse gegen PDS-Mitglieder, über öffentliches Nachdenken über ein Verbot der Partei. Und das hört noch lange nicht auf bei den Nachrichten-Redaktionen, die ihren SprecherInnen bis zum Abwinken „Die PDS, Nachfolgepartei der früheren SED" ins Redemanuskript schreiben. Allein, um der staatlichen Verfolgungswut, die zur Zeit v.a. die PDS trifft, etwas entgegenzusetzen – und sei es ein noch so mickeriges Wahlkreuz – macht(e) eine Stimmabgabe für diese Partei durchaus Sinn.

Zum viel-zitierten und viel-kritisierten „Gysi-Effekt". Abgesehen von der grundsätzlichen Fragwürdigkeit einer auf einen Ober-Guru zugeschnittenen Parteipolitik ist es auch schlicht bedauerlich, daß die PDS nicht über weitere Persönlichkeiten vom Schlage und Format Gregor Gysis verfügt. Gysi ist den Anfeindungen, den Haßtiraden, den von allen übrigen Parteien mit brachialer verbaler Gewalt vorgetragenen Anti-PDS-Kampagnen intellektuell und rhetorisch gewachsen – wie lange er das psychisch und physisch durchhält, ist eine andere Frage –, und es bereitet tatsächlich einige Freude, den alerten PDS-Chef die Vorwürfe parieren und die Mäuler seiner Gegner schäumen zu sehen. Die Bundestagsdebatten – bzw. das, was in dieser Schwatzbude unter Debatte firmiert – können durch Gysi und möglicherweise andere PDS-RednerInnen an Farbe, vielleicht auch an inhaltlichem Gehalt nur gewinnen. Schließlich und mit all den oben skizzierten Vorbehalten bezüglich der politischen Bedeutung des Parlaments: Gegen eine (weitere?) Fraktion links von der SPD dürfte doch eigentlich kein/e Linke/r etwas einzuwenden haben. Oder?

R.

PDS-Supermarkt Atomkraft

Vom Ja-zu-Atom bis Sofortausstieg: Alles im Angebot

Das die *PDS/LINKE LISTE* nach den Wahlen vom 2. Dezember im neuen Reichstag sitzt, kann uns, könnte der Anti-AKW-Bewegung (oder denen, die als AKW-Gegnerinnen noch in Bewegungszusammenhängen aktiv sind), relativ schnuppe sein. Was uns nicht unberührt läßt ist, daß viele Linke mit denen wir zusammengearbeitet haben, explizit auch viele, die über Jahre all ihre politische Kraft in den Kampf gegen Atomstaat und System gelegt haben, heute in dieser Partei einen neuen Hoffnungsträger für die Linke sehen, sich für und in dieser Partei engagieren. Was es wohl oder übel notwendig macht sich mit der *PDS/Linken Liste* auseinanderzusetzen, ist, daß sie zur Frage der Atomenergie Position bezogen hat und PDSler in Schlüsselstellungen von Atomanlagen der ehemaligen DDR den Weiterbetrieb dieser Anlagen organisieren.

In diesem Artikel soll die Position der *PDS/Linken Liste* zur Atomenergie vorgestellt und kritisch analysiert werden. Das Ergebnis mag angesichts des allgemeinen Trends des Erneuerungsprozesses der Partei von Stalinismus zu Sozialdemokratismus nicht verwundern, bleibt aber nichtsdestotrotz, auch weil die *PDS/Linke Liste* sich selbst als neue politische Kraft links von der Sozialdemokratie und links von den nach rechts abdriftenden *GRÜNEN* versteht - sich sozusagen als Ersatz-Grüne anbietet - ein Gegenstand der Kritik.

Die Haltung zur Atomenergie war in der *PDS/Linke Liste* von Anfang an eine Frage, an der die Positionen hart pro und kontra gegeneinander standen. Die *PDS* hatte es vermieden diese Widersprüche in offener, kontroverser Debatte auszutragen. Die Kritik der Atompolitik der SED wurde in der Partei-Erneuerungsdiskussion ausgeklammert. Auch in ihrem neuen Programm vom Februar '90 drückt sich die *PDS* um eine Positionsbestimmung zur Nutzung der Atomenergie herum. Nur mit einem Satz wird das Thema überhaupt angesprochen, gleichzeitig aber vom Tisch gewischt. Der einzige Grund dafür ist, den Weiterbetrieb der Anlagen aufrechtzuerhalten. Hatte die *SED* 40 Jahre lang einen gesellschaftlichen Konsens für ihren Ausbau der Atomenergie ohne Skrupel a priori vorausgesetzt, stiehlt sich die *PDS* heute unter Berufung auf einen herbeizuführenden gesellschaftlichen Konsens sozialdemokratisch gewendet aus der Verantwortung. *"Über die weitere Perspektive der Kernenergie in unserem Land muß ein gesellschaftlicher Konsens herbeigeführt werden"*, heißt es in dem einzigen Satz zu dem sich die *PDS* in ihrem Februar-Programm zur Atomenergie durchringen konnte.

In der Wahlprogrammdiskussion von *Linker Liste* und *PDS* kam das Thema neu auf die Tagesordnung. Das Ergebnis: Diesmal wurde innerparteilich der Dissens festgehalten: *"Der Ausstieg aus der Atomtechnologie ist angesichts der unbeherrschbaren Risiken und des nicht gelösten Problems der Endlagerung unverzichtbar. Über die Zeit- und Schrittfolge des Ausstiegs aus der Atomenergie existiert innerhalb der Linken Liste/PDS ein Dissens zwischen Befürwortern eines schrittweisen sozial abgefederten Ausstiegs und denjenigen, die auf Grund der unvertretbaren Risiken einen sofortigen Ausstieg verlangen."*

Mit dem Satz, der Ausstieg aus der Atomenergie sei unverzichtbar, hat die *PDS/Linke Liste* eine Formel gefunden, die für das angestrebte politische Handeln in Sachen Atomenergie vollkommen nichtssagend bleibt. Er enthält keinerlei politische Handlungsmaxime. Es bleibt eine Phrase.

Vorausgegangen war dem Beschluß eine kontroverse Debatte, in der insbesondere VertreterInnen der *Linken Liste* "weitergehendere" Aussagen als den jetzt festgehaltenen *"Dissens"* durchzusetzen versuchten. Was sie mit ihrem Programmentwurf als Vorgabe in die Debatte einbrachten war allerdings nicht der Sofortausstieg, oder gar die sofortige Stillegung aller Atomanlagen, sondern war die Formel, zu der die Forderung nach Sofortausstieg mittlerweile auch bei den *GRÜNEN* verkommen ist, dem *"sofortigen Übergang auf eine ökologisch akzeptable Energiekonzeption für ganz Deutschland"*. Das ist ohne jegliche zeitliche Qualifizierung, welche Zeitspanne denn für diesen Übergang zu veranschlagen sei, nur noch "Schwamm". Warum ist selbst diese völlig unverbindliche Formel auf eine derartig harte Blockade getroffen?

Eine Partei - drei Positionen

In der *PDS/Linke Liste* gibt es nicht nur den *"Dissens zwischen Befürwortern eines schrittweisen sozial abgefederten Ausstiegs und denjenigen, die auf Grund der unvertretbaren Risiken einen sofortigen Ausstieg verlangen."* Die Darstellung der

PDS - Atompropagandist Kühne: *"Kernenergie die am besten ökologisch verträgliche Energieform"*

innerparteilichen Widersprüche im Wahlprogramm als *"Dissens"* beschönigt die real existierenden Fronten in der Partei an der Frage der Atomenergienutzung. Neben den im Programm genannten beiden Strömungen gibt es in der *"PDS"* eine alteingesessene, einflußreiche Atomlobby aus 40 Jahren *SED*-Atomausbaupolitik. Diese Lobby propagiert nicht nur die weitere Nutzung der Atomenergie, sondern betreibt sie gleichzeitig auch noch, indem sie weiterhin in Schlüsselstellungen der DDR-Atomanlagen tätig ist. Das heißt, in der *PDS/Linke Liste* koexistieren zur Zeit Atomkraftgegnerinnen - vermittelt über sozialdemokratisch modernisierte Ausstiegs-AtompolitikerInnen - mit AtomlobbyistInnen.

Das Kräfteverhältnis dieser drei Strömungen in der Partei läßt sich schwer einschätzen. Klare Verhältnisse gibt es nur im Landesverband Mecklenburg/Vorpommern. Dort halten die BefürworterInnen der Atomenergie in der *PDS* die Mehrheit.

Die Atomlobby

Die *PDS-Mecklenburg/Vorpommern* hat sich *"für die friedliche und sichere Anwendung der Kernenergie ausgesprochen."* Horst Weissflog, Mitglied in der Kommission Umweltschutz der PDS kommentiert diese Entscheidung im *Neuen Deutschland* vom 27. Juli zustimmend mit der Äußerung: *"Mittelfristig gibt es nach meiner Meinung keine vernünftige Alternative in dieser Region. Es ist auch ökonomisch sinnvoll, den jetzt im Probebetrieb befindlichen Block 5 ebenfalls nachzurüsten, die Blöcke 6 -8 mit BRD-Leit- und Sicherheitstechnik zu versehen und damit sicher betreiben zu können."*

Die *PDS*-Atomlobby hält ihre Bastionen an den Standorten der atomaren Anlagen der ehemaligen DDR. Ihre VertreterInnen sitzen in Schlüsselstellungen dieser Anlagen. Überall vor Ort, da wo als Erstes ein Widerstand zu entwickeln notwendig wäre, steht die *PDS* pro Atomenergie auf der Betreiberseite:

* In **Greifswald** kämpft der ehemalige Geschäftsführer des Atomkraftwerkes Wolfgang Brune heute als *PDS*-Abgeordneter für den Erhalt des Kraftwerkskomplexes. Seiner Meinung nach ist *"mit heutigen technischen Mitteln und einer gut ausgebildeten Bedienungsmannschaft ein sicherer Betrieb möglich."* (ND 11.9.90) Noch offensiver argumentiert der *PDS ler* Jürgen Kühne, Mitarbeiter für Umweltschutz- und Strahlenschutzforschung beim AKW Greifswald für die Atomenergie: *"Wir Greifswalder wollen uns nicht nachsagen lassen, daß wir nur wegen der Sicherung unserer Arbeitsplätze um die Kernenergie kämpfen. Dessenungeachtet sind wir der Meinung, daß ohne Kernenergie zumindest mittelfristig die Energieprobleme global nicht zu lösen sind."... "Gerade die Kernenergie ist doch die am besten ökologisch verträgliche von allen Energieformen, die zur Zeit für die Anwendung überhaupt in Frage kommen."* (ND 12.10.90)

* Im **Atomforschungszentrum ZFK Rossendorf** bei Dresden, einer Anlage die 5 mal soviel Radioaktivität an die Umwelt abgibt wie Greifswald, stellen *PDSler* die Institutsleitung. Auch hier wird kein Zweifel an der Fortsetzung der Arbeiten gelassen.

PDS-Umwelttechnokrat Hegewald: *Dialog von Gegnern und Befürwortern, Betreibern und Regierenden organisieren."*

* In **Stendal** gibt es einen Kreistagsbeschluß, in dem sich mittlerweile zumindest für ein 3-Jahres-Moratorium ausgesprochen wird. Die *PDS*-Stendal kämpft aus "Arbeiterinteressen" gegen dieses Moratorium und stellt sich damit klar auf die Seite von Siemens/KWU, die dort bereits in Lauerstellung liegen, um einsteigen zu können.

* In **Morsleben**, dem Standort des Atommüllendlagers der ehemaligen DDR, gibt es keine *PDS*-Gruppe. Aber der Betriebsleiter des Endlagers DR. Ebel ist Mitglied der *PDS*. Seit Juni ist er im Kampf für den Erhalt "seines" Endlagers dabei, der Bundesregierung Morsleben als Ersatz für den Schacht Konrad anzudienen. Er gibt sich zwar als Atomkraftgegner, meint aber, irgendwo müsse das Zeug ja hin.

Das heißt, es gibt in der ehemaligen DDR bis auf das Uranabbaugebiet Wismut, von wo die örtliche Position der *PDS* nicht bekannt ist, keinen einzigen Standort, an dem die *PDS* auch nur eine atomkritische Position vorzuweisen hätte. Im Gegenteil: Angesichts der Phalanx der AtombefürworterInnen vor Ort sieht es da für einen Widerstand grausig aus.

Die Ausstiegs-/AtompolitikerInnen.

Exponiertester Vertreter eines *"schrittweisen sozial abgefederten Ausstiegs"* in der *PDS* ist Prof. Dr. Heimar Hegewald. Er ist Vorsitzender der Kommission Umweltpolitik beim Parteivorstand. Das heißt, die zukünftige AKW-Politik der *PDS* wird maßgeblich unter seinem Vorsitz geformt.

Alle bisherigen Äußerungen Hegewalds deuten auf eine lupenrein sozialdemokratische Konzeption zukünftiger AKW-Politik der *PDS* hin. Teilweise wörtlich wird dabei die hiesige *SPD*-Argumentation übernommen:

* Notwendig sei *"eine neue Sicherheitsphilosophie"*, denn die Risiken von Atomkraftwerken seien *"auch philosophische Probleme insofern dort Wahrscheinlichkeiten und der Glaube an Wahrscheinlichkeiten eine Rolle spielt."* (ND 12.10.90) Das kennen wir aus Schleswig-Holstein. Dort wird über Ausstieg auch mehr philosophiert, als daß er praktisch angegangen wird. Und die Wahrscheinlichkeiten verschieben sich so auch dort - Glaube hin oder her - immer mehr vom Ausstieg zu einem neuen GAU.

* *"Ausstieg aus der Kernenergie hieße, sofort Alternativen anzubieten - im Sine der Kommunalisierung und Demokratisierung der Energiewirtschaft sowie im Sinne radikaler Energieeinsparung."* (ND 12.10.90) Das verschiebt den Ausstieg auf den St. Nimmerleinstag und stellt die Sache auf den Kopf. Nicht der Ausstieg aus der Atomenergie, das Brechen der Macht der Atom- und Energiekonzerne, soll danach Voraussetzung dafür sein, daß überhaupt eine Energiewende stattfinden könne, sondern erst müsse die Energiewende geschafft werden, damit mit dem Ausstieg begonnen werden könne.

* Die Formel des *PDS*-Programms vom Februar 1990, die weitere Perspektive der Atomenergie - Ausbau oder Ausstieg - von einem gesellschaftlichen Konsens abhängig zu machen, ist genau der Haken, an dem auch die *SPD* ihren 10-Jahres-Ausstieg auf dem Nürnberger Parteitag 1986 aufhängte. Daß auch hier tatsächlich ein Konsens mit der Atomindustrie gemeint ist, kommt in einem großen *ND-Rundtischgespräch* zum Ausdruck, wo Leonard Bienert, Oberbauleiter Ersatzinvestitionen Greifswald, der Position der *PDS* in Greifswald genau diesbezüglich etwas positives abzugewinnen versucht: *"Ich glaube, es wäre ein unglaubliches Politikum, das auch bis in die Bundesrepublik ausstrahlen würde, wenn sich Leute aus der Atomindustrie hinstellen und sagen: So, wir haben Interesse daran, über alternative Konzepte zu diskutieren. Wir stellen uns nicht gegen den Ausstieg, sondern wenn man uns eine Beschäftigungsmöglichkeit gibt, haben wir das Interesse, aus unserer Kompetzenz, aus dem Arbeitskräftepotential etwas zu machen - zumindest so etwas wie eine alterna-*

tive Regionalentwicklung für Greifswald." (ND 12. 10. 90)

Hegewalds Positionierung im innerparteilichen Konflikt deutet eher darauf hin, daß ein Ausgleich mit den AtombefürworterInnen gesucht wird, als daß zusammen mit den West-Linken Front gegen die alte SED-Atomlobby gemacht wird.

Als bereits die sehr verhaltenen Diskussionen im Vorfeld der Verabschiedung des Wahlprogramms *"besonders unter den PDS-Mitgliedern im Norden für Unruhe"* sorgten, war es Hegewald, der sich bemühte, die Fronten zu glätten und die Gemüter zu beruhigen. *"An solchen Konflikten sollten sich die Partei nicht unnötig aufreiben"* meinte er nach dem Bericht des *Neuen Deutschland* und schlug vor, *"in Greifswald eine "ständige Anhörung" als Institution zu schaffen, wo die Kernenergie-Probleme öffentlich diskutiert werden. Damit Gegner und Befürworter der Kernenergie, die Verantwortlichen in den Kraftwerken sowie die jeweils Regierenden im Gespräch bleiben."* (ND 11.9.90)

Während gegenüber der innerparteilichen Atomlobby geschlichtet und geglättet wird. Während selbst die ganz Verbockten, die immer noch nicht kapiert hatten, was denn schrittweiser sozial abgefederter Ausstieg wirklich heißt noch einmal beruhigt wurden, daß jeder Konflikt an dieser Frage wirklich völlig *"unnötig"* sei, ließ Hegewald in der Abgrenzung gegenüber den West-Linken nichts an Klarheit vermissen: *"Den sofortigen Ausstieg, wie er von Linken in der Bundesrepublik formuliert wurde, können wir im Osten nicht mittragen, weil wir das als eine Illusion ansehen."* (ND 12.10.90)

Was macht die West-Linke in der PDS?

Bisher ist aus den Reihen der *Linken Liste* nur wenig zu hören, wie sie sich eine Anti-Atompolitik mit der *PDS* vorstellt. Das vorgebliche Ziel, der Sofortausstieg, wurde bereits in der Wahlprogrammdiskussion zugunsten der vermeintlich kompromißfähigen Formel des *"sofortigen Übergangs"* geopfert. Die Hoffnung so noch einen Kompromiß zu finden hat sich als Illusion herausgestellt. Auch diese völlig unbestimmte Formulierung war für die *PDS* nicht tragbar (wegen des "Reizwortes sofort", das hier ja nun wirklich nur noch dekorativen Wert hat?). - Und nun?

Zwei Wege sind denkbar. Entweder die Teile der Linken, die jetzt ihr Glück in der *PDS* suchen setzen den über die *GRÜNEN* abgelaufenen Anpassungsprozeß in einer zweiten Welle um der neuen Partei willen fort; geben Schritt für Schritt die in über zwanzig Jahren außerparlamentarischer Opposition und Bewegung entwickelten Erfahrungen und Positionen weiter auf. Oder es werden endlich "Deadlines" an den entscheidenden Essentials linker Politik formuliert - die Frage der Atomenergie gehört dazu - und es wird ein Rückgrat für eine inhaltliche Debatte und einen Positionskampf entwickelt, in dem an solchen "Deadlines" geprüft wird, ob es gemeinsam in dieser Partei geht oder nicht, um gegebenenfalls auch den politischen Bruch in der Partei zu organisieren. Das sollte dann nicht nocheinmal 10 Jahre dauern.

Der Weg in die hemmungslose Anpassung deutet sich in der *Streitschrift* der Ex-DKP-Erneuererströmung an. Hegewalds Plädoyer für einen schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie wird dort als *"ein deutliches Signal für alle Atomkraftgegner, die lange darauf gewartet hatten"* gefeiert. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: gemeint ist ernsthaft, daß AtomkraftgegnerInnen dieses in der Tat *"deutliche Sigrfal"* positiv aufnehmen müßten, nicht etwa als Signal, die Partie für den Kampf gegen Atomanlagen schleunigst abzuhaken! Sollte das neuerdings wieder "Erneuerer"-Position sein, war das wirklich ein kurzer Anti-AKW-Frühling.

Linke Liste - Einsteiger Harald Wolf (Ex-AL): *"Sofortausstieg? - Es ist doch keiner Utopist"* (nach ND 12.10.90)

Auch der Wahlprogrammbeschluß wird in dem Artikel positiv bewertet. Mehr noch: selbst die Koexistenz von GegnerInnen und BefürworterInnen wird nicht als Widerspruch empfunden, sondern als neue Offenheit freudig begrüßt: *"Linke Politikangebote werden sich künftig differenzierter zeigen. Auch hier. Daß sich die Partei in den betroffenen Gebieten für die Kernenergie im Sinne eines Minderheitenvotums aussprechen kann gehört dazu. Die PDS wird damit leben können."* (Streitschrift Nr.2, Okt. 90)

Daß die *PDS* damit leben können wird, mag ja gut angehen. Die Frage ist nur, ob auch eine Linke, die in der BRD über mehr als ein Jahrzehnt entscheidend durch den radikalen Widerstand gegen Atomanlagen geprägt worden ist, noch damit leben können wird.

Ein wenig Hoffnung, daß zumindest nicht alle in der *Linken Liste* sich darauf einrichten, damit leben zu können, machte eine Veranstaltung des Hamburger Landesverbandes der *Linken Liste/PDS* zum Thema *"PDS/Linke Liste und die Anti-AKW-Bewegung"*. Dort wurde der zweite Weg zumindest angedeutet. Georg Wismeier von der *Linken Liste Hamburg*, jahrelang im Anti-AKW-Widerstand aktiv, sagte ganz offen, daß auch er das was die *PDS/Linke Liste* derzeit zur Atomenergie zu bieten hätte, nur als ein *"Wischi-Waschi-Programm"* bezeichnen könne, das *"so nicht tragbar"* sei. Das hieße auch, *"wer gegen Atomkraft ist, kann am 2. Dezember nicht PDS wählen"* (taz-hh 14.11.90), fügte allerdings - was die taz nicht schrieb - hinzu, daß der natürlich, einschließlich der *Grünen*, auch keine der anderen Parteien wählen könne. Er denke zwar, daß man/frau trotzdem *"wenn auch nicht rein in, so doch ran an"* die *PDS/Linke Liste* müsse. Noch gebe es dort Bewegung, könnten Positionen verändert werden. Werde das bestehende Programm allerdings *"über einen kurzfristigen Zeitpunkt hinaus festgeschrieben"* könne es *"für AKW-GegnerInnen nur die eine Schlußfolgerung geben, den Verein zu verlassen."* den bestehenden Dissens könne die *Linke Liste/PDS* nicht lange aushalten. *"Eine Klärung muß auf dem nächsten Parteitag erfolgen. Alles andere wäre unehrlich."* Das, so Georg Wismeier, wolle er *"als Diskussionsmöglichkeit"* anbieten.

Diese Diskussion wird allerdings wohl erstmal in der *Linken Liste* geführt werden müssen. Zu befürchten ist derzeit wohl eher, daß die West-Linken sich an die neuen sozialdemokratischen Standards der *PDS* anpassen werden. Es wäre ja schön, wenn's mal anders laufen würde. Dann dürfte es allerdings nicht nur bei solchen politisch völlig unverbindlichen persönlichen Erklärungen bleiben, sondern müßte wirklich die Diskussion um inhaltliche "Deadlines" in der Partei begonnen werden. Für AKW-GegnerInnen könnte die *Linke Liste* nur Attraktivität gewinnen, wenn sie schon mal anfinge den politischen Bruch raus aus der Partei zu organisieren. Das Ende ist ja schon absehbar. Selbst bei erfolgreicher Intervention der West-Linken würde die *PDS/Linke Liste* in der Atomfrage nur noch begrünt werden. Zur Zeit deutet nichts realistisch darauf hin, daß sie auch nur über ein seicht-sozialdemokratisches Ausstiegskonzept hinauskommt. Von Beidem brauchen wir nicht zwei.

r.k.

High Noon am Golf

Alle Zeichen stehen auf Krieg. Zum Ende des Jahres werden sich in der Golf-Region etwa 1 Million hochbewaffnete Menschen gegenüberstehen - angriffsbereit.
Alle Bemühungen, eine diplomatische Lösung herbeizuführen, sind an der Halsstarrigkeit der Kriegstreiber auf beiden Seiten gescheitert. Auch alle Publicity-Tricks des irakischen Herrschers (Geiselfrage) vermochten es nicht, einen Keil in die internationale Kriegstreiberfront zu hauen.
Weihnachten und die Jahreswende wird noch in aller "Friedfertigkeit" gefeiert, und danach werden wir, wenn es kein Einlenken irgendeiner Seite gibt, täglich am Fernsehen und in der Zeitung die bisher größte Multimedia-Show aller Zeiten - vom Count Down bis zum bitteren Ende (besser als der beste Krimi) - erleben.

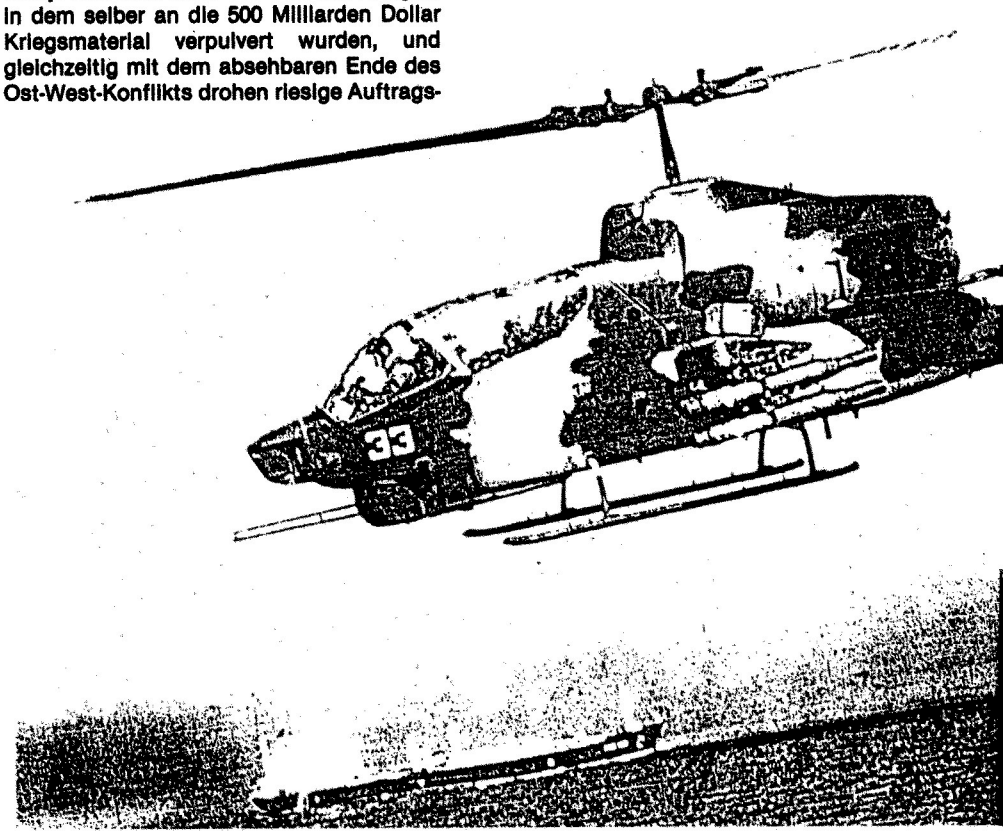
Am 9. November setzten sich die Falken um US-Präsident Bush trotzig über alle Verhandlungsbemühungen der verschiedensten Initiativen hinweg. Bush kündigte die Aufstockung der US-Kontingente am Golf auf Angriffsfähigkeit bis zum Jahresende an.
Konkret heißt dies, 450.000 Irakern mit 4.300 Panzern und 700 Kampfflugzeugen stehen 500.000 Soldaten der multinationalen Truppen (davon USA: 380.000) mit 2.700 Panzern (USA: 2.000) und mehr als 1.000 (USA: 700) Kampfflugzeugen gegenüber.
Rechtzeitig zum 30. November hat sich die USA zudem vom UN-Sicherheitsrat die weltweite Legitimation zu einem Angriffskrieg mit allen Waffen geben lassen. Pünktlich zum 30.11., da ab dem 1.12. Jemen die USA im Vorsitz des UN-Sicherheitsrats ablöst und schon vorher verlauten ließ, daß es einer solchen Resolution nicht zustimmen werde.
In der französischen Zeitung "Liberation" wird ein Angriff der westlichen Truppen zwischen dem 15. Januar und dem 15. März erwartet. Nicht früher, da sich die neuen Truppen vorher noch nicht akklimatisiert haben und nicht später, weil die Kriegshandlungen ansonsten mit dem Beginn der Großen Hitze und mit den alljährigen Pilgerungen nach Mekka kollidieren. Letzteres würde zumindest ein Abbröckeln der arabischen Front bedeuten, wenn nicht sogar das Risiko religiös bestimmter Aufstände gegen die saudi-arabischen Fürsten.

Kriegsinteressen

Ob dies ein kurzer Krieg, oder eine ermüdende lange Material- und Menschenschlacht wird, hängt sicherlich nicht zuletzt von den jeweiligen Interessen der Beteiligten ab.
Die Saudis und Kuwaitis jedenfalls haben größtes Interesse an einer schnellen Entscheidung. Die Saudis wegen gefürchteter wachsender Opposition im eigenen Königreich; die Kuwaitis, weil jeder Tag, den "ihr" Land ohne mittelalterliche Fürstenregierung lebt, sich weiter in der neuen Realität etabliert und nicht so ohne weiteres in ein Fürstentum zurückzuverwandeln ist.
Aus dem Mund Beteiligter dieser beiden Fürstenhäuser kam dann auch schon - ohne bisher zurückgepfiffen worden zu sein - die Forderung, auch Atombomben gegen die irakischen Eindringlinge einzusetzen.
Dies scheint tatsächlich die einzige Option für einen kurzen Krieg zu sein.
Und nicht zuletzt George Bush bringt in den letzten Wochen bei allen Gelegenheiten immer wieder die atomare Option ins Gespräch, bisher allerdings nur als "Defensiv-Waffe", für den Fall, daß die Iraker Giftgas einsetzen oder selbst in den Besitz der Atomwaffe kommen sollten. Selbst wenn dies seitens des US-Präsidenten nur verbales Getrommel sein mag, um in den USA eine stabile Mehrheit für eine konsequente Kriegsführung am Golf zu gewinnen, so ist es doch beängstigend, wie locker hier von den höchsten Verantwortlichen der beteiligten Länder mittlerweilen mit dieser Waffe umgegangen wird.
Es gibt aber auch Beteiligte, die Interesse an einer längeren Auseinandersetzung haben. Zuallererst die internationale Waffenlobby. Seit dem Ende des Iran-Irak-Krieges, in dem selber an die 500 Milliarden Dollar Kriegsmaterial verpulvert wurden, und gleichzeitig mit dem absehbaren Ende des Ost-West-Konflikts drohen riesige Auftrags- und Absatzlücken. Da wird in mancher Chefetage jeder weitere Kriegstag freudig erwartet.
Aber nicht nur dort, auch die Falken in Israel und der Türkei haben ihr heimliches Interesse an einer längeren Auseinandersetzung. Israel, weil zu erwarten ist, daß sich die palästinensische Jugend in diesem Krieg zum Kanonenfutter machen läßt, und die Türkei, weil sie im Schatten des großen Konflikts ihr eigenes kleines Problem mit den Kurden leichter zu lösen glaubt.

Anti-Kriegs-Bewegung

In welche Richtung sich diese absehbare Katastrophe entwickelt, da werden wir selber keinerlei Einflußchancen haben. Die Entscheidung liegt bei der US-Regierung, sie hat sich ihren Blankoscheck von der internationalen Völkergemeinschaft geholt, der nicht einmal den Einsatz der Atomwaffen ausschließt.
Und selbst in den USA, wo sich schon heute eine nennenswerte Opposition gebildet hat, wird die Bush-Administration garantiert ein halbes Jahr Zeit haben, um so zu agieren, wie sie es für nötig hält. Bis dahin werden zigtausende von Menschen gestorben sein. Trotzdem kann es keinen Grund geben, bei aller Hoffnungslosigkeit und Identifikationsschwierigkeiten, offensiv und aktiv ge-



gen das Abschlachten anzugehen. Ansatzpunkte gibt es jede Menge.
Nicht zuletzt der Aufruf der GRÜNEN zur Kreigsdienstverweigerung und Fahnenflucht trifft ins Schwarze (auch wenn sie es selber vielleicht gar nicht so konsequent meinen), gerade vor dem Hintergrund der Rolle der Bundeswehr in diesem "Noch-Konflikt". (Siehe dazu die Dokumentation des Aufrufs und nebenstehenden Artikel zum Bundeswehreinsatz).
Ebensolche Ansätze bieten die am Waffenexport beteiligten Firmen oder, mindestens genauso dringend, die Asylgesetzgebung: Millionen Menschen werden zu Flüchtlingen werden und auf der Suche nach einem neuen Lebensort sein.
Dies ließe sich fortsetzen.
Verblüffend ist allerdings, daß sich die radikale linke Opposition in diesem Land (und dies, obwohl es ausgezeichnetes Hintergrundwissen gibt) bisher nicht verhält und das Feld der traditionellen Friedensbewegung überläßt und all deren Aktivitäten mit einem abschätzigen Lächeln oder heftiger Kritik versieht.
Dabei gilt es, schleunigst in die Hufe zu kommen und eine wirkungsvolle Opposition gegen den bevorstehenden Krieg zu organisieren.
Die in den letzten Jahren aufgebauten Schranken zur sog. "traditionellen" Friedensbewegung dürfen hier kein Hinderungsgrund sein. D.h., die unabhängige Linke **m u ß** sich an den Konferenzen und Treffen, die sich jetzt ergeben, offensiv und aktiv einbringen, und vor allem über den eigenen Schatten der Arroganz springen.

Bundeswehr: Manöver in »voller Kriegsstärke«

Am 3. Oktober, dem Tag, an dem er deutscher Kriegsminister wurde, erklärte Gerhard Stoltenberg gegenüber der US-Zeitschrift „Forbes", deutsche Soldaten gegebenenfalls binnen kürzester Frist an die türkisch-irakische Grenze verlegen zu wollen. Wenn der Vorschlag gemacht werde, alliierte Truppen innerhalb der NATO-Struktur an jene Front zu schikken, gebe es auch mit dem Grundgesetz nicht das geringste Problem. (taz, 15.10.90)

Drei Tage später wurde die Bildzeitung konkret: Im Führungsstab der Bundeswehr habe man Pläne vorbereitet, um binnen 72 Stunden ein 60 Tornado umfassendes Geschwader der Bundeswehr auf einen NATO-Stützpunkt in die Türkei zu verlegen. Der Bericht blieb undementiert. (taz, 6.10.90) Bisher haben sich Bundeswehr-Einheiten im Ausland nur zur Bewachung von Materialdepots oder — kurzfristig — zu Ausbildungs- und Manöverzwecken aufgehalten. Eine Stationierung deutscher Soldaten an der NATO-Außengrenze, und dies in einer zugespitzten Vorkriegsphase, wäre somit ein Präzedenzfall. Dennoch haben die bekanntgewordenen Vorbereitungen der Hardthöhe hierzulande bisher so gut wie keine Beachtung gefunden.

Noch brisanter ist freilich das, was an Bundeswehreinsätzen in der östlichen Türkei bereits heute geschieht, und gerade deshalb mit einer Informationssperre belegt ist (1):

1. Seit Mitte September wird in der östlichen Türkei das vorgezogene NATO-Manöver „Deterrent Force" durchgeführt. Beteiligt sind die türkische Armee und die mobile Einsatztruppe der NATO („Allied Mobil Force"), die in erheblichem Umfang von der Bundeswehr gestellt wird. Im wesentlichen dürfte es sich hierbei um Fallschirmjäger-Bataillone handeln, die von ihren Standorten Merzig/Saar, Nagold/Baden-Württemberg oder Iserlohn/Sauerland abkommandiert wurden. Das „Manöver" wurde jeweils auf die Monate Oktober und November ausgedehnt und mittlerweile auf unbestimmte Zeit verlängert. Die türkische Regierung hat über das Manövergebiet eine generelle Einreisesperre für Journalisten verhängt.

Die Nachrichtensperre gilt auch in der Bundesrepublik. Anrufe bei Presseoffizieren der genannten Standorte blieben erfolglos. Über den Verbleib und die mutmaßliche Rückkehr der Fallschirmjäger-Einheiten wird keine Auskunft erteilt.

Rückschlüsse lassen sich allerdings aus dem letzten Manöver dieser Art („Aurora Express", 1.-30.6.1987) ableiten. Damals waren in den kurdischen Bergen 5.000 Soldaten aus sieben NATO-Ländern im Einsatz. Die Bundesrepublik stellte mit 1.000 Soldaten das größte Kontingent. Es bestand *„vor allem aus dem Fallschirmjägerbataillon 261, Merzig, einer Artilleriebatterie, Stabs-, Fernmelde- und Versorgungsteilen sowie einer Staffel der Fliegenden Abteilung 301 des Heeresfliegerregiments 30, Niederstetten"*. Für die Luftwaffenunterstützung wurde *„eine Staffel des Jabo-Geschwaders 43 nach Diyareebakir in Ostanatolien"* verlegt. (Bundeswehr Aktuell, 24.4.1987)

2. Zugleich wird aktuell vor den Küsten Syriens und Israels ein gigantisches NATO-Seemanöver mit der Bezeichnung „Display Determination" durchgeführt. Daran beteiligt sind die im Mittelmeer stationierten Einheiten sowie die ständige NATO-Flotte aus dem Nordatlantik und der Nordsee. Es wurde Mitte September überraschend angesetzt und mittlerweile auf unbestimmte Zeit verlängert. Für die Bundesmarine sind der Zerstörer „Deutschland", und die Fregatte „Bremen" mit ca. 15 Begleitschiffen ausgelaufen. Das „Manöver" im Osten Zyperns läuft erstmals in voller Kriegsstärke, d.h. mit scharfer Munition.

3. Seit Anfang September sind aus Geilenkirchen mindestens zwei AWACS-Einheiten mit gemischtbemannten Besatzungen auf den NATO-Stützpunkt Konya Air Base verlegt worden. Über alle drei genannten Operationen wird in den Medien bis heute Stillschweigen gewahrt. Vom „Spiegel" ist bekannt geworden, daß das Angebot einer entsprechenden Enthüllung explizit abgelehnt wurde. Der mit großem Trara in See gestochene Minensuchverband der Bundesmarine bei Kreta (vgl. AK 322) nimmt sich neben den genannten Truppenbewegungen wie ein Kinderspiel aus. Der Verdacht liegt nahe, daß er die Öffentlichkeit ablenken soll.

Der einmalige Wert der Türkei für Aktionen der Schnellen Eingreiftruppe liegt darin, daß hier eine vollständige und zuverlässige Einflugschneise in taktischer Einsatzweite des Persischen Golfs besteht. Diese Route ist die einzige, die permanent einsetzbar und auch bei längeren Mittelost-Kriegen sicher zu schützen ist. Spätestens seit dem Militärputsch von 1980 wird deshalb die Türkei mit massiver US-amerikanischer Unterstützung zur Basis für mögliche Nah- und Mittelost-Interventionen ausgebaut. Von Anfang an wurde hierbei dem Juniorpartner BRD eine besondere Rolle beigemessen.

Neben der offenkundigen Funktion der NATO-Manöver im Rahmen der Kriegsvorbereitungen gegen den Irak richten sich diese immer auch gegen den inneren Feind, die kurdische Aufstandsbewegung.

aus: Arbeiterkampf 324

Weit weg – da unten am Golf

aus: Interim

In den letzten Tagen vermehren sich die Anzeichen, daß es wohl keine friedliche Lösung der „Golfkrise" geben wird, d.h. es ist (bald?) mit Krieg am Golf zu rechnen. Es stellt sich die Frage: warum verhalten wir hier uns kaum dazu?

So soll dieser Beitrag die bislang dürftige Diskussion anschieben und ist von daher nur bedingt „gebrauchsfähig". Die Schwierigkeiten und Probleme, die schließlich Gründe für das Nicht-Verhalten der linken/autonomen Szene sind, werden angesprochen, ohne aus der daraus folgenden Zerrissenheit einen sicheren Ausgang zu bieten. Folglich ist auch der recht moralische Apell an die Szene mangels anderer, griffiger Mobilisierung quasi der Notausgang.

Während sich in anderen Ländern eine politische Bewegung gegen den Krieg am Golf bildet, die in den USA sogar mit der damaligen Vietnambewegung verglichen wird, es gab in ca. 20 Städten Demos mit über 10.000 Menschen, scheint die Szene hier im Anti-Deutschen-Dornröschenschlaf zu versinken. Zugegeben, der Weg der Solidarität ist in dem Fall reichlich verschlungen und abweichend von unseren früheren Solidaritätsschemata: keine revolutionäre Befreiungsbewegung, keine revoltierenden Menschen bestimmen hier den Kampf(-ablauf), aber es geht genau um sie, wenn wir sagen: „Krieg dem Krieg"; Krieg der Diktatur Saddam Husseins und Krieg den Feldzügen des Imperialismus.

Die Parole drückt aber zugleich unsere Schwierigkeiten einer Positionsbestimmung darin aus; zwar geht der Konflikt Nord gegen Süd, Metropolenmächte gegen Trikont, aber wir können uns auf keine dieser beiden Seiten stellen. Denn das, was Süd in diesem Konflikt darstellt, die Diktatur Husseins, ist für uns genausowenig erhaltenswert wie die Metropolenmächte, allen voran die USA, als Weltpolizisten, wie das (ehemalige) Marionettenregime in Kuwait, wie...

Aktuell geht es um das pure Überleben der Menschen in der Golfregion, es geht um das Existenzrecht der PalästinenserInnen und der KurdInnen, die im Falles eines Kriegsausbruchs an erster Stelle der Betroffenen stehen werden, bzw. schon bei den Truppenaufmärschen jetzt die Leidtragenden sind, und um das Überleben all der anderen Menschen in der Golfregion, deren Stimmen wir aufgrund des lauten Säbelrasselns zwar nicht hören, die uns dann aber hier auf der Straße als Flüchtlinge wiederbegegnen. Erst wenn sich die Menschen dort aktiv (nicht nur) gegen die Kriegstreiberei, sowohl die der Metropolenmächte, als auch die „eigene" wehren, ergibt sich für uns die Möglichkeit, dort positive Bezugspunkte aufzuspüren. Bis jetzt bleibt es allein bei der Position: Krieg dem Krieg am Golf. So scheint die fehlende politisch weiterweisende Bestimmtheit, die sich auch darin ausdrückt eben kein revolutionäres Subjekt zu haben, für das wir uns stark machen können, für viele der Hemmschuh zu sein, sich zur Golfkrise zu verhalten. Sicher ist es politisch nicht sehr zugkräftig in erster Linie aufgrund moralischer oder humanistischer Argumente aktiv zu werden und ebenso sicher laufen wir ständig Gefahr, daß unser Verhalten als Parteinahme für die eine oder andere Seite interpretiert werden kann, aber diese Knackpunkte lassen sich genauso sicher **nicht** durch **Nicht-Verhalten** aufbrechen.

Auch wenn sich der starke Widerstand in den USA darüber erklärt, daß hunderttausende von Amis am Golf im Einsatz sind und Milliarden Dollar in diese Machtprobe gesteckt werden (während im eigenen Land das soziale Elend kraß zunimmt), erklärt das nicht die Tiefschlafphase hier. Als ob sich eine Kriegsbeteiligung nur in der Nationalität der Soldaten äußern würde – überhaupt ein gefährlicher Links-Nationalismus, bei dem eine Betroffenheit eher wäre, wenn „unsere Jungs" da unten verheizt würden.

Abgesehen davon, daß – nicht nur – vom Rhein-Main-Gebiet (Airbase) ständig Soldaten und Kriegsmaterial zum Einsatz an den Golf geflogen werden, hat sich schon längst die Bundeswehr mit Unterstützungsflügen beteiligt, sind Bundeswehreinheiten im Krisengebeit stationiert, ist die Finanzierung der Söldnerheere international. Die Beteiligung der „deutschen" (Rüstungs-)Industrie an früheren Kriegen im „Nahen Osten", wie auch jetzt aktuell (vom Funkgerät bis zur Kanonenfabrik), dürfte wohl auch hinreichend bekannt sein, aber anscheinend kein Grund dagegen anzugehen? Europa und besonders die BRD als Kriegsvorbereitungszentrum stehen nicht erst in weiter Ferne auf dem Plan, Daimler Benz mit MBB und AEG sind in dem Zusammenhang bekannte Namen. Es kann nicht allein darum gehen, daß sich Daimler aus dem Rüstungsgeschäft zurückzieht und dann finden wir alle den Konzern ganz prima und brechen nie wieder Benz-Sterne ab (in diese Richtung scheint die derzeitige Grünen-Initiative zu gehen), aber der Ansatz ist richtig: gerade hier die anzugreifen, die sich an den Kriegen im Golf goldene Nasen verdient haben und die so heute doppelt verantwortlich für den kommenden Krieg am Golf sind.

Das ist praktische Solidarität, die wir hier leisten können –

Gegen den Krieg am Golf!

»DAS TIER VON BAGDAD«

„Hier in der BRD sind chemische Kampfstoffgeschichten eine ganz furchtbare Sache. Kunden im Ausland stört das nicht."
(Dieter Backfisch, Geschäftsführer Pilot Plant)[1])

„Hitler von Bagdad" und „Ölige Ratte": Namen für Saddam Hussein aus dem Vokabular der Demokraten des Westens, die sich sprachlich vom Jargon des Tyrannen durch nichts unterscheiden.
medico international hat – wie kaum eine andere Hilfsorganisation – seit Jahren auf die unvergleichliche Brutalität des irakischen Despoten hingewiesen, meist vergeblich, wie auch ihre Hinweise auf die Namen seiner entschiedenen westlichen Förderer nicht die notwendige Resonanz fanden. Von daher war man bei medico peinlich berührt, als plötzlich das Telefon nicht mehr stillstand: Konservative Zeitungen gratulierten und verlangten dringend weitere Informationen. Journalisten, die stets die Entwicklung biologischer Waffen am Golf verleugnet hatten, wollten nun eilends recherchieren. Und der Staatsanwalt Wechsung trug in seinem Plädoyer im Hippenstiel-Verfahren[2] medico-Sätze wie empfindsame Prosa vor. Peinlich war nicht, was jetzt alles entdeckt wurde, sondern warum es so lange nicht entdeckt werden sollte. Die „Entdeckung" nämlich erfolgt organisiert.
230.000 durch Gift und Mord getötete Kurden im Irak waren für das Westgewissen nämlich nichts; oder nur eine auf den Massenmord orientierte Offerte mit profitablem Kern. Es war ja auch der Golf-Krieg das größte Geschäft der Nachkriegszeit: 500 Milliarden US-Dollar wurden bei dem gigantischen Petro-Dollar-Recycling umgesetzt. Beide Seiten, Iran und Irak, wurden mit Waffen, Gerät und Technik beliefert, die auf der Stelle wieder zerstört wurden. Gesponsert aus den Ölgeldern der Saudis und Kuwaitis. Die Irritation war eigentlich nur der „Frieden", Ergebnis der absoluten Auszehrung der erschöpften Länder und ihrer 1 Mio. Toten. Der Rest der Geschichte, ihre aktuelle Seite, ist rasch berichtet: Saddam Hussein, der den Krieg gegen den Iran „gewann", zu dem die USA ihn mit falschen Versprechungen animiert hatten, drohte, den Frieden zu verlieren. Unter der ungeheuren Last von 80 Milliarden Dollar Schulden stand der Zusammenbruch des Landes bevor. Der um den Sieg gebrachte Sieger mochte diesen Gang der Dinge nicht akzeptieren. In Ansehung der Gläubigerforderungen, auch der Saudis und Kuwaitis, konfiszierte er einfach die Banken eines Geberlandes, indem er sich zu dessen Herrn erklärte. Er setzte darauf, daß man einen potenten Großschuldner, den Irak, nicht einfach zu einer bloßen Sandwolke pulverisiert, wozu die US-Armada mühelos binnen einer Viertelstunde in der Lage wäre – man will sein Geld ja endlich wiederhaben, von einem noch intakten Irak, vielleicht ohne Saddam Hussein, aber allemal noch annähernd solvent.
Unter diesen Umständen kam es dem Westen darauf an, unter Einsatz aller Medienkraft binnen Tagen das Bild eines Erzteufels so überwältigend zu stilisieren, daß möglichst alle Journalisten eine einzige Phalanx von Kriegsberichterstattern bildeten – und zwar auf der verbindlichen Haßlinie: islamischer Osten vs. christlicher Westen. Daß es gelang, belegen auch die Worte des prominenten Grünen Udo Knapp, der die irakische Staatsideologie des Baathismus auf der Stelle als islamische Teufelei erkannte, gegen die („notfalls") ein Krieg wohl eine gute Sache sei. Was macht es, daß der Baathismus eher aus Paris kommt und sein Schöpfer, Michel Aflaq, Christ ist, wenn andere einem ans Geld wollen?
Bei den Deutschen reicht es schon aus, daß sie im Urlaub mehr für ihr Benzin zahlen müssen, damit die Germans to the front sollen. Die Liebe zur Demokratie gilt dann der „legitimen Regierung des Kuwait", das keine Nation darstellt, sondern eine von einem Stamm betriebene riesige Ölförderungsgesellschaft, wo Parlamente nur Fassade sind und ganze 8 % der Bevölkerung ein Wahlrecht haben.
Aber die Grenzen sollen doch wohl unverletzlich bleiben? Sicher! Wie in Palästina. Wie in Panama und Grenada. Der Konflikt spielt sich ab in einer nach dem Niedergang des Osmanischen Reichs gespaltenen arabischen Nation – die Kartographen saßen in London und Paris. Und zwei Drittel der Menschen, die in Kuwait die ganze Arbeit leisten, sind Palästinenser, Pakistanis, Menschen aus Bangladesh: also Vertriebene.
Die Konfliktlinie, die momentan neu entsteht, ist wieder die der Reichen gegen die Armen. Die Führungsrolle dabei fällt den USA zu, die derzeit mit den Konsequenzen ökonomischen und außenpolitischen Niedergangs zu kämpfen haben. Es geht also wieder nicht um das Überleben der Kurden, Araber und Lateinamerikaner.
Und die Armee, die den Weg der Rezession in die ökonomische Depression bekämpfen soll, rekrutiert ihre Berufssoldaten noch aus den Slums der Bronx und den Vierteln der Puerto Ricaner der USA.
Als Anfang der 70er Jahre versucht wurde, die direkte Verbindung zwischen den Rohstoffpreisen und den Industriegütern durchzusetzen, nannte kein geringerer als der Weltökonom Helmut Schmidt dieses gerechte Vorhaben eine „globale Konfiszierung". Was seit kurzem unter dem Titel „Endsieg der Marktwirtschaft" als menschheitsgeschichtlicher Umbruch gewertet und auf deutschem Boden als sich durch die Vereinigung krönender Abschluß der Nachkriegsperiode begrüßt wird, läßt sich als Moment eines längerfristigen Prozesses betrachteten, der die bisher geltenden Zeitordnungen umschichtet. Es sieht so aus, als seien die Deutschen im Begriff, sich an die Spitze der „Herren der Zeit" zu setzen: der deutschsprechende zeitbeherrschende Imam, der da dem Verborgenen entsteigt, kündigt allerdings alles andere als ein Zeitalter der Gerechtigkeit an. Kein anderes Land dieser Erde hat es in diesem Jahrhundert verstanden, die Folgen des Verbrechens, die es begangen hat, in derart blendende Gewinnen zu verwandeln.
Aus dem katastrophal gescheiterten Experiment der Raumeroberung im Osten haben die Deutschen die Lehre gezogen, daß die Zukunft nicht mehr der Herrschaft über Territorien sondern der Herrschaft über die Zeit, über Entwicklungsgeschwindigkeiten und Kreditbedingungen, gehört.
Das „Tier lebt in Bagdad". Deutschland aber ist ein Meister der Zeit. Ein Heer zeitraffend vereinigter Todeskrämer. Unleugbar die Herkunft ihrer Fähigkeit: auf der Höhe ihrer Wiedervereinigung verkaufen sie dem irakischen Diktator das Gas, der damit alle Juden (und Araber) zu vernichten droht. Deutschland ein Meister der Endlösung: der Todeszeit.

Hans Branscheidt; medico international

aus: Dr. med Mabuse, Okt./Nov. 90

Anmerkungen

1 Die Firma Kolb/Pilot Plant (Dreieich) lieferte chemotechnische Produktionsanlagen und Know-how zur Giftgasproduktion an den Irak. Gegen die Firma ermittelt die Staatsanwaltschaft in Darmstadt seit drei Jahren, wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz.

2 Der Prozeß gegen die Firma Imhausen/Hippenstiel (sie hatte Libyen mit der Giftgasfabrik in Rabta beglückt) endete im Juli dieses Jahres mit der Verurteilung des Inhabers Hippenstiel zu 5 Jahren Haft, ebenfalls wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz, und wegen Steuerhinterziehung.

Ölinteressen

Die Dimensionen der Golfkrise reichen weit über die Aggression eines Staates und deren Abwendung hinaus. Der Konflikt hat eine kulturelle Dimension, da der irakische Überfall im öffentlichen Bewußtsein der westlichen Staaten genauso als eine Bedrohung durch den Islam erscheint, wie die militärische Besetzung eines islamischen Landes mit bedeutendsten islamischen Heiligtümern durch „Ungläubige" von Moslems als Bedrohung durch das Christentum empfunden wird.

Neben dieser kulturellen Dimension propagandistischer Schaumschlägereien um die Verteidigung der staatlichen Souveränität Kuwaits wird in den Medien der westlichen Staaten und von führenden Politikern der Vereinigten Staaten unverhohlen zugegeben, daß Saddam Hussein mit seinem Überfall auf Kuwait auch die Ölinteresssen des Westens tangiert hat. Aus der Fülle von Äußerungen sei hier nur Lee Hamilton, Vorsitzender des Unterausschusses für Europa und den Nahen Osten im US-Repräsentantenhaus, aus einem Spiegel-Interview zitiert: „Der Grund für unseren Einsatz am Golf ist viel alltäglicher: Geld und Öl — und wer die Kontrolle darüber ausübt. Wir wollen natürlich auch einen Aggressor in die Schranken weisen." Hamilton benennt zwar wichtige Gesichtspunkte, läßt aber viele neuen Fragen aufkommen. Was sind beispielsweise Ölinteressen, und was verbirgt sich genau hinter diesem konfus unspezifischen Begriff? Wer sind beim Kampf um das Öl die Gewinner und wer die Verlierer? Und welche Vorteile hat schließlich die Kontrolle über das Öl und für wen, für den Westen insgesamt oder nur für die Vereinigten Staaten?

Die einhellige Zustimmung für die sofortige Entsendung der US-Armee in die Golfregion nicht nur in den USA, sondern auch in Westeuropa und die einmütige Meinung westlicher Massenmedien zur Teilnahme der Streitkräfte der übrigen NATO-Staaten an möglichen Militäraktionen gegen den Irak, beruht auf der offen angekündigten Zielsetzung der Militärexpedition, neben dem Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait auch die Ölversorgung des Westens zu sichern. Das Gespenst der Erpressung und Strangulierung des Westens durch den verrückt gewordenen Diktator aus dem Zweistromland geht um die Welt.

Die Bevölkerungen der Ölverbraucherstaaten sind davon überzeugt, daß der Ölfluß aus der Golfregion tatsächlich ausbleiben könnte und in einigen Ländern deshalb unvorstellbar chaotische Zustände herbeigeführt würden. Massenmedien und Politiker dieser Staaten verstärken diese Überzeugung. Für eine solche Annahme, die nachvollziehbare Ängste hervorruft, wird allerdings kein glaubwürdiges Szenario vorgelegt. Sie resultiert entweder aus Unwissenheit oder aber aus der bewußten Irreführung der Öffentlichkeit. Eine reale Beeinträchtigung der Ölversorgung des Westens hat es in der bisherigen Geschichte noch nie gegeben, auch nicht, wie allgemein behauptet wird, während des „Sechs-Tage-Krieges" im Oktober 1973. Und eine ernstzunehmende Unterbrechung des Ölflusses kann es m.E. auch in Zukunft aus folgenden Gründen nicht geben:

● Aus der Sicht der Ölproduzentenstaaten gibt es dafür keinen rationalen Grund. Ihre Ökonomien weisen durchweg stark monostrukturelle Züge auf. Das Überleben der Regierungen und das Funktionieren der Wirtschaft dieser Staaten hängt ganz entschieden vom ununterbrochenen Ölfluß ab. Der Exportausfall von so wichtigen Ölproduzenten wie dem Irak und Kuwait, die zusammen vor der Golfkrise 18% des OPEC-Exports stellten, führt — wie wir sehen — zu keiner Störung des Ölflusses. Umgekehrt wird uns durch ein Handels- und Ölembargo gegen den Irak eindrucksvoll vorgeführt, wie wirksam die Ölwaffe gegen ihre Eigentümer eingesetzt werden kann. Und dies geschieht nicht zum ersten Mal. Bereits 1952/53 haben Großbritannien, die USA und andere westliche Nationen durch einen gemeinsamen Ölboykott die Ölwaffe gegen die erste demokratisch gewählte iranische Regierung unter Mossadegh so lange eingesetzt, bis diese in eine Finanzkrise geführt und in deren Folgen durch einen vom CIA gesteuerten Militärputsch gestürzt wurde.

● Manche Ölstaaten — insbesondere die Scheichtümer und Saudi Arabien — haben sich über ihre existenzsichernde Öleinnahmen hinaus auch durch die Anlage ihres gesamten überschüssigen Kapitals in den westlichen Staaten noch zusätzlich von letzteren abhängig gemacht. Kuwaits Kapital im Westen wird auf mindestens 100 Mrd. US-Dollar, das Auslandskapital der übrigen Scheichtümer und Saudi Arabien auf mindestens 170 Mrd. Dollar geschätzt. Als Gegenmaßnahme zu einer eventuellen Ölembargo seitens dieser Staaten könnte dieses Kapital jederzeit eingefroren oder gar beschlagnahmt werden.

● Selbst im Falle eines nur theoretisch denkbaren — praktisch aber angesichts divergierender Interessen der Golfstaaten unvorstellbaren — gemeinsamen Ölexportembargos der Ölstaaten am Persischen Golf (worst case), verfügen die von den Ölimporten abhängigen Industriestaaten durch Nutzung ihrer strategischen Reserven und Einsparungsmaßnahmen, durch eine Steigerung der Ölproduktion in anderen Weltregionen (Nordsee, Venezuela, Mexikó, Sowjetunion und China) und durch die stärkere Nutzung anderer Primärenergien über vielfältige Instrumentarien, kurz- und auch mittelfristig wesentlich leichter eine „Durststrecke" durchzustehen als die zu 90% von Öleinnahmen abhängigen vermeintlichen Erpresser. Die Tatsache, daß die Ölstaaten des Persischen Golfs bei Zugrundelegung der Daten für 1989 mit 1.081 Mio. t Öl mit ca. 67% an der OPEC-Produktion (1.552,8 Mio. t) und mit 35% an der Weltölproduktion (3.225,3 Mio. t) beteiligt waren sowie lediglich 13,5% des gesamten, aus Öl-, Gas-, Kohle-, Atom- und Hydroenergie bestehenden Weltprimärenergieverbrauchs (8.013,3 Mio, t Öläquivalent) abdeckten, relativiert die ohnehin dramatisch überbewertete Bedeutung der Golfregion für die Weltenergieversorung und verweist auf die breite Palette von Diversifizierungsmöglichkeiten bei der Energieversorgung einschließlich eines weltweit beachtlichen Energiesparpotentials.

Wenn die Ölversorgung des Westens schon aus existentiellen Interessen der Produzenten nicht ins Stocken gerät und daher auch keine politisch-militärische Absicherung durch den Westen braucht, und wenn die Ängste der Bevölkerung in den Verbraucherstaaten zweckbestimmt geschürt werden, dann stellt sich die Frage, was sich hinter dem Schlagwort „Absicherung der westlichen Ölversorgung" eigentlich verbirgt und welche Umstände die Golfregion für den Westen so begehrenswert und für die USA sogar zu einem Gebiet von „vitalem Interesse" werden ließen. Die Behandlung dieser Fragen ist dringlicher denn je, zumal jenes schon immer lächerlich anmutende Gespenst, „die kommunistische Sowjetunion verfolge das Ziel, durch den militärischen Zugriff auf die Golfregion, den Westen zu erpressen", heute nicht mehr an die Wand gemalt werden kann. Hierzu ist ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung der Golfstaaten und ein stichwortartiger Exkurs zur politischen Ökonomie des Öls unvermeidlich.

▶ Verteilungskampf zwischen Nord und Süd ◀

Während um die Jahrhundertwende die Vereinigten Staaten die mit Abstand bedeutendsten Ölproduzenten und -verbraucher der Welt waren und Europa hinsichtlich seines Energiebedarfs weitgehend Selbstversorger war, wurden in den agrarisch-nomadischen, als Kolonie, Halbkolonie, Protektorat und Mandatsgebiet von den Stammesclans bzw. absoluten Monarchien regierten Subsistenzökonomien am Persischen Golf gerade die ersten Ölfunde ge-

macht. Stets auf spärliche Steuereinnahmen und Geschenke von bäuerlich-nomadischen Untertanen angewiesen, muß es den ahnungslosen, mit den Gesetzen der Tauschökonomie und des internationalen Handels nicht vertrauten Herrschern wie ein himmlisches Geschenk erschienen sein, als sie für ein paar tausend Pfund Sterling mit den westlichen Pionieren der später die Weltökonomie beherrschenden Ölkonzerne langfristige Kategorien der Naturalwirtschaft verfangen, wollten und konnten diese Relikte der Vergangenheit nicht begreifen, daß sie für ihr Öl einen Bruchteil dessen erhielten, was die kalifornischen Pächter anstandslos ihrem Öleigentümer als Pachtzins oder Grundrente gewährten. Selbst dann blieben ihnen die Geheimnisse der Marktwirtschaft verborgen, als sich herausstellte, daß die Ergiebigkeit ihrer Ölquellen ein Vielfaches der kalifornischen Ölquellen betrug. Als schlechte Anwälte der Natur und sorglose Verwalter der Interessen der eigenen Völker öffneten sie den öldurstigen britischen, holländischen, französischen und vor allem us-amerikanischen Konzernen in den kommenden Jahrzehnten die Pforten ihrer natürlichen Schatzkammern und wurden mehr oder weniger zu Almosenempfängern und stummen Zuschauern eines noch nie dagewesenen Wirtschaftsbooms in den entwickelten kapitalistischen Ländern, dessen Motor unbestritten eben das zu Schleuderpreisen erworbene Öl aus der Golfregion war. Damit wurde in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord und Süd, zwischen

des Westens

ökonomisch, politisch und militärisch gänzlich ungleichen Parteien, zwischen der fortgeschrittenen kapitalistischen und der stagnierenden traditionellen Produktionsweise ein System mit strukturellem Nord-Süd-Gefälle etabliert, das hinsichtlich seiner Ausbeutungsdimension und der Folgen für die Natur und die Menschheit alle kolonialen Handelsbeziehungen der vergangenen Jahrhunderte in den Schatten stellt:

● Die Ölstaaten der Golfregion wurden in diesem System durch Konkurrenz untereinander dazu verdammt, immer größere Ölfunde zur Ausbeutung freizugeben, so als wären sie unerschöpflich, während die Vereinigten Staaten und in wesentlich stärkerem Maße auch Westeuropa und Japan ihre alte und kostspielige Energieversorgung auf der Basis der heimischen Primärenergie binnen weniger Jahre auf das spottbillige, weil immens unterbewertete Öl aus der Golfregion und zunehmend auch aus Nordafrika (Algerien und Libyen) umstrukturierten. So wurde die Schwäche von unterentwickelten Gesellschaften des Südens rücksichtslos mißbraucht, um ein expansionistisches Wachstumsmodell in den entwickelten kapitalistischen Staaten und Teilen der Dritten Welt zu forcieren, dessen ökologisch destruktive Dimensionen, wie die Überausbeutung von nicht regenerierbaren Energieressourcen bei gleichzeitiger Schadstoffbelastung für die Umwelt und die Erwärmung der Erdatmosphäre, nunmehr immer deutlicher zutage treten.

Unterbewerteter Ölpreis und Überausbeutung der Ölquellen

● Durch das sorglos und in riesigen Mengen für die Weltwirtschaft gefördete Öl zu Niedrigpreisen wurden die Voraussetzungen für die Entwicklung und Anwendung von alternativen, insbesondere regenerierbaren Energien im Norden wie im Süden erschwert und auf Jahrzehnte hinausgeschoben.

● Die Tatsache des unterbewerteten Öls aus der Golfregion und den anderen OPEC-Staaten verschaffte den Regierungen der ölimportierten Staaten des Nordens die Möglichkeit, über wirtschaftspolitische Hebel wie Zölle und Mineralölsteuern über Jahrzehnte auf Kosten der Ölexporteure ihre Staatshaushalte zu sanieren und so hunderte Milliarden Dollar aus dem Süden in den Wirtschaftskreislauf des Nordens umzuleiten.

● Die Verlierer waren bei diesem System ungleicher Handelsbeziehungen auf allen Ebenen die Völker des Südens, da ihnen nicht nur ihre Naturreichtümer unwiderruflich buchstäblich unter den Füßen weggezogen, sondern ihnen obendrein die ökologischen Folgen der im Norden verursachten Energieverschwendung aufgebürdet werden. Auch die im Vergleich mit agrarischen Rohstoffproduzenten des Südens relativ hohen Renteneinnahmen der Ölstaaten gelangen entweder über den Austauch gegen Waffen in den Norden zurück, die wiederum die sozialen, ethnischen und nationalen Konflikte auf die Spitze treiben und mörderische Kriege verursachen. Von den gesamten in den 80er Jahren erzielten Einnahmen von 1.150 Mrd. Dollar haben die ölproduzierenden Länder 460 Mrd. Dollar (40%) für Waffen ausgegeben. Oder aber gelangen diese Renteneinnahmen über die mit dem Norden verbündeten und von ihm abhängigen Petro-Oligarchien Kuwaits, der anderer Emirate und Saudi Arabiens als „überschüssiges Kapital" ebenfalls in den Wirtschaftskreislauf des Nordens und schaffen nicht in Kairo, Alexandria, Amman, Bagdad, Beirut etc. sondern in München, Stuttgart, Paris, London, New York etc. Arbeitsplätze und tragen zur weiteren Anhebung des Wohlstandes des Nordens bei.

Die oben angeführten zwei Phänomene, *erstens* Protektionismus der westlichen Ölimporteure und *zweitens* Existenz von Petro-Oligarchien in der Golfregion, haben sich inzwischen zu wirksamen strukturellen Hebeln für die Lenkung von Kapital und Ölressourcen vom Süden in den Norden entwickelt. Beide Faktoren unterminieren in außergewöhnlicher Weise die Gesetze der Tauschökonomie und des internationalen Handels: In der internationalen Ökonomie gibt es kein einziges Massenimportgut, das so massiv mit Zöllen bzw. Importsteuern belastet wird, wie das Öl aus den OPEC-Staaten. Zölle und Mineralölsteuern auf das OPEC-Öl, die in allen westlichen Industriestaaten erhoben werden und bis zu *Zwei-Drittel* des Endverbraucherpreises ausmachen, haben für die Ölimporteure einzig und allein die Funktion, den OPEC-Ölmarkt mit einem Anteil von ca. 19% an der Weltenergieproduktion von den freien, die restlichen 81% der Weltprimärenergien — Öl, Kohle, Erdgas und Atomenergie — umfassenden Energiemärkten abzuschotten, somit also den Öl-Importpreis künstlich auf einem möglichst niedrigen Niveau zu halten und schließlich die Differenz zwischen dem Öl-Importpreis und dem Endverbraucher-, d.h. dem tatsächlichen Marktpreis, selbst zu kassieren. Diese Differenz übersteigt in der Regel bei weitem den Ölimportpreis und führt dazu, daß folglich auch die Zoll- bzw. Steuereinnahmen der Ölimporteure erheblich höher sind, als die gesamten OPEC-Einnahmen. In der Bundesrepublik Deutschland entfielen beispielsweise vom Endpreis einer 50-Liter-Tankfüllung Treibstoff, der im August d.J. 67,— DM betrug, 41,50 DM (62%) auf den bundesrepublikanischen Staat, 14,50 DM (21,6%) auf die Förderländer (Importpreis), 8,50 DM (12,7%) auf die Mineralölkonzerne und 1,50 DM (3,7%) auf die Tankstellen.

Petro-Oligarchien in der Golfregion

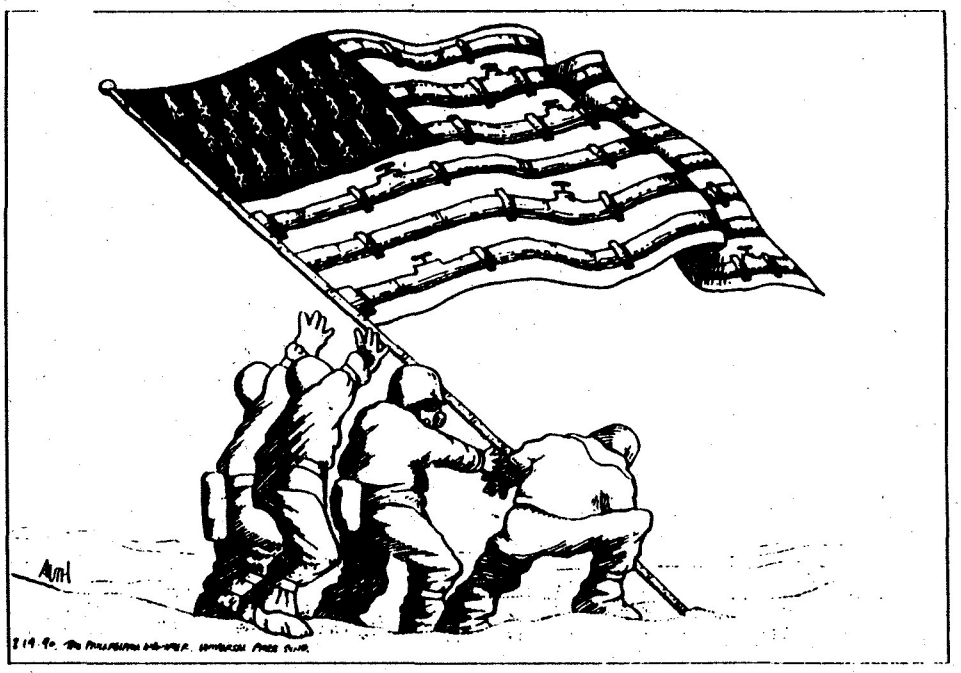
Die Petro-Oligarchien in Kuwait, den Emiraten und Saudi Arabien sorgen ihrerseits dafür, daß das OPEC-Öl auf einem niedrigen Preis gehalten wird, indem sie mit ihrem Ölanteil von ca. 40% innerhalb der OPEC stets für niedrige Preise eingetreten sind und niedrige Preise auch mit ganz wenigen Ausnahmen — teilweise sogar durch die Drohung zur Produktionsausweitung — durchgesetzt haben. Auch die Rolle der Petro-Oligarchien bei der Ölpreisbildung ist, ähnlich wie die der Ölbe-

steuerung durch die Verbraucherstaaten, einzigartig. Es dürfte in der internationalen Ökonomie kein anderes Beispiel dafür geben, daß Warenproduzenten von sich aus eine Preissteigerung für ihre Ware verhindern oder sogar bereit sind, z.B. durch Überproduktion eine Preissenkung zu erzwingen. Ist der Protektionismus der Ölimportsstaaten aus ihrer Sicht nachvollziehbar, so scheint das Verhalten der Petro-Oligarchien gänzlich widersinnig zu sein. Tatsächlich entbehrt auch ein solches Verhalten auf den funktionierenden Märkten jedweder Rationalität. Doch läßt die doppelte Funktion der Petro-Oligarchien, zum einen als Ölproduzenten der Golfregion und zum anderen als Kapitaleigner in den westlichen Industrieländern zu fungieren, ihr Verhalten als Ölproduzenten in einem anderen Licht erscheinen. Als Eigner einer in den USA, Großbritannien, der Bundesrepublik und Japan etc. investierten Kapitalsumme von mindestens 270 Mrd. Dollar — wobei Kuwaits Einnahmen aus dem Auslandskapital bereits über seinen Öleinnahmen liegen — folgen die Petro-Oligarchien offenbar eher der Logik der ölverbrauchenden Ökonomien westlicher Industriestaaten, die bestrebt sind, alle Kostenfaktoren, insbesondere bei importierten Produktionsfaktoren, möglichst niedrig zu halten, als den ökonomischen Rationalitätskriterien der Ölproduktion. Allein die Gesetze der Tauschökonomie machen es bei der ökonomisch rationalen Ressourcenproduktion zwingend notwendig, daß bei nicht regenerierbaren Ressourcen mit steigender Ausbeutung und dem Versiegen der Ressourcen die Preise ansteigen müssen. Dadurch aber, daß die Petro-Oligarachien der Golfregion selbst diese für einen nachhaltigen Schutz von natürlichen Ressourcen unzureichenden Marktgesetze außer Kraft setzen, betreiben sie das Geschäft der Ölkonsumenten und tun so, als wollten sie jene immensen Ölressourcen, über die sie nur zufällig verfügen, so intensiv wie möglich ausplündern, um auch selbst als bald ihrer bereits in die Ölverbraucherwelt des Nordens geschleusten kapitalisierten Beute zu folgen. In der Tat sind diese parasitären Petro-Oligarchien in ihrer ökonomischen Funktion integraler Bestandteil der ölverbrauchenden Industrieländer des Nordens und mißbrauchen ihre historischen und kulturellen Bindungen mit der Golfregion im Interesse des Nordens und gegen die Interessen der Völker dieser Region und gegen die Natur überhaupt. Vor dem Hintergrund dieser Analyse dürfte nun offensichtlich geworden sein, weshalb über Jahrzehnte hinweg westliche Industriestaaten gerade diese autoritären, konservativen bis reaktionären und durch keinerlei demokratische Institutionen legitimierten Petro-Oligarchien stets als „gemäßigte" Ölproduzenten feierten und sie als verläßliche Partner in der Golfregion einstuften. Andererseits zeigt sich, daß Ayatollah Khomeini und nun auch Saddam Hussein mit ihrer Kampfansage an die Petro-Oligarchien, ungeachtet ihrer unterschiedlichen Motive, den Nerv des neokolonialistischen Ausbeutungskreislaufs getroffen haben. Die Golfregion ist somit ein klassisches Beispiel für die Ausplünderung des Südens und der Natur durch den Norden und symptomatisch für die besonders gigantische Dimension von Ressourcenausbeutung, wenn der Gegensatz von Ökonomie und Ökologie mit dem Nord-Süd-Gegensatz ineinandergreift.

Ein derartig zerstörerisches und auf Ungleichheit zwischen Nord und Süd beruhendes System, das der latente Transfer von natürlichen Ressourcen und Kapital von Süden nach Norden in Gang hält, ist wahrlich kein stabiles System, das auf Dauer Bestand haben kann.

Die Verstaatlichung der Ölindustrie 1951 im Iran durch die bürgerliche und demokratisch legitimierte Regierung Mossadegh, die Gründung der OPEC 1960, die algerische Revolution 1962, der Palästineneraufstand, der zu einer Dauerkrise in der Region geworden ist, der Sturz der Monarchien in Ägypten 1952, dem Irak 1958, in Libyen 1969 und schließlich des Schah-Regimes durch die islamische Revolution im Iran 1979 sind markante Stadien eines Prozesses zur teilweisen Überwindung des strukturellen Nord-Süd-Gefälles in einem Teil unserer Welt, der zwar mächtig in Gang gekommen aber keineswegs abgeschlossen ist. Die erste sprunghafte Ölpreissteigerung 1973 /74 und die zweite noch stärkere Ölpreiserhöhung 1979, die sinnigerweise aus der Sicht des Nordens als die erste und zweite Energiekrise charakterisiert wurden, waren Ausdrucksformen der Umverteilung von Ressourcen in diesem Prozeß. Der Ölpreis der OPEC-Staaten ist in der Tat der einzig ökonomische Hebel im Verteilungskampf zwischen dem Norden und dem Süden. Wird es wie bisher gelingen, ihn mit Hilfe von wirtschaftspolitischen und politischen Instrumentarien auf einem unterbewerteten niedrigen Niveau zu halten, so wird der gigantische Ressourcenfluß von Süden nach Norden aufrechterhalten. Würde es dagegen den Golf- und OPEC-Staaten gelingen, das oben beschriebene neokolonialistische System zu durchbrechen, so würde der Ölpreis steigen und auch steigen müssen, damit die einseitige Ausbeutung der Golfregion und der Natur gebremst und zum Erliegen gebracht werden kann.

Die westlichen Industriestaaten wollen und wollen immer noch ihre gegenwärtig noch bestehenden neokolonialistischen Beziehungen zu der Golfregion aufrechterhalten. Dabei verfolgen sie gemeinsame wie divergierende Zielen. Während sich ihre Interessen hinsichtlich der Aufrechterhaltung eines möglichst niedrigen Ölpreises weitgehend decken, verfolgen die Vereinigten Staaten zusätzlich das Ziel, über die Kontrolle des Öls in der Golfregion ihre Hegemonialmacht auch gegenüber ihren eigenen Verbündeten, den EG-Staaten und Japan, Nachdruck zu verleihen. In diesen ihren Sonderinteressen mag auch begründet sein, daß die Vereinigten Staaten mit erheblich größerem Eifer als die EG-Staaten und Japan bereit sind, in der Golfregion auch militärisch zu intervenieren und wenn möglich, sogar auf Dauer dort präsent zu sein. Bei der massiven militärischen Intervention der USA in der Golfregion geht es also nicht in erster Linie um die Verteidigung der staatlichen Souveränität Kuwaits, sondern um wesentlich mehr. ■



Mohssen Massarat

Offener Brief der GRÜNEN(beschlossen auf dem Sonderparteitag, Bayreuth, 23.9.90)

Soldaten und Rekruten der Bundeswehr und der NVA!

Verweigert Euch dem Aufrüstungskurs der zukünftig gesamtdeutschen Armee! Laßt Euch nicht als Kanonenfutter für einen Krieg am Golf oder anderswo einplanen!

Am 1.10. bzw. 4.10. werden wieder bundesweit und DDR-weit über 100.000 Rekruten zum Wehrdienst bei Bundeswehr und NVA einberufen.

In Eurer Dienstzeit stehen große Veränderungen an: Die NVA wird mit dem Zusammenschluß der BRDDR zu einer Teilstreitkraft der Bundeswehr, diese wird sich zunächst in der Kommandostruktur, dann mit Kampfverbänden nach Osten in den Bereich der bisherigen DDR ausdehnen.

Die Gesamtzahl der deutschen Soldaten wird zwar auf 370.000 Mann verringert, aber die laufenden Rüstungsprojekte-West und Modernisierungen in Ausrüstung, Ausrichtung und Struktur werden real eine Kampfkraft-Steigerung bringen - also keine Abrüstung.

Die Bundesregierung will das Grundgesetz ändern, um die Bundeswehr künftig auch außerhalb des bisherigen NATO-Auftragsbereiches einzusetzen zu können - z.B. an der Seite der USA am Golf. Die SPD ist auch dafür. Sie ist zufrieden, wenn dies nur "multinational und im Rahmen der UN" geschieht.

Keine Intervention und keine Bundesmarine in den Golf

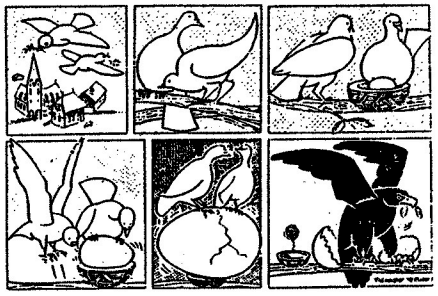
Die Annektion Kuwaits durch den Irak ist ein völkerrechtswidriger Akt der Aggression, der rückgängig gemacht werden muß. Die irakische Diktatur zeigt erneut jene Brutalität im Umgang mit Menschenrechten und Völkerrecht, die sie bei der Ausrottung der irakischen Opposition, bei den Giftgasangriffen auf irakische Kurden und bei dem Angriff auf den Iran an den Tag legte.

Doch gerade die westlichen Staaten, die heute am lautesten nach einer militärischen Antwort rufen, haben wesentlich dazu beigetragen, den Irak zu dieser Aggression zu befähigen: Frankreich, Bundesrepublik, Sowjetunion, USA und Großbritannien haben den Irak hemmungslos mit Rüstungsgütern und Rüstungstechnologien versorgt. Auch Kuwait selbst und Saudi-Arabien haben den Krieg gegen den Iran mit ihren Öl-Dollars mitfinanziert. Die USA haben darüberhinaus kein Recht, sich als der große Hüter des Völkerrechtes darzustellen, haben sie doch selbst noch in jüngster Zeit in anderen Staaten militärisch eingegriffen.

DIE GRÜNEN begrüßen die raschen und konsequenten Boykottbeschlüsse des UNO-Sicherheitsrats gegen den Irak. Wir lehnen das Säbelrasseln der USA und ihrer Verbündeten und ihre kriegsträchtige militärische Interventionspolitik ab. Sie steht nicht im Einklang mit der UNO-Beschlußlage. Die Handlungsalternative heißt nicht militärisches Eingreifen oder Appeasement. Der hochverschuldete und stark von Importen abhängige Irak muß durch ein konsequentes und allumfassendes Embargo zum Rückzug gezwungen werden.

Dieses Ziel wäre leichter zu erreichen, würden all jene Ressourcen und Energien, die heute in den Aufmarsch für den Krieg investiert werden, dazu genutzt, wirtschaftliche Sanktionen so effektiv wie möglich zu gestalten.

Die Golf-Krise darf zugleich nicht zum Anlaß genommen werden, deutsche Ansprüche, als ökonomisch und zunehmend auch politisch in Europa dominantes Land in den Kreis der Großmächte aufzurücken, nun mit »Germans to the Front« zu untermauern. Zwischen CDU/CSU, SPD und FDP hat man sich offenbar bereits auf eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes für Bundeswehr-Einsätze außerhalb des NATO-Gebiets verständigt.



Sagt Nein!

Eure Verfügbarkeit als Soldaten für diese Planungen ist ein wesentlicher Faktor ihrer Durchführbarkeit: Widerstand, politischer Protest und Verweigerung aus den Reihen der Armee selber mithin ein ernsthafter Störfaktor für die Planer im Kabinett und auf der Hardt-Höhe bzw. in den NATO-Headquarters.

Wir rufen Euch ganz besonders deshalb dazu auf: Verweigert Euch diesen Planungen! Verweigert den Kriegsdienst, verlaßt die Armee! Laßt Euch nicht zum Kanonenfutter für eine verfehlte und nicht dem Frieden und der Unabhängigkeit unseres Landes dienenden Politik machen - denn Ihr werdet es sein, die als erste für Großmachtambitionen und militärische Abenteuer den Kopf hinhalten müssen. Wenn Ihr den Befehl bekommt, in einen Krieg irgendwo auf der Welt zu gehen, dann SAGT NEIN und BEGEHT FAHNENFLUCHT !

Wir wollen daß es keinen Krieg mehr gibt - nicht um Öl, nicht um fremde Länder, nicht um Vorherrschaft und Machtansprüche !

DIE GRÜNEN lehnen jedes militärische Eingreifen der Bundeswehr am Persischen Golf ab. Sie halten die indirekte Unterstützung der Bundesregierung für militärische Operationen am Golf (Geld zur Finanzierung, Waffen der Bundeswehr, Transportmittel) für falsch. Die Bundesrepublik darf nicht Transitstelle des Aufmarsches der USA sein.

Der Konflikt am Golf muß durch weltweiten politischen Druck gelöst werden, nicht aber durch militärischen. Eine militärische Konfrontation dient nur jenen, die westliche Militärpräsenz an den Ölquellen der Region längerfristig sicherstellen wollen und nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes neue Rechtfertigungen für ihre hochgerüsteten Militärpotentiale suchen. Der Feind im Osten wird schlicht durch den Feind im Süden zunehmend ersetzt. Das Ende des Kalten Krieges darf nicht dazu führen, daß die reichen Länder des Nordens jetzt den Schulterschluß gegen die Nationen der sogenannten Dritten Welt üben. So wird die Chance zur Abrüstung vertan und die Hoffnung zunichte gemacht, daß am Ende des Ost-West-Konfliktes von Europa Frieden statt Krieg ausgeht.

Europa - die Friedensregion? Deutschland - Gutes Beispiel?

In Westeuropa wird weitergerüstet. Die Hoffnung, daß auf den Zerfall des östlichen Militärblocks und das durch die revolutionären Veränderungen in Osteuropa herbeigeführte Ende des bisherigen Ost-West- Konflikts jetzt auch eine Auflösung der NATO und drastische Abrüstung im Westen folgen würde, erweist sich als falsch.

Das westliche Bündnis sucht eine neue Rolle für sich selbst und die Militärpotentiale seiner Mitglieder. Die militärische Zusammenarbeit der westeuropäischen Länder im Rahmen der Westeuropäischen Union und der Europäischen Union wird ausgebaut. Während militärisches Eingreifen gegen Länder der sogenannten Dritten Welt zunehmend als legitime Aufgabe der NATO-Staaten hoffähig gemacht wird, wird zugleich auch bereits über eine Ausweitung der NATO nach Osten nachgedacht. Für beide Aufgaben werden hochmoderne, bewegliche und schlagkräftige Streitkräfte geplant, die die anstehenden zahlenmäßigen Reduzierungen kompensieren sollen. An der militärischen Handlungsfähigkeit der NATO-Staaten wird nicht gerüttelt - sie soll flexibler gestaltet und gestärkt werden. Beispiel Bundeswehr:

- Wozu braucht Deutschland noch 370.000 Soldaten?
- Wozu braucht es neue, milliardenteure Waffensysteme wie den Jäger 90, neue Fregatten oder den neuen Hubschrauber NH90?

Wozu finden weiter militärische Flugübungen und Manöver statt?

Diese Politik der NATO-Länder blockiert Abrüstung und verhindert den Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung unter Beteiligung der UdSSR und auf Basis der KSZE. Aber: Die Zeit drängt, eine solche Friedensordnung endlich zu gestalten. Schon auf dem KSZE-Gipfel im November dieses Jahres sollte einen Verhandlungsauftrag für eine gesamteuropäische Friedensordnung unter Beteiligung aller KSZE-Staaten erteilt werden. Die KSZE selbst bedarf des Aufbaus institutionalisierter Arbeitsstrukturen, demokratischer Kontrolle von unten und der Öffnung für die Mitarbeit von Basisbewegungen aus den Mitgliedsländern.

Die Bundesrepublik kann in Vorgriff auf eine solche Friedensordnung einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie drastisch abrüstet und machtpolitische Selbstbeschränkung praktiziert. Die Entmilitarisierung Deutschlands ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu einer Entmilitarisierung der europäischen Politik.

Kriegsursachen abbauen

Es war und ist selbstverständliche Aufgabe der GRÜNEN, nationalistische Großmachtgelüste zu bekämpfen. Statt Nationalstaaten zu stärken, ist es Forderung grüner Politik, deren Hoheitsaufgaben nach oben an supranationale Institutionen und nach unten an die Regionen abzugeben.

Abrüstung allein schafft noch nicht Frieden. Frieden kann nur geschaffen werden durch die Veränderung der ungerechten weltwirtschaftlichen Strukturen hin zu einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaft. Kriegsursachen lassen sich leichter abbauen, wenn es gelingt, die Lebens- und Überlebenschancen aller Völker unter Beachtung der ökologischen Belastbarkeit des Globus auf möglichst hohem Niveau anzugleichen.

DIE GRÜNEN erklären:

- Wir werden uns jeder Grundgesetz-Änderung, die den weltweiten Einsatz der Bundeswehr unter welcher Flagge auch immer ermöglicht, mit all unseren Möglichkeiten widersetzen. Wir fordern insbesondere auch die SPD auf, derartigen Grundgesetzänderungen ihre Zustimmung zu verweigern. Auch im UNO-Rahmen wäre eine Beteiligung der Bundeswehr an Militäreinsätzen politisch verhängnisvoll, da dies als »Türöffner« für andere Einsatzformen etwa im Rahmen der WEU oder NATO dienen könnte.
- Wir lehnen jegliche direkte oder indirekte Beteiligung der Bundesrepublik an militärischen Eingreifaktionen am Persischen Golf ab, sei es in Form von Kompensationsmaßnahmen oder in Form der Mitfinanzierung der militärischen Maßnahmen der USA. Wir fordern einen Abzug aller am Golf aufmarschierten Truppen in ihre Heimatländer.
- Wir fordern eine konsequente und international verbindliche Boykottpolitik gegen den Irak, bis die Unabhängigkeit Kuwaits und das Recht auf Selbstbestimmung wiederhergestellt sind, und zu einer umfassenden Demokratisierung in Kuwait genutzt werden können. Die Blockade darf sich nicht auf Medikamente und Nahrungsmittel beziehen. Das gezielte Aushungern von Zivilisten ist politisch und moralisch unerträglich und völkerrechtswidrig.
- Der israelisch-arabische Konflikt steht im engen Zusammenhang mit der Golf-Krise. Wir fordern eine internationale Nahost-Konferenz, für die die Beteiligung der PLO und die Anerkennung des Rechts des palästinensischen Volks auf einen eigenen Staat genau so unverzichtbar ist wie die Anerkennung des Staates Israel durch die arabischen Staaten. Diese Konferenz sollte im Nahen und Mittleren Osten eine ABC-waffenfreie Zone schaffen.
- Wir erneuern unsere Forderung nach einem totalen Verbot jeglicher Rüstungsexporte und fordern, daß die für die Rüstungsexporte aus der BRD an den Irak verantwortlichen Regierungsmitglieder und Regierungsbeamten sowie die beteiligten Firmen zur Verantwortung gezogen werden.

V.i.S.d.P.: DIE GRÜNEN Eberhard Walde. Colmantstraße 36, 5300 Bonn 1, Tel.: 02 28 - 726 13 36

Startbahn Prozeß

Überraschung zum Schluß?

Die Ankündigung des Gerichts, am 30.10. das Urteil zu sprechen, blieb Wunschdenken des Vorsitzenden Richters. Stattdessen sah sich das Gericht mit einer Flut von Anträgen der Verteidigung konfrontiert, die erst einmal abgehandelt werden müssen. Bisher ist ein Ende nicht in Sicht, obwohl das Gericht vorsorglich erst einmal nur bis zum 14. Januar die weiteren Prozeßtage terminiert hat.

Die meisten der über 40 jetzt gestellten Beweisanträge wurden vom Gericht aber einfach abgebügelt: entweder sie wurden abgelehnt, oder einfach als wahr unterstellt. Nachgegangen wurde dagegen den Beweisanträgen zu Schmauchspuren und zum Schußwinkel der Tatwaffe. Entscheidendes ist dabei allerdings nicht herausgekommen. Ebenso wurde einem Antrasg nachgegangen, daß Andreas Eichler in seiner Bundeswehrzeit an Waffen und Pistolen ausgebildet worden ist. Geladen wurde dafür sein früherer Ausbilder. Dieser konnte diese Frage allerdings auch nicht genau klären.
Für reichlich Verwirrung sorgten dann aber einige Aussagen von Personen, die sich früher geweigert hatten, vor Gericht auszusagen. Sowohl Frank Weihermüller als auch Michael Möller und Sigrun Gabriel erschienen vor Gericht und beantworteten die ihnen gestellten Fragen. Sie waren von der Verteidigung geladen worden, um zu beweisen, daß es keine "terroristische" bzw. "kriminelle" Vereinigung gegeben hat, weil bestimmte Voraussetzungen gar nicht gegeben waren. Im Fall von Sigrun Gabriel, die unerklärlicherweise ohne Anwältin vor Gericht erschienen war, konnten Gericht und Bundesanwaltschaft sie dermaßen in die Enge drängen, und sie somit zu Aussagen bewegen, die sie ansonsten sicherlich nicht gemacht hätte.
Um der ganzen Antragsflut der Verteidigung etwas Einhalt zu gebieten, ging die Bundesanwaltschaft sogar so weit, im Verfahren gegen Andreas Eichler drei Anschlagsvorwürfe fallen zu lassen, da sie für den Prozeß unerheblich seien.
Und dann gab es doch noch eine Überraschung. Das Gericht hatte jedenfalls wohl nicht mit so etwas gerechnet. Die Verteidigung von Frank Hoffmann stellte zwei Anträge, um jeweils eine Person aus Bonn und Berlin zu laden. Diese könnten aussagen, daß Frank Hoffmann nicht geschossen hat. Der eine soll am 2.11. einen Schützen am Gundbach gesehen und diesen sogar angesprochen haben, worauf dieser antwortete und sich dann aber wieder entfernte. Diese Person soll keinerlei Ähnlichkeit mit Frank Hoffmann haben.
Der andere geladene Zeuge kann dazu aussagen, daß er just zu der Tatzeit mit Frank Hoffmann geredet habe und daß Frank Hoffmann gar nicht der Schütze sein konnte, da er zu dieser Zeit damit beschäftigt war, den Polizeifunk abzuhören.
Diese beiden Zeugen sind für die nächste Zeit geladen. Ob dies allerdings tatsächlich noch zu einer Wende im Prozeß führt sei dahin gestellt. Prozeßbeobachterinnen gehen davon aus, daß das Gericht schon längst das Urteil gefällt hat.

Schriftliches Urteil

Mittlerweile ist auch das schriftliche Urteil zum ersten Komplex des Startbahnprozesses erschienen. Darin wird der Prozeß allerdings ganz anders wiedergegeben, als wie Prozeßbeobachterinnen dieses erlebt haben. Von Widersprüchen keine Spur. Alle im Prozeß gemachten Widerrufe tauchen im Urteil nicht auf, bzw. werden dahingehend kommentiert, daß diese nur das Produkt der Aussageverweigerungskampagne sind, durch die die Zeugen und Angeklagten massiv von der Scene unter Druck gesetzt worden sind.
Ebenso tauchen die gesamten ersten Aussagen von Andreas Eichler, Mike Kuth und Baldur Opificius in der Urteilsbegründung auf.

In der schriftlichen Fassung wird das Bestehen einer zur damaligen Zeit "kriminellen Vereinigung" voll bekräftigt. Allerdings wird auch darauf hingewiesen, daß in dieser Vereinigung niemals der Gebrauch von Schußwaffen diskutiert worden ist

Startbahn Prozeß

Isabel muß draußen bleiben!

Für diejenigen, die die Entwicklung in den letzten drei Wochen nicht mitbekommen haben: Isabel hatte einen neuen Haftantrittstermin; spätestens am 8. Oktober sollte sie in Preungesheim die Haft antreten. Dazu die Begründung der Staatsanwaltschaft vom 31.8.90:
„Aus dem Gutachten und der Stellungnahme der JVA ergibt sich, daß die erforderliche Behandlung ihrer Mandantin in der JVA Frankfurt III gewährleistet ist. Es besteht deshalb keine Handhabe mehr für einen weiteren Aufschub des Strafantritts..." Sie soll jetzt also noch 3 Jahre und neun Monate Knast absitzen. Diese Entscheidung basierte ausschließlich auf einem Gutachten, nämlich dem, was *wir selbst* gefordert hatten – das aber am wichtigsten Punkt in der Frage der Haftunfähigkeit nicht eindeutig war und der Stellungnahme der JVA, obwohl auch andere Stellungnahmen von Ärzten und anderen Personen vorliegen, die die Haftunfähigkeit von Isabel bestätigen.
An dem Punkt, als der neue Haftantrittstermin kam, war es das Wichtigste für uns, unsere Überraschung und Empörung klarzukriegen, denn wir hatten in den letzte Monaten vieles aus den Augen verloren: Wir hatten die medizinische Seite und die Durchsetzung des Gutachtens zum *zentralen* Inhalt unserer Mobilisierung gemacht, *ohne* den ganzen politischen Kontext uns weiter bewußt zu machen. Wir überlegten nicht mehr an der konkreten Situation, wie wir politisch die Haftunfähigkeit von Isabel weiter durchsetzen können. Wir gaben uns deshalb auch der Illusion hin, daß mit der Durchsetzung des Gutachtens schon „praktisch alles gelaufen ist". Entfremdet wurde sehr viel – der Kampf, daß Isabel draußen bleibt, blieb abgetrennt von anderen Kämpfen, z.B.: zur Situation der anderen Gefangenen, zur Zusammenlegung, zu den anderen Haftunfähigen, zum Kampf der spanischen Gefangenen. Unser Verhältnis wurde auch untereinander schlechter. Wir hatten uns öfter in blockierenden Diskussionen fast aufgerieben. Dabei verloren wir unser Ziel immer mehr aus dem Auge. Das waren Gründe, warum es keine Praxis und keine Mobilisierung mehr seit Monaten gab. Dieser Stillstand hat ihnen den Vorstoß gegen Isabel jetzt leichtgemacht.
Als der Haftantrittstermin da war, gab es wieder etwas Bewegung:

- die Verabschiedung einer Resolution zu Isabel von TeilnehmerInnen des Kongresses 500 Jahre Kolonialismus in Frankfurt. Dort wurden auch Resolutionen zu den spanischen und den US-Gefangenen verabschiedet.
- ein unübersehbares Transparent zu Isabel, den anderen Haftunfähigen und für die Zusammenlegung an der Paulskirche zum „Tag der deutschen Schweinheit".
- kleinere Artikel, ein Fluggi von uns und mehrere Radiobeiträge
- Initiativen der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD: ein Protestbrief und der Versuch, ein Gespräch mit Justizministerin Alm-Merk in Niedersachsen über Isabels Situation zu führen; das wurde von Alm-Merk jedoch abgelehnt. Daraufhin hat sich tatsächlich etwas bewegt. Aufgrund des öffentlichen Drucks reagierte das Justizministerium und machte Isabel ein „Angebot", das sich jedoch nur auf einen weiteren Haftaufschub wegen einer bei Isabel anstehenden zweiten Operation bezog. Für die Beantwortung der zuerst allgemein gestellten Fragen (z.B. ob sie sich lieber im Knast oder vorher operieren lassen will) setzten sie Isabel eine Frist bis zum 16.10.90, in der sie schriftlich konkrete Schritte für eine Operationsvorbereitung unternimmt, z.B. sich um einen Vorbereitungstermin bei dem Chirurgen kümmert, der sie dann operieren würde. Bis zum 16.10.90 wurde ihr zugesichert, daß der Haftbefehl gegen sie nicht vollstreckt würde.

Diese Reaktion des Staates sehen wir so: Ihr Ziel ist es, Isabel einzubuchten; sie, wie so viele andere, trotz schwerer Krankheit als haftfähig zu erklären. Da hat sich *nichts* bewegt.
Nur wie sie das durchziehen wollen, hat sich geändert. Erstmal ein humanistisches Mäntelchen für die Augen der Öffentlichkeit anlegen, gleichzeitig auf Isabel den Druck zu erhöhen, und die von einem Arzt vorgeschlagene Operation als Erpressungsmittel gegen sie einzusetzen. Sie sind nur bereit, die Operation unter ihren Bedingungen zu akzeptieren. Sprich: Isabel soll sich jetzt husch, husch noch ein paar Symptome wegschnippseln lassen – damit es besser aussieht. Und dann einknasten – wie gehabt.
Unabhängig von irgendwelchen medizinischen Schritten, die Isabel für sich bestimmt: Isabel muß draußen bleiben! Freilassung aller Haftunfähigen! Günter Sonnenberg, Claudia Wannersdorfer, Ali Jansen und Bernd Rössner müssen raus, sofort!

Initiative Isabel muß draußen bleiben!
Kontakt zu uns: Bunte Hilfe Darmstadt
c/o Wilhelm-Leuschner-Str. 39
6100 Darmstadt
Tel.: 06151/20480 (Anrufbeant.)

Wir brauchen dringend materielle Unterstützung. Alle Spenden könnt Ihr unter dem Stichwort Isabel auf das Konto der Bunten Hilfe Darmstadt, Sparkasse Darmstadt, Konto-Nr.: 1100 3354 (BLZ 508 501 50) einzahlen.

Razzia im Antiquariat

Im Rahmen des Bürgerkriegseinsatzes gegen die 13 besetzten Häuser in der Mainzer Straße ist auch das Antiquariat für DDR-Literatur im Tuntenhaus Forellenhof geräumt worden. Aufgrund der Verankerung des Antiquariats im politschen Kampf der besetzten Häuser um menschenwürdigen und bezahlbaren Lebens-, Wohn- und Arbeitsraum und der besonderen Ausrichtung des Antiquariats auf die Bewahrung eines Teils der Literatur und Kultur der DDR war das Antiquariat zwangsläufig auch mit Ziel des polizeistaatlichen Angriffs auf die Straße.
Die Polizeiführung konnte zu einer Zusage bewegt werden, den Bestand des im Laufe der erfolgten Räumung unbeschädigt gebliebenen Antiquariats zu sichern und herauszugeben. Der Beginn des Abtransports wurde für den 15.11.1990 ab 14.00 Uhr verabredet.
In der Nacht zum 15.11. wurde das Antiquariat durch die Polizei vollständig verwüstet und das Bücherlager weitgehend zusammengetrampelt. Dabei entstand erheblicher Schaden an den Büchern und Schallplatten, die Bilder wurden von den Wänden geschlagen und der größere Teil des Mobiliars im Rahmen der allgemeinen Polizeiplünderungen des Eigentums der Besetzerinnen gestohlen. Eine Übersicht über den noch vorhandenen Bestand an Büchern, insbesonder aus den Verkaufsräumen und der öffentlichen Arbeitsbibliothek, ist gegenwärtig nicht möglich, da der Abtransport in keiner geordneten Form mehr erfolgen konnte. Diese mutwillige Zerstörung des Antiquariats entspricht den unmittelbar nach der Räumung von einer Vielzahl der PolizistInnen vernehmbaren Kommentaren. Das Wüten der Polizei und anschließend der Bautrupps in den 13 geräumten Häusern ist folgerichtiger Ausdruck des erbarmungslosen Vernichtungswillens dieses Staates gegen jede Form des Widerstands und der Opposition, gegen jeden Versuch eines *anderen*, selbstbestimmten Lebens, das sich gegen die uneingeschränkte Herrschaft von Patriarchat und Kapital richtet.
Das Antiquariat für DDR-Literatur wird seine begonnene Arbeit fortführen.
Wir benötigen für unsere weitere Arbeit dringend Unterstützung. Wir benötigen weiteren Lagerraum und unbedingt neue Verkaufsräume, um umgehend wieder eröffnen zu können. Wir bitten alle, die uns unterstützen wollen, sich mit Vorschlägen und Initiativen bei uns zu melden.

Antiquariat für DDR-Literatur
c/o Römlein
Fritschestraße 58
1000 Berlin 12
Tel.: (849/030) 312 53 51

Spendenkonten:
Sonderkonto „Häuser", Sparkasse der Stadt Berlin West, BLZ 100 500 00, Kontonummer 06700008346
Antiquariat für DDR-Literatur, Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Konto Nr. 0191562200

Persischer Golf

Wir berichten kontinuierlich über den Verlauf der Golfkrise. Wir bieten Hintegrund zu Krisenstrategien, zu regionalen Verwicklungen, zu Waffengeschäften, zu Innenansichten der Konfliktparteien.

Nr.10/Oktober 1990
Für Bush in den Golfkrieg? ▪ Kein Ausweg aus der Kuwaitkrise? ▪ Irak-BRD: Illegale Giftgasgeschäfte ▪ Aufruf zu einer gewaltfreien Lösung der Golfkrise

Nr.11-12/Nov.-Dez. 1990
Golfkrise vor dem Siedepunkt ▪ Innenansichten aus dem Irak ▪ Irakische Opposition zum Golfkrieg

Nr.1/Januar 1991
Golfkonflikt - ein Verteilungskrieg? ▪ Innenansicht Kuwaits ▪ Chancen für einen Kompromiß? (erscheint Ende Dez.)

40 Seiten, 4,50 DM
Probeabo: 3 Hefte für 10 DM; keine automatische Verlängerung
Jahresabo: 42,50 DM; Ausland: 48,50 DM;

Coupon bitte einsenden an: Interabo, Postfach 103245, 2000 Hamburg 1

Ich möchte

☐ ein DRITTE WELT **Probeabo** (gegen Vorkasse: 10-DM-Schein oder Scheck)
☐ ein DRITTE WELT **Jahresabo**

Vorname, Name

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb einer Woche bei Interabo, Wendenstraße 25, 2000 Hamburg 1 widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, Unterschrift

DRITTE WELT
Monatsmagazin für internationale Politik, Wirtschaft und Kultur

ENERGIEWENDE *magazin*

Unsere Themen:
Energiesparen
alternative Enrgiepolitik
Grundlagen
praktische Tips

Erscheint 4x jährlich á2,00DM
Informationen und Bestellungen:
Krämer-Beck, In der Wiedheck 6
6604 Brebach-Fechingen,
Tel.: 0681/871124

PROJEKTil

anarchistisches magazin aus Münster

Die Kritik an den herrschenden Verhältnissen zur Waffe zu machen, war der Anspruch, der aus unserem »Zeitungsprojekt« das PROJEKTil werden ließ. Das Selbstverständnis als anarchistisches Magazin ist das Selbstverständnis seiner Macherinnen, d.h. daß sich das PROJEKTil weniger auf anarchistische Theorien bezieht, als daß es Ausdruck lebendiger Bewegung in der Offenheit und Auseinandersetzung zu anderen linksradikalen und autonomen Bewegungen in der Brd ist. Das PROJEKTil will als anarchistisches Projekt diesen Ausdruck revolutionärer Bewegung widerspiegeln.
Als Zeitung aus der lokalen Bewegung veröffentlicht es Aktuelles und Diskussionen, die lokalen Bezug haben, äußert sich aber auch zu überregionalen Themen und Diskussionen. Da die kleine Stammredaktion nicht in der Lage ist alles alleine zu machen, hier noch der Aufruf uns alles zuzuschicken, woran ihr gerade diskutiert (am besten sogar auf Diskette).
Ciao, das Redaktionskollektiv

PROJEKTil, c/o Themroc, Bremer str.42, 4400 Münster.

Die neuste Ausgabe Doppel-Nr.11/12 Oktober 1990 enthält: Diskussion um Golfkonflikt * Ene, mene, miste ... Knastrevolten 1990 * Wahlboykott ! * Häuserkampf: Der Konflikt um die Steinfurterstr.107 * Wunsiedel: Zur Gecshichte und aktueller Bericht zum Faschoaufmarsch im August * Patriarchatskritik: Über den weitläufigen Irrtum ... * etc.
Abobedingungen: 32 dm (incl. Porto) für 10 Ausgaben auf das Konto:
J.Essig, Münster
Postgiroamt Dortmund
Kto.Nr. 3605 81 - 467
Probeheft gegen 6 dm (incl. Porto) in Briefmarken oder Scheck: Projektil, c/o THEMROC, Bremerstr.42, 4400 Münster

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Nr. 3/90 (laufende Nr.36) enthält:

★
Entmilitarisierung!
Text vom Bundestreffen der Totalen Kriegsdienstverweigerer
★ Der Berliner Häuserkampf hat Lummer überlebt! Übersteht er seine eigene Bürokratisierung?
aus: telegraph
★ Die Festung Europa
von Herby Sachs
★ Flüchtlingspolitik in Mittelamerika
von Rainer Hammerschmidt und Manfred Lontke
★ Überleben in der Wirtschaftskrise und die Würde des Menschen
von Veronika Bennholdt-Thomsen
★ Kongreß der Radikalen Linken
von Peter Walter
★ Kritik an der "basisdemokratischen" PDS/Linken Liste
von Wolfgang Haug
★ Die TAZ lügt! - über das Umgehen mit einer ehemals linken Zeitung
von Todor
★ Der Intellektuelle als Cinéaste - zum Dokumentarfilm Emile de Antonios
von Jörg Auberg

Außerdem: Nationalismus-Diskussion, Teil 3; Anarchismus-Diskussion, Teil 1; Anarchistische Bewegung in Polen, Rezensionen zu Geronimos "Feuer und Flamme", zu einem neuen Video über einen anarchistischen Spanienkämpfer, zu Lustigers Buch zu Juden im Spanischen Bürgerkrieg, über die Stammkneipe der "Rheinischen Progressiven" u.a. auf 72 Seiten.

Einzelnummer 6.-
Sondernummer Feminismus 6.-
Sondernummer (Nr.-12) 10.-
SF-ABO: (4 Nrn.) 20.-

Red Schwarzer Faden; PF 1159
7043 Grafenau-1
Tel. 07033-44273

ZUR KRITIK DER PARLAMENTARISCHEN DEMOKRATIE

PARLAMENTARISMUSKRITIK

- *Parlamentarismuskritik nach dem Fall der Mauer*
- *»Das Gesetz der Oligarchie«*
- *Originaltexte gegen das Vertretungssystem*
- *Alternativen zum Parlament*

»WER WÄHLT, HAT DIE EIGENE STIMME BEREITS ABGEGEBEN!«

● *A4, 100 S., 7 DM plus Porto.*

Rabatte:
ab 5 Ex.: 30%
ab 50 Ex.: 40%
ab 100 Ex.: 50%

graswurzelrevolution

● *GWR, Schillerstr. 28, 6900 Heidelberg*

CONTRASTE

Mit HighTech die Gesellschaft im Griff... Schwerpunktthema über ISDN. Kartentelefone. den Sozialversicherungsausweis und was das so mit sich bringt... Interview mit ISDN Kritiker Herbert Kubicek... ISDN in Alternativen Betrieben...Volkszählung in Österreich... **«Hauptsache Kultur»** Ratschlag zu Stand und Perspektive von Stadtteilkultur **Die Chance von Sankt Pauli...** Radio-Initiativ-Treffen **Mackie Messer über dem Direktionspult?** Schweiz: Alternative Bankeröffnung **Stadterneuerung in der ehemaligen DDR** – Chancen für Genossenschaften? **Briefe aus dem Knast...** z.b. Sozialtherapie in Bayern... u.v.m.

Das Alles und noch viel mehr...
in CONTRASTE, für 6 Mark frei Haus!
JA, ich will die neue CONTRASTE

Meine Anschrift:

6 DM Briefmarken/Scheck habe ich beigelegt.

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:

CONTRASTE, Gaisbergstr. 97. Postfach 104520,
6900 Heidelberg 1 11/90

FORSCHUNGSJOURNAL

Neue Soziale Bewegungen

Aufsätze, Berichte, Kommentare, Analysen, Dokumente, Rezensionen, Bibliographie & Infomarkt. 4 x pro Jahr auf 122 Seiten.

PRAXIS MIT REFLEXION.
ANALYSE MIT SUBSTANZ.
KONZEPTE MIT KONTUREN.

Gegenexperten in der Risikogesellschaft Heft 1/90

Soziale Bewegungen und politischer Wandel im Osten Europas Heft 2/90

Sozialstruktur und kulturelle Praxis Heft 3/90

Großstadt und neue soziale Bewegungen Heft 4/90

Bestellungen über den Buchhandel
Bestellanschrift und Aboabwicklung:
SP-Verlag, Deutschhausstraße 31, 3550 Marburg
Redaktionsanschrift:
Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen
c/o Dr. Thomas Leif, Neubauerstraße 12, 6200 Wiesbaden

LIBERTÄR '91
Anarchistischer Wandkalender

»Frauen der Anarchie«

HERAUSGEGEBEN VON »DAS ANARCHIV«

Der Wandkalender für das Jahr 1991 hat zum Thema **»Frauen der Anarchie«** und stellt zwölf Frauen aus zwei Jahrhunderten in Bild, Kurzbiographie und Zitat vor. Es handelt sich überwiegend um Frauengestalten, die, Feministinnen und Anarchistinnen zugleich, beide Bewegungen nachhaltig prägten und zu Unrecht vergessen sind.

In einem einleitenden Essay geht *Cornelia Regin* an einem historischen Beispiel der Frage nach, inwieweit sich Anarchismus und Frauenemanzipation bedingen oder widersprechen.

Der dreifarbige Kalender wird vom Anarchistischen Dokumentationszentrum »Das AnArchiv« herausgegeben, dessen Finanzierung der Erlös dient. Die Portraits sind so gestaltet, daß sie gerahmt werden können.

Bestellungen bitte an:
AnArchiv · Hauptstr. 118 · 6730 Neustadt/Weinstr. 22,– DM (incl. Porto u. Verpackung) als Scheck/Schein/Marken im Couvert beilegen.

UNFASSBA

UNFASSBA Nr.4 ist da!
Themen: Wir kotzen auf Deutschland, Wahlboykott!, Knastrevolte in Straubing, Zum Wohlsein: Anarchie!, Häuserkampf in Bullin & Hangover, Eifersucht: Ursachen und mögliche Heilung, Gott hat sich erschossen, BekennAbrief zum Selbamachn, Antifa,...
Bestellen bei: Unwälzzentrum, Scharnhorststr. 57, D-4400 Münster.
Preis: 3,50 DM in Briefmarken, Jahresabo: 10 Mack-Schein. Wiederverkäufer-Innen: 5 Stk: 10 Piepen. Nur bar & im voraus. Knastexemplare frei.

Der Sorgenbericht: Eine Stellungnahme der Initiativen gegen Atomanlagen.
Mit Beiträgen zum »Entsorgungs«-Fiasko sowie Berichten von den diversen
»(Ent)Sorge-Anlagen« wie Gronau, Gorleben, Ahaus, Asse, Bartelsleben, Konrad, Ellweiler etc.
Ganz neu! 92 S.! Erhältlich beim Umweltzentrum Münster, Scharnhorststr. 57, 4400 Münster.

SORGENBERICHT

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016